BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 4 **Köln, 25. April 1960** **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Von Amerika aus gesehen"* S. 321
- *Konni Zilliacus, M. P., „Vor der Gipfelkonferenz"* S. 333
- *Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies, „Wettlauf Technik-Politik"* S. 340
- *Prof. Gerhard Gollwitzer, „Die Selbstentblößung der ‚Moralischen Aufrüstung'"* S. 343
- *Hans W. Sommer, „Deutschland und die zweite Teilung Europas"* S. 351
- *Anna Niklewicz, Warschau, „Die Bundesrepublik von Warschau aus gesehen"* S. 361
- *Simon Messer, „Die Heiden von Reims"* S. 365
- *Ernest Waldteufel, „Verschwörung gegen Frieden, Demokratie und Freiheit"* S. 367
- *Kurt Hirsch, „Kabale und Haß in Schleswig-Holstein"* S. 381
- *Horst Markgraf, „Die Paras von Bad Boll"* S. 395
- *Walter Moré, „Zur Berlin-Frage"* S. 398
- *Dr. Elsa Hennings, „Indien und China"* S. 402
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 414

Dr. Hermann Rauschning

Von Amerika aus gesehen

März / April 1960

1.

In einer scharfen Note hat Bonn als eine schwere Verleumdung dagegen protestiert, zwischen der Bundesrepublik und dem Hitlerregime Parallelen zu ziehen und den Eindruck zu erwecken, als hege die Bundesregierung oder gar der Bundeskanzler faschistische, militaristische und Revanche-Ideen. Der Protest galt, wie jedermann in der Bundesrepublik weiß, Äußerungen der Sorge, die der russische Premierminister Chrustschow gelegentlich seines Frankreichbesuches über die westdeutsche politische Entwicklung gemacht hatte. Der amerikanische Außenminister Herter wie der französische Ministerpräsident Michel Debré beeilten sich, wie ebenfalls allgemein zur Kenntnis gegeben wurde, Bonn zu assistieren, indem sie Chrustschows Äußerung als den Versuch brandmarkten, die „Saat des Verdachtes und der Zwietracht in das Bündnis der Westmächte zu säen". Ob die Äußerung Chrustschows angesichts von 17 Millionen Toten in Rußland

infolge eines durch nichts zu beschönigenden Eroberungskrieges Deutschlands nicht einer näher liegenden und verständlichen Sorge erwachsen ist, der Frage ist sowohl Herter wie auch Debré aus dem Wege gegangen. Wohl aber hatte die öffentliche Meinung USA's und anderer Nationen des Westens noch vor Chrustschows Äußerung der steigenden Besorgnis über die bundesdeutsche Entwicklung ähnlichen Ausdruck verliehen, was man kaum mit der Absicht wird erklären können, die Einheit des Westens zu stören.

Bonn und die ihm gehorsame bundesdeutsche Presse haben wieder einmal in einer wichtigen politischen Angelegenheit nur die halbe Wahrheit verlauten lassen. Sie haben die russische Kritik hoch-, die westliche Kritik herabgespielt oder ganz verschwiegen, und doch ist es wichtig für die Erkenntnis der problematischen Lage der Bundesrepublik, daß der bundesdeutsche Bürger sich über Umfang und Gründe des ständig im Wachsen begriffenen Mißtrauens gegen das deutsche Volk im Westen volle Rechenschaft gibt. Ein Mißtrauen, das sich in ganz ähnlichen Verdächtigungen äußert wie die des russischen Premiers. Man kann die Sorge über ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus und Militarismus, was immer man darunter versteht, nicht einfach als böswillige Propaganda abtun. Es hat auch keinen Zweck, sich darüber zu entrüsten, daß das früher feindliche Ausland in seinen Verdächtigungen und Mißtrauensäußerungen vieles in einen Topf wirft, was nichts miteinander zu tun hat und wohl zu unterscheiden wäre, wie die Wiedergesundung des Nationalbewußtseins, ohne das kein Volk bestehen kann, einerseits und den Aufbruch eines aggressiven Nationalismus oder gar Nationalsozialismus andererseits. Die Tatsache wachsenden Mißtrauens gegen das deutsche Volk ist jedenfalls so wichtig, daß die deutsche Öffentlichkeit über Umfang und Motive dieses Phänomens bei seinem westlichen Bundesgenossen unterrichtet werden muß.

Auch in den Vereinigten Staaten nimmt man mit Besorgnis die starke Position ehemaliger Nationalsozialisten in der Bundesregierung und Verwaltung zur Kenntnis. Man drückt Erstaunen darüber aus, warum nicht Männer anderer Vergangenheit zu größerem politischen Gewicht gelangt sind. Es sind führende Zeitungen wie die New York Times (etwa v. 23. Januar), der Christian Science Monitor (z. B. vom 25. Januar), nicht Sensationsblätter, die die uns allen bekannten Minister und Staatssekretäre mit nazistischer Vergangenheit namhaft machen. Selbst das „Time"-Magazin charakterisiert die Lage: „Man klopfe an jede Tür unterhalb dieser höchsten Schicht, und ein ehemaliger Nazi wird wahrscheinlich antworten. Von je drei Mitgliedern des westdeutschen Parlamentes ist einer ein ehemaliger Nazi". Das Nachrichtenmagazin stellt weiter fest, daß die Hälfte aller Seniorbeamten in westdeutschen Ministerien, mindestens die Hälfte der Gesandten ehemalige Parteimitglieder und annähernd ein Drittel aller deutscher Richter in irgendeiner Weise mit H i t l e r verknüpft waren. Die in der Stanford University Press erschienene Untersuchung „Germany rejoining the Powers" von K. W. D e u t s c h und L. J. E d i n g e r glaubt feststellen zu sollen, daß ein Deutscher von je acht noch ein hartgesottener Nazi in seiner Einstellung sei, daß einer von sechs jungen Deutschen zwischen 18 und 21 ähnlich urteile. Einer von je vier Wählern enthülle sich gefühlsmäßig als Befürworter des Nationalsozialismus in allen wesentlichen Punkten.

Es ließe sich noch ein Langes und Breites etwa über die Versäumnisse geeigneter Aufklärungen über den Nationalsozialismus in den Schulen und anderes mehr beibringen. Keine Hetzpresse bringt diese Umstände der deutschen Entwicklung vor, sondern angesehene Organe wie die Washington Post, der New York Herald Tribune, die Chicagoer Daily News. Was hat Bonn gegen diese Feststellungen getan? Hat es protestiert? Hat es sie überhaupt ernsthaft zur

Kenntnis genommen? „Wenn die Engländer besorgt und ärgerlich über Anzeichen des wiederauflebenden deutschen bewaffneten Nationalsozialismus sind, warum sollen es die Russen nicht sein?" fragt eine New Yorker Korrespondenz, und bemerkt dazu, daß die Aufdeckung des Plans der deutschen militärischen Führung, in Spanien Basen zu errichten, das Mißtrauen gegen die eigentlichen Absichten der wiederaufgerüsteten Bundesrepublik belebt hätten. „Das Wiedererscheinen des nationalsozialistischen Angesichts in einem wieder bewaffneten Deutschland ist keine Halluzination", schließt das Organ (vgl. auch London Expreß, 28. Februar). Ist es etwas anderes, als was Chrustschow in seinem Frankreichbesuch äußerte? Was hat Bonn dagegen getan?

Es hat jedenfalls nicht nach den eigentlichen Gründen gesucht, warum wie in England auch in USA nicht nur die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik hochgespielt worden sind, sondern warum just in dem Augenblick, in dem sich der Westen politisch rüstet, für das schwierige Deutschlandproblem nach einer Lösung im Ausgleich mit russischen Interessen zu suchen, die amerikanische Öffentlichkeit sich ähnlich besorgt über die politische Entwicklung ihres Bundesgenossen Bundesrepublik zeigt wie der Bonner Erzfeind Rußland.

Es soll hier nicht auf das ernste Problem eines möglichen Wiederauflebens nationalsozialistischer, militaristischer und autoritärer Tendenzen eingegangen werden, so notwendig dies angesichts der „unbewältigten Vergangenheit" des deutschen Volkes wäre. Man müßte schon tiefer und klarer an es herantreten, als es jüngst der neue Bundespräsident in einer Rede tat. Es genügt auch nicht die Empfehlung von Brachialgewalt dagegen, die der Bundeskanzler angesichts antisemitischer Ausschreitungen dem Bundesbürger zu gebrauchen riet. Wir ersparen uns daher hier auch auf all das Material einzugehen, das etwa von dem bekannten Washingtoner Kolumnisten Drew Pearson über das Zusammenarbeiten hochgestellter Amerikaner mit dem Nationalsozialismus bis Pearl Harbour und unmittelbar nach Kriegsende wieder aufgewärmt wurde, etwa die neuen Beziehungen zu Hitlers Finanzier von Schroeder, die Zusammenhänge eines der amerikanischen Topoffiziere in Nachkriegsdeutschland mit dem Wallstreet-Bankhaus Dillon, Read and Co., das Hitlerdeutschland annähernd eine Milliarde Dollar auslieh. Es ist selbstverständlich ein Unsinn, Adenauer mit Hitler und die Deutsche Bundesrepublik mit dem Dritten Reich in einem Atem nennen zu wollen. Es ist wohl auch kaum zu befürchten, daß der alte Zauber mit SA und SS und Synagogenverbrennungen in der Bundesrepublik sich noch einmal ans Tageslicht wage. Selbst in Kreisen, die im Nationalsozialismus noch oder wieder „viel Gutes" oder das „einzig Richtige" sehen, unterscheidet man zwischen dem mißglückten und abzulehnenden „Hitlerismus" und einem „richtigen" Nationalsozialismus. Schon der Hitlerjugend von einst, die die politisch aktive Schicht der nächsten Zeit werden könnte, war der ganze Bonzenzauber der Hitlerschen Machtelite suspekt. Man wird auch nicht sagen können, daß der Antisemitismus gegenwärtig im deutschen Volk von größerem Gewicht sei als in anderen Nationen des Westens. Eine Veröffentlichung wie das im 37. Jahr bereits erscheinende monatliche „American Mercury"-Magazin dürfte als Zeugnis antisemitischer Umtriebe wesentlich ernster zu nehmen sein als die Schmierereien an der Kölner Synagoge. In der Septembernummer 1959 findet z. B. der erstaunte deutsche Leser unter dem Titel „The worldwide betrayal" (Der weltweite Betrug) einen Artikel, der Julius Streicher alle Ehre gemacht hätte und ein Wiederaufwärmen des Pamphlets „Die Weisen von Zion" ist. Die Mischung von Antisemitismus, Faschismus und Antikommunismus in diesem Organ würde das Herz jedes strammen deutschen Nationalsozialisten höher schlagen lassen. Etwas peinlich ist für den deutschen Leser nur, daß in engster Nachbarschaft damit eine

Deutschfreundlichkeit und ein Verständnis für das Grenzproblem im Osten blüht, das sonst äußerst rar in den USA ist. Denn ein amerikanischer General Charles A. Willoughby erörtert darin die Härte der Oder-Neiße-Linie, wie es nicht verständnisvoller von einem der Funktionäre der ostdeutschen Heimatverbände geschehen könnte.

Ja, in USA gibt es, was dem deutschen Leser wohl unbekannt sein dürfte, einen echten „Führer" der nationalsozialistischen Bewegung, der in Arlington, jenseits des Potomac, im Angesicht Washingtons D. C. unbekümmert die Hakenkreuzfahne hissen kann. Drew Pearson hat Mr. Rockwell, diesen kuriosen Zeitgenossen, interviewt und sich von ihm sagen lassen, die Gaskammer sei ihm gewiß. Er hat ihm Andeutungen über die Ausbreitung der nationalsozialistischen Weltbewegung gemacht und auf die Tätigkeit von 20 000 in Europa und anderwärts herumvagabundierenden SS-Männern hingewiesen. Wie ernst oder nicht ernst man dies alles nehmen mag, gewiß ist, daß im Schatten eines prononcierten Antibolschewismus auch der Antisemitismus und der Faschismus gedeihen. Gewiß ist, daß einflußreiche Machtfaktoren im Westen um der Bekundung antibolschewistischer Gesinnung willen geneigt sind, antisemitische Tendenzen zu übersehen und faschistische zu tolerieren. Es kommt ein Drittes hinzu: Dort pflegt und fördert man auch den Militarismus. Damit aber nähern wir uns dem Kern der Sache, den tieferliegenden Gründen für das allgemeine Mißtrauen der Welt den Deutschen gegenüber.

Wenn man die Entwicklung des deutschen Volkes heute im Westen wie im Osten mit Sorge, Mißtrauen und Abneigung beobachtet, so steht dahinter eine andere Befürchtung als die eines leibhaftigen Wiederaufstehens des alten nationalsozialistischen Rummels, obwohl auch das von manchen nicht für ausgeschlossen gehalten wird. Man befürchtet vielmehr eine Reinkarnation bestimmter politischer Tendenzen, die man für typisch deutsch hält, und die man, gezwungen durch die weltpolitische Lage, selbst mit dem Papplöffel hochgefüttert hat. Man fürchtet eine neue Gestalt des ewigen Störenfriedes, des aggressiven Deutschen, und man fürchtet sich vor einer eigenen falschen Entwicklung in ähnlicher Richtung, gezwungen durch die Macht der Verhältnisse. Bezeichnenderweise überschreibt eine unabhängige New Yorker Korrespondenz ihren Bericht über die Durchsetzung Westdeutschlands mit nationalsozialistischen Persönlichkeiten und Tendenzen: „U.S., Militarism and Nazism". Hinter der Sorge über Deutschlands Entwicklung steht die größere, daß das, was man durch den zweiten Weltkrieg in Deutschland glaubte endgültig niedergeworfen zu haben, in Amerika selbst im Erstehen sei, mit allem Unheil, das es innenpolitisch wie außenpolitisch zur Folge hat: einen eigenen „brand" von Militarismus. Als verantwortlich für die starke Position ehemaliger Nationalsozialisten in Westdeutschland wird bei Informierten die Personalpolitik der amerikanischen Besatzungstruppen in der Auswahl von Deutschen zur Wahrnehmung von Ämtern und Staatsfunktionen gemacht. Entscheidend sei für das Militär die Frage gewesen: „Macht er die US-Militärpolitik mit; haßt er die Russen? Wenn ja, so ist er geeignet." Wichtiger ist, daß die Notwendigkeit, sich eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu vergewissern, es Amerika in der gegenwärtigen politischen Lage auferlegt, sich mit Problemen in Zentraleuropa zu belasten, deren gefährliche Dynamik, wenn politisch überhaupt, so nur durch Konzessionen des Westens begrenzt werden können und daher ohnedies schon vorhandene Tendenzen, sie gewaltsam zu lösen, fördern. Das wieder aufflammende Mißtrauen gegen Deutschland, das sich allen politischen Kalküls der leitenden Politiker zum Trotz in der öffentlichen Meinung der Westmächte durchzusetzen beginnt, ist der Ausdruck für das Mißbehagen, wenn nicht die Furcht, durch die bloße Existenz dieser Deutschen Bundesrepublik,

ihre Bündnisansprüche, ihre strategische Lage, ihre nationale Problematik — alles die Folge der Hitlerschen Politik — in eine ausweglose Lage geführt zu werden, die durch die Starrköpfigkeit und Intransigenz der Bonner Politik, durch ihr Ungeschick, mangelnden Takt, unzeitige Großspurigkeit, Übereifer und rednerische Entgleisungen — wie in alter seliger Zeit — nicht gerade erleichtert wird.

Es sind nicht die einzelnen Instrumente der Bonner Politik, die das Mißbehagen selbst der Bundesgenossen der Bundesrepublik erregen. Es ist nicht die Wiedererrichtung einer Wehrmacht, die an den deutschen Militarismus erinnern läßt. Sowjetrußland hatte von sich aus 1953/54 auf der Berliner Konferenz eine solche zugestanden. Es ist vielmehr die politische Musik, die mit diesen Instrumenten gemacht wird. Es ist das Sendungsbewußtsein, das der Kanzler in Europa, in der Welt gegen den Kommunismus für Westdeutschland in Anspruch nimmt und nicht nur an das überhebliche Wort erinnern läßt, daß am deutschen Wesen noch einst die Welt genesen soll, sondern auch an Hitler, der auf dem Obersalzberg Kanzler von Schuschnigg seine historische Mission in die Ohren brüllte. Nicht die militärischen Installationen in der Bundesrepublik als solche beunruhigen, sondern die sich abhebende Möglichkeit — durch unvorsichtige Äußerungen und vorschnelle Aktionen der Verantwortlichen heraufbeschworen und beleuchtet —, daß die politischen Mittel in der Bewältigung der Probleme durch den Rückgriff auf militärische Mittel und Handlungen verdrängt werden könnten.

Genau das ist es aber auch, was weiterblickende besorgte Politiker in USA von einer machtvollen Gruppe des eigenen Militärs im Pentagon und einer nicht minder mächtigen Gruppe von Industriellen, die an der Herstellung der modernen Rüstungselemente interessiert sind, befürchten: die Ausflucht einer Gewaltlösung, statt des schwierigen und Opfer erfordernden Versuches politischer Lösungen. Das ist Militarismus im eigentlichen, einzigen Sinne, nicht aber das, was man gemeinhin darunter so häufig versteht und was nur der Ausdruck einer besonders gefährdeten Lage ist, wie sie einem Land der Mitte zu eigen ist, das von allen angreifbar und einer feindlichen Koalition auf mehreren Fronten ausgesetzt ist, es zwingt, seine nationale Existenz unter schärferen Bedingungen der Selbstverteidigung zu sehen und seinen militärischen Überlegungen und Fachmännern größeres Gewicht in der Führung der Politik einzuräumen, als durch ihre Lage begünstigtere Länder es nötig haben. Militarismus ist die Lösung politischer Probleme mit militärischen Mitteln, bevor alle politischen Mittel erschöpft sind oder zu kostspielig und gefährlich erscheinen. Beide Arten von Militarismus haben die Politik Deutschlands und Preußens seit dem 18. Jahrhundert beeinflußt, die unvermeidliche einer besonders gefährdeten Lage und die echte, die Versuchung, politische Probleme gewaltsam zu lösen. In der Lage von Mächten ohne wenigstens eine von der Natur geschützte Grenze und somit von allen Seiten angreifbar befindet sich gegenwärtig im Zeitalter überkontinentaler Raketen jede Nation. Damit ist die Versuchung zum Militarismus auch an jene Nationen herangetreten, die wie die USA bisher unangreifbar waren und auf den Militarismus solcher Länder wie Deutschland als auf den Ausdruck besonderer Bösartigkeit oder Zurückgebliebenheit heruntersahen. In Amerika hat das Militär und militärisches Denken einen Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtpolitik gewonnen, der noch vor einer Generation undenkbar gewesen wäre. Es liegt in der Natur der Sache, daß dieser Einfluß im Sinne eines wirklichen Militarismus gebraucht wird. Denn es bleibt wohl ein einmaliges geschichtliches Paradoxon, daß der führende militärische Fachmann eines Landes, der Chef des Generalstabes, die Unfruchtbarkeit, die Unmöglichkeit militärischer Lösungen zugesteht und öffentlich bekennt, daß es — zu seiner Zeit in Europa, gegenwärtig in der ganzen Welt — keine politischen Probleme gebe, die überhaupt militärisch lösbar wären. Die-

ser einzige militärische Fachmann war der deutsche Generaloberst Beck am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Der einzige, es sei denn, daß ihm der General Eisenhower folge, indem er als Präsident USA's es unternimmt, allem Druck seiner militärischen und politischen Ratgeber und eines nicht immer weisen Kongresses entgegen, in den künftigen Verhandlungen die Grundlage für politische Lösungen herzustellen und die bisher im Kalten Kriege vorherrschenden militärischen Überlegungen auf ein richtiges Maß zurückzuschneiden.

Damit werden wir auf das eigentliche Kernproblem der künftigen Gipfelkonferenz zurückverwiesen. Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Zukunft Berlins und ein deutscher Friedensvertrag sind nur politisch lösbare Probleme, sofern die Mächte bereit und in der Lage sind, den Vorrang politischer Lösungen vor den Erfordernissen eines „narrensicheren" — foolproof — militärischen Verteidigungssystems anzuerkennen. Wir sind noch weit davon entfernt. Daß sich die Bundesrepublik bei diesen schwierigen und gewagten Unternehmen als ein schwer zu beseitigender Block, als ein zusätzliches Erschwernis zu den ohnehin schon bestehenden Hindernissen in den Weg stellen könnte, ist wohl der allgemeinste Grund für die wachsende Abneigung gegen das deutsche Volk, das, wenn auch anders als 1914 und 1939, und nicht durch seine Schuld allein, wiederum die Welt in ein Desaster hineinreißen könnte.

2.

Es sieht nicht so aus, als ob die Mächte sich auf die künftigen Verhandlungen anders einzulassen beabsichtigen als wie bisher, als in der Art eines politischen Pokerspieles. Es ist bezeichnend, daß von namhaften Berichterstattern USA's der Befürchtung Raum gegeben wird, der Präsident sei für das Spiel nicht genügend gewappnet, er würde es „mix up" (verwirren); zudem sei mindestens seine eine Hand hinter seinem Rücken gebunden. Man erinnert dabei an die letzte Gipfelkonferenz in Genf 1955, die Rolle des Präsidenten und das nur durch ein nichtssagendes Übereinkommen über Deutschland knapp vermiedene Desaster. Man fragt, wer von den Verhandlungspartnern am meisten verwundbar sei, falls es zu einem Scheitern käme. Wer sei am wenigsten darauf vorbereitet, die Folgen solchen Scheiterns auf sich zu nehmen? Bei der Art unbegrenzten Pokerspieles an allen internationalen Spieltischen sei diese Frage von besonderem Gewicht. Drew Pearson erinnert an Präsident Franklin D. Roosevelts beliebten Trick in der einheimischen wie auswärtigen Politik, ein „Kaninchen aus dem Hut hervorzuzaubern", einen Überraschungscoup zu machen. Er behauptet, auch Eisenhower plane so etwas, wie ein Karnickel aus dem Zylinderhut zu ziehen, und glaubt verraten zu können, daß das in Gestalt eines persönlichen trouble-shooters, des Ex-Botschafters Charles Bohlen geschehen werde, den er zu Chrustschow zu schicken beabsichtige, um Rußland die Abrüstung zuzugestehen für den Kaufpreis, den Plan, Westberlin zur Freien Stadt zu erklären, fallen zu lassen. Dieser Vorschlag gründe sich auf die Annahme des State Departments, daß der russische Premierminister dringend die Abrüstung brauche, um alle Anstrengungen auf die den zivilen Bedürfnissen dienende Wirtschaft konzentrieren zu können.

Es scheint nicht recht glaubhaft, daß die schicksalsschwangeren künftigen Verhandlungen im Geist derartig primitiver Vorstellungen und Intrigen unternommen werden sollten, womit im Grunde nichts anderes beabsichtigt sein kann, als möglichst alles beim alten zu lassen, die Entwicklung hinzuhalten, um beileibe nicht durch eine Änderung den Acheron in Bewegung zu setzen. Selbst der nun 85jährige republikanische Altpräsident Herbert Hoover, dem wir ein noch gegenwärtig lesenswertes zwanzig Jahre altes Buch über die Probleme eines dauerhaften Friedens verdanken, tritt nur auf der Stelle und weiß nichts anderes vor-

zubringen, als auf die Gefährlichkeit der kommunistischen Länder hinzuweisen, die die Todfeinde Amerikas und seiner Ordnung trotz ihrer friedlichen und versöhnungsbereiten Verkleidung seien und blieben.

Was am meisten dagegen spricht, daß in den kommenden Verhandlungen ein wesentlicher Fortschritt in der Beseitigung der Hindernisse zu einem wirklichen Frieden erreicht werden könnte, und was an einem Erfolg des angeblich vom Präsidenten beabsichtigten Überraschungszuges von vornherein zweifeln läßt, ist der Umstand, daß es höchst ungewiß ist, ob der Präsident eine bindende Zusage machen kann, einer Abrüstung zuzustimmen. Nichts erscheint zur Zeit ferner als die Möglichkeit, daß der Kongreß, daß vor allem das Pentagon und die mächtigen Industriegruppen, die an einem Ausbau der Rüstung, nicht an einer Beschränkung interessiert sind, dem Präsidenten auf einem solchen Wege folgen würden, ohne ihm schwere Hindernisse zu bereiten. Der Widerstand, sich auf einen Stop der Kernwaffenversuche einzulassen, hat sich trotz der Zugeständnisse der Sowjets in der Frage der Kontrollen versteift. Das Pentagon hat unumwunden durchblicken lassen, da es sich nicht zu einem derartigen Übereinkommen verstehen könne. Das Risiko, daß die unterirdische Explosion kleiner Bomben des Kilotonnen-Formates z. Zt. nicht kontrollierbar ist, wird hochgespielt, der Wert eines „Moratorismus" bis zur gemeinsamen Erarbeitung ausreichender Kontrollen, auch für diese Zwergbomben, verdächtigt. Es ist nicht so sehr das gewiß dornige Problem einer wirklich zu Buch schlagenden Abrüstung und Rüstungskontrolle, was die amerikanische Öffentlichkeit beschäftigt, als im Gegenteil das zur nationalen Streitfrage und offenbar zu dem wichtigsten Thema der kommenden Präsidentenwahl werdende Problem einer angemessenen Rüstung und eines Erfolg versprechenden Verteidigungssystems. H i e r ü b e r gehen die Meinungen weit auseinander. Hierüber erhitzen sich Politiker und Militärs, ereifern sich Industrielle und ihre politischen Sachwalter, reden die TV-Stationen und Radiokommentatoren.

Zwei große Feuer brennen in USA's militärischem Gebäude, führt „Life" in einer Reportage über den „beschämenden" Streit im Pentagon aus. Das eine ist der Streit über die Angemessenheit der nationalen Verteidigung, das andere, mehr verborgen brennend, ist die Rivalität der Waffengattungen über die Entwicklung und den Einsatz der neuen Massenvernichtungs-Fernwaffen. Die Frage nach der Angemessenheit der Rüstung wird überwiegend mit Nein beantwortet; aber eine objektive Klärung ist durch die Rivalität der Waffengattungen erschwert. Eines einzigen Tages Zeugnis vor der parlamentarischen Untersuchungskommission hat enthüllt, daß die vereinigten Generalstäbe und der Verteidigungsminister außerstande sind, über die kritischsten militärischen Probleme zu einer Übereinstimmung zu kommen. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß mußte feststellen, daß der Vereinigte Generalstab die Führung vermissen ließe, die das Land von ihm verlange. Was indessen auch loyale Mitarbeiter Eisenhowers beunruhigt, ist die Frage, ob der Präsident nicht die Linie zwischen berechtigter Sparsamkeit und unerläßlichen Ausgaben für die Verteidigung zu knapp gezogen habe. Sie argumentieren: wenn solche wichtigen Waffen wie „Polaris" und „Minuteman" nicht genau zur Zeit verwendungsbereit seien, so würde ein gefährliches Loch in der Abschreckungsrüstung entstehen. Erfahrungsgemäß könnten bei neu entwickelten Waffen, je komplizierter sie würden, nie die festgesetzten Termine eingehalten werden. In der Tat ist, wie sich inzwischen herausgestellt hat, die Polaris-Rakete noch nicht verwendungsbereit. Damit haben auch die vorsichtigen Kritiker der maßvollen Rüstungspolitik dem Präsidenten gegenüber einen Punkt gewonnen. Als vorläufige Aushilfsmaßnahme hätte, wie sie vorgeschlagen hatten, eine Vermehrung und Beschleunigung der Atlas- und Titanraketen-Produk-

tion angeordnet werden müssen, um das Gleichgewicht mit den Sowjets aufrechtzuerhalten.

Das Thema, um das es in der Frage der militärischen Sicherung des Westens in der gegenwärtigen Übergangssituation gehen sollte, und bei den Kontroversen in der Öffentlichkeit nicht geht, wäre, die richtige Linie zu ziehen zwischen einem rationalen Verteidigungssystem, das nur ein vorläufiges und ein ständiger Anpassung an die technologischen Änderungen bedürftiges sein kann, aber auch den Bemühungen um eine Abrüstungsverständigung Rechnung zu tragen hätte — und einem militärischen Extremismus, der ein nach Lage der Dinge nicht mehr erreichbares absolutes Übergewicht gegen jede denkbar feindliche Kräftekombination schaffen will. Das erstere würde eine Sicherung gegen unvorhergesehene Änderungen der Weltlage bedeuten. Das zweite muß in einem immer hitzigeren Wettlauf der Rüstungen die Konflikte steigern und alle Energien absorbieren.

Wer entscheidet über die Angemessenheit der Verteidigung? Wer ist imstande, den Streit sachlich zu schlichten? Walter Lippmann, der Politiker-Philosoph unter den Kolumnisten, bezweifelt selbst die Kompetenz des Präsidenten Eisenhower, obwohl er militärischer Fachmann ist. Nichts veranlasse so leicht falsche Entscheidungen in der hohen Politik, äußert er sich, als wenn ein ehemaliger Soldat den letzten Krieg noch einmal nachlebt, und ein alter Diplomat, der da denkt, daß die letzten guten Tage die gewesen seien, da er noch im Amt war. Für deutsche Verhältnisse würde man noch auf die Gefahren hinzuweisen haben, die das systembestimmte Denken des Professors oder das vorwiegend taktische des Kommunalpolitikers in der hohen Politik heraufbeschworen. Aber treffen die Bemerkungen auf den Präsidenten zu? Steht er der technologischen Revolution in den Waffen so fern, daß er die neue Lage nicht zu beurteilen in der Lage wäre? Ist nicht vielmehr die Kritik, die er erfährt, gerade dadurch bedingt, daß er diese Revolution in ihrem Ausmaß und ihren politischen Folgen richtiger beurteilt als seine militärischen Berater und politischen Gegner? Es charakterisiert die unklare Lage, daß angesichts der Uneinigkeit der militärischen Fachmänner auch der einzige, der kraft Amt und Erfahrung über Maß und Wert eines rationalen Verteidigungssystems entscheiden kann, am Vorabend der schwerwiegenden Verhandlungen nicht die politische Unterstützung findet, deren er bedarf.

Ein anderes Thema des Verteidigungssystems brachte der auch in der Bundesrepublik durch seine Vorträge sattsam bekannte Henry A. Kissinger wieder aufs Tapet. Er führte in einer Vortragstour, die ihn auch nach Portland/Oregon brachte, aus: „Unsere Verbündeten sind in einer nahezu hoffnungslosen Lage. Sie müssen sich auf Kernwaffen verlassen, die nicht ihrer Kontrolle unterstehen, und sehen damit der Gefahr entgegen, daß wir (USA) zögern könnten, unsere Drohung wahr zu machen, diese Waffen für sie einsetzen zu wollen. Die Tatsache, daß wir darüber debattieren, ob und ob nicht unser Überleben bedroht sei, zeigt an, wie schwierig die Lage ist. Unsere Verbündeten müssen wissen, daß sie sich auf Waffen verlassen können, auf denen ihre ganze Existenz beruht." Kissinger begründet damit die Notwendigkeit einer gemeinsamen Kommandogewalt über die Kernwaffen für die Nato. In solcher Richtung hatten die verantwortlichen Militärs bereits im März versucht, einen Schritt vorwärts zu tun, aber was dabei angesichts der gesetzlichen Bindungen, die die Verfügungsgewalt allein dem Präsidenten vorbehält, herauskam, war nichts Halbes und nichts Ganzes. Vorstöße in Richtung auf eine gesetzliche Änderung begegneten der Opposition des Kongresses. Es ist zudem kein Geheimnis, daß ein immer noch unveröffentlichtes persönliches Schreiben Chrustschows an den Präsidenten darauf hinwies, daß im Falle Nato eine Atommacht in eigener Verantwortung des Einsatzes nuklearer

Waffen würde, Rußland gezwungen sei, auch seinen Bundesgenossen Verfügungsgewalt über diese Waffen einzuräumen, eine Entwicklung, die im Interesse keiner der Großmächte liege.

Mittlerweile hat Frankreich zwei Atombombenversuche erfolgreich durchgeführt. Schweden hat seinen Entschluß, in den Kreis der Atommächte einzutreten, kundgetan. Von China weiß man, daß man spätestens in anderthalb Jahren auch dort im Besitz von nuklearen Waffen sein wird. Die Entwicklung ist daher durch das Zaudern und Feilschen der bisherigen Atommächte um ein Rüstungs- und Kontrollabkommen im Begriff, ihnen aus den Händen zu gleiten. Wir stehen einer neuen Lage gegenüber, die die Risiken eines unkontrollierten Besitzes nuklearer Waffen schlechthin untragbar macht. Denn es wird bei den genannten neuen Besitzern nicht sein Bewenden haben. Die Technik wird, wenn weiterhin unkontrolliert, Verfahren entwickeln, die die Herstellung von Atombomben vereinfachen und verbilligen. Es ist unvermeidlich, daß auch die lateinamerikanischen Staaten nicht werden zurückstehen wollen. Es wird nicht lange währen, so werden kleine und in ihrer staatlichen Ordnung ungefestigte Gemeinwesen in den Besitz der Massenzerstörungsmittel gelangen und unter Umständen in der Lage sein, eine Erpressungspolitik gegenüber den bisherigen Hegemonialmächten des Westens und Ostens zu betreiben, ganz abgesehen davon, daß, je breiter der Kreis der Atommächte wird, desto wahrscheinlicher Irrtümer und Versehen in ihrer Beaufsichtigung werden, von der Gefahr einer verantwortungslosen Verwendung ganz zu schweigen. Aber besteht noch eine Aussicht, daß es angesichts der Lage in USA zu einem Vertrage über Abrüstungs- und Atomwaffenkontrolle kommt, ehe die Entwicklung völlig unkontrollierbar wird? Mit Recht werden von einigen der bekanntesten Kommentatoren die kommenden Verhandlungen auf höchster Ebene, nachdem auch die am 15. März wiederaufgenommenen Genfer Besprechungen sicher zu keinem Ergebnis führen werden, als die letzte Chance bezeichnet, die Ausbreitung der Kernwaffen auf andere Nationen zu verhindern. Aber der Vorsitzende der Atomenergie-Kommission, M c C o n e , ist nach wie vor gegen jede Einschränkung der Versuche und bemüht sich hinter dem Rücken des Präsidenten, Senatoren und Abgeordneten für seine Opposition zu gewinnen. So sind es die vereinigten Generalstäbe, die in diesem Punkt einig sind. Denn die ganze militärische Stärke Amerikas ist auf die Atomvergeltungsmacht gegründet und verträgt schlechterdings keine Beschränkung oder gar vertragliche Abschaffung der Atommacht. Von dem Realismus der Einsicht Chrustschows, daß alle Armeen, Marine und Luftwaffen außer Kurs gekommen sind, und nur noch eine völlige Abrüstung mit Ausschluß von Kriegshandlungen eine Weltkatastrophe verhindern, ist weder bei den militärischen Fachmännern, weder den Politikern noch der öffentlichen Meinung Amerikas viel zu merken. Die Einsicht, daß, wie es ein Kommentator bezeichnet, die Kriegswaffen sich weiterhin von Unanwendbarkeit zur totalen Absurdität bewegen, ist wie in der Bundesrepublik auf eine kleine Minderheit beschränkt. Es bedürfte einer starken, hinreißenden Persönlichkeit, um die ganze Nation und ihre Verbündeten aus der Lethargie eines t ö d l i c h e n D i l e m m a s herauszureißen und ihr neue Wege zu weisen.

Sachlich ist in den bisherigen Genfer Verhandlungen eine solche Annäherung der beiderseitigen Vorschläge erzielt worden, daß es im Grunde nicht schwer fallen müßte, zu einer tragfähigen Vereinbarung zu kommen. Hanson B a l d w i n , der militärische Analist der New York Times, hat das Entgegenkommen der Russen in der Frage der Kontrollen in seiner epochalen Bedeutung richtig gewürdigt, daß sich damit zum erstenmal weite Löcher in dem Eisernen Vorhang öffneteten. Die entschlossenen Gegner jeder Rüstungsvereinbarung mit Rußland haben sich dadurch nicht eines besseren belehren lassen. Nur wenige bekennen

sich zu der Meinung, daß die Risiken der Unvollkommenheit in der Atomwaffenkontrolle trivial sind im Vergleich zu den Risiken der fortgesetzten Atomkriegsvorbereitungen. Nur wenige Stimmen heben hervor, daß wichtiger, als die etwa vorhandene Lücke in der Raketenrüstung zu füllen, die Überbrückung der Kluft USA und UdSSR sei. Nur wenige Stimmen befürworten, jetzt sei der Augenblick, die öffentliche Meinung aufzurütteln, um die verhandelnden Politiker durch das politische Gewicht der Weltöffentlichkeit zu bestimmen, sich an die Realitäten des Atomzeitalters anzupassen, was allein noch einen Frieden gewähren könnte. Statt dessen stehen die Verhandlungen und jede etwaige Konzession im voraus im Verruf, nichts anderes als Abschlagszahlungen in einem neuen „appeasement" zu sein, wie kürzlich das „Wallstreet Journal" bemerkte.

3.

Das ist ein recht dunkles Bild, und es entspricht nicht dem vielfach geäußerten Optimismus, den auch „Life" über die Abrüstungsverhandlungen hegt, wenn es schreibt: Die Genfer Atmosphäre sei voll Hoffnung. Ist sie das? Wer das haarspalterische Hin und Her der Vorschläge, Ablehnungen und Gegenvorschläge verfolgt hat, kann sich nicht des Eindruckes erwehren, daß hier nicht ernsthaft verhandelt, sondern ein raffiniertes Spiel getrieben wird. Mit welcher Absicht? Hinzuhalten, zu temporisieren, kleine taktische Vorteile, ein Alibi für den eigenen guten Willen zu gewinnen und dem Gegner die Schuld zuzuschieben? In dem Augenblick, in dem dieser Bericht abgeschlossen wird, verlautet aus Genf, daß der amerikanische Vertreter, um die abermals festgefahrenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, angeboten habe, alle Atomkern-Anlagen einer internationalen Inspektion zu öffnen, falls die Sowjetunion das gleiche konzediere, was der Sowjetdelegierte mit der Begründung ablehnte, es sei „mehr Kontrolle als Entwaffnung". Die wiederum vier Wochen ergebnislos tagende Konferenz hatte sich über Vorschlägen für eine weltweite Abrüstung totgelaufen. Eins scheint gewiß, daß die Genfer Konferenz vor der Gipfelkonferenz zu keinem Ergebnis führen wird, und daß auf ihr, mit Außenminister Herters Wort, die Abrüstung Topppriorität in den Besprechungen haben wird. Mit größerem Erfolg?

Es wurde von dem lebensgefährlichen, tödlichen Dilemma gesprochen, dem sich die Westmächte, vor allem die USA, gegenübersehen. Jeder objektive Beobachter sollte es in seiner Ungeduld über die mangelnden Fortschritte richtig zu würdigen versuchen. Bedeutet der Verzicht auf Kernwaffen nicht eine nochmalige und viel tiefer wirkende Umwälzung des politischen Kräftegleichgewichtes als der Bruch des Atommonopols durch die Sowjets 1949? Was bleibt dann von der Überlegenheit USA's übrig? Wäre es nicht gleichbedeutend mit einem Rückzug aus der Alten Welt, wäre es nicht eine freiwillige Selbstisolierung? Aber kann der Westen, können die USA das Odium auf sich nehmen, eine wirksame Rüstungsbeschränkung und Liquidierung der Kernwaffen mit „narrensicheren", weltweiten internationalen Kontrollen ihrerseits zu Fall gebracht zu haben? Wird nicht außerdem durch eine dann unausbleibliche unkontrollierbare Ausbreitung der Atomwaffen auf alle möglichen Arten von Staaten, auf andere, auf noch viel gefährlichere Weise eine totale Umwälzung des machtpolitischen Gleichgewichtes in der Welt herbeigeführt? Aber würde hinwiederum der führende Einfluß Amerikas bei allen Nationen außerhalb des kommunistischen Orbits nicht stark zurückgehen, wenn sich die USA der einzigen Waffe begibt, mit denen sie ihren Freunden und Klienten Schutz zusagen kann? Dieser Gedanke braucht nicht weiter ausgesponnen zu werden, um die Hindernisse richtig zu würdigen, die, selbst besten Willen vorausgesetzt, einer großzügigen Vereinbarung über Abrüstung amerikanischerseits im Wege stehen.

Das Ausland ist gewohnt, nicht nur ein reiches und spendendes Amerika zu sehen, sondern auch eines überragender Machtfülle. Es achtet nur ein starkes, selbstbewußtes Amerika, auch wenn es über seine hochhändige Art schimpft und über die Ahnungslosigkeit und Verständnislosigkeit der amerikanischen Politiker außerhalb seiner vier Pfähle spottet. Wie sehr allein schon die Kontroversen über die Angemessenheit der amerikanischen Verteidigung und Schlagkraft und der „beschämende" Streit der Waffengattungen im Pentagon die öffentliche Meinung des Auslandes im negativen Sinne beeinflußt hat, zeigen die Ergebnisse eines außer in USA in neun anderen Staaten von Amerika unternommenen Gallup Poll's über die Frage, ob 1970 die Vereinigten Staaten oder Rußland militärisch und in der wissenschaftlichen Entwicklung an der Spitze stehen werden. Die Majorität entschied sich in allen Staaten für die Überlegenheit der Sowjets. Aber das amerikanische Dilemma ist nicht nur ein militärisches, es ist auch ein ökonomisches. Die privatkapitalistische Wettbewerbswirtschaft arbeitet mit Unkosten und Kapitalverlusten, mit unvermeidbaren Fehlinvestierungen und Vergeudung an Arbeit und Kapital, die eine zentral gelenkte Gemeinwirtschaft vermeiden kann, wenn auch gewiß nicht immer vermeiden wird. Ist der Westen in der Lage, auf die Dauer den Wettkampf mit den sowjetischen Ländern zu bestehen? Der eben erschienene jährliche Überblick der Wirtschaftskommission der Uno berichtet, daß die durchschnittliche jährliche Expansion in Rußland 7,2 bis 7,4 % beträgt im Vergleich zu der in Westeuropa von 4,2 und in den Vereinigten Staaten von 2,2 %. Ernsthafter noch ist das geistige Dilemma, in dem sich der Westen dadurch befindet, daß er sich zu Werten und Wahrheiten als ethisches Fundament bekennt, die von der Mehrheit der Bürger als nicht mehr vorhanden abgetan sind. Alle denkenden Politiker und geistigen Führer im Westen stimmen in der Sorge überein, daß die geistigen und ethischen Grundlagen der Ordnung weithin durch Zynismus und Skeptizismus zersetzt sind. Auch des greisen Altpräsidenten Herbert Hoovers Mahnung über die schwere Krise, in der sich das amerikanische Volk befindet, gipfelte in der Sorge um das Ethos der westlichen Gesellschaftsordnung. Ein Manko, das nicht durch rigorose Disziplinierung und einen staatlich geförderten Konformismus beseitigt werden kann.

Zwei Tendenzen heben sich in den Beziehungen USA's zu anderen Nationen ihres bisherigen Einflußbereiches ab: die eine, festeren Halt in den Ländern der westlichen Hemisphäre zu gewinnen; die andere, durch eine sorgfältiger den sozialen Wandlungen und dem nationalen Selbstbewußtsein der befreundeten Nationen Rechnung tragende, neu artikulierte Politik, „die Kräfte der Demokratie zu stärken". Bezeichnend für die Bemühungen der ersten war nicht allein die jüngste Reise Eisenhowers in lateinische Staaten, sondern auch die programmatischen Äußerungen des republikanischen Präsidentschaftskandidaten, des New Yorker Gouverneurs Nelson A. Rockefeller, der auf den Umstand hinwies, daß China bemerkenswerte Anstrengungen mache, in Lateinamerika als seiner Einflußzone festen Fuß zu fassen. Als Beispiel für die zweite Tendenz mag eine unauffällige Revision der Beziehungen zu den Philippinen genannt werden, die in jüngster Zeit gespannt waren und zu wenig freundlichen Äußerungen von philippinischen Diplomaten darüber geführt hatten, daß die Vereinigten Staaten „sich hartnäckig an die letzten Überbleibsel des Imperialismus klammerten" und daß die „vested interests" weiterhin jedem Fortschritt der Philippiner in ihrem eigenen Lande im Wege stünden. Im Zuge einer Revision der bisherigen Politik ist endlich auch eine solche der Beziehung zu China ins Auge gefaßt, obwohl erst kürzlich die amerikanischen Botschafter des Fernen Ostens und Südosten in einer Konferenz in Manila sich gegen jede Änderung des derzeitigen Zustandes mit der Begründung ausgesprochen haben, daß damit USA wichtige Einflußmöglich-

keiten aufgebe und China in Gestalt der ca. 13 Millionen Auslandchinesen die Organe der Infiltration in den Südosten aushändigen helfe. Die Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe liegt darin, daß sie den Groß- und Detailhandel, insbesondere den Lebensmittelhandel und Transport im südöstlichen Asien kontrolliert. Zweifellos befindet sich auch hier USA in einem Dilemma, in das es durch eine langjährige Politik geraten ist, die, wie ein Politiker es formulierte, „langsam in der Erkenntnis der veränderten Zeiten" sei. Nicht allein der alte Kolonialismus ist tot, auch die Art Politik ist es, die in so verhängnisvoller Weise der frühere Außenminister Dulles betrieben hat und die wie in Ägypten mit Einbußen des amerikanischen Einflusses endete: die Politik des „tit for tat". Wohin dieses Spiel in Ägypten geführt hat, als Dulles das Assuan-Damm-Projekt aufkündigte, ist heute jedermann offenkundig. Selbst ein Castro läßt sich nicht mehr so behandeln, ohne daß er in der Lage wäre, einen Gegenzug zu machen.

Auch ohne einen Vertrag über Rüstungsbeschränkung und -kontrolle vollzieht sich somit bereits im Schatten des „Atomdilemmas" der Mächte das, was man richtig die „Entpolarisierung" der Welt genannt hat. Die kleineren, die mittleren Mächte beginnen ihre Statur und Selbständigkeit zurückzugewinnen. Aus dem Dunst und Brodem dieser „Zeit des Deliriums" beginnen sich die ersten noch ungewissen Linien eines realen, umfassenden Gemeinwesens der Nationen und Völker abzuheben. Stehen wir damit an der Schwelle einer neuen Zeit? Die Beantwortung dieser Frage gehört nicht in den Rahmen dieses Lageberichtes. Aber soviel ist zu sagen, daß, wenn irgendwo, so hier Anlaß und Ausblick liegen, über die Gegenwart nicht ganz verzweifeln zu müssen. Das gilt vor allem auch für das deutsche Volk, dessen hier zum Schluß noch einmal gedacht werden soll. Sein Schicksal ist trotz seiner gegenwärtigen Teilung nicht durch das Dilemma des Westens beschattet, mit seinem nationalen Willen zwischen gestern und morgen gebannt stehen zu müssen. Für das deutsche Volk ist die beginnende „Entpolarisierung" der Welt auch der Beginn seines friedlichen Wiederaufstieges oder kann es doch werden. Seine Hoffnung gründet sich nicht auf Rüstung, sondern Abrüstung. Es ist das Volk, das am entschiedensten die sich vollziehende Wendung der Dinge begrüßen sollte. Denn sie muß, wenn Deutschland nicht seinen Platz verkennt, allmählich zu seiner Vereinigung und Selbstbestimmung führen. Die Versuchung des deutschen Volkes ist es, seine Zukunft aus der Sehnsucht zurück in vergangene Zeiten gestalten zu wollen, sei es die des Dritten Reiches, des Heiligen Römischen Reiches oder nur der Weimarer Republik. Taktische Manöver, Abstimmungen, deren Ergebnis im voraus feststeht, bloße Ablenkung der Bevölkerung, um ihr den Eindruck zu geben, etwas geschehe, es werde „gehandelt", wandelt ebenfalls das Schicksal nicht. Auch nicht eine mühsame und nicht ganz aufrichtige „nationale Einheitsfront" der Parteien. Aber sollte nicht die Zeit gekommen sein, daß sich die Nation unmittelbar zu Gehör bringt in dem Bekenntnis: Unsere Zukunft liegt nicht in der Vergangenheit?

Konni Zilliacus, M.P.

Vor der Gipfelkonferenz

Je mehr wir uns der Gipfelkonferenz nähern, um so mehr vermindert sich die Aussicht, daß sie irgendetwas wesentliches zustande bringen wird; um so klarer wird es aber auch, daß diesmal die westlichen Regierungen es sehr schwierig haben werden, der öffentlichen Meinung befriedigend zu erklären, daß sie keine Verantwortung für das Versagen haben. In dieser Hinsicht eröffnet ein Blick in die Vergangenheit manche lehrreiche Parallele und auch Abweichung gegenüber der Gegenwart.

Die letzte Gipfelkonferenz tagte im Juli 1955. Wie ihr Nachfolger vom Mai 1960 kam sie hauptsächlich als eine Folge russischen Beharrens zustande; und der britische konservative Premier stand zudem unter der Notwendigkeit, die der Labour-Opposition gegebenen Vorwahl-Versprechungen einzuhalten. Beide Male, wie die Presse der Vereinigten Staaten nachher offen zugab, hat Präsident Eisenhower die britischen Versprechungen, ohne wirklich zu wissen, was er tun würde, wenn sie zustande kommt, gutgeheißen, um seinem konservativen Kollegen Wahlhilfe zu leisten.

1955 kam der Präsident in Genf ohne bestimmte Vorstellungen über Abrüstung an, weil zwischen Herrn Harold Stassen, seinem Vertreter in Abrüstungsfragen, und dem Pentagon ein Streit bestand, welcher dem Präsidenten nur erlaubte, seinen berühmten Vorschlag über Luftinspektionen zu machen. Es war, losgetrennt von allen genauen Absprachen über Abrüstungsregeln, ein Vorschlag, der 100%-ig in amerikanischem Interesse lag. Bezüglich Deutschland bekannte sich der Präsident zusammen mit seinen britischen und amerikanischen Kollegen zu der alten Politik, welche in der Bermuda-Konferenz im April 1953 angenommen worden war, daß Deutschland durch freie Wahlen vereinigt werden müsse, und daß ein wiedervereinigtes Deutschland frei über seinen Beitritt zur Nato entscheiden soll. Dem wurde noch ein Vorschlag von Premier Eden an die Sowjet-Union beigefügt, in einem Ganz-Europa-Vertrag die gemeinsame Kontrolle einer Zone an beiden Seiten der Demarkationslinie in Deutschland zu vereinbaren, in welcher ausländische Streitkräfte beschränkt, kontrolliert und progressiv „verdünnt" werden sollten.

Die Russen waren an diesem Vorschlag interessiert, obwohl sie unnachgiebig den Eintritt eines wiedervereinigten Deutschlands in die Nato ablehnten und darauf beharrten, daß eine Vereinigung nur auf der Grundlage von Besprechungen zwischen Ost- und Westdeutschen stattfinden könne. Als jedoch die Außenminister im Oktober zusammenkamen, um im Prinzip die Entscheidungen, die im Juli getroffen worden waren, „anzuwenden", änderte Mr. Dulles den Eden-Vorschlag in einen solchen für eine Zone auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze um. Dies machte jedoch den Vorschlag derartig einseitig, daß er für die Sowjet-Union unannehmbar war, was Mr. Dulles wohl wußte. Er vereitelte damit in der Tat absichtlich jede Chance, zu einem Abkommen zu gelangen, da er die ganze Zeit über in Opposition zu einer Gipfel-Konferenz und zu ernsthaften Verhandlungen mit den Russen gestanden hatte.

Vor, während und nach der Gipfel-Konferenz von 1955 waren die westlichen Regierungen in der Lage gewesen, alle Abrüstungsthemen im Hintergrund zu halten und zu verhindern, daß die Bedenken hierüber in der Öffentlichkeit übermäßig emporwuchsen. Dies erzielten sie, indem sie die Gespräche über Abrüstung in dem Abrüstungs-Ausschuß der Vereinten Nationen hinzogen und sie solange mit einem Schleier des Geheimnisses umgaben, sowie mit technischen Details be-

lasteten, bis die öffentliche Meinung zunächst verwirrt war und sich dann gelangweilt abwandte. Der Druck der öffentlichen Meinung begann nach dem Fiasko der Konferenz vom Oktober 1955 wieder zu steigen, ohne indes gefährliche Höhen zu erreichen. Die britisch-französische Attacke auf Suez, die mithalf, in Moskau die Entscheidung zu Gunsten der Fortsetzung und Vollendung einer Politik der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes zu fällen, und den kalten Krieg wieder belebte, bewirkte sodann, daß die öffentliche Meinung sich vom Thema Abrüstung abwandte.

Erst 1958 wuchs die öffentliche Opposition in England gegenüber den Lasten und Gefahren des endlosen Wettrüstens mit der Forderung nach Abrüstung wieder empor, ganz besonders im Hinblick auf die herannahenden Wahlen. Am 10. Juni 1958 faßte der frühere Labour-Staatsminister und Nobel-Preisträger Philipp Noel-Baker im Unterhaus zusammen, wie die Regierung sich in Wirklichkeit in der Frage der Abrüstung verhalten hatte:

„Um die Ursache des gegenwärtigen Stillstandes verstehen zu können, ist es notwendig mit den Ereignissen von 1954 und 1955 zu beginnen. Der Verteidigungsminister bezog sich auf das britisch-französische Memorandum, das vom Außenminister und von M. Moch im Jahre 1954 aufgestellt worden war. In diesem Memorandum sind die Ziele festgelegt, die das erste Abrüstungsabkommen erreichen sollte: die völlige Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen; die Umstellung aller existierenden nuklearen Vorräte auf friedliche Nutzung; eine größere Herabsetzung aller bewaffneten Streitkräfte und konventionellen Waffen und ein Kontrollsystem, um die tatsächliche Beachtung des Vertrages sicherzustellen.

Die größere Herabsetzung der bewaffneten Streitkräfte bedeutete die Annahme von Höchstgrenzen für die Mannschaftsstärke, welche die westlichen Regierungen vorschlugen: eine Million oder höchstens 1,5 Millionen Mann für die Vereinigten Staaten, Rußland und China; 750 000 — später auf 650 000 herabgesetzt — für Großbritannien und Frankreich; 1 % der Bevölkerung für den verbleibenden Rest. Die Herabsetzungen in konventionellen Waffen sollten proportional zu den Mannschaftsreduzierungen erfolgen."

Noel-Baker führte sodann aus, wie von 1954 bis zum 10. Mai 1955 die westlichen Regierungen dauernd die Russen gedrängt hatten, dieses Programm zu akzeptieren und wie sie gedroht hatten, aus dem Abrüstungsausschuß auszuscheiden, wenn sie das nicht täten, und wie sie mit Entrüstung russische Klagen zurückgewiesen hatten, daß sie (die Westmächte) nicht ernsthaft in ihren Bemühungen um die nukleare Abrüstung wären, und wie sie um Entgegenkommen zu zeigen ankündigten, daß sie „sowohl den Abbau der Neuproduktion von spaltbarem Material als auch die totale Vernichtung der existierenden nuklearen Vorräte annehmen würden, mit dem sogenannten 75 % Arrangement, wonach der Abbau begonnen werden sollte, wenn 50 %, die Vernichtung von nuklearen Vorräten, wenn 75 % der Reduzierung der konventionellen Waffen erfolgt sei".

Am 10. Mai 1955 antworteten die Russen mit Vorschlägen, die „die Höchstgrenzen für die Mannschaftsstärken annahmen — 70 % oder 80 % ihrer bewaffneten Streitkräfte und ihrer konventionellen Waffen, sowie das 75 %-Arrangement für den Abbau und die Vernichtung der nuklearen Vorräte". Sie sagten, daß die militärischen Budgets entsprechend reduziert werden sollten, entsprechend der konventionellen Reduzierung und der Vernichtung der nuklearen Vorräte. Sie gingen sehr weit in der Annahme von internationaler Inspektion und Kontrolle. Sie schlugen „ein internationales Kontrollorgan" vor, dessen Stab auf einer internationalen Grundlage ausgewählt werden sollte, mit ständigem Sitz in jedem Staat, und das zu allen Zeiten unbehinderten Zugang zu allen Kontrollobjekten

haben sollte. Es sollte auch „ungehinderten Zugang zu allen Dokumenten, die sich auf die budgetmäßigen Zuteilungen beziehen" haben und „die Rechte und Vollmachten haben, um die Kontrolle ausüben zu können einschließlich der fortlaufenden Inspektion in einem notwendigen Ausmaß ...

Überdies schlug der Kreml als eine separate Maßnahme vor, überall Bodenkontrollposten an Häfen, Eisenbahnknotenpunkten, Flugfeldern und Überlandstraßen einzurichten, um einen Überwachungsangriff zu verhindern".

Später akzeptierten die Sowjets ebenfalls den Luftinspektionsvorschlag, vorausgesetzt, daß er mit tatsächlichen Abrüstungsmaßnahmen verbunden war. Mr. Noel-Baker erzählte sodann die wirklich erschreckende Geschichte dessen, was sich nach diesem russischen Vorschlag ereignete: eine umgehende Suspension des Abrüstungsausschusses (in dem die Nato-Mächte eine große Mehrheit hatten) durch die Vereinigten Staaten für 3 Monate, trotz russischer Proteste, gefolgt von der amerikanischen Zurückweisung der britisch-französischen Vorschläge von 1954 und von westlichen Gegenvorschlägen, welche die russischen Maximalhöhen für die Truppen verdoppelten und den Vereinigten Staaten sowie der UdSSR je 2 500 000 Mann zubilligten.

Noel-Baker führte weiter aus, daß die Russen dem westlichen Einwand, sie wünschten zuerst die westliche nukleare Abrüstung und behielten dabei ihre ungeheure Überlegenheit in Mannschaftsstärke und konventionellen Waffen, im März 1956 mit dem Vorschlag begegneten, daß „nukleare Abrüstung zurückgestellt werden sollte und daß ein erster Vertrag über konventionelle Abrüstung gemacht werden sollte". Als dies auch abgelehnt wurde, boten sie am 18. März 1956 das volle Programm des britisch-französischen Memorandums von 1954 ihrerseits an und erneuerten dieses Angebot im Oktober des gleichen Jahres. Im März 1957 — sechs Monate bevor sie ihre Sputniks und interkontinentalen ballistischen Geschosse abfeuerten — boten sie die totale Vernichtung aller Sorten dieser Geschosse, sowohl interkontinentaler, als auch der Mittelstrecken- sowie Kurzstreckenraketen an, und zudem aller Geschosse, mit denen nukleare Sprengköpfe in ein feindliches Ziel befördert werden können.

Es kam — wie in allen weiteren Punkten — zu keiner Einigung. Das Zentrum der Gegensätze zwischen den beiden Konferenzpartnern lag bei dem Produktionsverbot und bei den nuklearen Vorräten. Die Russen bestanden darauf, daß das „Produktionsverbot", d. h. die Einstellung der Produktion von spaltbarem Material, mit Ausnahme von solchem unter internationaler Kontrolle und für friedliche Zwecke, lebenswichtig sei und mit der progressiven Vernichtung der Vorräte verbunden sein müßte; demgegenüber wünschten die Amerikaner ein Schema, nach dem die Partner aufhören sollten, weiterhin nukleare Waffen herzustellen, jedoch die Vereinigten Staaten im Besitz von Vorräten lassen wollte, die bei weitem jene der UdSSR übertrafen, und den Amerikanern das Lagern von nuklearen Waffen auf dem Territorium ihrer circa dreißig Alliierten, die, um mit General N o r s t a d ' s Worten zu sprechen, in einem Umkreis von 360° um die Sowjet-Union lagen, nicht verwehrte.

Darüber kam es zum Abbruch seitens der Russen, die es ablehnten zurück zu kommen, bis der Abrüstungs-Ausschuß neu aufgestellt war, und zwar auf paritätischer Basis, die ihnen und ihren Alliierten eine ungefähre Gleichheit mit den Mitgliedern der amerikanischen Allianz gab. Es bedurfte vieler Monate der Verhandlungen, um dieses zu erreichen, und dann wurde die Zehn-Mächte-Abrüstungs-Kommission von den Vereinten Nationen getrennt. Mittlerweile jedoch wurde Mr. Harold M a c m i l l a n durch den Druck der öffentlichen Meinung und durch das Herannahen der allgemeinen Wahlen dazu veranlaßt, die

sowjetische Einladung zu einem Besuch in Moskau anzunehmen, die zwei Jahre zuvor abgegeben worden war. Während er dort war, erneuerte Macmillan den Eden-Vorschlag für eine gemeinsam kontrollierte Zone mit beschränkter Rüstung; dies rief eine Rede von Mr. Selwyn Lloyd hervor, der vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 17. September sich vorsichtig und vage zu einem wiederbelebten Interesse an der allgemeinen Abrüstung bekannte. Zwei Tage später wurde die Rede durch eine solche des Premierministers Chrustschow übertroffen, der eine universale und vollständige Abrüstung innerhalb von vier Jahren forderte. Als Noel-Baker ihn im vorigen Dezember in Moskau sah, hatte Chrustschow bestätigt, daß die sowjetische Regierung noch immer zu ihrem Vorschlag vom 10. Mai 1955 stünde, sowie zu den nachfolgenden, die sich sowohl auf die Abrüstung als auch auf die Kontrolle bezogen.

Während wir uns der Gipfelkonferenz von 1960 nähern, wird es klar, daß die westlichen Positionen bezüglich Deutschland und Abrüstung durch die Jahre unverändert geblieben sind. Aber dieses Mal wurde die Außenministerkonferenz vor der Gipfelkonferenz abgehalten, und es wird deshalb nicht möglich sein, das Scheitern eines Übereinkommens über Deutschland und Europa zu verschleiern oder abzudämpfen. Noch kann diese Gipfelkonferenz die Abrüstung im Hintergrund lassen, weil sie Entscheidungen über den Stillstand in der Zehn-Mächte-Abrüstungskonferenz und über die endlosen Verhandlungen der Konferenz über die Atomversuche treffen muß. Der Druck der öffentlichen Meinung ist aber viel größer geworden. Wenn die Minister wirklich versagen sollten, werden sie schwer unter das Feuer ihrer öffentlichen Meinungen kommen, und es wird weit schwieriger als in der Vergangenheit sein, dieses Feuer allein auf Moskau abzulenken. Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, auf jeden Fall soweit Großbritannien in Frage kommt, daß dieses Feuer mehr in Richtung auf Bonn abgeleitet wird. Warum? Aus einem sehr einfachen Grunde: Mr. Dulles war zu seiner Zeit der Hohe Priester des Kalten Krieges und Dr. Adenauer war sein brillanter Gefolgsmann in Europa. Aber nun ist Mr. Dulles tot und Dr. Adenauer hat sich selbst in die Rolle des Hohen Priesters versetzt. Er hat sich sogar gegenüber seinem alten Meister noch verbessert durch seine Bemerkung gegenüber dem Papst, daß er glaube, Gott habe dem deutschen Volke die Mission gegeben, die europäische Zivilisation gegen die östlichen Barbaren zu verteidigen. Zu sagen, daß diese Feststellung in Großbritannien übel aufgenommen worden sei, wäre ein sensationelles „understatement" (eine „Untertreibung"), denn sie hatte den authentischen Klang gleichartiger Bemerkungen von Dr. Adenauer's unaussprechlichem Vorgänger.

Heute ist sogar die britische Regierung davon überzeugt, daß wir ernsthaft versuchen müssen, den Kalten Krieg sowie den Rüstungswettlauf zu beenden, und daß wir irgendeinen Weg ausmachen müssen, um in Frieden mit einer Milliarde Menschen und 16 Nationen zu leben, die ein Drittel der Erdoberfläche bewohnen und 35 % der Erdbevölkerung darstellen. Vom britischen Standpunkt aus gesehen schleppen sich unsere Alliierten dahin, wenn es gilt, Frieden zu machen; aber was sie sich von den Amerikanern auf dem Gebiete systematischer Hemmung bieten ließen, werden sie sich bestimmt von den Deutschen nicht gefallen lassen.

Sogar jene, die hauptsächlich durch ihre Politik der Wiederbewaffnung Deutschlands dafür verantwortlich sind, daß die deutsche Demokratie verfehlt hat, das Aufkommen des Nationalismus und Militarismus zu verhindern, tadeln nun das Regime, das zum Teil das Produkt des Kalten Krieges ist, der sicherlich nicht von Deutschland begonnen wurde, wer auch immer ihn begonnen haben mag. Und jene, die Deutschland zum Alliierten haben wollten, um es für ihre eigenen Zwecke einzusetzen, nehmen es jetzt übel auf, daß die deutsche Regierung den

Anschein gibt, die Nato, die Deutschland im westlichen Interesse kontrollieren sollte, nunmehr dazu zu benutzen, deutsche irredentistische Bestrebungen zu fördern.

Dies sind die Reaktionen auf der rechten Seite. In der Mitte und auf der linken Seite ist die Opposition zur deutschen Wiederbewaffnung und zu Deutschland als Alliiertem, die immer stark gewesen ist, nun überwältigend geworden, und es würde politischen Selbstmord für jede englische Regierung bedeuten, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob sie es zulasse, durch die deutsche Unnachgiebigkeit an den Rand des Krieges gezerrt zu werden oder daran gehindert zu werden, Frieden zu machen. „Wir werden uns nicht", sagte ein parlamentarischer Kollege von mir mit sehr gemäßigten Ansichten, „von Dr. Adenauer in eine neue aufgewärmte Ausgabe eines Kreuzzuges gegen den Kommunismus hineinziehen lassen, den Hitler verloren hat". Und dieser Standpunkt wird von einem beachtlichen Teil der Konservativen Partei geteilt. Vom Standpunkt der Leute in Deutschland, die bis zum bitteren Ende gehen wollen, würde all dies nicht so viel ausmachen, wenn nicht der britische Einfluß sowohl auf die öffentliche Meinung als auch auf die Regierungsebene in den Vereinigten Staaten viel größer als der deutsche Einfluß wäre (was auch so bleiben dürfte), und was noch bedeutsamer wäre, wenn Dulles nicht auch politisch so tot wäre, wie er es leiblich ist. Denn, zu diesem Zeitpunkt ist die amerikanische öffentliche Meinung bei einem Punkt angelangt, an dem, wie eine amerikanische Zeitung es ausdrückte, es eine notwendige Qualifikation für einen Präsidentschaftskandidaten geworden ist, daß er in der Lage ist zu verkünden, die Sowjet-Union besucht und mit Herrn Chrustschow gesprochen zu haben (dies gilt zum Beispiel für Nixon, Roosevelt, Kennedy, Humphrey — der, wie offen gesagt wird, sich einzig und allein dadurch zu einem ernst zu nehmenden möglichen Präsidentschaftskandidaten machte, daß er ein achtstündiges Marathon-Gespräch mit „Mr. K" führte —, Harriman und Adlai Stevenson).

Das ist der Maßstab für die Stärke der Überzeugung der amerikanischen Wählerschaft, daß die nächste USA-Regierung sich ernsthaft mit der Aufgabe befassen muß, Frieden mit der Sowjet-Union zu machen.

Unter diesen Umständen schwimmt Dr. Adenauer mit seiner Halsstarrigkeit dem Hauptstrom der westlichen öffentlichen Meinung entgegen, ebenso der westlichen Politik, und sein Erfolg, ein Abkommen zu verhindern, mag sich leicht als ein Pyrrhus-Sieg herausstellen. In der Tat, von seiner Politik des Kalten Krieges können wir das sagen, was Hindenburg im Jahre 1917 von der deutschen Lage sagte: „Stellung glänzend, aber keine Zukunft".

Wenn zum Beispiel die deutsche Regierung ihre Opposition zu jeder Art eines „Moratoriums" oder zu Verhandlungen mit der Sowjet-Union über den Status quo in Westberlin aufrecht erhält, so ist es sehr wahrscheinlich, daß die Alliierten vorangehen werden, trotz deutscher Bedenken. Auch was die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands angeht, so haben die westlichen Regierungen seit 1955 immer anerkannt, daß diese Frage nicht von der Abrüstung getrennt werden kann und einen Status in Europa bedingt, der verhindert, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eine Gefahr für den Frieden werden könnte. Und je mehr die deutsche Regierung ihre Absicht bekundet, ihre wachsende militärische Stärke für ihre eigenen Ziele zu benutzen und auch die Nato dafür auszunutzen, um so geringer wird die Begeisterung außerhalb Deutschlands für die deutsche Wiedervereinigung sein.

Zumindest während der letzten beiden Jahre hat sogar die britische konservative Regierung stillschweigend anerkannt, daß es untunlich ist, die Existenz eines ostdeutschen Staates weiterhin zu ignorieren, der sich innerlich festigt und

dessen Lebensstandard und soziale Wohlfahrt steigt, eines Staates, der von einer großen Zahl von Ländern anerkannt und der der Alliierte der Sowjet-Union ist.

Was die Frage der deutschen Ansprüche auf heute polnisches Gebiet betrifft, so stimmen die amerikanische und die britische Regierung im Stillen mit der von Präsident De Gaulle offen ausgesprochenen Ansicht überein, daß die deutsche Wiedervereinigung innerhalb der gegenwärtigen deutschen Grenzen stattfinden muß. Soweit der Westen betroffen ist, was immer auch die formelle juristische Lage sein mag, so ist die polnische Grenze als endgültig anzusehen und nicht als eine Sache für Tauschgeschäfte. Denn es ist auf offizieller Ebene anerkannt, daß die Westmächte den Polen gestattet haben, die deutsche Bevölkerung aus den Gebieten der Oder-Neiße-Linie auszuweisen und die Gebiete mit Polen zu besiedeln als eine Gegenleistung für den Verlust von polnischen Gebieten östlich der Curzon-Linie an die Sowjet-Union, eine Linie, die Marschall Pilsudski und die polnischen Landbesitzer sich nach dem ersten Weltkriege genommen hatten, gegen den Willen ihrer Alliierten, die darauf hinwiesen, daß diese östlichen Gebiete hauptsächlich von Weißrussen und Ukrainern bewohnt waren. Auf der populären Ebene ist Polen der Liebling unter den Ländern jenseits des Eisernen Vorhangs, und die deutschen Ansprüche auf polnisches Gebiet werden als unberechtigt oder Schlimmeres angesehen in Anbetracht dessen, was Hitler Polen antat: 6 Mill. Zivilisten getötet, Warschau bis auf den Grund zerstört, sowie Auschwitz und alles was damit zusammenhängt. Diese Gefühle sind vielleicht unfair, sie machen sich nichts aus den deutschen Gefühlen über eine größere Amputation von historischem deutschen Territorium, aber sie sind eine Realität und sie werden außerdem unterstützt durch den Wunsch nach Frieden. Wenn es wirklich so ist, und es hat den Anschein als ob es so wäre, daß die Politik der gegenwärtigen deutschen Regierung auf eine Sabotage an allen ernsthaften Verhandlungen auf der Grundlage der Realitäten von Heute und Morgen abzielt, in der Hoffnung, ihre Position bis zu dem Zeitpunkt verbessern zu können, wo sie ihre Forderungen durchsetzen kann, die DDR zu liquidieren und die Grenzen von 1937 mit Polen wieder herzustellen, so wird außerhalb das Bestreben nur wachsen, die deutsche Wiedervereinigung aufzuschieben. Die Zeit ist gegen Dr. Adenauer, sie hat bereits die westdeutsche Unversöhnlichkeit selbstzerstörerisch und unrealistisch gemacht. Sollte in der Zwischenzeit die Gipfelkonferenz verfehlen, ein „Moratorium" über Berlin zu erreichen, und Herr Chrustschow dies damit beantworten, daß er seine angekündigte Absicht, einen Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, wahr macht, auf einer Grundlage, die in der Tat fortschreitend den Status von Westberlin modifizieren würde, sowie die Stellung der westlichen Streitkräfte in jenem Gebiet, so wird das Resultat in westlichen Protesten bestehen, denen die Akzeptierung des geschaffenen Tatbestandes folgen wird, in dem man das Gesicht soweit wie möglich wahrt.

Es würde nämlich politischen Selbstmord für jeden Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten bedeuten, oder für jegliche britische Regierung, den Anschein zu erwecken, daß sie irgendein Kriegsrisiko zur Aufrechterhaltung dessen auf sich nehmen, was Präsident Eisenhower selbst anomal und gefährlich genannt hat, nämlich des Status quo in Berlin. Der einfachere Weg — die Linie des geringsten Widerstandes — würde in dieser Situation sein, zu erklären, daß es wegen ihrer Unversöhnlichkeit die Schuld der deutschen Bundesrepublik wäre und daß sie deshalb die Konsequenzen zu tragen hätte.

Der westliche Abrüstungsplan hat eine unglückliche Familienähnlichkeit mit den westlichen Gegenvorschlägen vom 29. August 1957; er bleibt auf eine traurige Weise hinter dem britisch-französischen Plan von 1954 zurück. Diesmal ist die Höchstgrenze von 2,5 Millionen für die Mannschaftsstärke der Streitkräfte der

Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten festgesetzt worden, eine Zahl, die tatsächlich über dem gegenwärtigen Niveau der Streitkräfte beider Länder liegt. Diese Zahl wird auch nicht ergänzt durch irgendwelche Zahlenangaben für andere Staaten. Darüber hinaus: in dieser ersten Phase der „Abrüstung", wie es neckischerweise genannt wird, soll eine Abrüstungs-Kontrollorganisation mit sehr großen Vollmachten aufgestellt werden, die deshalb den sowjetischen Einwand hervorruft, daß der Westen wieder einmal den Versuch macht, Kontrollen ohne Abrüstung einzurichten.

Die „Times" (vom 14. April) beschloß eine Betrachtung über den Stillstand der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission wie folgt:

„Es gibt immer noch eine schwankende Hoffnung, daß die Sowjet-Union anbieten wird, Teil-Abrüstungsmaßnahmen zu diskutieren, ohne Bedingungen, d. h. ohne darauf zu bestehen, daß diese Teil eines Schemas für totale Abrüstung in Stufen sein müssen. Hierauf mag der Westen lange zu warten haben ... und die westlichen Delegierten sind offensichtlich bekümmert über die Möglichkeit, daß die öffentliche Meinung zu Hause ihnen gegenüber Stellung beziehen wird, während sie abwesend sind."

Sie haben auch allen Grund bekümmert zu sein. Denn zumindest die britische öffentliche Meinung ist nicht in der Stimmung, eine Wiederholung jener Vorstellung, welche die westlichen Regierungen im allgemeinen und unsere eigene im besonderen aufführten (von 1954—1958), noch einmal herunter zu schlucken. Der Einfluß der Friedenskräfte im Westen ist heute viel zu groß, um abgestoppt werden zu können, und kann schon gar nicht umgekehrt werden.

Ein Fehlschlag dieser Gipfelkonferenz wird den Druck nur vergrößern, und zwar nicht für eine andere Politik, sondern für eine Politik unserer Regierungen, die ein Abkommen möglich macht. Soweit Großbritannien betroffen ist, wird dieser Druck um so stärker und radikaler werden, je langsamer die Regierung ihm nachgibt. In der Labour-Party nimmt er schon die Form der Opposition gegen Kernwaffen für Deutschland oder den Einschluß Deutschlands in die Nato an, sowie das Befürworten einer Politik des Disengagement, ähnlich den internationalen Aspekten des Deutschland-Plans (ex-Deutschland-Plan?) der SPD und des Rapacki-Plans. Dies mag bald den Verzicht auf Kernwaffen durch Großbritannien einschließen. Von hier aus wäre es dann gegebenenfalls nur noch eine kurze Strecke bis zu der Forderung unseres Austritts aus der Nato. Dies alles würde ein Teil einer Politik sein, gemäß der Charta der Vereinten Nationen gute Beziehungen sowohl zu der Sowjet-Union als auch zu den Vereinten Staaten zu unterhalten, während wir es ablehnen, mit einer der beiden Mächte gegen die andere alliiert zu sein, obgleich wir sehr darauf bedacht sind, mit beiden in den Vereinten Nationen zusammen zu arbeiten an politischen Vereinbarungen, Abrüstungsabkommen, Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (einschließlich gemeinsamer Hilfe für die entwicklungsfähigen Länder), die uns dazu verhelfen, daß die Produktionsquellen, die gegenwärtig für Zwecke der gegenseitigen Vernichtung vergeudet werden, zu konstruktiven Unternehmungen werden, die sowohl dem Osten als auch dem Westen Nutzen bringen.

Die nächste Gipfelkonferenz könnte sehr wohl zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Nachkriegszeit werden, wenn sie diese Aufgaben zu einer politischen Realität macht, mit der die Regierungen der Welt rechnen müssen. Sie kann einen entscheidenden Abschnitt in dem fortschreitenden Zusammenbruch einer Staatskunst des „Gleichgewichts der Kräfte" darstellen. Sie kann die politisch effektiven volkstümlichen Forderungen nach einer Politik des friedlichen Nebeneinanderlebens hervorheben, aufgebaut auf den Grundsätzen, Absichten und Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen.

Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies

Wettlauf Technik — Politik

In den Genfer Verhandlungen über den Versuchsstop von Kernwaffen tritt mehr und mehr die Kontrolle unterirdischer Explosionen in den Vordergrund der Diskussion. Die Feststellung von Explosionen oberhalb der Erdoberfläche ist mit verschiedenen technischen Methoden gegeben, und man kann auch in sehr großen Entfernungen vom Explosionsort den Nachweis erbringen. Ein enges Netz von Kontrollstationen im gegnerischen Lande wäre also dafür nicht notwendig.

Für die unter der Erdoberfläche ausgelösten Explosionen hat man bisher geglaubt, daß mit verfeinerten Seismographen, d. h. mit den für die Beobachtung von Erdbeben seit langem bekannten Geräten eine Überwachung auch in großer Entfernung möglich sei. Aus der Tatsache, daß bisher für die Explosion von Kernwaffen eine gewisse Mindeststärke aus physikalischen Gründen notwendig ist, konnte man sich errechnen, daß bei der gegebenen Explosionswirkung und der gegebenen Empfindlichkeit der Seismographen in einem Abstand von einigen hundert Kilometern die Seismographen eindeutige Zeugnisse von einer unterirdischen Explosion liefern müßten. Aus den so errechneten Entfernungen kann man dann bestimmen, wie viele Stationen z. B. in Sibirien oder in großen Wüstengebieten notwendig seien, um ein brauchbares Überwachungsnetz für die Entdeckungen einzurichten.

Leider ist die technische Entwicklung über diese Sachlage wieder hinweggeschritten. Wenn ein Sprengmeister beim Tunnelbau oder im Bergwerk das Loch in den Granitfelsen gebohrt hat, setzt er die Dynamitpatrone, die genau in das Loch paßt, so ein, daß nur ein möglichst kleiner Luftraum in der Nähe der Dynamitpatrone vorhanden ist. Die Sprengwirkung vermindert sich, sobald die Explosion sich zunächst in einem freien Luftraum ausbreiten kann, weil die Druckwelle, die das umgebende Gestein zerbrechen soll, keinen so hohen Spitzenwert erreicht. Diese Tatsache kann man sich auch zunutze machen, um die von einer Kernwaffen-Explosion ausgehende Druckwelle in ihren Wirkungen auf die Erschütterung der Erdrinde abzuschwächen. Die Explosion muß dafür in einem unterirdischen Raum ausgeführt werden, der nicht so ungewöhnlich groß zu sein braucht, wenn man mit der Wirkung der Hiroshima-Bombe (=20 000 Tonnen TNT) rechnet. Eine unterirdische Höhle von der Größe einer Bahnhofshalle würde die Druckwelle bereits so stark mindern, daß wahrscheinlich ein empfindlicher Seismograph in 100 km Entfernung die Explosion nicht mehr sicher aus der allgemeinen Registrierunruhe heraus darstellen könnte. Solche unterirdischen Höhlen sind in gewissen Gebirgsformationen von Natur aus vorhanden. Sie sind z. Teil in abgebauten Salzbergwerken entstanden und man kann sie mit nicht sehr großen Kosten künstlich erzeugen durch Auflösung unterirdischer Salzstöcke, die man mit großen Wassermengen durchspült. Man benutzt heute schon solche künstlich erzeugten Höhlen zur Lagerung großer Erdöl- oder Erdgasmengen.

Die technischen Möglichkeiten, unterirdische Explosionen mit einfachen Mitteln vor der Gegenseite zu verbergen, sind also leider gegeben, wenn man nicht gerade Superwasserstoffbomben prüfen möchte. Die Fläche der Sowjetunion beträgt 23 Millionen qkm. Bei einem Abstand zwischen den einzelnen Kontroll-Seismographen von je etwa 100 km würde die einzelne Kontrollstation eine Fläche von 10 000 qkm bedecken, und dafür müßte die doch sehr große Zahl von 2000 Kontrollstationen eingerichtet werden. Die Kosten für Einrichtung und Unterhaltung sind nicht gering und es ist fraglich, ob eine so große Zahl von Stationen dauernd mit voller Zuverlässigkeit arbeiten kann. Es wird auch darauf hingewiesen, daß

in dem weiten Gebiet Chinas solche Kontroll-Stationen nicht eingerichtet werden können, weil dieses Land für die Diplomaten des Westens nicht existiert.

Wenn es jedoch gelingt, die Mindestgröße einer Kernwaffenexplosion auf die Wirkung von 1000 Tonnen TNT oder noch weiter herabzusetzen, und die Forschungen aller Mächte sind auf dieses Ziel ausgerichtet, würde der genannte Abstand schon wieder unzureichend sein. Die Entwicklung kleiner Atombomben hat für die Luftabwehr gegen Flugzeuge und Raketen und auch für den Erdkampf große Bedeutung, weil mit zu großen Explosionsstärken die eigene Schädigung und Gefährdung des Anwenders unerwünscht groß wird. Der Angreifer erzielt mit 20 kleineren Bomben zu je 1000 t TNT-Sprengwirkung flächenmäßig eine viel ausgedehntere Zerstörung als mit einer einzigen Bombe von 20 000 t TNT. Die Abwehrmöglichkeiten gegen 20 gleichzeitig haranrasende Raketen sind auch mit der größten Dichte der Abwehrstationen und den besten automatischen zielsuchenden Steuerungen für die Abwehr-Raketen sehr benachteiligt. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine größere Anzahl aus 20 angreifenden Raketen nicht abgeschossen werden kann, ist kaum zu vermeiden. Wenn überhaupt Aussichten für eine Abwehr bestehen, so sind sie gegenüber einem einzigen Ziel sehr viel besser, und wenn man überhaupt trifft, macht es keinen Unterschied, ob die anfliegende Rakete eine große oder kleine Ladung enthielt. Der Angreifer ist also mit vielen kleinen Bomben im Vorteil, er kann mit der Hälfte der kleinen Bomben ins Ziel kommen, aber mit der einzelnen größeren vielleicht gar nicht.

Für den etwaigen Partisanenkrieg oder für Attentate kleine A-Bömbchen sozusagen in der Aktentasche parat zu haben, bietet den Befürwortern der Gewaltanwendung viele neue Möglichkeiten.

Das Interesse der Militärs ist deswegen jetzt darauf konzentriert, vor allem kleinere und kleinste Bomben neu zu entwickeln, und es besteht die betrübliche Tatsache, daß deren unterirdische Erprobung mit den z. Zt. bekannten technischen Mitteln tatsächlich kaum noch kontrollierbar sein wird. Der Gedanke der Kontrollstationen ist also technisch nahezu überholt. Die unterirdischen Explosionen sind im Rahmen der Gesamtkosten nicht wesentlich teurer als die bisherige Art der Versuchsexplosionen. Unterirdische Versuche haben tatsächlich den großen Vorteil, daß keine radioaktiven Produkte über die ganze Welt ausgebreitet werden. Es würde damit eine wichtige Begründung entfallen, die jetzt vorzugsweise in der Öffentlichkeit gegen die Fortsetzung der Versuche geltend gemacht wird.

Es kann jedoch mit der Feststellung, daß die unterirdischen Versuche keinen allgemeinen Schaden anrichten, keineswegs deren weitere Durchführung für zulässig erklärt werden. Die Einstellung der Versuche hat ja eine viel weitreichendere Bedeutung als eine Verhütung der „fall out"-Ausstreuung. Die Bedeutung liegt vielmehr darin, daß mit dem Verzicht auf weitere Versuche von den beteiligten Mächten eine gewisse Behinderung ihres technischen Fortschritts im Wettrüsten angenommen wird. Es wäre der erste Ansatz zu einem Rüstungsstop.

Die Menschheit ist bescheiden und geduldig, wenn sie es hinnimmt, daß selbst über dieses kleine Problem jahrelang erfolglos verhandelt wurde. Die rasch fortschreitende Technik zeigt uns inzwischen, daß in Wirklichkeit ein jetzt etwas näher gerücktes Verhandlungsergebnis eigentlich schon nicht mehr aktuell ist. Die Verlockung, ein jetzt feierlich geschlossenes Abkommen heimlich zu umgehen, weil der Verstoß dagegen wahrscheinlich geheim gehalten werden könnte, ist sehr groß. Die etwaige Umgehung solcher Abkommen würde einen erneuten Schwund des gegenseitigen Vertrauens erzeugen, mit dem die Aussichten für den Abschluß und die Einhaltung der unentbehrlichen weiteren Abkommen über die eigentliche Abrüstung völlig in Frage gestellt würde.

Es wird immer mehr deutlich, daß der menschliche Geist sehr viel schneller und aktiver zu klaren und sicheren Ergebnissen kommt in der Erdenkung von Massenvernichtungsmitteln, als daß er auf dem Gebiet der menschlichen Gesittung und des friedlichen Miteinanderlebens der Vernichtungstechnik die angemessenen organisatorischen Voraussetzungen entgegenstellen könnte. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß die großen Atombombenvorräte auf beiden Seiten — die nach glaubhaften Aussagen an Zerstörungskraft das 20- bis 100-fache dessen aufweisen, was zur Auslöschung des größten Teils der Menschheit und ihrer in Jahrtausenden erworbenen Kultur- und Lebensgüter erforderlich wäre — weiter existieren und daß sie jeden Tag mit ihrem unausdenkbaren Schrecken losgelassen werden könnten. Ein baldiger Erfolg in den Verhandlungen des Versuchsstops wäre sehr erfreulich, aber er bleibt gering. Auch dann, wenn dieser Versuchsstop für Explosionen und selbst wenn ein Verbot der Anwendung von A- und H-Bomben eingehalten wird, bleibt weiterhin die Möglichkeit, durch das Ausstreuen hoch radioaktiver Partikelchen über feindlichem Gebiet ganz ähnliche Massenvernichtungs-Wirkungen zu erzielen, wie mit den explodierenden Kernwaffen. Die Möglichkeit der chemischen Kriegsführung sind im öffentlichen Bewußtsein in den Hintergrund getreten, weil erfreulicherweise der zweite Weltkrieg diese Mittel nicht zur Anwendung brachte. Die Schrecken einer chemischen Kriegsführung sind im Zeitalter von tragfähigen Fernraketen möglicherweise nicht geringer als die der Kernwaffen. Ebenfalls sind die Möglichkeiten einer bakteriellen Kriegsführung heute kaum diskutiert, und für die Schrecken einer auf dieses Gebiet ausgedehnten Kriegsführung gilt das gleiche wie für die chemischen Kampfmittel. Für beides wird es ebensowenig einen Schutz der Zivilbevölkerung geben wie für die Kernwaffen.

Wenn eine militärische Abrüstung auf der Basis der Kontrolle von atomaren Versuchsexplosionen unrealisierbar wird, und dies ist mit dem Fortschreiten der technischen Entwicklung in einiger Zeit mit großer Wahrscheinlichkeit als Tatsache zu erwarten, müssen die Politiker nach neuen Wegen suchen. Man wird die Abrüstungsbemühungen auf eine andere, wahrscheinlich mehr „ehrenwörtliche" Grundlage stellen müssen, man wird endlich die UNO zu einem Instrument uneingeschränkter Autorität und ohne allzu weitreichende Vetorechte machen müssen, man wird unbedingt alle Nationen und Völker der ganzen Erde uneingeschränkt ohne sogenannte „Nichtanerkennung" in die freiwillige Rüstungskontrolle einbeziehen müssen, und man wird den kalten Krieg abbauen müssen.

Der menschliche Geist hat im letzten Jahrhundert und mit einer von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich steigernden Ausbeute größte Triumphe gefeiert auf den Gebieten der Hygiene, Medizin, Chemie, Physik und Technik, und die Zahl der Erdbewohner konnte sich allein in den letzten 80 Jahren mehr als verdoppeln. Haben wir auf den Gebieten der Geisteswissenschaften, insbesondere der Philosophie, der Moral und Ethik in den letzten Jahrzehnten, Jahrhunderten (und Jahrtausenden) entsprechende Gewinne des menschlichen Geistes gemacht? Das mag bisher nicht ganz entscheidend notwendig gewesen sein, aber die Gegenwart fordert zur Verhütung eines das Leben selbst zerstörenden Mißbrauchs der naturwissenschaftlichen Fortschritte eine gewaltige Aktivierung der sittlichen Kräfte, die erfreulicherweise im menschlichen Geiste gut ausgebildet sind, die sich aber bisher nicht gegen Gewinnstreben, Selbstsucht, Neid und andere aus Urinstinkten stammenden primitiveren Regungen haben durchsetzen können. Von dieser Aktivierung unserer sittlichen Kräfte wird die Zukunft der Menschheit stärker abhängig sein als vom weiteren naturwissenschaftlichen Fortschritt.

Wir können den naturwissenschaftlichen Fortschritt nicht aufhalten, denn er hat schon jetzt größte Erfolge für die Wohlfahrt der Menschheit geliefert und

muß sie weiter liefern und steigern, damit der immer rascher steigenden Zahl der Erdenbewohner das Leben nicht durch Hunger und Seuchen gefährdet wird. Das bevorstehende Gipfeltreffen muß zeigen, ob wir den großen Erfolgen der Naturwissenschaften, die uns jetzt gleichzeitig mit totaler Vernichtung bedrohen, etwas gegenüberstellen können, das die vorliegenden ungewöhnlichen Aufgaben meistert. Hat die Menschheit die Entwicklung ihrer ethischen Kräfte zu sehr vernachlässigt? Haben wir im Abendland vielleicht als Pharisäer den Sinn für das wirklich ethische Handeln verkümmern lassen? Es ist betrüblich, festzustellen, daß die bundesdeutsche Regierung nach bisherigen Kenntnissen nicht mit konstruktiven, der Weltlage angemessenen Beiträgen an der Vorbereitung von Erfolgen teilgenommen hat.

Prof. Gerhard Gollwitzer

Die Selbstentblößung der „Moralischen Aufrüstung"

Eine der erfreulichen Erscheinungen der letzten Jahrzehnte schien der wachsende Erfolg der „Moralischen Aufrüstung". Sie will eine „Änderung der menschlichen Natur" bewirken, einen „neuen Menschentyp" schaffen, der „von der egoistischen Sorge um seine eigenen Interessen befreit ist". Die vier „moralischen Maßstäbe" heißen: „Absolute Ehrlichkeit, absolute Reinheit, absolute Selbstlosigkeit, absolute Liebe". Jeder soll die „innere Stimme, die nicht mehr die des eigenen Ichs ist, das Gewissen" vernehmen und ernst nehmen. Ändere dich selbst, bewähre dich selbst, wenn du andere ändern und bessern willst! Als erste Handlung nach seiner eigenen Lebenswendung schildert der Gründer Frank Buchmann seine Versöhnung mit sechs persönlichen Feinden: „Ich gehorchte (der Forderung Gottes) und schrieb sechs Entschuldigungsbriefe."

Die Bewegung hat sich von den Zentren Mackinac (USA) und Caux (Schweiz) aus auf alle Kontinente ausgebreitet, denn sie wendet sich an alle Menschen, ganz gleich welcher Rasse, Religion und Weltanschauung — eine ausgenommen, wie wir unten sehen werden. Sie hat im Leben unzählbarer Menschen eine erstaunliche Wandlung vollbracht. Im politischen Leben setzt sie an Stelle des Kampfes aller gegen alle, also auch des Klassenkampfes, die Zusammenarbeit aller mit allen, das Vertrauen. In den christlichen Völkern hat sie die Nächstenliebe neu aktiviert, in Indien Gandhi unterstützt, in Afrika zur friedlichen Loslösung der Kolonialvölker aus der europäischen Herrschaft beigetragen. Und nach dem Krieg, 1946, sorgte Buchmann dafür, daß die verfemten Deutschen wieder in die Gemeinschaft der Völker aufgenommen würden.

Was hatte näher gelegen als die Hoffnung, diese Bewegung werde sich auch auf die Lösung des heutigen Machtkonflikts von „West" und „Ost" segensreich auswirken! Wir meinen damit nicht, daß mit ihrer Hilfe die Unterschiede sentimental verwischt würden, sondern daß die Art und Weise der Auseinandersetzung menschlich, fair und fruchtbar im Sinne des neuen Zeitalters der Menschheit erfolgen würde, daß man auf beiden Seiten das Positive der Gegenseite erkennen und voneinander lernen werde. So wie — nicht ein Pfarrer, nicht ein weltfremder „Moralapostel", sondern — der große Staatsmann Nehru 1957 in Schweden sagte: „Es hat mich oft eigenartig berührt, daß die Welt über

einen so großen Vorrat an gutem Willen verfügt und daß es trotzdem soviele Konflikte gibt. Ich habe die meisten Länder besucht . . ., überall fand ich guten Willen, Freundschaft und den überwältigenden Wunsch nach Frieden, nach einem friedlichen Zusammenleben der Völker. Und ich frage mich: wenn soviel guter Wille . . . lebt, warum ist es nicht möglich, daß er sich vereinigt und zu einem reichen Schatz an gutem Willen der ganzen Welt zusammenfließt? Haben wir uns vielleicht in gewissen Bahnen des Denkens festgefahren, die uns gefangen halten . . .? Ich habe mit Menschen entgegengesetzter Ansichten die Erfahrung gemacht, daß das Gebiet der Übereinstimmung verhältnismäßig groß und das der Nichtübereinstimmung relativ klein ist. Ich meine, man könnte daraus einen Vorteil ziehen. Es besteht nur die Schwierigkeit, daß man lieber das Gebiet der Nichtübereinstimmung überbewertet, betont, hinausschreit, während das große Gebiet der Übereinstimmung verschleiert und bagatellisiert wird . . . Es ist ein fundamentaler Unterschied zwischen einem Gerüstetsein und Vorbereitetsein auf Gefahren und einem Verhalten, das diese Gefahren erhöht . . . Gerade das Hineinziehen der Welt in zwei feindliche Lager beschleunigt den Konflikt, der damit vermieden werden soll . . . Wenn die Welt dauernd Partei ergreift und vom Kriege spricht, wird gerade dadurch der Krieg zur Wirklichkeit. Ich meine, man sollte versuchen, umzudenken und die alten Gleise zu verlassen."

Man hätte erwarten dürfen, daß die „Moralische Aufrüstung" zur Trägerin der „Neuen Politik" würde, die Jaspers in seinem leider so zwiespältigen Buch so treffend kennzeichnet: „Die alte Politik hat zum Prinzip die gegenwärtige Feindschaft und den kommenden Krieg. Die alte Politik sieht alles in der Realität von Freund und Feind in bezug auf den Krieg, die neue sucht in dieser Realität schon nach dem Frieden und seinen Voraussetzungen. Die Umkehr des letzten Orientierungspunktes vom Krieg auf den Frieden wäre die Verwandlung der alten in die neue Politik . . . Die neue Politik, begründet auf das politische Ethos, das den Frieden meint als die nunmehr endgültige Bedingung des menschlichen Daseins überhaupt, drängt zum entschiedensten sittlichen Urteil. Als das eigentlich Böse gilt ihr die Lüge, vor allem die Heuchelei, und noch ein Tropfen Unwahrheit in der wahren Beschuldigung. Sie hebt die teuflischste, obgleich scheinbar unblutige Weise des Kampfes auf: alles zu benutzen, um sich gegenseitig die Schuld vorzurechnen . . . Was so gefordert wird, das scheint zuviel. Es ist als Möglichkeit derart unwahrscheinlich, daß man wohl den Mut verlieren kann." Durfte man nicht eine der Quellen dieses Mutes in der „Moralischen Aufrüstung" vermuten, die von sich sagt, sie befasse „sich mit allen Bedürfnissen des ganzen Menschen und sei allen Menschen überall zugänglich — Nichtkommnisten wie Kommunisten", sie sei „eine revolutionäre Idee, die in Ordnung bringt, was in Unordnung ist"?

Sie hat sich leider anders entschieden. Zwar heißt es in der hier näher zu betrachtenden, zur Zeit über ganz Westeuropa ausgestreuten Postwurfsendung „Ideologie und Koexistenz", wir benötigten „dringend einen neuen Menschentyp, eine neue Staatskunst, eine neue Politik", aber man hat sich eingereiht in das eine der alten Feldlager des kalten Krieges, ist besessen vom „Hexenwahn des 20. Jahrhunderts", dem militanten Antibolschewismus, und betreibt jene alte Politik, „für die es nichts gibt, das nicht für den kalten Krieg und den drohenden heißen wichtig wäre", für die sich „alle Bereiche des Lebens in ‚Kriegs-

schauplätze' verwandeln . . . Dann gibt es nicht nur den militärischen Kriegsschauplatz in den heutigen weitläufigen weltstrategischen Gedanken, sondern auch den wirtschaftlichen, kulturellen, ideologischen und religiösen Kriegsschauplatz" (Jaspers). Die Postwurfsendung hat nichts anderes zum Ziel, als die altgewohnten, dank den Bemühungen auf beiden Seiten um eine Form der Koexistenz und dank dem Mißerfolg der „Politik der Stärke" abklingenden Streitrufe wieder neu erschallen zu lassen. Die Enttäuschung darüber schwindet allerdings, wenn man sich daran erinnert, daß Buchmann 1937 erklärt hat: „Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungsfront gegen den kommunistischen Antichrist errichtet hat." Der Hinweis darauf, daß sich damals manch einer, so auch Niemöller, getäuscht habe, ist nicht stichhaltig, denn Niemöller hat früh *genug* seinen Irrtum eingesehen und „sich geändert", er ist seither konsequent neue Wege gegangen im Gegensatz zu Buchmann, der sich stets gleich geblieben ist. Dessen Ruf nach den Deutschen, 1946, entpuppt sich von der Postwurfsendung aus gesehen als ein neues „germans to the front", Deutsche, ohne Gesinnungsänderung und Reue, zurück an die alte Front, zurück zu den unter den Nazis so gut, allzugut gelernten Parolen!

Schon der Stil dieser Schrift macht den verantwortlich Denkenden stutzig. Und ihre terrible simplification, ihre schreckliche Vereinfachung der heutigen Weltprobleme erinnert peinlich an den „Völkischen Beobachter". Denn alle Probleme, Spannungen, Aufgaben unserer Tage werden auf einen einzigen Gegensatz simplifiziert: auf den Kontrast zwischen dem, was man bei dieser Schwarzweißmalerei „Westen" und dem, was man dabei „Osten" nennt. „Zwei Ideologien ringen heute um die Welt. Die eine ist die moralische Aufrüstung (die als die westliche Ideologie angepriesen wird! G. G.). Die andere ist der Kommunismus". Über den Inhalt des letzteren erfährt man nur, daß „er glaubt, daß des Menschen Geist durch die Ausbeutung der menschlichen Natur die Welt beherrschen soll, daß er die Weltherrschaft anstrebt, daß er die Welt wirtschaftlich, militärisch und politisch erobern will und den Klassenkampf fördert, daß die Völker des Sowjetblocks zur Zusammenarbeit gezwungen werden als gefügige Werkzeuge des Apparates, sie handeln nach Vorschrift". So stellt sich diesen Vereinfachern der vielschichtige, vieldeutige Komplex dessen, was im Osten vor sich geht und sich entwickelt, dar! Für dieses totale Freund-Feind-Denken ist der Osten die Inkarnation des Bösen, beherrscht von Banditen, wie ein Mitglied der Bundesregierung gesagt hat, Todfeind Nr. 1, wie für den Bundeskanzler, „dem wir soviel verdanken und der ein ideologischer Fels für die Einheit Europas ist". Man scheut sich in dieser Schrift der für „absolute Ehrlichkeit" eintretenden Bewegung nicht, die Lüge zu wiederholen, der neu auftretende westdeutsche Antisemitismus sei vom Osten infiltriert: „Man hat jetzt Beweismaterial erbracht, daß die ganze Sache von den Kommunisten angezettelt war." Obwohl die Prozesse erwiesen haben, daß dieser Beweis nicht erbracht werden konnte! Ein ihm selbst wohl peinliches Lob erhält Adenauer durch die Gleichstellung mit Tschiang Kai-schek: „Wir sollten aus der jüngsten Geschichte lernen. Die Preisgabe Tschiang Kai-scheks . . . konnte geschehen, weil wir auf die Taktik (der Kommunisten) hereinfielen. Gewissen Leuten, deren Kommunistenhörigkeit man erst später (vermutlich unter McCarthy? G.G.) entdeckte, gelang es, Lügen zu verbreiten und dadurch die amerikanische Politik in ein anderes Fahrwasser abzudrängen. Publizisten folgten der Parteilinie, indem sie Tschiang Kai-schek diskreditierten (genau wie man es heute bei Adenauer versucht)."

Freilich steht, dieser Schrift nach, auch im Westen nicht alles zum besten. Es gibt da „selbstsüchtige Menschen und selbstsüchtige Völker, den Kapitalismus, den Materialismus, die Benutzung des Handels zu selbstsüchtigen Zwecken. So viele Christen wollen Gott für ihre Zwecke brauchen, anstatt sich von Gott für seine Zwecke brauchen zu lassen". Aber die „Moralische Aufrüstung" bringt das alles „in Ordnung" und die Schrift beweist das in der Art der Selbstanpreisung einer Seifenfirma. Sie stellt „der Ideologie des Kommunismus" ihre „I d e o l o g i e" entgegen. Ideologie ist die Lehre von den Ideen und Begriffen. Von den Ideen des Kommunismus war, wie gesagt, nicht die Rede, obwohl angekündigt wurde, daß „das Wesen der ideologischen Auseinandersetzung aufgezeigt werden soll". Andererseits ist das, was als „Ideologie der Moralischen Aufrüstung dargelegt wird", alles andere als eine Ideologie. Es ist ein moralisches Programm, es sind moralische Forderungen, beherzigenswerte Forderungen, Maßstäbe für das Miteinanderleben von Menschen und Völkern. Aber da ist keine Idee für die Neugestaltung der Wirtschaft im Industriezeitalter, für die Probleme der Menschenführung im Zeitalter der anwachsenden Massen, da ist keine politische Idee für das Miteinanderleben der heute zu einer Menschheit zusammenwachsenden Nationen und Kontinente, für die Ausschaltung des Krieges als Mittel der Politik in dieser einen Menschheit, in der jeder Krieg ein Bürgerkrieg wäre, für die Ausschaltung der das Weiterleben der Menschheit bedrohenden Massenvernichtungsmittel, für die Abrüstung.

Der Titel dieser Schrift enthält ein zweites Wort: „K o e x i s t e n z". Am Schluß steht der Satz: „Darum ist die Wahl für die Welt nicht Krieg oder Koexistenz, sondern Moralische Aufrüstung oder Kommunismus". Man greift sich ob solcher geistigen Verwirrung an den Kopf. Aber wir wollen den „Maßstäben der Moralischen Aufrüstung" getreuer sein als sie selbst und uns die Mühe machen, das Chaos zu durchleuchten. „Krieg oder Koexistenz" meint nichts anderes als: wie ist ein Weg zu einem friedlichen Zusammenleben der dennoch verschiedenen und stets verschieden, ja konträr bleibenden Völker, Ideologien, Interessengruppen usw. zu finden? Wie kann verhindert werden, daß der kalte Krieg in den heißen ausarte? Ist es hierfür nicht notwendig, auch schon den kalten Krieg zu reduzieren? Wie können und sollten wir die durch das Abschreckungsgleichgewicht gegebene Gnadenfrist fruchtbar für eine bessere und zeitgemäßere Sicherung des Friedens benützen? Dazu aber ist nötig: viel Phantasie, viel Mut und eine denkerische, sachliche, vorurteilsfreie und unsentimentale Bemühung um jene „neue Politik", und dazu ist der nächstliegende Beitrag die zeitgemäße Ordnung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im e i g e n e n Lager. Ko-Existenz, Miteinander-Existenz — was bleibt denn der einen Menschheit anderes übrig, wenn sie den drohenden Menschheits-Bürgerkrieg vermeiden will? Das aber erfordert — nicht ein Aufweichen der geistigen Fronten. Koexistenz meint doch nicht, was vielleicht manche optimistischen Pazifisten erträumen, was aber sicher ihre oberflächlichen Gegner ihnen unterschieben: daß nämlich künftig alle Menschen lieb und freundlich und einhellig einer Meinung seien, daß alle Religions-, Weltanschauungs-, Rassen-, Interessengegensätze vom Erdboden verschwänden. Sie meint e i n e r s e i t s, daß wir heute für die ganze Erde fertigbringen, was längst zwischen Tübingen und Stuttgart, zwischen Preußen und Bayern, zwischen den amerikanischen Nord- und Südstaaten und nun auch zwischen Deutschland und Frankreich die Regel ist. Anders gesagt: sie strebt an, daß diesmal der „westfälische Friede" v o r dem „dreißigjährigen Krieg" geschlossen wird, ohne die Utopie, daß die heutige Rivalität sofort aufhört, ebenso wenig wie die damalige, die zwischen Protestanten und Katholiken, aufgehört hat. Noch anders:

sie möchte anstelle der bisherigen heißen „heiligen" — in Wahrheit stets recht fragwürdigen und unheiligen — Kriege die reiche, vielstimmige Symphonie der stets unterschiedlich bleibenden Menschen und Menschengruppen setzen, an die Stelle des militärischen certare, des Streits mit tötenden Waffen, das militärisch friedliche, geistig immer bewegt bleibende Kon-zert. Und dies nicht „unter der Decke", sondern auf dem Boden der Koexistenz.

Die Postwurfsendung läßt — absichtlich oder fahrlässig? — die Antwort auf die Frage offen, ob man nun eigentlich den Kampf mit Waffen, was heute nur heißen kann: die Ausrottung des Gegners mit Massenvertilgungsmitteln, bejaht, oder ob man nur den geistigen Kampf meint, oder beides. Eine Stelle allerdings, außer der schon oben zitierten, ist aufschlußreich: In Caux sei als eine der Richtlinien der kommunistischen Strategie genannt worden die „Propaganda für Abschaffung der Atomwaffen und für friedliche Koexistenz", und daran wird der erstaunliche, decouvrierende Nachsatz gefügt: „d i e u n s e r e n s i c h e r e n T o d b e d e u t e n w ü r d e." Erstens: Welches erschütternde Eingeständnis der westlichen geistigen Schwäche und Ideenlosigkeit! Könnte man sich dasselbe vorstellen im Munde eines der unselbständigen, unterdrückten Opfer, „Werkzeuge des (östlichen) Apparates, die nur nach Vorschrift handeln"? Zweitens: Hier wird deutlich, daß man sich zu dem jetzigen unhaltbaren, unaufhaltsam zum 3. Weltkrieg führenden Rüstungswettlauf bekennt. Und drittens: Wenn es so um den Westen steht, ist es dann zu verantworten, zur „Verteidigung" dieser Dürftigkeit die Menschheit durch den Atomtod auszurotten und ihre Gesundheit schon durch die Versuche zu gefährden? Aber die „Moralische Aufrüstung" wird ja endlich dieses Vakuum füllen, „sie ist die Idee, die in Ordnung bringt, was in Unordnung ist", arrogant, überheblich und gekennzeichnet durch die schon oben erwähnte Verwechslung des Voluntaristischen mit dem Ideellen, des guten Willens mit einer neuen politisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Konzeption. Noch eine andere Stelle gibt einen Hinweis: man zitiert Herrn C o r n e l l , der „auf eine langjährige Zusammenarbeit mit den höchsten Gremien des US-Verteidigungsministeriums auf dem Gebiet der Waffenforschung zurückblickt", der also beteiligt war an der Entwicklung jener Kainszeichen der westlichen Welt, der Atom- und Wasserstoffbomben, jener Zeichen der Menschenverachtung und Menschenaustilgung, die ja der edle Westen — das wird auch hier vergessen oder unterschlagen! — entwickelt und, noch schlimmer, in Hiroshima angewandt hat. Dieser Herr Cornell meint zwar, daß „der eigentliche Sieg mit anderen Mitteln errungen werden muß", ist aber doch der Überzeugung, daß „wir selbstverständlich unsere militärische Kraft aufrechterhalten müssen".

Noch deutlicher hat es der Bundespressechef v o n E c k a r d t ausgesprochen, der die „Moralische Aufrüstung" bezeichnete als „inneren Unterbau für die Machtfülle, als Ideologie, der die Machtmittel in einem übergeordneten Sinn zu dienen haben, eine Ideologie, die im äußersten, im alleräußersten Notfalle sogar d e r A n w e n d u n g d i e s e r M a c h t m i t t e l d i e s i t t l i c h e B e r e c h t i g u n g g i b t".

Jedenfalls ist im ganzen Heft nichts zu spüren von der Einsicht in die heutige Wirklichkeit. In Münster erklärte Herr S c h l a m m unter Beifall: „Ich habe den Krieg gegen Hitler empfohlen — ich wäre inkonsequent und ein Lump, wenn ich gegenüber dem Kommunismus Koexistenz empfähle", und Martin K r i e l e antwortet darauf sehr richtig (in den Frankfurter Heften 15/2): „Nichts von den Unterschieden zwischen damals und heute! Damals konnte man einen Krieg noch gewinnen, heute hat niemand Siegesaussichten; damals brauchte man den Mord an der Zivilbevölkerung weder vorauszusehen noch zu billigen,

heute fordert man ihn zugleich mit dem Krieg; damals setzte man vieler Menschen Leben und Gesundheit, heute setzt man wegen der Erbschäden den Fortbestand des Menschen als eines geistigen Wesens überhaupt aufs Spiel."

Koexistenz meint anderseits, daß die Gegensätze fruchtbar werden müssen, in friedlichem Wettstreit sich zum Besseren anreizend und sich ergänzend, nicht mehr nur sich aneinander reibend, sich aufreibend, sich mit Gift, Haß, Verleumdung, Diskriminierung beschmutzend. Möge die „Moralische Aufrüstung der Demokratie das moralische Rückgrat geben, das ihr heute fehlt", möge sie „die Christen wieder (wir möchten dieses „wieder" lieber durch „endlich!" ersetzen! G. G.) dazu bringen, ihr Christentum zu leben, bevor es zu spät ist". Dennoch werden weiterhin die verschiedenen Gruppen versuchen, die anderen „erfolgreich zu infiltrieren, Einfluß zu gewinnen, um das Denken der anderen Menschen zu kämpfen". Daß die „Moralische Aufrüstung" das den Kommunisten so übel nimmt, wundert einen, da sie ja einzig zur Infiltrierung, zum Kampf auffordert. Rauschning schrieb zu Recht: „Daß der Kommunismus den Wunsch hat, ganz Deutschland für sich zu gewinnen, versteht sich genau so von selbst wie das entgegengesetzte Bestreben, die bisherige sowjetische Zone für den westlichen Liberalismus zurückzugewinnen." Aber er fügt ebenso richtig hinzu: „Nur eine wirkliche Entspannung im Gegensatz der beiden Ordnungssysteme kann solches Bestreben in geregelte Kanäle ableiten."

Noch ein Wort zum Koexistenz-Konzert: Wie segensreich könnte es sich, mit Hilfe einer wirklich moralischen „Moralischen Aufrüstung", auswirken, wenn dann die bei uns in Jahrhunderten allmählich herausgebildete Freiheit des Individuums sich befruchten und ergänzen würde mit der Bindung in die Gemeinschaft, die im Osten stets den Ton angab: Uns zugute, bei denen die Freiheit des Ich so leicht in Selbstsucht, Isolierung, Mangel an Gemeinschaftssinn, Anarchie ausartet, dem Osten zugute, der in Gefahr war und ist, das Individuum dem Kollektiv zu opfern. Wobei wir freilich meist übersehen, daß der heutige Russe weit freier ist als unter der uns genehmeren zaristischen Herrschaft. Oder: Jean Gebser hat kürzlich auf die bevorstehende „Große Begegnung" Europas mit dem Fernen Osten hingewiesen: „Sie wird für das Schicksal der Erde und der Menschheit entscheidend sein und Umgestaltungen tiefgreifendster Art mit sich bringen . . . Deshalb sollte unser Wirken dem gelten, diese ‚Große Begegnung' nicht zu einem Gegeneinander, sondern zu einem Miteinander werden zu lassen." Das heißt, „daß wir dem möglichen Kampfbedürfnis des einzelnen den Friedenswillen der Menschheit überordnen, daß wir die Wirklichkeit der Welt und des geistigen Weltgeschehens über die schnell vergänglichen Erlebnisse der Macht stellen, daß wir uns unsere Freiheit bewahren, ohne anderen die ihre zu nehmen . . . Es wird sich dabei um eine Integrierung handeln, die auf Aggression verzichtet. Davon, ob wir als Europäer diese Kraft aufbringen oder nicht, wird Entscheidendes abhängen . . . Wir müssen uns ein klares Bild vom Fernen Osten erarbeiten, das ohne Diskriminierung die Gründe für die extreme Andersartigkeit des asiatischen Menschen deutlich macht. Wir müssen begreifen, daß fernöstliche Wesensart eine polare Ergänzung zu der unseren ist". Das Mißverstehen würde „die ‚Große Begegnung' und ihre Folgen in Frage stellen. Zudem begeben wir uns mit jedem Mißverständnis unserer Freiheit, weil wir mißverstehend oder falsch wertend zu Sklaven unseres Vorurteils werden". Wenn es sich hier auch um den Fernen Osten handelt, zu dem immerhin auch China und halb Rußland gehören, so ist das Gesagte doch auch für die Auseinandersetzung mit dem, was wir „den Osten" nennen, zu beherzigen.

„Im kommunistischen Wörterbuch bedeutet Koexistenz Machtübernahme mit allen Mitteln außer dem heißen Krieg", lesen wir in der Postwurfsendung. Nach ihrer Lektüre drängt sich die Frage auf: Bedeutet für die „Moralische Aufrüstung" die Nicht-Koexistenz: Machtübernahme mit allen Mitteln, auch mit dem des heißen Krieges? Daß der Sowjetunion aber auch der heiße Krieg recht sei, wird folgendermaßen bewiesen: „Von den drei Hauptmächten, die in den Krieg gegen Deutschland verwickelt waren, erweiterte die Sowjetunion als einzige ihr Gebiet" — fehlt nur noch, daß es hieße, die Sowjetunion habe dafür einen Aggressionskrieg geführt! Der ganze Satz klingt so irreführend harmlos, in Wahrheit waren nicht diese Mächte „in einen Krieg gegen Deutschland verwickelt", sondern Deutschland hatte gegen diese Mächte einen Krieg eröffnet, Deutschland hatte sich „in einen Krieg gegen diese Mächte verwickelt"! Dann also „annektierte die Sowjetunion Estland, Lettland" usw. Hätten die Verfasser beizeiten Geschichte gelernt, dann wüßten sie, daß Rußland damit nichts anderes getan hat als die Deutschen mit der „Annexion" Elsaß-Lothringens und des Saargebietes bei der ersten besten Gelegenheit, d. h. mit der Wiedereinverleibung früher zugehöriger Gebiete. Steht es ausgerechnet uns Deutschen wohl an, solche „Annexion" zu rügen, die wir heute selbst nach dem von uns veranstalteten, von allen deutschen Männern (mit verschwindenden Ausnahmen) mitgeführten, verlorenen Raubkrieg auf die Rückgabe unseres früheren Besitzes pochen?

Zum Schluß sei ein tröstliches Zeichen nicht verschwiegen: Der französische, katholische Philosoph Gabriel M a r c e l , der sich zur „Moralischen Aufrüstung" bekennt, hat gerade das getan, was wir Gegner der Aufrüstungspolitik des Bundeskanzlers — den die Postwurfsendung als ihren Bannerträger auf den Schild hebt — seit Jahren tun: er hat gegen die atomare Aufrüstung Frankreichs, gegen die Saharabombe öffentlich protestiert.

Wir stellen dieser Schrift nun zwei Beispiele einer anderen Gesinnung gegenüber, zwei Äußerungen nicht etwa politischer Dilettanten, verführter Intellektueller — denn wie es in dieser Schrift heißt „merken wir selbst gar nicht, daß wir durch vieles, was uns im Fernsehen oder im Theater geboten wird, was wir im Radio oder sogar von der Kanzel hören, eine (prokommunistische) Gehirnwäsche durchmachen. Die Kommunisten brauchen keine neuen Organisationen ins Leben zu rufen, da sie die vorhandenen so erfolgreich infiltriert haben." Ja, ja, es ist wieder so weit wie einst: wer nicht Antisemit war, der wurde als Philosemit, was noch schlimmer war als Semit, desavouiert, wer nicht hysterischer Antikommunist ist, der ist osthörig und arbeitet Herrn C h r u s t s c h o w in die Tasche. Daß man nicht Antikommunist und dennoch Nicht-Kommunist sein kann, ist diesen Leuten völlig unvorstellbar. Ein Beispiel dafür aus einem neuen deutschen Buch über Indien: „Ein Hindu fragte mich, warum denn Deutschland wieder aufrüste. Nach zwei verlorenen Kriegen sollten wir doch gelernt haben, daß Aufrüstung nur zu einem neuen Kriege führen kann. Es ist mir bekannt geworden, daß derartige Gedankengänge in den Kreisen der indischen Regierung weit verbreitet sind. Man spürt in der ganzen Formulierung nur zu deutlich den kommunistisch-russischen Einfluß!" Genau so schreibt auch die besprochene Schrift: „In Mackinac (dem amerikanischen Zentrum der „Moralischen Aufrüstung") erhalten Männer und Frauen die Antwort auf die kommunistischen Ideen des Pazifismus und des Neutralismus, statt von ihnen entwaffnet zu werden" — abgesehen von der infamen Verleumdung erfährt man hier also, daß in Mackinac und Caux die Christen geimpft werden gegen die Anfälligkeit, die Forderungen ihres Herrn und Heilands nicht nur am Sonntag in der Kirche, sondern auch im Werktag, im politischen Werktag ernst zu nehmen,

was freilich schwerer ist, als das zu tun, was, nach dem Wort ihres Herrn, „die Heiden auch tun". So kam es soweit, daß es unserer Zeit vorbehalten blieb, daß ein „Heide", ja sogar ein „atheistischer Materialist" den Vorschlag machen konnte, zu dem oder wenigstens zu dessen Zustimmung sich die Christen nicht entschließen können: den Vorschlag für eine rasch durchführbare „allgemeine und totale Abrüstung" (Chrustschow vor der UN). Wir müssen leider aus eigener Erfahrung noch hinzufügen: dessen Wortlaut noch keiner kannte, der von uns darauf angesprochen wurde, der bei uns nicht veröffentlicht wurde (zu erhalten vom Internationalen Institut für den Frieden, Wien IV, Möllwaldplatz 5).

Nun also die zwei Äußerungen ganz sicherlich nicht russisch infiltrierter Politiker, die wir der „Moralischen Aufrüstung" zwecks Ermunterung zu ihrer eigenen moralischen Aufrüstung ins Stammbuch schreiben möchten. Eisenhower in New-Delhi, Dezember 1959: „Kriege werden durch Menschen hervorgerufen — und Menschen werden oft durch festgefahrene Vorstellungen aus der Vergangenheit beeinflußt — der toten Vergangenheit mit all ihrem Mißbrauch von Macht und Verantwortung, der ganzen törichten Auffassung, daß mit Gewalt jedes Problem gelöst werden kann. Können wir uns nicht im Namen der Menschheit in einem Fünfjahresplan gegen Mißtrauen, Zweifel und Festhalten an den Fehlern der Vergangenheit zusammenschließen? Können wir uns nicht mit aller Kraft einsetzen für die Beseitigung oder Verminderung der Spannungsursachen, die in der Welt vorhanden sind? Meine eigene Erfahrung während der letzten zehn Jahre hat mich überzeugt, daß ein großer Teil der Angst, des Argwohns und der Vorurteile der Welt zerstreut werden kann. Männer und Frauen brauchen nur ihre Augen zu den Gipfeln erheben, die sie gemeinsam erklimmen können."

Und Hermann Rauschning in seinem dringendst empfohlenen Buch „Mut zu einer neuen Politik", Käthe Vogt Verlag, Berlin: „Man sollte vom heraufsteigenden Universalzeitalter des Menschen reden. Wir treten in ein Zeitalter einer neuen Verantwortung, ein Zeitalter der Mündigkeit. Es bedarf eines besonderen Mutes, um die politischen Schlußfolgerungen zu ziehen und einzusehen, daß diese neue Wirklichkeit eine neue Politik aller Nationen erfordert, eine Politik, die nur einer neuen Denkweise erwachsen kann. Es drängt eine neue Bewußtseinslage der Menschheit herauf, nicht hier und dort in einigen wenigen führenden Geistern, sondern als eine Grundwelle, die aus allen Brunnen und Quellen heraufquillt. Wir bedürfen indessen einer klar geformten Erkenntnis der neuen Bedingungen unseres Gemeinschaftslebens. Wir erleben eine kopernikanische Umwälzung der Politik . . . Die unabweisbare Schlußfolgerung, die wir aus der Lage zu ziehen haben, . . . ist die Befreiung von der Macht der Mittel, die eine ärgere Diktatur über den Menschen errichtet hat als irgendein Totalitarismus, die ihn ‚dehumanisierte' . . . Es bedarf eines kopernikanischen Mutes, hinter dem Gewohnten und Augenscheinlichen . . . die neuen, die eigentlichen Umrisse und Elemente der Wirklichkeit zu sehen . . . Es ist nicht mehr eindeutig sicher, daß sich der Christ als der Träger der wandelnden Kraft in die Brandung der Fragen unseres politischen und sozialen Lebens begeben hat und das öffentliche Leben mit christlichem Geist durchwirkt. Das Christentum wird zur Parteisache im Weltkonflikt der Machtblöcke. So verliert es seine Kraft als das Verbindende und Menschenbindende. Die Christen durften nicht die Verteidigung des Westens und die Kultur des Abendlandes mit dem Christentum und der Zukunft der Religion gleichsetzen und hätten, wenn Politiker das taten, es richtigstellen müssen. Sie sind, statt die Politik mit dem gebotenen Ernst zu prüfen, als ihre Rechtfertiger und Lobpreiser aufgetreten und haben den Abgrund zwischen den

beiden Welthälften vertieft. Vom Widerstand der Christenheit als ein Ganzes in einer fruchtbaren ökonomischen Bewegung hätte der Durchbruch zu einer neuen Politik, die die Aufspaltung der Welt nicht als Grundtatsache hinnimmt, sondern zu überwinden trachtet, erfolgen müssen. Sie hätte sich mindestens nicht in die Gegensätzlichkeit hineinziehen lassen und zu ihrer Verabsolutierung beitragen dürfen, statt alle Völker und Ordnungen vor das Gesetz als das Richtende und zu dem Evangelium als das Wandelnde zu rufen . . . Eine große, umspannende Solidarität ist im Entstehen, eine Solidarität im Widerstand aller Völker gegen den drohenden Krieg, gegen die alte Politik, gegen alle jene Mächte von gestern, die Routiniers der Machtpolitik, die Meister der Taktik und der Propaganda, die Falschmünzer unserer Wirklichkeit. Es ist eine Solidarität, die keine Grenzen kennt, keine eisernen Vorhänge, keine Rassenunterschiede, keinen Westen und keinen Osten."

P.S.

Der überall im Bundesgebiet aufgebrandete Ärger über die Absprache zwischen Bundesminister Oberländer und dem Bundestagspräsidenten veranlaßte Gerstenmaier am Freitag zu der Erklärung, ihm sei bei seiner Unterredung mit Oberländer nicht bekannt gewesen, daß der Minister der CDU-Bundestagsfraktion seinen Rücktritt bis zum 5. Mai verbindlich zugesichert hatte . . .

Oberländer traf am Freitagnachmittag in Caux ein, wo gegenwärtig eine Tagung der „Moralischen Aufrüstung" stattfindet.

„Die Welt" vom 23. April 1960

Hans W. Sommer

Von der Hallstein-Doktrin zum Hallstein-Plan

Deutschland und die zweite Teilung Europas

Wenn es nach den Wünschen des übereifrigen Kleineuropa-Protagonisten Hallstein geht, wird bis zum Sommer dieses Jahres die zweite Spaltung Europas endgültig vollzogen sein. Nicht als das Ergebnis eines politischen Umsturzes oder veränderter politischer Machtverhältnisse, sondern als Folge eines wirtschaftspolitischen Kraftaktes. Der einzelne Bürger der betroffenen europäischen Staaten wird davon zunächst nur wenig, vielleicht gar nichts zu spüren bekommen. Aber wer immer mit Handel und Wirtschaft befaßt ist, wird sich darauf einstellen müssen, daß es in Westeuropa vom einen zum anderen Tag plötzlich möglicherweise zwei Blöcke gibt: Hie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit Deutschland, Frankreich, Italien und den drei „Kleinen" Niederlande, Belgien und Luxemburg, dort die Europäische Freihandelszone (EFTA = European Free Trade Association) mit Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Portugal, der Schweiz und Österreich. Dazu kommen noch die bisher „draußen" gebliebenen Länder Westeuropas, von denen einige, wie Griechenland und die Türkei, zu einer Assoziation mit den „Sechs" neigen, während auf der anderen Seite Finnland im engeren Kontakt mit der Gruppe der „Sieben" steht.

Beide Gruppen führen in ihrem Firmenschild die Bezeichnung „europäisch", und doch handelt es sich weder bei der einen noch bei der anderen Gemeinschaft um eine Organisation, die diese Bezeichnung mit vollem Recht für sich in Anspruch nehmen könnte. Beide Gruppen haben nur das eine gemeinsam, das Ergebnis dreijähriger handelspolitischer Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Ländern zu sein, bei denen es an spannungsreichen, ja fast dramatischen Momenten nicht gefehlt hat. Man könnte es nun dabei bewenden lassen, die wirtschaftspolitische Spaltung Europas als ein zwar bedauerliches, aber vorerst nicht abwendbares Ereignis hinnehmen und darauf hoffen, daß eines Tages doch noch die wirtschaftliche Vernunft siegen und zu einer „europäischen Wiedervereinigung" führen wird. Zumindest jedoch aus deutscher Sicht und unter den Gesichtspunkten deutscher Interessen wird die Situation ernster beurteilt und auf ihre Konsequenzen hin überprüft werden müssen.

Wir haben uns daran gewöhnt, die Teilung Europas in einen „Westblock" und einen „Ostblock" als zunächst unabänderlich hinzunehmen. Die Teilung Deutschlands wird immer weniger als drückend, das Bestehen zweier deutscher Teilstaaten immer weniger als Provisorium empfunden. Nun droht, allen Einigungsbemühungen und allen gesamteuropäischen Deklamationen zum Trotz, eine weitere Spaltung innerhalb Westeuropas, zunächst nur wirtschaftlich, aber — so muß man befürchten — mehr und mehr auch politisch. Und die Bundesrepublik, ihrerseits schon nur das halbe Deutschland repräsentierend und von der Ost-West-Spaltung am unmittelbarsten betroffen, ist ausgerechnet einer der Schrittmacher der westeuropäischen Teilungstendenzen. Anstatt, wie es doch in der Situation der Bundesrepublik vernünftig und natürlich erscheint, sich — wo immer möglich — um einen Ausgleich zu bemühen, zwischen den westeuropäischen Ländern und auch zwischen West und Ost, hat sich die Bundesrepublik mit fünf anderen Ländern zusammengetan, um sich in eine kleineuropäische „splendid isolation" zu begeben.

Noch ist nicht endgültig entschieden über das Maß der Isolierung, das sich die sechs Länder Kleineuropas auferlegen wollen; noch sind die Brücken zu den anderen westeuropäischen Ländern nicht endgültig abgebrochen worden. Jedoch bestehen kaum noch berechtigte Hoffnungen, daß es zu einer Verständigung der Sechs mit dem übrigen Europa kommen kann, wenn dadurch in irgendeiner Weise die Gemeinschaft der Sechs beeinträchtigt wird. Die Auseinandersetzungen und Verhandlungen der letzten Monate haben deutlicher als je zuvor Motive und Hintergründe erkennen lassen, die das Handeln der Sechs, und unter ihnen vor allem Frankreichs und der Bundesrepublik, bestimmen. Den äußeren Rahmen und die erkennbare Klammer der kleineuropäischen Gemeinschaft bildet die Wirtschaftsunion. Aber die Zielsetzungen sind auch und gerade politischer Art. Mehr und mehr entwickelt sich die Wirtschaftsgemeinschaft zu einem nach außen und innen gerichteten politischen Machtinstrument. Dabei wird das Wirtschaftliche in zunehmendem Maße (nur noch) als Mittel zur Verwirklichung politischer Zielsetzungen benutzt.

Was sich heute als ein wirtschaftlich integrierter Block, als eine in zunehmendem Maße auch politische, unter der Führung Frankreichs und der Bundesrepublik stehende Gemeinschaft und als ein sich vom übrigen Europa abschließender exklusiver „Klub" darstellt, schien zunächst die Keimzelle einer Vereinigung der westeuropäischen Staaten im größeren Verbande werden zu können. Zumindest konnte man anfangs glauben, dieser Zusammenschluß würde (und sollte) ein anregendes Moment für engere — wirtschaftliche — Zusammenarbeit im ganzen westlichen Europa sein. Der Vertragstext für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, am 25. März 1957 von den Vertretern der sechs Regierungen in Rom unter-

zeichnet (zusammen mit dem Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft = Euratom), läßt die viel weitergehenden Zielsetzungen nicht erkennen. Sieht man — worauf noch zurückzukommen sein wird — von der besonderen Lage der an der EWG maßgeblich beteiligten Bundesrepublik ab, so ist man zunächst geneigt, das Zustandekommen dieser Organisation als einen wünschenswerten Fortschritt auf dem Wege zu einem Vereinigten Europa und als einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wohlfahrt der europäischen Länder zu begrüßen.

Dem Vertragstext entsprechend ist Aufgabe der Gemeinschaft die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und eine schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten. Das soll erreicht werden durch Bildung einer Zollunion mit freiem, weder mengenmäßig noch durch Zölle behindertem Warenverkehr zwischen den sechs Mitgliedsländern und durch die Errichtung eines gemeinsamen Außenzolles gegenüber allen anderen Ländern. Für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes, die stufenweise erfolgen soll, ist eine Übergangszeit von höchstens fünfzehn Jahren vorgesehen. Innerhalb der Übergangszeit werden die „Binnenzölle" (für den Warenverkehr der Mitgliedsländer untereinander) bei jeder Stufe um 10 v. H. der Gesamtzollbelastung gesenkt. Die einzelnen Außenzölle sollen entsprechend stufenweise dem gemeinsamen Außentarif angenähert werden. Dem gemeinsamen Außentarif liegt das arithmetische Mittel der am 1. Januar 1957 in den vier Zollgebieten bestehenden Zölle zugrunde. Für bestimmte Waren wurden allerdings besondere Vereinbarungen getroffen.

In den Gemeinsamen Markt der EWG ist die Landwirtschaft grundsätzlich eingeschlossen. Da sie jedoch in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Marktordnungen und protektionistischen Regelungen unterworfen ist, wurden für den Bereich der Landwirtschaft Sonderbestimmungen vereinbart. Diese zielen vor allem ab auf die Einführung einer gemeinsamen Agrarpolitik und eine gemeinsame europäische Organisation der Agrarmärkte (europäische Marktordnung).

Nach dem Vertrag von Rom soll bis zum Ablauf der Übergangszeit ein freier Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr hergestellt werden. Der Vertrag enthält ferner Bestimmungen über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten. Nach der Übergangszeit sollen die Mitgliedstaaten der EWG in internationalen Organisationen nur noch gemeinsam vorgehen. Weitere Bestimmungen betreffen die Koordinierung der Sozialpolitik und die Gründung einer europäischen Investitionsbank. Die außereuropäischen Gebiete der Mitgliedstaaten sollen durch Assoziierung an die Gemeinschaft angeschlossen werden. Dabei rechnet Algerien — entsprechend der französischen Auffassung — zum Mutterland und gehört somit unmittelbar der Gemeinschaft an. Der Beitritt anderer Länder oder die Assoziierung anderer Länder oder Staatengemeinschaften ist vertragsgemäß möglich.

Mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes der Sechs wurde die Bildung eines mächtigen und einflußreichen Wirtschaftsblockes, mit einem den Vereinigten Staaten vergleichbaren wirtschaftlichen Potenial, in die Wege geleitet. Das bedeutet zugleich eine Veränderung des wirtschaftlichen — und damit verbunden auch des politischen — Gleichgewichtes in Europa. Art und Umfang der durch den Gemeinsamen Markt eintretenden Gleichgewichts- und Strukturänderungen hängen dabei jedoch in entscheidendem Maße von der Politik der Gemeinschaft und ihrem Verhältnis zum übrigen Europa ab. Die EWG ist weder in den Mitgliedstaaten noch in den anderen europäischen Ländern einhellig begrüßt worden. Auf die Gefahren einer Abschließung von den übrigen europäischen Staaten ist beispielsweise sowohl von der SPD als auch von der FDP hingewiesen worden (vgl. die Ausführungen der Abgeordneten Deist und Margulies in der

Bundestagsdebatte am 21. März 1957). Die britische Regierung setzte sich in einem Weißbuch vom 7. Februar 1957 für eine Freihandelszone im Rahmen der OEEC ein, der die Länder einzeln, nicht als kollektiv geschlossene Markteinheit beitreten sollten. In Frankreich war neben den Kommunisten besonders Mendès-France ein Kritiker des Gemeinsamen Marktes. In der Debatte der französischen Nationalversammlung am 22. Januar 1957 wies er u. a. auf die (ungünstigen) Folgen für die französische Wirtschaft hin, erklärte, die Eile beim Vertragsabschluß sei nur auf die bevorstehenden deutschen Wahlen zurückzuführen (!), und bedauerte das Fernbleiben Großbritanniens, das nur für eine Freihandelszone sei. Das sowjetische Außenministerium erklärte am 16. März 1957, die Sowjetunion strebe eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Ebene an: „Eine solche Lösung kann und muß nur auf gesamteuropäischer Grundlage durch Ausnutzung der schon bestehenden gesamteuropäischen Organisationen oder durch Schaffung neuer gesamteuropäischer Organisationen gefunden werden . . ." In der Erklärung werden gleichzeitig Gegenvorschläge für eine „wirklich gesamteuropäische Zusammenarbeit" vorgelegt. EWG und Euratom werden auch im Hinblick darauf abgelehnt, daß sämtliche Partner Nato-Mitglieder und diese Organisationen den aggressiven Zielen der Nato untergordnet seien!

Der wirtschaftliche Protektionismus und die Autarkiebestrebungen der EWG, als wirtschaftspolitisches Ziel und politisches Mittel, waren zwar vor drei Jahren, als die Gemeinschaft gegründet wurde, noch nicht so deutlich erkennbar wie heute. Aber eingeleitet wurde diese Entwicklung doch schon sehr viel früher, nämlich mit der Gründung der Montan-Union im Jahre 1951/52. Die Tendenzen zur wirtschaftlichen Absperrung der EWG-Länder gegenüber den übrigen europäischen Staaten sind heute jedoch zweifellos viel stärker, als es selbst die (westlichen) Kritiker des Gemeinsamen Marktes vorhergesehen hatten. Dabei waren längst vor der EWG wesentliche institutionelle Voraussetzungen für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit aller westeuropäischen Länder gegeben. Seit 1948 arbeiten die am Marshall-Plan beteiligten Länder in der OEEC zusammen. Sie sind ferner beteiligt an der Europäischen Zahlungsunion (EZU, inzwischen abgelöst durch das Europäische Währungsabkommen) und am GATT (General Agreement on Tariffs and Trade).

Die langen und intensiven Bemühungen um die Bildung einer umfassenden westeuropäischen Freihandelszone sind am Widerstand der EWG-Länder gescheitert, wobei vor allem Frankreich eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Ihr wesentlichster und interessiertester Vertreter war auf der anderen Seite Großbritannien. Gegenüber der engen wirtschaftlichen (und politischen) Vereinigung auf der Basis einer Zollunion, wie sie jetzt die EWG darstellt, hat Großbritannien von jeher die losere Form der Freihandelszone befürwortet, mit Aufhebung aller Handelsbeschränkungen zwischen den beteiligten Ländern, aber ohne einen gemeinsamen Außenzoll. Die Haltung Großbritanniens ergibt sich aus der Rücksichtnahme auf die nicht nur nach Europa, sondern stark nach Übersee gerichteten wirtschaftlichen Interessen und auf die Verbindung mit den Ländern des britischen Commonwealth. Grundsätzlich ist von englischer Seite jedoch stets das Interesse an einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht worden.

Nach der Gründung der EWG bestand — entsprechend einer Resolution des Rates der OEEC vom 17. Oktober 1957 — die Absicht, eine die OEEC-Länder umfassende Freihandelszone zu schaffen. Mit den vorbereitenden Arbeiten wurde ein Ministerausschuß der OEEC, der sog. Maudling-Ausschuß (so benannt nach dem britischen Minister Reginald Maudling) betraut. Mit der Frage einer europäischen Freihandelszone befaßte sich auch der Ministerrat der EWG (Tagun-

gen in Venedig im September und in Brüssel im Oktober 1958). Die Minister einigten sich dabei auf eine gemeinsame Linie, die gegenüber dem Maudling-Ausschuß vertreten werden sollte. Trotz vor allem französischer Einwände gaben die EWG-Länder zunächst ihre bedingte Zustimmung zur Freihandelszone. Zu einer schweren Krise kam es jedoch schon wenig später bei den Verhandlungen im Maudling-Ausschuß, der Ende Oktober 1958 in Paris tagte. Es war wieder Frankreich, das die Verhandlungen quasi sabotierte, konstruktive Mitarbeit ablehnte und neue Probleme (Harmonisierung der Handelspolitik) aufwarf. Bei seinem Besuch in London am 6. November 1958 erklärte der französische Außenminister Couve de Murville schließlich ganz offen, daß keine Hoffnung mehr bestehe, die Freihandelszone, wie bis dahin beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Januar 1959 in Kraft treten zu lassen (also gleichzeitig mit der ersten Binnenzollsenkung der EWG-Länder). Auf der nächsten Sitzung des Maudling-Ausschusses in Paris im November 1958 brachte Frankreich das Projekt der Freihandelszone endgültig zum Scheitern.

Der erste Akt der zunächst wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas war damit faktisch vollzogen. Die EWG-Länder führten die erste Senkung der Binnenzölle am 1. Januar 1959 ein und unternahmen keine weiteren ernsthaften Bemühungen um einen gesamteuropäischen Ausgleich im Rahmen der OEEC. Sie erklärten zwar immer wieder ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit, waren jedoch zu Konzessionen nicht bereit. Es war bei dieser Lage der Dinge nur eine Frage der Zeit, daß sich nun auch die anderen Länder der OEEC „formieren" würden, um wenigstens nicht einzeln dem kompakten Block der Sechs gegenüberzustehen. Es dauerte immerhin bis zum November 1959, daß sich die Vertreter von sieben Ländern (Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Schweden, Portugal, Österreich und die Schweiz) auf eine Konvention einigten, mit der eine „kleine" Europäische Freihandelszone begründet wurde. Die sieben Länder einigten sich darauf, die Einfuhrzölle gegenseitig bis zum 1. Januar 1970 stufenweise abzubauen und alle mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen für Waren aus den Mitgliedsländern aufzuheben.

Die wirtschaftliche Spaltung Westeuropas ist also schon zu einem Teil Wirklichkeit geworden. Sie wird sich im Zuge des Zollabbaues innerhalb der beiden Gruppen weiter vertiefen, wenn es nicht doch noch zu Vereinbarungen zwischen EWG und EFTA kommt. Irgendwelche Hoffnungen in dieser Richtung sind im Augenblick jedoch verfehlt. Trotz gegenteiliger Behauptungen aus dem EWG-Lager und entgegen den Empfehlungen der europäischen Parlamentarier sowie ohne Rücksicht auf die Empfehlungen breitester Wirtschaftskreise der betroffenen Länder hat die EWG bisher keine Konzessionsbereitschaft gezeigt, mit den EFTA-Ländern eine gemeinsame Basis zu suchen und die Spaltung, wenn schon nicht zu beseitigen, so doch wenigstens zu mildern. Grundsätzlich werden von der EWG alle Vereinbarungen abgelehnt, die die Integration der Sechs auch nur in der geringsten Weise beeinträchtigen oder verlangsamen könnten. So wurde noch Mitte Dezember 1959 während des Besuches des amerikanischen Unterstaatssekretärs Dillon in Paris von französischer Seite erklärt, es müsse alles vermieden werden, was den Zusammenhalt des Gemeinsamen Marktes und die Integration der Sechs gefährden könne. Eine sofortige grundsätzliche Regelung der Beziehungen zwischen den Sechs und den Sieben sei nicht erforderlich, zumal die Meinungsverschiedenheiten, die zum Scheitern der großen Freihandelszone geführt hätten, weiterbestünden. Für das Verhandlungsklima bezeichnend ist auch die Erklärung der französischen Regierung auf eine entsprechende Anfrage der schwedischen Regierung, sie halte die Errichtung des Sekretariats der Europäischen Freihandelsassoziation in Paris

nicht für opportun; es sei normaler, wenn das Sekretariat von einem der sieben Mitgliedsländer aufgenommen würde (es wurde dementsprechend nach Genf gelegt)!

Nun hätte es immerhin nahegelegen, die Integration der sechs EWG-Länder wenigstens nicht zu forcieren und die Tür zu Verhandlungen mit den EFTA-Ländern so weit wie möglich offen zu halten. Im Kreise der „Kleineuropäer" war man jedoch offensichtlich ganz anderer Ansicht. Es drängt sich einem heute der Eindruck auf, als sei man in diesen Kreisen nicht nur nicht an einem Kompromiß interessiert, sondern wolle ihn auf jeden Fall und koste es was es wolle verhindern. Nur so ist der Entschluß zu verstehen, die Integration der Sechs zu beschleunigen, ohne weiter ernsthaft mit den anderen OEEC-Partnern zu verhandeln. Auf der Tagung des Ministerrates der EWG am 10. März 1960 in Brüssel wurde der vom Präsidenten der EWG-Kommission, Prof. Hallstein, vorgelegte Plan für eine beschleunigte Verwirklichung des gemeinsamen Marktes als Arbeitsgrundlage akzeptiert. Nach diesem sog. Hallstein-Plan sollen die Binnenzölle innerhalb der EWG am 1. Juli 1960 und am 31. Dezember 1961 um jeweils 20 v. H. anstatt, wie vertragsmäßig vorgesehen war, um jeweils nur 10 v. H. gesenkt werden. Entsprechend soll die erste Angleichung der nationalen Zölle an den vereinbarten gemeinsamen Außenzoll schon am 1. Juli 1960 anstatt wie vorgesehen erst am 31. Dezember 1961 vollzogen werden.

Wie auch immer im einzelnen sich diese Maßnahmen auswirken würden, worüber noch gar keine vollständige Klarheit besteht, so ist doch sicher, daß sie eine eindeutige Diskriminierung aller Nichtmitglieder der EWG bedeuten. Die Senkung der Binnenzölle begünstigt die Intensivierung des Handelsverkehrs zwischen den Sechs, nicht zuletzt auf Kosten des Handels mit Drittländern außerhalb der Gemeinschaft. Die beschleunigte Angleichung an den gemeinsamen Außentarif würde zwar im Falle der beiden Länder mit hohen Zollmauern, Frankreich und Italien, zu einer Ermäßigung der äußeren Zollbarriere führen. Für die übrigen Länder, die im Augenblick ein verhältnismäßig niedriges Zollniveau aufweisen, ergäbe sich jedoch eine Erhöhung der Zölle gegenüber Drittländern. Diese wird auch nicht ausgeglichen durch das „Entgegenkommen", den endgültigen gemeinsamen Außentarif um 20 v. H. zu senken. Die Auswirkungen des Hallstein-Planes auf die Zollbelastung der deutschen Einfuhren sind vom Bundeswirtschaftsministerium berechnet worden. Es ergibt sich danach folgendes Bild [1]):

Zollbelastung der Einfuhr gewerblicher Güter in Prozent des Einfuhrwertes

Einfuhr aus	vor Ermäßigung	nach Hallstein-Plan (1. 7. 1960)	nach EWG-Vertrag 1. 7. 1960	1. 1. 1970
EWG-Ländern	6,08	5,54	5,99	—
Drittländern	2,59	3,76	2,59	5,64
insgesamt	3,41	4,18	3,39	4,30

Der Hallstein-Plan hat allerdings weder in allen Kreisen der Wirtschaft der Sechs, noch außerhalb der EWG, schon gar nicht bei den EFTA-Staaten ein positives Echo ausgelöst. Insbesondere von englischer Seite wurde darauf hingewiesen, in welchem Maße dadurch die außenstehenden Länder diskriminiert würden. Als der britische Premierminister Macmillan seine Besorgnisse über die Ent-

[1]) Neue Zürcher Zeitung vom 30. 3. 1960

wicklung bei seinem jüngsten Besuch in den USA dem Präsidenten und dem Unterstaatssekretär Dillon vortrug, brachte ihm das in der Presse der EWG-Länder und bei den verantwortlichen Kleineuropäern sehr „schlechte Zensuren" ein, obendrein auch noch einige böswillige Verdächtigungen. Es soll jedoch diese Kampagne nicht weiter erörtert werden, zeigt sie doch nur, in welchem Maße man hier bereits die neuen kleineuropäischen Grenzen akzeptiert hat und für wichtig und unumstößlich hält. Gerechterweise muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß sich auch auf dem Kontinent, nicht zuletzt aus deutschen Wirtschaftskreisen, ernsthafte Stimmen gegen den Beschleunigungsplan erhoben haben. Entsprechend seinen früheren Warnungen meldete auch Bundeswirtschaftsminister Erhard Bedenken gegen den Beschleunigungsplan an. Der Stützung der Argumente des Ministers sollte das von seinem Hause vorgelegte Material über die Änderungen der Zollbelastungen dienen, nachdem vorher schon Berechnungen im Bundesfinanzministerium angestellt worden waren, denen zufolge sich die Zollbelastung für die Einfuhren in die Bundesrepublik nur unwesentlich verändern würden. Aber wieder einmal ließ sich Minister Erhard überspielen oder „überzeugen". Er hat inzwischen seinen Widerstand gegen den Beschleunigungsplan nahezu aufgegeben oder doch in eine solche Form gekleidet, die ihn zwar das Gesicht wahren läßt, aber an der Zustimmung zum Hallstein-Plan nichts ändert. So wurde denn der Hallstein-Plan in der Kabinettssitzung am 5. April 1960 grundsätzlich gebilligt, nachdem man noch ein paar freundliche Worte für einen freien Außenhandel auch über die Grenzen der EWG hinweg gefunden hatte. Die Position von Minister Erhard geht aus einem Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung" (vom 30. 3. 1960) hervor, demzufolge man sich im Bundeswirtschaftsministerium darüber im klaren sei, „daß die Annahme oder Ablehnung des Hallstein-Planes ein politischer Entscheid sei. Ohne eine politische Auseinandersetzung hervorzurufen, will man anhand von Zahlenmaterial darauf hinweisen, daß die Kluft zu den anderen westeuropäischen Ländern, die sich in der EFTA zusammengeschlossen haben, dadurch vergrößert würde".

Damit wird der letzten Endes entscheidende Aspekt der Integrationsbemühungen herausgestellt. Die wirtschaftliche Integration ist nur ein Teil, eine Seite einer umfassenden Integration der sechs Länder, die letztlich eine politische Integration sein soll und der politische Absichten zugrundeliegen. Die Priorität politischer Gesichtspunkte in dieser Frage brachte Bundeskanzler Adenauer am 5. April 1960 vor der CDU/CSU-Fraktion klar zum Ausdruck. Aber schon im Jahre 1957 betonte Wirtschaftsminister Erhard (!), der die wirtschaftlichen Bestimmungen des EWG-Vertrages außerordentlich scharf kritisiert hatte, in der Bundestagsdebatte am 21. März (im Anschluß an eine Regierungserklärung zum Gemeinsamen Markt), der Vertrag besitze politische Aspekte, die den Vorrang hätten. In der gleichen Debatte warnte der SPD-Abgeordnete Heinrich Deist davor, die Fehler bei der Schaffung der Montan-Union zu wiederholen, die als Mittel der ideologischen und militärischen Machtbildung angesehen worden sei. Bundesfinanzminister Etzel wies am 25. Juni 1959 in einem Vortrag vor dem Kölner Kreisverband der Europa-Union auf die Bedeutung einer gemeinsamen Handelspolitik der sechs EWG-Staaten gegenüber dritten Ländern hin, die ein Verhandlungspotential bedeute, „wie es bisher in der freien Welt nur die Vereinigten Staaten besitzen". Etzel stellte darüberhinaus eindeutig klar, daß der europäischen Integrationspolitik der Bundesregierung „nicht nur wirtschaftliche, ja nicht einmal primär wirtschaftliche Motive zugrundeliegen". Bei seinem Besuch in Rom im Juni 1959 vertrat General de Gaulle die Ansicht, die Zusammenarbeit der europäischen Länder müsse insbesondere auf politischem Gebiet entwickelt werden. Die Absicht der EWG-Länder, nicht nur wirtschaftlich, sondern

auch politisch enger zusammenzuarbeiten, wird unterstrichen durch die Tatsache, daß im Juli 1959 zwischen den sechs Ländern Verhandlungen über die Errichtung eines gemeinsamen politischen Sekretariats stattgefunden haben. Auf der Ratstagung der EWG am 23. November 1959 beschlossen die sechs Außenminister, sich regelmäßig über Fragen der Außenpolitik zu konsultieren. In der letzten Haushaltsdebatte des Bundestages erklärte schließlich Bundeskanzler Adenauer im Hinblick auf die europäischen Vereinigungen (Montan-Union, EWG, Euratom) noch einmal eindeutig: „Das sind alles Vereinigungen der Sechs, die in erster Linie einen politischen Zweck zum Ziele haben, das Wirtschaftliche kommt erst in zweiter Linie. Der politische Zweck ist der entscheidende, damit wir bei dieser zerrissenen und gefährdeten Welt in Westeuropa einen festen Kern haben, damit wir unsere Arbeit in Frieden tun können".

Ein besonderes Interesse nicht nur an einer wirtschaftlichen, sondern auch an einer politischen Integration Europas haben seit jeher die USA gezeigt. Inzwischen haben sie sich eindeutig auf eine Befürwortung der kleineuropäischen Lösung festgelegt. Es war bei der bekannten traditionellen Einstellung der USA zu Fragen der europäischen Zusammenarbeit nicht schwer, die Amerikaner für eine bevorzugte Unterstützung der kleineuropäischen EWG in der jüngsten Auseinandersetzung um eine große Freihandelszone und mit den EFTA-Staaten zu gewinnen. Nicht zuletzt die Bundesrepublik hat sich — in politischen Fragen — immer wieder als der treueste und eifrigste Bundesgenosse der USA „bewährt". Auf einem anderen Blatt steht allerdings das wachsende Mißtrauen amerikanischer Wirtschaftskreise gegenüber dem Protektionismus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Wenn klar ist, daß der kleineuropäischen Politik der Sechs, insbesondere wieder der Bundesregierung, nicht so sehr wirtschaftliche, als vielmehr politische Zielsetzungen zugrundeliegen, so muß man sich doch weiter im klaren sein darüber, daß die letzten Schritte einer kompromißlosen Forcierung der kleineuropäischen Integration nur die Konsequenz und folgerichtige Fortführung einer seit langem beschlossenen und durchgeführten Politik sind. Es geht gar nicht so sehr um pragmatische Lösungen für eine wirtschaftliche und politische Verständigung zwischen allen europäischen Ländern, nicht (nur) um die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wohlfahrt der europäischen Völker. Primär geht es im Innern um die Verwirklichung eines christlich-sozialkonservativen Regimes, um einen „aufgeklärten Kapitalismus", nach außen um die gesicherte Fortführung einer kompromißlos antikommunistischen, teils von mystischen, teils von fragwürdigen realen Vorstellungen getragenen Politik. Einer maßlosen Aktivität der Bundesregierung in Dingen der Aufrüstung und kleineuropäischen Integration steht ein bestürzendes Desinteresse an einer weltpolitischen Entspannung gegenüber. Die Forderungen nach einem friedlichen Ausgleich der Ost-West-Spannungen werden vielmehr negiert, die gebotenen Ansätze hierzu zunichte gemacht. Über aller Europa-Politik wird schließlich auf das Problem der deutschen Wiedervereinigung keine Rücksicht genommen. Die Wiedervereinigung findet nur im — kleineuropäischen — Westen statt! Jedenfalls zunächst ...

Aber es ist nicht erst seit heute, daß die Bundesregierung unter der Führung von Kanzler Adenauer die Grundforderungen deutscher Politik negiert. Im Frankreich de Gaulles und im „christlichen" Italien hat der Kanzler die Verbündeten gefunden, mit denen zusammen sich eine christlich-abendländische Einheitspolitik zementieren läßt. Im kleineuropäischen Rahmen haben sich Partner gefunden, die unter der deutsch-französischen Hegemonie und unter der autoritären Führung Adenauers und de Gaulles und mit der Rückendeckung der Vereinigten Staaten ihre Politik der Machtausweitung nach innen und außen durchführen

können. Was soll in dieser Gemeinschaft auch ein England, das, so konservativ auch immer seine Regierung sein mag, sich ein Mindestmaß an Liberalität in Dingen der Politik, Anpassungsfähigkeit und Vermittlungsbereitschaft gegenüber jedem bewahrt hat, und das gerade heute nicht bereit ist, den kontinental-europäischen „kalten Kriegern" zu folgen!

Wir werden uns mehr und mehr daran gewöhnen müssen, in Zukunft im Verbande der Sechs wirtschaftlich, politisch und militärisch im Gleichschritt marschieren zu dürfen. Endlich ist ein Block geschaffen worden, von dem seine Erzeuger glauben, daß er stark genug sei, um zukünftig seine Machtansprüche, seien sie wirtschaftlicher, seien sie politischer Art, mit Erfolg geltend machen zu können. Und im Hinblick auf die amerikanische Rückendeckung wähnt man sich wohl eines Tages auch stark genug, gegenüber dem Osten seine Forderungen anmelden zu können. Es ist denn auch nicht so abwegig, wenn der Leitartikler der „Nürnberger Nachrichten" (vom 12. April 1960) schreibt: „Bonn und der Präsident der EWG-Kommission hängen schließlich mit Eifer dem Wunschtraum nach, auf Grund der von ihnen forcierten Integration Klein-Europas Angebote machen zu können, die die Sowjet-Union zur Preisgabe Mitteldeutschlands veranlassen". Und die „Neue Zürcher Zeitung" (vom 8. April 1960) meinte — in bezug auf die Allianz zwischen EWG und den USA —, wenn man heute in den Kreisen der Brüsseler Organisation über die „vierte Landung der Amerikaner" triumphiere, „so zeigt dies, daß es diesen Leuten nicht in erster Linie um die Rücksicht auf die amerikanischen Zahlungsbilanzsorgen, sondern um die Spekulation auf amerikanische Waffenhilfe ging, als sie die Heranziehung Amerikas zu den europäischen Handelsgesprächen befürworteten".

Es ist an der Zeit, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß zumindest diese Art europäischer Integrationspolitik, wie sie von der westdeutschen Bundesregierung seit Jahren mit ebenso unüberbietbarer Starrheit wie eiserner Konsequenz verfolgt wird, nicht zum Nutzen Deutschlands gereichen kann. Dabei schreiben wir mit Bedacht „Deutschlands" und nicht der „Bundesrepublik". Denn diese Europa-Politik muß die ohnehin geringen Chancen für eine friedliche Wiedervereinigung unter für alle Beteiligten annehmbaren Bedingungen noch mehr schmälern. Dieselbe Bundesregierung, die so oft vorgibt, für das ganze Deutschland zu sprechen, tut nichts, um die gesamtdeutschen Interessen ernsthaft und zielbewußt zu vertreten und ihre Politik an den Interessen Gesamtdeutschlands auszurichten. Mit der bewußten und je länger desto unabänderlicher werdenden Bindung dieses Rumpfdeutschlands Bundesrepublik an Kleineuropa, politisch, wirtschaftlich, militärisch, werden die letzten Ansatzpunkte für eine friedliche Wiedervereinigung im Rahmen einer gesamteuropäischen Entspannungspolitik zunichte gemacht.

Wie eigentlich stellen sich unsere Europa-Politiker die Wiedervereinigung vor, wenn der eine Teil, die Bundesrepublik, fest in die kleineuropäische Föderation integriert ist? Glaubt man im Ernst daran, in diese Föderation eines Tages auch noch den anderen Teil Deutschlands einbeziehen zu können? Meint man, die Wiedervereinigung bestände nur in einer einfachen Verschiebung der Grenzen der Bundesrepublik (und eben auch dieses kleineuropäischen Blocks) einige hundert Kilometer nach Osten? Wird von unseren verantwortlichen Politikern im Ernst die Auffassung vertreten, Deutschland ließe sich wiedervereinigen ohne eine Änderung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Struktur und Organisation zumindest der beiden heutigen deutschen Staaten? Wenn man schon heute nicht bereit ist, gegenüber grundsätzlich gleichgesinnten Partnern in Westeuropa wirtschaftliche und politische Konzessionen zu machen, und das zu einem Zeitpunkt, da die Integration noch nicht endgültig vollzogen ist, wie sind dann

erst die Aussichten zu beurteilen für ein Herauslösen der Bundesrepublik aus einem festen und „endgültigen" Verband der sechs westeuropäischen Staaten? Man wird schließlich in Betracht ziehen müssen, daß nach Bevölkerungszahl und wirtschaftlichem Potential die Bundesrepublik der mächtigste Partnerstaat der Gemeinschaft ist. Bei einem Ausscheiden der Bundesrepublik würde dieser Gemeinschaft nicht zuletzt gerade das wirtschaftliche Fundament entzogen! Bei Abschluß des EWG-Vertrages wurde zwar der Vorbehalt gemacht, daß im Falle der Wiedervereinigung eine Überprüfung stattfinden solle. Aber werden nicht durch die Integration Tatsachen geschaffen, die eine volle Handlungsfreiheit dann einfach ausschließen? Der EWG-Vertrag ist auf der anderen Seite auf unbegrenzte Zeit geschlossen; er begründet nicht eine vorübergehende Gemeinschaft. Muß es nicht geradezu als unzumutbar für die anderen Partnerländer angesehen werden, von ihnen zu verlangen, sie sollten die Bundesrepublik eines Tages wieder ausscheiden lassen? Was geschieht, wenn diese Länder sich weigern sollten, die Bundesrepublik aus dem Vertrag zu entlassen?

Gewiß, die Idee eines friedlich vereinigten Europas ist begrüßenswert und lohnt den Einsatz von Mühen und Opfern. Aber es darf sich eben dieses Bemühen einmal nicht nur auf einen Teil Europas richten und es darf zudem weder die Möglichkeiten für die deutsche Wiedervereinigung, noch die allgemeine Entspannung beeinträchtigen. Im übrigen hat sich ja gerade jetzt gezeigt, daß Formen — zunächst einmal der wirtschaftlichen — Zusammenarbeit gefunden werden können, die doch jedem einzelnen Staat das notwendige Maß außenpolitischer Handlungsfreiheit belassen. Was hätte für die Bundesrepublik näher gelegen, als sich einer solchen Allianz anzuschließen, die grundsätzlich mit ihren wirtschaftspolischen Zielsetzungen übereinstimmt und die Voraussetzungen für einen erleichterten und intensivierten Außenhandel schafft, ohne sie jedoch politisch zu binden? Es ist schließlich nicht von ungefähr, daß die neutralen Staaten, wie Österreich, die Schweiz und Schweden, die politische Integration abgelehnt und der losen Form der Freihandelszone den Vorzug gegeben haben. Dabei bedeutet für Österreich und die Schweiz dieser Entschluß ein erhebliches wirtschaftliches Opfer, zieht man in Betracht, in welchem Maße beide Länder wirtschaftlich mit den EWG-Staaten verflochten sind.

Es stellt sich die Frage, ob die wirtschaftliche und politische Integration in die Gemeinschaft der Sechs für die Bundesrepublik eine absolute Notwendigkeit ist, ob der Verzicht darauf ein übermäßiges Opfer gewesen wäre und ob er freundschaftliche Beziehungen zu den westlichen Ländern unmöglich gemacht hätte. Wir können alle drei Fragen mit Gewißheit verneinen. Was die freundschaftlichen Beziehungen anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, daß uns etwa die Gunst Englands mindestens ebenso wichtig sein sollte wie diejenige Frankreichs, zumal eines Frankreich unter der Führung de Gaulles. Muß uns nicht gerade daran gelegen sein, die — durch die Bonner Politik des „kalten Krieges" und nazistische Umtriebe ohnehin beeinträchtigten — Beziehungen zu England endlich auf eine dauerhafte Basis zu stellen und uns der Hilfe des auf Ausgleich und Entspannung bedachten Englands zu vergewissern? Ob wiederum die USA der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auch in Zukunft so freundlich gegenüberstehen werden wie bisher, ist durchaus nicht sicher. Ihr politisches Interesse an der europäischen Integration (in möglichst fester Form) wird vielleicht einmal von wirtschaftlichen Interessen überlagert werden, die keineswegs mit den Bestrebungen der Sechser-Gemeinschaft, mit ihren auf Protektionismus und Autarkie gegenüber dem Rest der Welt gerichteten Zielsetzungen übereinstimmen müssen.

Unter diesen Gesichtspunkten findet die Europa-Politik der Bundesregierung weder wirtschaftlich noch politisch eine Rechtfertigung. Die wirtschaftlichen Vor-

teile der kleineuropäischen Integration im Verbande der EWG sind zweifelhaft. Politisch müssen die westdeutschen Integrationsbestrebungen geradezu als suspekt bezeichnet werden. Sie dienen nicht den wohlverstandenen Interessen des deutschen Volkes beiderseits der Zonengrenze und auf keinen Fall der weltpolitischen Entspannung, sondern binden ein halbes Deutschland an ein halbes Europa auf der Grundlage eines halbdemokratischen Regimes! Von der Hallstein-Doktrin zum Hallstein-Plan ist es kein großer Sprung: Sie zeugen beide vom Geiste der Diskriminierung gerade solcher Nationen in West und Ost, mit denen einen endgültigen friedlichen Ausgleich zu finden gerade in der neuen Aera weltpolitischer Koexistenz für die Bundesrepublik das Gebot der Stunde ist.

Anna Niklewicz, Warschau

Die Bundesrepublik von Warschau aus gesehen

Ohne zu übertreiben, kann man wohl sagen, daß Polen seit tausend Jahren vor dem deutschen Problem steht. Seit Beginn unseres Staatswesens waren wir bedroht — und häufig wurde dieses zu einer vollendeten Tatsache — durch den Drang eines zahlreicheren Volkes nach Osten. Dieses Volk ist in vielen historischen Epochen militärisch und wirtschaftlich mächtiger gewesen als wir; es ist ein Volk mit zweifellosen Vorzügen: Spannkraft, Sparsamkeit, Disziplin. Diese wurden jedoch leider von vielen seiner Führer für böse und verbrecherische Zwecke mißbraucht.

Diese historische Kontinuierlichkeit unserer bösen Erfahrungen erklärt die besondere Wachsamkeit und Beunruhigung, mit der wir heute die Lage in Deutschland dahingehend verfolgen, inwiefern diese Grund zu der Annahme gibt, daß die Polen bedrohenden Kräfte ihre Vitalität und ihren Einfluß bewahrt haben. Daraus entspringt unmittelbar unsere Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland, deren Regierung durch forcierte Rüstungen, territoriale Ansprüche und einen demonstrativen Verzicht auf normale diplomatische Beziehungen die antipolnische Tradition der deutschen Politik fortzusetzen scheint.

Man darf das Problem jedoch nicht simplifizieren. Der Charakter dieser Bedrohung ist heute völlig anders als in der jüngsten Vergangenheit. 1939 und auch schon vorher stand Polen einem stärkeren Deutschland gegenüber; es war ganz augenscheinlich ein Verhältnis der Ungleichheit in bezug auf das bevölkerungspolitische, ökonomische und militärische Potential der beiden Seiten in einem Konflikt. Heute ist ein isolierter Konflikt dieses Typs undenkbar, obwohl es in der Bundesrepublik Kreise gibt, die — unter dem Eindruck der Anschauungen des amerikanischen Kriegstheoretikers Kissinger — einen „lokalen Krieg" in Mitteleuropa für möglich halten.

In der gegenwärtigen Lage wäre ein Angriff auf Polen vom Westen her aus geographischen Gegebenheiten zuerst einmal ein Angriff auf die DDR; und von den politischen Verhältnissen aus wäre er gleichbedeutend mit einer Gesamt-Kriegserklärung an die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags. Und das könnte selbst eine stärkstens ausgebaute Bundeswehr — so glaube ich — wenn sie unter dem Einfluß von unverantwortlichen Hitzköpfen dazu gedrängt würde, nicht auf sich nehmen. Warum sprechen wir dann also im Jahre 1960 von einer Gefahr

und woher kommt sie? Kurz gesagt: aus der Teilnahme und der Rolle der Bundesrepublik innerhalb des Atlantikpaktes. Und auch hier wieder besteht die Frage nicht in den zwölf der Nato eingegliederten Divisionen. Sie besteht vielmehr in gewissen Implikationen dieser Tatsache:

Erstens: Der Einbeziehungsakt der Bundesrepublik in die Nato wurde zu einem Ausweis, zur Wieder-Geburtsurkunde des deutschen Militarismus. Es ist daher nicht wichtig, daß die Militaristen in Deutschland (bei dem heutigen Kräfteverhältnis der Welt, die in zwei Lager gespalten ist, an deren Spitze zwei Giganten stehen, die in bezug auf ihre militärische und wirtschaftliche Kraft ihresgleichen nicht finden) keine Chance mehr haben, die Europakarte durch ihr eigenes, isoliertes Handeln zu verändern. Solche militaristischen Erscheinungen mit einer so langen Tradition lassen sich nicht nach Jahren oder Jahrzehnten berechnen.

Wenn man diesen Tendenzen gegenwärtig eine Wirkungsmöglichkeit nimmt, so sichert das die Welt nicht automatisch auch für die Zukunft. Es wäre natürlich absurd, ein Volk von mehr als 70 Millionen Menschen im Herzen Europas einfach ausstreichen zu wollen. Im Augenblick jedoch, da man ein Wiederaufleben der bösen Traditionen gestattet, die Ausrottung der Aggression vernachlässigt, existiert wieder die Gefahr, daß ein so mächtiges und diszipliniertes Volk sich irgendwann abermals dem Kommando von Männern mit verbrecherischen Ambitionen unterwirft. Potsdam hat Deutschland und der Welt die historische Chance gegeben, diese böseste Tradition des deutschen Staatswesens zu liquidieren. Als die Bundesrepublik dann in die Nato einbezogen wurde, bedeutete dies, daß diese Chance der Liquidierung verloren ging. Und das ist schlimmer als ein Fehler. Das betrifft sowohl die Alliierten, die es dazu kommen ließen, als auch die Deutschen, die zwar vom Imperalismus abrückten, dessen Wiedergeburt jedoch nicht verhinderten.

Zweitens: Der Eintritt in das militärisch-politische Bündnis des Westens eröffnete der Bundesrepublik einen Weg, der ebenso versuchungsvoll wie für den Weltfrieden verderblich war. Die militärischen Traditionen, der Rüstungseifer, die strategische Schlüsselposition an der Grenze der beiden Lager: dies alles gab Westdeutschland die Möglichkeit, an der Seite der Vereinigten Staaten eine Vorrangstellung zu genießen, aber nur unter einer Bedingung: nämlich in der amerikanischen Politik mußte die These des „kalten Krieges" herrschen, die These von einem eventuellen bewaffneten Konflikt mit der Sowjetunion. In die militärische Sprache übertragen bedeutete das: die Theorie von „Schwert und Schild", wobei die Bundesrepublik das zentrale Glied des strategischen Systems in Europa bilden sollte. Nur dann konnten mit voller Stimme die Werte zu Worte kommen, die die Politik Bonns im Laufe von zehn Jahren geschaffen hatte. Dann war die Bundesrepublik wichtiger als England und Frankreich.

Bundeskanzler A d e n a u e r arbeitete nach der ganz bestimmten Konzeption, rasch das Prestige der Bundesrepublik in der westlichen Welt zu errichten. Gleichzeitig wurde er zum Sklaven dieser Konzeption oder schuf doch zumindest nicht rechtzeitig die Konzeption einer Alternative für den Fall der Entspannung. Da diese Alternative fehlt, ist er der Meinung, eine Entspannung könne der Position und den Einflüssen Bonns nur schaden. Er widersetzt sich der Entspannung also nicht auf Grund dieser oder jener persönlichen Charakterzüge, sondern aus einer Notwendigkeit heraus, die er selbst geschaffen hat und die zweifellos militärische Kreise durch ihre Einflüsse noch verstärkt haben. Und eben darin liegt das Unglück und zugleich die Gefahr der Bonner Politik, daß die Gründer der Bundesrepublik sie zur Unterstützung des kalten Krieges „verurteilt" haben und heute dieses Urteil nicht mehr revidieren können oder wollen.

Drittens schließlich: Daß die modernen Waffen den Charakter eines zweischneidigen Schwertes tragen, scheint mir eine Binsenweisheit zu sein. Einerseits machen sie durch ihre riesige Vernichtungskraft den als „Fortführung der Politik" aufgefaßten Krieg unmöglich, weil sie keiner Seite die Wahrscheinlichkeit eines rentablen Sieges geben; andererseits erhöhen die Anforderungen an eine sofortige Vergeltung im globalen Maßstabe (die Automatisierung der Waffen) das Risiko eines Krieges aus Zufall oder aus dem verbrecherischen Willen eines einzelnen heraus, der nicht einmal den Staat zu lenken braucht; es reicht, daß er eine Atomraketenbasis befehligt. Das Risiko ist um so größer, je mehr politischer Zündstoff sich auf dem betreffenden Gebiet angesammelt hat; und die Grenze der beiden Militärblöcke auf deutschem Gebiet ist zweifellos eine sehr leicht entzündliche Stelle. Man kann sich also durchaus eine Lage vorstellen, in der ein lokaler Befehlshaber von Grenztruppen auf Grund einer übersteigerten Spannung in den Ost-West-Beziehungen einen Schuß „aus Zufall" abgeben läßt. Wenn es ein Karabinerschuß ist, ist es noch halb so schlimm. Wenn jedoch den Beschluß, sich in das Geplänkel auf eigene Faust einzumischen, der Befehlshaber einer Atomwaffenbasis — vielleicht ein früherer SS-Führer — fassen sollte, so könnte dies den Anfang einer äußerst schwer einzudämmenden Kettenreaktion bilden.

Das ist mehr oder weniger der Gedankengang, der neben dem Wunsch, die Atmosphäre in Europa überhaupt zu bessern, der polnischen Konzeption von der atomwaffenfreien Zone zugrunde liegt. Diese hat durch umfassendere Abrüstungspläne nichts an Aktualität verloren. In einer so komplizierten Frage wie der globalen Abrüstung haben Teillösungen für die erste Etappe immer große Bedeutung. Dies gilt um so mehr in einer konkreten Situation, wie sie sich heute mit einer forcierten Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen androht, die analoge Schritte auf unserer Seite unvermeidlich machen würde. Polen hat zudem einen zusätzlichen „persönlichen" Grund, um die westdeutsche Rüstung zu bremsen. Wir bauen nicht ohne Schwierigkeiten unsere Wirtschaft auf und wir wissen sehr gut, daß jede Rüstungsbelastung unser Entwicklungstempo negativ beeinflußt. Aber leider spannt das Prinzip vom Gleichgewicht der Kräfte unsere Verteidigungsanstrengungen und die Rüstungen der Bundesrepublik vor den gleichen Wagen. Außenminister R a p a c k i unterstrich dieses kürzlich vor dem Sejm.

Ähnlich wie beim Militarismus dürfen wir auch die aus dem Revisionismus entspringenden Gefahren nicht simplifizieren. Sie bestehen heute nicht in der realen Möglichkeit, Polen seine Westgebiete zu nehmen. Wie beim Militarismus sind sie jedoch eine Gefahr für die Zukunft. Das Deutschlandproblem hat für Polen einen historischen, keinen konjunkturellen Charakter; seine Lösung besteht für uns deshalb nicht nur darin, unser Land im Augenblick vor einer Aggression zu schützen, sondern für die Dauer die Beziehungen zu dem Volk zu regeln, neben dem wir das erste Jahrtausend unserer Geschichte verlebt haben und auch das nächste verleben werden und wollen. Durch eine Unterstützung des Revisionismus spritzen die Führer der Bundesrepublik der neuen Generation von Deutschen ein antipolnisches Gift in die Venen, das um so gefährlicher ist, als es keine Früchte tragen kann. Natürlich kritisieren wir in Warschau Bonn wegen seiner aktuellen Politik — aber wir tun es nicht minder wegen der Zukunftssaat, an die jede kluge Regierung und jedes verantwortliche Volk denken muß. Man kann auch kaum die Tatsache übersehen, daß der Revisionismus der natürliche Nährboden für den Militarismus ist. Wenn ganz bestimmte Kräfte in Westdeutschland eine neue Wehrmacht aufbauen wollen und dabei die Zustimmung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung finden, so spielt hier eben die vage Illusion von der Wiedergewinnung verlorener Gebiete eine nicht zu verachtende Rolle. Für diese Illusion wurde in der Bundesrepublik die juristische Konzeption des „Heimatrechtes"

aufgebaut. Niemand weiß so richtig, was dieser Begriff bedeutet. Beinhaltet er das Recht auf Rückkehr in das Land, in dem der betreffende Mensch geboren ist? Möchte in diesem Falle z. B. Herr K r ü g e r , ein Führer der Vertriebenen, in seinem polnischen Geburtsort, sagen wir als Angestellter des Kreisvolksrates, tätig sein? Oder geht es hier um die Rückkehr des Gebietes zum deutschen Staat? In diesem Falle hätten wir es nicht so sehr mit dem „Heimatrecht" als mit einem „Aggressionsrecht" zu tun; denn die Bundesrepublik hat keinerlei Anspruch, diesen Boden legal zu fordern, weder als Nachfolger des Dritten Reiches, noch als neues Staatsgebilde, das auf einem Teil des früheren deutschen Reichsgebietes entstand. Aber die bewußt nebelhafte Formel „Heimatrecht" soll ja wohl gar nicht einer rechtlichen Begründung der Ansprüche dienen; sie braucht also nicht präzise zu sein, sie braucht nur den Eindruck des Unrechts zu erhalten und die Revanche-Gefühle in der westdeutschen Bevölkerung zu schüren. Hierbei berühren wir eine psychologisch verwandte Frage, obwohl sie natürlich viel schwerer zu beurteilen ist: die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Als Volk, das fast 150 Jahre lang in drei Teile zerrissen war, verschiedenen Machthabern unterworfen, wissen wir das natürliche Streben der Deutschen nach Einheit wohl zu schätzen, obwohl das Gefühl dafür im deutschen Volk noch ziemlich jung ist. Ähnlich jedoch wie der reife Mensch muß auch ein reifes Volk das Verantwortungsbewußtsein für seine eigenen Taten bzw. für die seinen Führern gegebenen Vollmachten besitzen. Und hier muß aufrichtig gesagt werden: Es ist Hitlers Politik, die in der Endkonsequenz die Teilung Deutschlands herbeigeführt hat, und Adenauers Politik hat praktisch alles getan, um eine Wiedervereinigung unmöglich zu machen.

Der deutsche Leser weiß besser als wir hier, wie oft die Chancen zur Vereinigung vertan wurden. Bis 1954 schlug die Sowjetunion eine Wiedervereinigung nach Prinzipien vor, die den Anschauungen des Bundeskanzlers sehr nahe kamen. Er wollte mehr, er wollte eine bessere Gelegenheit abpassen — und verpaßte sie. Das Leben ging weiter, die Souveränität der beiden deutschen Staaten de jure und de facto entstand (für die Bundesrepublik im Mai, für die DDR im September 1955). Von nun an konnte die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr in den Kategorien des innerstaatlichen Rechtes, also — sagen wir einmal — nach dem Prinzip proportionaler Wahlen betrachtet werden. Man mußte nun das Völkerrecht anwenden, das klar und deutlich die Prinzipien der Souveränität der Staaten bestimmt, und woraus sich logisch das Postulat einer Konföderation der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik ergibt, um so mehr, als die beiden deutschen Staaten ja politisch nicht in der Luft hängen: sie sind eine Auswirkung der Spaltung der Welt in zwei Lager.

Wir haben uns bemüht, in unseren Bemerkungen die Voraussetzungen zu schildern, auf denen die polnische Beurteilung der deutschen Frage fußt und unter denen sich uns die Politik der Bundesrepublik darstellt. Wenn dieses Urteil kritisch ausfällt, so entspringt das keinen Vorurteilen. Wir stellen einfach fest, daß in der Bundesrepublik viel getan wird, das geeignet ist, jetzt und in Zukunft die westdeutsche Bevölkerung mit der polnischen Bevölkerung zu entzweien, indessen wenig, um diese Beziehungen zu bessern. Die Bundesregierung setzt auf Rüstungen und das Mißtrauen zwischen Ost und West. Wir sind sowohl aus allgemeinen als auch spezifisch polnischen Gründen dagegen. Die Bundesregierung widersetzt sich Schritten, die unserer Meinung nach dem deutschen Problem seinen brennenden und gefährlichen Charakter nehmen würden, z. B. dem Abschluß eines Friedensvertrages, in dem die existierenden Grenzen Deutschlands bestätigt werden und sein militärischer Status festgelegt würde. Die Bundesregierung will schließlich, dabei auf der ihrem Wesen nach unmoralischen Hallstein-Doktrin fußend, keine normalen diplomatischen Beziehungen mit Polen anknüpfen. Stattdessen

nimmt der Bundeskanzler den Kreuzrittermantel an, ein Symbol, das sowohl das polnische Nationalgefühl als auch die religiösen Gefühle bei uns beleidigen muß, ebenso wie die bekannte Äußerung beim Heiligen Vater über die angebliche Sendung Deutschlands.

Angesichts der Tatsachen kann man wohl kaum von einer bei uns wurzelnden Abneigung oder Verbissenheit in bezug auf die Bundesrepublik sprechen; dagegen läßt sich eine dokumentierte Abneigung gegen all das feststellen, was uns um einer friedlichen Zukunft willen nach den für unser Volk so entsetzlichen Jahren von 1939 bis 1945 teuer ist: internationale Entspannung und Bemühung um eine gesunde Koexistenz des polnischen Volkes mit dem ganzen deutschen Volk. Wir Polen sind keine Dogmatiker. Falls Bonn den bisherigen Kurs seiner Politik ändert, so werden wir dies als Polen und als Christen mit Freude begrüßen.

Es wird den Leser wundern, daß ich diesen Artikel vom Standpunkt eines Katholiken aus schreibe, ohne das zu unterstreichen. Ich habe das bewußt und aus Überzeugung so gemacht. Denn einer der charakteristischsten Züge, vielleicht sogar der wichtigste, bei der Behandlung des Deutschlandproblems ist die Einmütigkeit der Polen in ihrer Haltung hierzu. Begonnen mit dem Primas von Polen über alle Gruppierungen im Sejm — einschließlich der katholischen Abgeordneten aller Orientierungen — bis zur Masse der Parteilosen mit auf anderen Gebieten nur wenig herauskristallisierten Anschauungen, teilt unsere Bevölkerung die Beunruhigung, die Gefühle und Wünsche, die darzustellen ich mich hier bemüht habe.

Simon Messer

Die Heiden von Reims

In diesen lieblichen Frühlingswochen, die hoch mit der Gipfelkonferenz schwanger gehen, sieht man im Westen verschiedene Leute eifrig bemüht, die Stärke des eigenen Lagers zu dokumentieren, ehe es vielleicht zu spät sein könnte: Der Professor Hallstein denkt sich — nachdem seine erste Doktrin die Motten zu kriegen beginnt — eine zweite aus; die „Moralische Aufrüstung" verschickt als Postwurfsendung „An alle Haushaltungen" der EWG-Länder eine Broschüre, die dem müdgelaufenen Kalten Krieg eine kräftigende antikommunistische Spritze verpassen soll; „Rettet die Freiheit" verübt öffentlichen Rufmord an fast einem halben Tausend angesehenen westdeutschen Persönlichkeiten; der Berliner Minister Lemmer erklärt authentische New Yorker Zeitungsberichte über eine zunehmende Abwanderung der Menschen aus der Bundesrepublik in die DDR schlicht als „schlechten Witz"; die Sozialdemokratie sieht ein, daß der von ihr geforderte Parlamentarische Untersuchungsausschuß in Bonn vielleicht noch ein bißchen mehr ins Wanken bringen könnte als nur Oberländers Ministersessel, und zieht ihren Vorschlag brav zurück; Konrad Adenauer erteilt der Milliardenschar der Atombombengegner in aller Welt eine schallende moralische Ohrfeige, indem er sich tagelang in Japan aufhält, ohne Hiroshima zu besuchen; kurz: es tut sich so allerlei, denn über allen Kalten Kriegern hängt das Damoklesschwert der Entspannung.

Von solchen Bemühungen hat auch der kleine dicke Mann wieder etwas zu spüren bekommen, den sie daheim familiär Nikita Sergejewitsch nennen und

der mit imposanter zivilistischer Unverdrossenheit am anderen Ende des Strickes zieht: Er will partout abrüsten, und zwar in einem Ausmaß, daß nachher — selbst wenn sein Programm nur zur Hälfte durchgeführt würde — nicht einmal mehr ein Franz Joseph Strauß behaupten könnte, die Russen wollen uns überfallen. (Oder behauptet er das gar nicht? Warum rüstet er dann aber immer weiter?)

Also, das war im schönen Land Frankreich. Wie überall, wohin Chrustschow kommt, brauchte er übrigens auch dort nicht unbedingt allein am anderen Ende des Strickes ziehen: die Bevölkerung zog kräftig mit — mehr, scheint mir, als irgendwo sonst, wo der energievolle kleine Mann bisher aufgetreten war. Verständlich — wenn jemand die natürliche Ergebnislosigkeit des Kriegführens so brutal exemplifiziert bekommt wie gerade die Franzosen in Algier. Und vielleicht gerade wegen dieses starken Echos, das der Erste Propagandist der Koexistenz beim französischen Volke fand, mußten ihm ja nun auch Zeichen entgegengesetzter Art vorgeführt werden: Frieden? Nicht mit dir, du Kommunist! Wenn alle untreu werden, der Klerus bleibt doch treu . . .

In der alten Burgunderstadt Dijon nahm es seinen Anfang. Dort waltet ein Kanonikus seines geistlichen Amtes, dessen Name auf die beziehungsvollste Weise an „Kyrie" erinnert. Nun ist Kanonikus Kyr aber nicht nur Priester, sondern auch Bürgermeister. In dieser Eigenschaft wäre er verpflichtet, in jener offenbar ebenfalls nicht abgeneigt gewesen, den anrückenden Gast aus dem Kreml in der Stadt willkommen zu heißen, und wahrscheinlich hatte er bereits eine Flasche besonders ausgesuchten Burgunder zum Anstoßen „Auf den Frieden" bereitgestellt. Doch siehe da, als Nikita Sergejewitsch dann anrückte, war Kyr verschwunden wie weiland das Maultier bei Goethe im Nebel. Niemand wußte, wohin, noch, wieso; nur soviel: der Kanonikus war nicht freiwillig verschwunden. Die „Gegenreformation" hatte einen Zug getan. Jene geheime Organisation, bei der sämtliche Geheimdienste und Sicherheitspolizeien der Welt in die Schule gegangen sind, hatte mit aller Diskretion dafür gesorgt, daß es zum Handschlag zwischen dem überzeugten Marxisten und dem überzeugten Christen nicht kam. Und ganz ohne Zweifel: Vater Kyr muß wirklich ein überzeugter Christ sein, sonst hätte er wohl nicht auf den Gedanken verfallen können, daß gerade dem Gegner die Hand zu reichen besonders wichtig sei. Aber: der Christ denkt, die Kirche lenkt. Immerhin geschah ja dem Kanonikus weiter nichts; als der kleine moskowitische Gottesleugner wieder fort war, durfte er selbstverständlich zurückkehren, denn die Freiheit der Persönlichkeit und der persönlichen Entscheidung bleibt die Parole des Abendlandes.

Nicht weit von Dijon entfernt (für russische Maßstäbe direkt in der Nachbarschaft) erlebte Nikita Sergejewitsch dann etwas noch viel Drolligeres. Trotz der Abfuhr von Dijon (wo schließlich ja nicht er derjenige war, der sich blamiert hatte) drückte er den Wunsch aus, auch die berühmte Kathedrale von Reims zu besichtigen, — vielleicht, weil er es für anständig hielt, der französischen Geschichte an dieser altehrwürdigen Krönungsstätte seine Reverenz zu erweisen, vielleicht auch nur, weil er in einer Anwandlung jener für den Russen so typischen Lust, sich weiterzubilden, das Verlangen verspürte, den schönsten gotischen Bau der Welt einmal gesehen zu haben. Kann es darüber hinaus sein, daß der Schelm in ihm sich regte: Will doch mal sehen, was die Genossen Kleriker sich jetzt wieder einfallen lassen —?

Wer weiß — jedenfalls fiel den Genossen Klerikern von Reims tatsächlich etwas ein. Einfach verwehren — was sie wohl am liebsten getan hätten — konnten sie dem Gast den Zutritt zur Kirche nicht; aber sie konnten mit einem einfachen Handgriff aus einem „Gotteshaus im Dienst" einen sozusagen kastrier-

ten Sakralbau machen, den man, ohne seine Würde zu strapazieren, auch vom Erzkommunisten betreten lassen durfte: Sie entfernten zuvor das Allerheiligste aus dem Tabernakel und versteckten es im Keller!

Das Allerheiligste nennen die römischen Katholiken die Hostie, die sich nach der Konsekration in den Leib Christi verwandelt hat. Mit anderen Worten: Jesus Christus selbst wurde aus der Kathedrale von Reims entfernt, bevor man Nikita Sergejewitsch den Zutritt gestattete! Ein superber Einfall — würdig eines Schwarzkünstlers, der seine besten Tricks aus wohlverstandenem Eigeninteresse vor fremden Blicken zu bewahren weiß.

Woher wollen die Zauberkünstler von Reims aber wissen, ob Jesus Christus — wenn man ihn vorher um seine Meinung gefragt hätte — nicht geantwortet hätte: Ach, laßt mich ruhig da, liebe Kinder, diesem Herrn Chrustschow kann es ebenso wenig schaden wie irgendeinem von euch, wenn ich ihm mal leibhaftig gegenüberstehe? Oder fürchteten sie, der lebensfrohe Heide hätte sich in einer Anwandlung von Hunger über die Hostie hermachen können? Oder meinten sie es mit einem zweiten Hermann Göring zu tun zu haben, vor dessen Raffgier ausländische Kunstschätze und dergleichen mehr tunlichst in Sicherheit zu bringen seien? Oder waren sie einfach in jener kleinbürgerlichen Panikstimmung, die sich ausdrückt in dem Ruf: „Kinder, die Zigeuner kommen, reißt die Wäsche von der Leine!"?

Einen Nichtchristen vom Anblick eines heiligen Symbols auszuschließen, ist nicht nur mittelalterlich, sondern haargenau antichristlich: es geht vom Aberglauben aus, der Ungläubige könne dem Symbol mehr anhaben als das Symbol ihm. Wer so handelt, glaubt nicht an die Ausstrahlungskraft jener Idee, mit der er auf beschauliche Art sein täglich Brot verdient. Er glaubt nicht an Jesus Christus, den Welterlöser, der, wie Gustav Heinemann das einmal ausgedrückt hat, „auch für Karl Marx gestorben" ist. Sofern er aber das Gegenteil behauptet, ist er der schlimmere Heide.

Politisch genommen, zeigt dieses Beispiel, welch teuflischer Eskapaden die Kalten Krieger fähig sind und wie weit der Weg zum Frieden noch ist. Aber es zeigt auch, daß es auf diesem Weg unaufhaltsam voran geht und daß die Behinderer in immer größere Bedrängnis geraten. Denn nur aus der Bedrängnis läßt sich ein derart dunkler Streich erklären, dessen Bosheit vor allem den Christen trifft. Der Nichtchrist macht sich ohnehin nichts daraus.

Ernest Waldteufel

Verschwörung gegen Frieden, Demokratie und Freiheit

Zum Rotbuch II des Komitees „Rettet die Freiheit"

Seit feststeht, daß die von Chrustschow so beharrlich angestrebte Gipfelkonferenz allen Widerständen und Verzögerungstaktiken zum Trotz nun doch stattfinden wird, erleben wir in der Bundesrepublik eine schon wütend zu nennende Aktivität all derer, denen das ernste Wort „Koexistenz" nur ein Synonym für den „Leibhaftigen" ist und „Frieden" nur soviel wie „Kapitulation" bedeutet und die von der panischen Furcht umhergetrieben werden, Koexistenz und Frie-

den könnten im Mai in Paris für die führenden Staatsmänner bis zu einem gewissen Grad zu einer ähnlichen Realität werden, wie sie das für ihre Völker — wenn auch noch lange nicht durchgegoren — bereits sind.

Die Parole lautet: Stellt alle diejenigen öffentlich an den Pranger, „die der Meinung sind, daß alle entscheidenden Fragen in der Welt und in Deutschland nur zu lösen sind, wenn man sich darüber mit den Kommunisten verständigt, und die deshalb jede Gesprächs- und Verhandlungsmöglichkeit wahrnehmen", denn „aus diesem Kreis rekrutieren die Kommunisten die führenden Persönlichkeiten ihrer Tarnorganisationen".

Dieses erleuchtete Zitat stammt aus einer Veröffentlichung, die im Kesseltreiben gegen die Kräfte der politischen Vernunft bis jetzt den Höhepunkt darstellt: „Verschwörung gegen die Freiheit", Rotbuch II, herausgegeben von der Münchner Arbeitsgruppe „Kommunistische Infiltration und Machtkampftechnik" im Komitee „Rettet die Freiheit". Die hektographierte Schrift (175 eng beschriebene Maschinenseiten) debutierte anläßlich des 2. Kongresses dieses Komitees am 24./25. März in Frankfurt; inzwischen haben zehn in ihr genannte Professoren und Dozenten der Universität Münster gegen das Komitee Strafantrag wegen Verleumdung, Beleidigung und schwerer beruflicher Schädigung gestellt, und eine Reihe weiterer Strafanträge ist zu gewärtigen. Vermutlich hängt es damit zusammen, daß das Oeuvre nach seinem glanzvollen Start bald seinen Weg in die Öffentlichkeit nur noch stockend nahm; ja, interessierte Kreise lancieren sogar das beruhigende Gerücht, die Schrift sei zurückgezogen worden, — was wir allerdings nur dahingehend auslegen können, daß man ihre subkutane Verbreitung für angemessener hält. Was aus dem Dunkel stammt, bewegt sich im Dunkel sicherer als im Licht.

Zunächst sei den Verfassern Respekt gezollt: sie haben weder Zeit noch Mühe noch Steuergelder gescheut; lebte Herr McCarthy noch, er würde sie auszeichnen für ein so solides Gesellenstück von Kommunistenriecherei. Doch leider ist McCarthy tot, und so müssen wir für ihn einspringen: Brav, brav, ihr wackeren teutonischen kalten Krieger! Nur wissen wir nicht, an wen das Lob zu adressieren ist, denn die Gesellen halten sich bescheiden in der Anonymität. Was sie natürlich nicht hindert, Hunderte ihrer Gegner ganz präzise beim Namen zu nennen, — so präzise, daß zum Beispiel alle unsere nazistischen Schmäh- und Drohbriefschreiber sich auf die bequemste Art eine Anschriftenkartei anlegen können; Rufmördern in jeder Preislage ist hier Stoff für Jahre geliefert.

Kennt man auch die Namen der Verfasser nicht, so kennt man doch die Namen der geistigen Urheber und Paten. Was nutzt den Verfassern die Beteuerung, das Rotbuch sei „privater Initiative" entsprungen und nicht „in höherem Auftrag" entstanden? Man weiß, daß das Komitee „Rettet die Freiheit" zum großen Teil vom Bundespresseamt finanziert wird, also von höchster Regierungsstelle. Was nutzt dem Manager des Komitees, Rainer Barzel, die Beteuerung, er habe mit dem Rotbuch „nichts zu tun"? Herr Barzel ist Bundestagsabgeordneter der CDU, also Mitglied der Regierungsmehrheit. Was würde es etwa den Herren Strauß und Schröder nutzen, wenn sie sich nun formell vom Rotbuch distanzierten (was sie bisher gar nicht getan haben)? Sie sind Bundesminister, und sie haben das verantwortlich zeichnende Komitee „Rettet die Freiheit" mit ins Leben gerufen. Und was würde es schließlich Konrad Adenauer nutzen, wenn er so täte (was er aber bisher noch gar nicht getan hat), als wäre es ihm gar nicht recht, daß hier eine große Schar angesehener, zum Teil sogar international hochangesehener, integrer, demokratisch gesonnener Bürger der Feme zum Fraß vorgeworfen werden soll? Konrad Adenauer ist Bundeskanzler, er bestimmt laut Ver-

fassung die Richtlinien unserer Politik, und das Komitee „Rettet die Freiheit" ist — und will sein — Bestandteil unserer Politik.

Und ebenso genau kennt man den Geist, der hinter diesem seit der Judenverfolgung größten deutschen Pogrom-Aufruf steckt. Es ist der Geist derjenigen,

- die für Charakterfestigkeit und Vaterlandstreue halten, was nur Aberwitz und feuergefährliche politische Scharlatanerie ist: sie glauben und wollen glauben machen, „daß alle entscheidenden Fragen in der Welt und in Deutschland nur zu lösen sind", wenn man sich darüber „mit den Kommunisten" nicht verständigt und wenn man nicht „jede Gesprächs- und Verhandlungsmöglichkeit" wahrnimmt;
- die die Erde lieber in eine Atomwüste verwandeln würden, als ein Arrangement „mit den Kommunisten" auch nur zu erwägen;
- die sich allem Anschein nach überhaupt nicht vorstellen können, daß es bei uns noch selbständig denkende politische Menschen gibt, denen die niederträchtige Unterstellung, kommunistisch infiziert oder gelenkt zu sein, nur Verachtung abgewinnen kann, weil sie auf ihrer Suche nach Wegen „mit den Kommunisten" einzig und allein von ihrem hochstehenden persönlichen Ethos und von ihrem wohlverstandenen demokratischen Verantwortungsbewußtsein für den Frieden getragen werden;
- die, obwohl oder gerade weil sie dauernd von Christentum schwatzen, keine Ahnung davon haben, daß vor allem ein lebendiges christliches Gewissen die widergöttliche Aufspaltung der Menschheit in Engel und Teufel, auch in der Politik, gar nicht zulassen darf;
- die — ihr Antikommunismus in Ehren! — nicht erkennen wollen, daß die deutsche Katastrophenpolitik des letzten halben Jahrhunderts mit seinen zwei Weltkriegen immerhin nicht das Werk der Kommunisten, sondern gerade der Antikommunisten gewesen ist;
- die aber trotz der historischen Schuld, welche auf der Rechten lastet, stur ein Deutschland fordern, in dem der Linken schlimmstenfalls die Rolle einer dekorativen Kontrastfarbe zugestanden wird.

„Sage mir, mit wem du verkehrst, und ich sage dir, wer du bist." Unter dem Patronat des Komitees „Rettet . . ." konnte in Frankfurt am Main (ausgerechnet!) ein gewisser Stetzko zu Wort kommen, unter Hitler einst engster Spezi des bluttriefenden ukrainischen Faschisten Bandera (siehe Lemberg, siehe „Nachtigall", siehe Oberländer), — ein Irrsinniger, der nicht das geringste dabei fände, wenn wir die Welt in die Luft sprengten, nur um die Ukraine, die seit drei Jahrhunderten zu Rußland gehört, zu „befreien".

Desgleichen entblödete sich das Komitee nicht, sich bei seinem Frankfurter Kongreß von irgendwelchen „führenden Repräsentanten" der rumänischen „Eisernen Garde" (erinnert man sich überhaupt noch?), der ungarischen „Pfeilkreuzler" und der bulgarischen „Regierung Zankow" applaudieren zu lassen, — lauter abgetakelte Größen, über die die Entwicklung für immer und ewig hinweggegangen ist, die unter „Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" lediglich „Abrechnung mit den Russen" verstehen, die nichts wollen, als einmal im Leben satt Russenblut saufen, und die von uns Deutschen in der schwärmerischen Annahme, wir seien immer noch das Volk, vor dem die Welt zittert, erwarten, wir würden ihnen das Geschäft des Schlagaderöffnens abnehmen.

Auch jener obskure Niederländer, Joop Zwaart mit Namen, der sich erst jüngst, sogar bei einem großen Teil der Rechten, durch seine allzu plump gemanagte zweite Oberländer-Entnazifizierung disqualifiziert hatte, bekam vom Komitee seinen Auftritt. Und es war kein Mensch da, der ihm — was in England

ziemlich sicher passiert wäre — die Hose ausgezogen hätte für sein smartes Wort: „Wir müssen auf die Bedroher der Freiheit schießen, sonst können wir gleich nach Hause gehen." (Siehe auch Nachtrag am Schluß des Heftes.)

Auch der Festredner des Kongresses, der einst sehr ehrenwerte spanische Autor und Diplomat de Madariaga, fiel fürchterlicherweise nicht aus dem Rahmen. Dieser Grandseigneur ist eines der abendländischsten Beispiele dafür, wie der unreflektierte Antikommunismus selbst geschulte Gehirne erweichen kann. Daß in der von ihm konzipierten neuen Weltordnung das Regulativ in Osteuropa verkörpert werden soll von der Macht, die „der Nachfolger der Sowjetunion" sein wird, ist weniger schlimm; denn es vermag ja in der Tag kein sterbliches Wesen zu garantieren, daß es die Sowjetunion ewig geben wird. Aber daß dieser geschliffene Mund neuerdings jeden Westeuropäer, der dem Osten gegenüber nicht von vornherein blank zieht, einen „Schmarotzer am Ersatzglauben seines Gegners", den Friedenswunsch der Menschheit ebenfalls einen „Ersatzglauben" und jeden verächtlich nennt, dem „der Frieden zur Sehnsucht" wurde, das ist — „Schlamm".

„Rettet die Freiheit"? Woher nehmen gerade diejenigen das Recht zu einer solchen Parole, deren Worte und Taten — auch wenn sie das weder wollen noch wissen — auf das Gegenteil von Freiheit: auf Krieg gerichtet sind? Die Testfrage, mit der man sie stellen kann, lautet nicht: „Wollen Sie den Krieg?", sondern: „Wollen Sie die Koexistenz?" Das klare „Nein!" auf diese Frage ist das eigentliche Programm des „Komitees . . ." Dann allerdings gibt es wirklich nur noch den Krieg. Einen Krieg, der von der ersten Stunde an jedes Gesetz durchbrechen und selbst die makabre Regel, wonach eine neuer immer genau so schrecklich anfange, wie der alte geendet hat, höhnisch unterbieten würde, — einen Krieg ohne jede irgendwie geartete Aussicht (außer der auf Vernichtung), — und einen Krieg, der seinen wenigen Überlebenden „Freiheit" wie eine Vokabel von einem anderen Stern erscheinen lassen würde.

„Freiheit?" Wie es „Gesundheit" nicht gibt, sondern nur „gesunde Menschen", so gibt es „Freiheit" an sich auch nicht, sondern nur den Menschen, der frei ist, bzw. sich frei fühlt (ein im letzten nicht staatspolitischer, sondern geistiger Zustand). Voraussetzung zu alledem ist das Leben. Die Toten haben Freiheit nicht mehr nötig. Wer von Freiheit redet und dabei nicht von der selbstverständlichen Voraussetzung ausgeht: „Aber Frieden muß bleiben, denn Krieg ist Tod", der gerät in den Verdacht, gar nicht „Freiheit", sondern entweder „Rassenhegemonie" oder „Abrechnung" oder „Roll back" oder „Aktienpakete" oder sonst ein mehr oder weniger honoriges Interesse zu meinen. Interessen aber sind in der Geschichte immer gekommen und gegangen; nachweisbar bleibt, daß sich der übergeordnete — und darum auch vagierende — Begriff „Freiheit" nie lange an irgend eines von ihnen hat binden lassen. Nur an eines blieb Freiheit immer untrennbar gebunden: an Frieden. Ohne Frieden keine Freiheit! Und folglich: Wer kein Freund des Friedens ist, kann kein Freund der Freiheit sein.

Daß das „Komitee . . ." die „Freiheit an sich" retten wolle, behauptet es allerdings auch gar nicht; ästhetizistisch gebärdet es sich nicht — allenfalls noch sein Impresario Barzel mit seiner inzwischen rundum gegangenen Strophe: „Lieber will ich der letzte kalte Krieger sein als der erste Kapitulant."

Allzu stark ist hier die Versuchung, der Bert-Brecht-Assoziation zu erliegen: „Weh dem Land, das Helden nötig hat." Und doch gibt es eine Gegenkraft, die wenigstens teilweise davon ablenken kann: das ist das in Barzels Gedicht — möglicherweise ungewollt — enthaltene Eingeständnis, daß es immer unpopulärer wird, ein kalter Krieger zu sein. Die „normative Kraft des Faktischen" geht eben auch am ungebärdigsten Bundesbürger nicht spurlos vorüber. Die kalten Krieger

— vor zwei Jahren noch das Normale — müssen anfangen, sich zu rechtfertigen und die Position des Trotzes einzunehmen. Soll uns das trösten? In der Perspektive ja; im Moment geht allerdings das Rotbuch „Verschwörung gegen die Freiheit" noch um — heimlich, still und leise, wie einst der „Nacht-und-Nebel"-Befehl —, und noch können wir uns ein generöses Darüberhinwegsetzen nicht leisten, Wir müssen belegen, warum wir es für eine deutsche Kultur- und politische Schande halten.

Alles in einen Topf

Das Rotbuch ist ganz klar ein Instrument des Kalten Krieges — ebenso wie etwa das vor einiger Zeit bei Kiepenheuer und Witsch erschienene Schmähbuch „Die trojanische Herde". Es geht nicht darum, sich mit politisch Andersdenkenden auseinanderzusetzen, sondern darum, sie zu diffamieren und ihnen die persönliche, berufliche und gesellschaftliche Ehre abzuschneiden. Aber auch dies ist noch nicht der letzte Zweck: Im letzten geht es darum, Stimmung zu machen gegen die sich anbahnende internationale Entspannung.

„Wenn wir (den) Kalten Krieg verlieren", heißt es gleich auf Seite 2, „wird unausweichlich der Heiße Krieg über uns hereinbrechen." Das ist zunächst einmal eine für die Demagogie charakteristische Stilblüte. Aber es ist noch mehr: Nach der Lesart der „Freiheitsretter" wäre doch „Verlust des Kalten Krieges" gleichbedeutend mit „Sieg des Kommunismus" — warum dann also noch Heißer Krieg hinterher? „Die Kommunisten" hätten dann ja schon, was sie wollen. Eine seltsame Logik! Oder ist es etwa ganz anders gemeint? ‚Wenn es uns nicht gelingt, die Kommunisten auf dem Wege des Kalten Krieges zu besiegen, müssen wir den Heißen gegen sie eröffnen' — so klingt es schon logischer, und so kann man es all denen, für die es nur noch den „Fall Rot" gibt, schon eher glauben. Und selbstverständlich sehen auch unsere „Freiheitsretter" n u r r o t. Was unsere junge Demokratie bedroht, das kommt in ihren Augen alles und vollkommen ausschließlich von l i n k s ; geschichtliche Gegenbeweise interessieren sie nicht, Gerhard S c h r ö d e r s Notstands-Ambitionen interessieren sie nicht, Fritz S c h ä f f e r s Ehrenschutz-Ambitionen interessieren sie nicht, „unbewältigte Vergangenheit" gibt es für sie nicht (verständlich, wo sie diese doch mit verkörpern).

„Links", das bedeutet, um es kurz zu sagen, für unsere „Freiheitsretter" alles und jedes, was gegen die Politik Adenauers und gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ist. Und dementsprechend wird im Rotbuch dann auch ohne viel Federlesen alles in einen Topf geworfen: Die Reste unserer in die Illegalität getriebenen KP; die Linkssozialisten; die Intellektuellen; die „Neutralisten"; die Atombombengegner; die nonkonformistischen Studenten; die Sozialdemokraten; die Friedensfreunde; die Pazifisten; gewisse „Rechtsextremisten" genannte nationale Gruppen (hinter denen natürlich auch wieder nur die Kommunisten stecken); ja sogar jene differenziertere Richtung innerhalb der CDU, die vor allem vom Bundestagsabgeordneten Peter N e l l e n verkörpert wird: Für sie alle weiß das „Komitee . . ." einen Sammelnamen: „Verschwörer gegen die Freiheit"! Unterschiede gibt es nur insofern, als die einen die Verschwörung direkt, die anderen indirekt, die einen bewußt, die anderen unbewußt betreiben; Verschwörer sind sie alle — ob „Infiltrant" oder „Rückversicherer", ob „Kollaborateur" oder „intellektueller Mitläufer". Die einen sitzen in Presse, Rundfunk und Verlagswesen, die anderen in den Gewerkschaften, die dritten in der Bundeswehr, die vierten in der Friedensbewegung und in der Atomtod-Kampagne, die fünften im „Sektor Kultur", die sechsten in den Parteien, die siebenten in den Jugendorganisationen . . . Überall „Verschwörer gegen die Freiheit"! Ihre Zahl? Mehr als ein halbes Tausend Persönlichkeiten wird namentlich genannt — die

vielen anderen sind leicht dazuzudenken: es sind etwa jene 40 % unserer Bevölkerung, die nicht Konrad Adenauer gewählt haben. Sie alle: „Verschwörer gegen die Freiheit"!

Wenn die Verfasser im Vorwort dem zu erwartenden Vorwurf begegnen, sie hätten eine „antikommunistische Hetzschrift" verfaßt, so kann man nur sagen: Allerdings, antikommunistisch ist das Buch schon gar nicht mehr, sondern es ist antidemokratisch; es ist eine antidemokratische Hetzschrift, angetan dazu, bei uns ein innenpolitisches Klima zu erzeugen, das an 1848 erinnert! Ihre Gemeinheit beruht vor allem darin, daß sie den weitaus größten Teil ihres Giftes gegen Persönlichkeiten, Redaktionen und Vereinigungen verspritzt, die erklärter- und erwiesenermaßen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich zur parlamentarischen Demokratie bekennen; mehr noch: die gerade auch mit dem, was ihnen hier so übel vermerkt wird, gegen die innere Gefährdung unserer Demokratie kämpfen.

Die Namen

Zum Beleg dessen halten wir uns für verpflichtet, mehr Namen hier wiederzugeben, als die Tagespresse das vermochte oder wollte. Der Diffamierungscharakter des Rotbuchs kann durch nichts anderes besser erhellt werden als durch eine möglichst detaillierte Aufzählung all jener bürgerlichen Persönlichkeiten, die da von hemmungslosen Scharfmachern in den ehrenrührigen Verdacht genommen werden, auf irgendeine Weise „den Kommunisten" zu Willen zu sein.

Da ist zunächst einmal die sogenannte „Renommierliste". Es handelt sich um eine Auslese aus jenen „mehr als 20 000 Angehörigen geistiger Berufe in der Bundesrepublik, die bisher Aufrufe und Petitionen des ‚Fränkischen Kreises' oder der verschiedenen Gruppen der vom Fränkischen Kreis initiierten Anti-Atom-Bewegung unterzeichnet haben". Natürlich können uns selbst solche Fanatiker wie die „Freiheitsretter" nicht weismachen wollen, es handle sich hier um lauter „Kommunisten"; es wird sogar betont (vielleicht, um der möglichen Strafverfolgung vorzubeugen), daß sich nur eine „verschwindend geringe Zahl von Kommunisten" unter ihnen befinde und daß die Wiedergabe der Liste „keinerlei Qualifizierung der Unterzeichner" darstelle, — aber der Pranger, der Makel, der Rufmord, sie folgen gleich hinterher: „ . . . sie soll lediglich einen Einblick in den Umfang der kommunistischen ‚Kulturarbeit' vermitteln."

„Keinerlei Qualifizierung?" Ist das nicht Verdächtigung genug? Bedeutet das nicht, daß jedermann, der seinen Namen unter ein Schriftstück der Anti-Atom-Bewegung setzt, als Figurant der „kommunistischen Kulturarbeit" gewertet wird? Ist es ein so großer Unterschied, ob man jemanden einen Kommunisten nennt oder ob man ihm Pro-Kommunismus andichtet?

Demgegenüber hat die vom einstigen Reichskanzler Wirth begründete „Deutsche Volkszeitung" diese Liste (und die meisten anderen im Rotbuch genannten Namen) eine „Ehrenliste der deutschen Nation" genannt, und wir zögern nicht, uns diese Bezeichnung zu eigen zu machen.

Wie wenig „pingelig" man übrigens beim „Komitee . . ." ist, mag übrigens auch die Tatsache erhärten, daß man selbst inzwischen Verstorbene in die Liste aufgenommen hat (Diffamierung über das Grab hinaus). Wir drucken sie im folgenden so ab, wie sie sich auf Seite 137 ff. des Rotbuches findet, — unverändert auch dort, wo sich der Wohnort inzwischen geändert hat (wieso weiß man das beim allwissenden „Komitee . . ." eigentlich nicht?):

Dr. Heinrich Abel, Dozent, Frankfurt - Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Marburg/Lahn - Prof. Dr. Erwin Ackerknecht, Ludwigsburg - Dr. R. Altevogt, Dozent, Mün-

ster - Dr. Otto Antrick, Dozent, Weilburg - Prof. Dr. Walter Asmus, Darmstadt - Prof. Dr. Aufhauser, München - Dorothea Auras, Dozentin, Altona - Prof. Bele Bachem, Malerin, München - Fritz Bärmann, Dozent, Wuppertal - Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel - Prof. Dr. Philipp Bamberger, Heidelberg - Prof. Dr. Hans Bartegs, Hannover - Dr. Heinrich Bartholomé, Akademiedozent, Dortmund - Prof. D. Otto Bauernfeind, Tübingen - Prof. Hans Bauermeister, Schwandorf i. Bay. - Prof. Otto Baum, Stuttgart - Prof. Dr. Eduard Baumgarten, Mannheim - Prof. Robert Bednorz, Wiesbaden - Prof. Fritz Behn, München - Wilhelm Behn, Dozent, Hamburg - Prof. Dr. Martin Behrendt, Lüneburg - Prof. Dr. Helmut Behrens, München - Prof. Dr. Adolf Beiss, Braunschweig - Prof. Max Benirschke, Düsseldorf - Fita Benkhoff, Schauspielerin, Berg/Starnberger See - Dr. Ernst Berlik, Dozent, Frankfurt - Herbert Beutler, Akademiedozent, Kaiserslautern - Prof. Bruno Bielefeld, Berlin-Friedenau - Prof. Arnold Bode, Kassel - Prof. Dr. Max Born, Pyrmont - Prof. Dr. Richard Böhmig, Karlsruhe - Prof. Dr. Carl Boettcher, München - Prof. Dr. Henning Brandis, Göttingen - Prof. Dr. Peter Brauer, Freiburg - Prof. Dr. Hans Braun, Bonn - Prof. D. Herbert Braun, Mainz - Dr. Rudolf Braun, Dozent, Mainz - Dr. Freiin Gerda v. Bredow, Dozentin, Münster - Prof. Dr. Eduard Brenner, München - Prof. Eduard Brill, Andechs/Obb. - Prof. Wilhelm Brockhaus, Wuppertal - Prof. Dr. Hans Bronner, München - Prof. Walter Brudi, Stuttgart - Prof. Dr. Wilhelm Bruhn, Buch a. A. - Prof. Dr. Hellmut Brunner, Tübingen - Karl Bunje, Schriftsteller, Sandkrug/Old. - Prof. Dr. Walther Bulst, Heidelberg - Prof. Max Burchartz, Essen - Prof. Dr. Gerd Burkhardt, Hannover - Prof. Armando Busi, Frankfurt - Friedrich Brandenburg, Intendant, Gießen - Dr. Johann Ludwig Clauss, Lehrbeauftragter, Aachen - Prof. Liselotte Corbach, Hannover - Prof. Dr. G. Cordes, Kiel - Prof. Willi Cramer, Nürnberg - Prof. Otto Crusius, München - Rudolf Daur, Pfarrer, Stuttgart - Prof. Dr. Gerhard Deeters, Bonn - Kurt Degenkolb, Dozent, Stuttgart - Prof. Franz Denk, Erlangen - Prof. Dr. Hermann Dienz, Hilberath - Paul Ditselbarth, Schriftsteller, Rittelhof - Prof. Otto Dix, Hemmenhofen über Radolfzell - Prof. Dr. Richard Döcker, Stuttgart - Prof. Dr. Gustav Doetsch, Freiburg - Prof. Franz Doll, München - Dr. Otto Dreves, Lehrbeauftragter, Braunschweig - Prof. Dr. Heinrich Düker, Marburg/L. - Prof. Dr. Luitpold Dussler, München - Prof. Dr. Karlfried Graf von Dürckheim, Todtmoos - Prof. Wils Ebert, Berlin - Prof. Kurt Edzard, Braunschweig - Prof. Werner Egk, Lochham b. München - Prof. F. H. Ehmcke, Widdersberg/Obb. - Ida Ehre, Theaterleiterin, Hamburg - Prof. D. Dr. Dr. Hans Ehrenberg, Heidelberg - Prof. Dr. Fritz Eichholtz, Heidelberg - Prof. Dr. M. Eichler, Wehrda b. Marburg - Prof. Dr. Wilhelm Eilers, Würzburg - Prof. Dr. Anton Eitel, Münster - Dr. Hans Erdmann, Dozent, Ludwigshafen - Prof. Arno Erfurth, Stuttgart - Josef Ernst, Dir. d. Staatl. Werkkunstschule, Kassel - Erich Engel, Regisseur, Berlin-Charlottenburg - Prof. Dr. Klara-Maria Faßbinder, Duisdorf b. Bonn - Prof. Dr. H. E. Feine, Tübingen - Prof. Dr. K. Fiege, Kiel - Prof. Dr. Emil Figge, Dortmund - Prof. Otto Fischer-Trachau, Hamburg - Prof. Dr. Paul Flaskämper, Frankfurt - Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt - Leonhard Frank, Schriftsteller, München - Prof. Dr. G. von Frankenberg, Hannover - Prof. Dr. G. Franz, Karlsruhe - Prof. Alexander Friedrich, Hamburg - Ernst Fritz Fürbringer, Schauspieler, München - Prof. Dr. Dr. August Gallinger, München - Prof. Josua Gampp, Karlsruhe - Dr. Walter Gaumer, Dozent, Hannover - Prof. Dr. Julius Gebhard, Hamburg - Prof. Hermann Geibel, Darmstadt - Prof. Willi Geiger, München - Prof. Dr. Paul Geissler, Garmisch-Partenkirchen - Prof. Ernst Geitlinger, Seeshaupt am Starnberger See - Prof. Rudolf Genschel, Hannover - Dr. Klaus Gerth, Dozent, Hannover - Prof. Dr. Julius von Gierdke, Göttingen - Albrecht Goes, Schriftsteller, Stuttgart - Alexander Golling, Schauspieler, Rottach-Egern - Prof. Hans Gött, München - Prof. Dr. Gottfried Goetze, Bad Godesberg - Hans Goldschmidt, Dozent, Berlin-Grunewald -

Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart - Prof. D. Helmut Gollwitzer, Bonn - Prof. Dr. Fritz Goos, Hamburg - Prof. Dr. E. Gorsemann, Bremen - Prof. Dr. F. Gottschalk, München - Prof. Dr. Siegfried Gräff, Hamburg - Prof. Dr. Theobald Graff, Frankfurt - Prof. Dr. Graffmann, Herborn/Dillkreis - Prof. Fritz von Graevenitz, Stuttgart - Prof. Ulrich Grehling, Freiburg - Prof. Dr. Dr. A. Greither, Heidelberg - Prof. Fritz Griebel, Nürnberg - Dr. Otto Grim, Dozent, Hamburg - Prof. Hans Grischkat, Stuttgart - Dr. W. D. Grodzicki, Dozent, Hamburg - Prof. Dr. Franz Groebbels, Mölln in Lauenb. - Prof. Dr. Kurt Gröbe, Hamburg - Dr. Wolfgang Gruhl, Dozent, Köln - Ilse Grumm, Dozentin, Hamburg - Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg - Prof. Adam Guckenberger, Würzburg - Prof. Dr. Wilhelm Gundert, Hamburg - Olaf A. Gulbranson, Architekt, München - Prof. Max Guther, Darmstadt - Prof. Dr. Kurt Gutzeit, Bad Wildungen - Prof. Dr. S. Haddenbrock, Schussenried, Württemberg - Prof. Dr. Curt Hagen, Hamburg - Prof. Dr. Wilhelm Hagen, Bonn - Prof. Dr. Walter Hagemann, Münster - Prof. Hans Haffenrichter, Heidelberg - Prof. Dr. Friedrich Hahn, Darmstadt - Prof. Dr. Richard Hamann-MacLean, Marburg/Lahn - Prof. D. Götz Harbsmeier, Lüneburg - Prof. Johannes Harder, Wuppertal - Prof. Dr. W. Hartke, München - Prof. Max Hartmann, München - Dr. Willy Hartnagel, Münster - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack, Göttingen - Prof. Dr. Richard Harder, Göttingen - Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover - Prof. Paul Heim, Stuttgart - Prof. Peter Otto Heim, Stuttgart - Prof. Helmut Heinemann, Lüneburg - Dr. Gustav Heinzmann, Dozent, Karlsruhe - Dr. Fritz Helling, Oberstudiendirektor, Schwelm - Prof. Dr. Wilhelm Helmich, Kiel - Prof. Arthur Hennig, Ebersteinburg bei Baden-Baden - Bruno Hennig, Dozent, Düsseldorf - Prof. Dr. E. Hennig, Tübingen - Prof. Manfred Henniger, Stuttgart - Helmut Henrichs, Generalintendant, Wuppertal - Prof. Dr. Hans Hentschel, Wiesbaden - Prof. Dr. F. Henzel, Mannheim - Prof. Dr. Carl Hermann, Marburg - Prof. Dr. Will Hermanns, Aachen - Prof. Dr. Adolf Hertlein, München - Prof. Dr. Franz Heske, Reinbeck bei Hamburg - Prof. D. Johannes Hessen, Köln - Prof. Friedrich Heubner, München - Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Dozent, Darmstadt - Prof. Dr. Walter Hieber, München - Prof. Hillebrand-Schumacher, München - Prof. Rudolf Hillebrecht, Hannover - Heinz Hilpert, Theaterleiter, Göttingen - Prof. Dr. Alwin Hinzpeter, Hannover - Prof. Herbert Hirsche, Stuttgart - Prof. Dr. Stephan Hirzel, Kassel - Prof. Lothar Hock, Kroidorf über Gießen - Prof. Dr. Karl Heinz Höcker, Stuttgart - Prof. Dr. Helmut Hölder, Tübingen - Albert K. Hömberg, Dozent, Münster - Prof. Dr. Alfred Hofmann, Marburg - Dr. Johanna Hofmann, Dozentin, Berlin-Charlottenburg - Prof. Dr. Guido Hoheisel, Köln - Prof. Dr. Helmut Hönl, Freiburg - Prof. Karl Hubbuch, Karlsruhe - Prof. Wilhelm Hübotter, Hannover - Prof. Dr. Erich Hückel, Marburg - Prof. D. Renatus Hupfeld, Heidelberg - Prof. D. Hans Iwand, Bonn - Prof. Dr. Walther Jacobi, Tübingen - Dr. W. Jacobs, Dozent, Schmalenbeck, Bez. Hamburg - Dr. Rolf Jäger, Bad Homburg - Hans Henny Jahnn, Schriftsteller, Hamburg - Dr. Walter Jaide, Dozent, Hannover - Prof. Dr. Hans Jebsen-Marwedel, Gelsenkirchen - Prof. Jola Kaan, Karlsruhe - Prof. Dr. Kurt Kaemmerer, Wuppertal - Prof. Dr. Karl Kammüller, Karlsruhe - Prof. Dr. Theo Kaluza, Hannover - Prof. Dr. Dr. Helmut Kanter, Marburg - Prof. Dr. Reinhard Kaplan, Frankfurt - Dr. Erich Kästner, Schriftsteller, München - Prof. Dr. Oskar Kaul, Unterwössen/Obb. - Dr. Dr. Peter Kawerau, Dozent, Münster - Prof. Dr. Hermann Keller, Stuttgart - Prof. Dr. Walter M. Kersting, Waging am See/Obb. - Prof. Karl Otto Kiepenheuer, Freiburg/Br. - Prof. Dr. Emil Kieser, Würzburg - Prof. Dr. Johannes Klein, Marburg - Prof. F. Klemm, Karlsruhe - Prof. Dr. Werner Kluge, Stuttgart - Pof. Dr. Günther Koch, Bonn - Prof. Dr. Alfred König, Karlsruhe - Prof. Max Körner, Nürnberg - Prof. Dr. Ludwig Kohl-Larsen, Schlachters Thumen - Heinrich Kohnle, Dozent, Essen - Dr. Wilhelm Kosswig, Dozent, Bonn - Victor de Kowa, Intendant und Schauspieler, Berlin -

Wolfgang Koeppen, Schriftsteller, München - Dr. Walter Kramer, Dozent, Schönberg/Calw - Prof. Dr. Walter Kranz, Bonn - Prof. Dr. H. J. Kraus, Hamburg - Prof. Wilhelm Krauss, Karlsruhe - Prof. Wilhelm Krauss, München - Prof. D. Walter Kreck, Bonn - Prof. Dr. W. Krickeberg, Berlin-Wilmersdorf - Dr. Ing. e. h. Ernst Kreissig, Krefeld-Uerdingen - Prof. Karl Kriete, Bremen - Prof. Alfred Kusche, Karlsruhe - Prof. Dr. Heinrich Kutter, Kassel - Prof. Dr. W. G. Kümmel, Marburg - Prof. Dr. Willi Laatsch, München - Dr. Hans Lämmermann, Dozent, Gegenbach, Baden - Prof. Dr. Erich Lange, Erlangen - Prof. Dr. Hermann Lautensach, Stuttgart - Prof. Dr. Wilhelm Lehmann, Frankfurt - Prof. Kurt Lehmann, Hannover - Prof. Dr. Lehmensick, Göttingen - Prof. Dr. Dr. Rudolf Lehmensick, Bonn - Dr. Philumene Lehner, Oberstudiendirektorin, Aschaffenburg - Prof. Franz Lenk, Stuttgart - Dr. Friedrich Lenz, Dozent, Aachen - Prof. August Leopolder, Frankfurt - Prof. Dr. Ernst Lichtenstein, Münster - Prof. Ernst Liebermann, Beuerberg b. München - Prof. Dr. Karl Limper, Dortmund - Prof. Dr. Fritz Loetsch, Hamburg - Prof. Dr. Wilhelm Loew, Mainz - Prof. Friedrich Löwenhaupt, Offenburg - Prof. Friedrich Lommel, Otterkring/Chiemsee - Prof. Dr. Hubertus Lossow, Berlin-Zehlendorf - Prof. Dr. Alfred Lotze, Stuttgart - Peter Lühr, Schauspieler, München - Prof. Dr. W. Ludwig, Heidelberg - Prof. Dr. F. Lücke, Hamburg - Prof. Dr. Otto Luschnat, Berlin-Frohnau - Prof. Dr. Lysinski, Mannheim - Prof. Dr. Hans Maas, Heidelberg - Prof. S. Mages, Düsseldorf - Prof. Alfred Mahlau, Hamburg - Prof. Dr. Carl Mahr, Marburg/Lahn - Prof. Dr. Maier-Leibnitz, Stuttgart - Prof. Dr. G. Mall, Klingenmünster/Pfalz - Prof. Dr. Alfred von Martin, München - Prof. Karl Marx, Stuttgart - Prof. Hermann Mattern, Kassel - Prof. Dr. Dr. Ernst Meier, Haßfurt - Prof. Dr. Wolfgang Metzger, Münster - Prof. Dr. Edgar Mertner, Münster - Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Frankfurt - Prof. Hans Meyboden, Freiburg - Dr. Hans Meyers, Dozent, Darmstadt - Prof. Dr. Manfred Mezger, Berlin-Zehlendorf - Prof. Dr. Paul Mies, Köln - Prof. Siegfried Mitlacher, Berlin-Neukölln - Prof. E. Mitscherlich, Göttingen - Prof. Dr. Hans Möbius, Würzburg - Herbert Mochalski, Studentenpfarrer, Darmstadt - Dr. Volker Moericke, Dozent, Bonn - Prof. Dr. E. W. Mühlmann, Mainz - Prof. Dr. Ernst Müller, Würzburg - Prof. Müller-Hess, Berlin-Wilmersdorf - Prof. Müller-Linow, Darmstadt - Prof. Klaus Müller-Rehm, Berlin-Wilmersdorf - Arthur Münzer, Dozent, Karlsruhe - Prof. Dr. Wilhelm Nestle, Stuttgart - Prof. Dr. Hans Netzer, Kiel - Prof. D. D. Wilhelm Niesel, Schöller - D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident, Wiesbaden - Prof. Günter Niethammer, Bonn - Prof. Dr. Ulrich Noack, Würzburg - Prof. Fritz Nuss, Strümpfelbach/Rheinland - Siegfried Nürnberger, Intendant, Mainz - Prof. Dr. Felix Oberborbeck, Vechta - Prof. Dr. Erich Obst, Hannover - Prof. Dr. Ernst Ochs, Freiburg - Prof. Dr. G. Oehler, Düsseldorf - Prof. Dr. Paul Oestreich, Berlin-Zehlendorf - Karlludwig Opitz, Schriftsteller, Hamburg - Prof. Dr. Carl Orff, Dießen/Ammersee - Prof. Theo Ortner, Hamburg - Prof. Dr. Helmuth Osthoff, Frankfurt - Prof. Walter Pabst, Bonn - Prof. Otto Pankok, Düsseldorf - Prof. D. Rudolf Paulus, Kirchberg über Tübingen - Prof. Martha Peters, Frankfurt - Prof. Katharina Petersen, Ministerialrätin i. R., Hannover - Prof. Dr. Otto Pflugfelder, Stuttgart-Hohenheim - Prof. Dr. Heinz Pick, Stuttgart - Prof. Dr. Günther Pickert, Tübingen - Prof. Dr. Hermann Pixberg, Dortmund - Prof. Peter Poelzig, Duisburg - Prof. Dr. Wilhelm Polligkeit, Frankfurt - Prof. Dr. Hans Poser, Hannover - Prof. Mara Pringsheim-Duvé, München - Prof. Dr. Arnold Proebsting, Bad Godesberg - Prof. Dr. Hans Purrmann, Montagnola - Prof. Franz Radziwill, Nordseebad Dangast - Prof. Dr. Franz Rauhut, Würzburg - Ilse Rauscher, Lektorin, Germersheim - Heinz Hermann Reichenbach-Klinke, Dozent, München - Dr. Gerhard Rein-Vortisch, Dozent, Frankfurt - Prof. Dr. Ernst H. Reinau, Lörrach - Prof. Dr. Walter Rentschler, Stuttgart-Hohenheim - Dr. Hans Rehfisch, Schriftsteller, Ehrenpräsident d. Vereinigung

Deutscher Schriftstellerverbände, Hamburg - Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München - Prof. Dr. Leonhard Riedel, Karlsruhe - Werner Rieke, Dozent, Bremen - Heinrich Riemasch, Dozent, Idstein/Taunus - Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal - Prof. Dr. Peter Rietschel, Frankfurt - Prof. Ernst Röttger, Kassel - Prof. Dr. Karl Rode, Aachen - Irms Rohwer, Direktor der Schleswig-Holst. Musikakademie, Lübeck - Prof. Dr. Heinrich Roth, Frankfurt - Edel von Rothe, Primaballerina, Düsseldorf - Prof. Ilse Rother, Osnabrück - Prof. Franz Rotter, Cuxhaven - Ernst Rowohlt, Verleger, Hamburg - Dr. Ernst Rubo, Dozent, Butzbach - F. M. Saad, Dozent, Hamburg - Prof. Dr. K. Saller, München - Ernst von Salomon, Schriftsteller, Winsen/Luhe - Prof. Wolf Sand, Berlin-Nikolassee - Prof. Dr. Friedrich Sander, Bonn - Prof. Dr. E. Saur, Gießen - Prof. Dr. Hans Schäfer, Heidelberg - Prof. Dr. G. Schaltenbrand, Würzburg - Prof. Hermann Schardt, Essen - Ruth Schaumann, Schriftstellerin, München - Prof. Dr. Helmuth Scheibler, Berlin-Charlottenburg - Prof. Dr. Felix Scheidweiler, Köln - Prof. H. Scheuernstuhl, Hannover - Prof. Dr. Alexander Graf Schenck von Stauffenberg, München - Prof. K. H. Scheumann, Bonn - Prof. Dr. Leopold Schmetterer, Hamburg - Prof. Georg Schmid, München - Prof. Dr. Gerhard Schmid, Bensberg - Prof. Alfred Schmidt, Gräfelfing bei München - Prof. Dr. Hans Schmidt, Hoher List/Eifel - Prof. Dr. K. C. Schmidt, Bonn - Prof. Otto M. Schmitt, Nürnberg - Prof. Paul Schmitthenner, Kilchberg - Prof. D. Wilhelm Schneemelcher, Bonn - Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg - Prof. Dr. Karl Schneider, Münster - Prof. Dr. Eberhard Schomburg, Hannover - Prof. Hermann Schorer, Nürnberg - Prof. Hans Schreiber, Wuppertal - Prof. Dr. W. Schriel, Göttingen - Prof. Arnulf Schröder, München - Prof. Hermann Schück, Heidelberg - Prof. Levin L. Schücking, Farchant bei Garmisch - Prof. Dr. Ernst Schüz, Ludwigsburg - Prof. Dr. Friedrich Schuh, Erlangen - Prof. Dr. Max Schuler, Göttingen - Prof. Dr. Bernhard Schulz, Lüneburg - Paul Schurek, Schriftsteller, Hamburg - Georg Schwarz, Schriftsteller, München - Prof. Dr. Ilse Schwidetzki, Mainz - Prof. Dr. Hans Secker, Honnef - Prof. Dr. Michael Seidlmayer, Würzburg - Prof. Dr. Robert Seiler, Nürnberg - Prof. Dr. Friedrich Sengle, Marburg - Walter Siebert, Dozent, Berlin-Dahlem - Prof. Dr. Friedrich Siegert, Freiburg - Prof. Dr. Siegfried Skraup, Würzburg - Prof. Kurt Sohns, Hannover - Prof. Max Graf Solms, Marburg - Günther Spohn, Dozent, Wuppertal - Dr. Hans Stach, Dozent, Aachen - Prof. Dr. Curt Staff, Oberlandesgerichtspräsident, Frankfurt - Prof. Hermann Starke, Köln - Prof. Dr. H. Staudinger, Mannheim - Prof. Rudolf Steinbach, Aachen - Prof. Dr. Hans Steinbrecher, Hildesheim - Prof. Dr. Gerolf Steiner, Heidelberg - Prof. Dr. Herm. Stephanie, Marburg - Prof. Dr. Heinz Stolte, Hamburg - Prof. Dr. G. Strathmann, Erlangen - Dr. Erich Strauss, Dozent, Hannover - Prof. Dr. Viktor Struppler, München - Prof. Kurt Sydow, Osnabrück - Prof. Dr. Edgar Tatarin-Tarnheyden, Stuttgart - Prof. Dr. Kurt Trautwein, München - Olga Tschechowa, Schauspielerin, München - Luis Trenker, Regisseur, Bozen - Prof. Jürgen Uhde, Stuttgart - Fritz von Unruh, Schriftsteller, Diez/Lahn - Prof. Dr. K. H. Usener, Marburg - Dr. E. F. Vangerow, Dozent, Aachen - Prof. Theodor Veil, Ulm - Hans-Joachim Vetter, Dozent, Krefeld - Prof. Dr. Vielhauer, Bonn - Prof. H. Virl, München - Prof. Dr. H. Vogts, Unkel/Rhein - Prof. Dr. Otto Heinrich Volk, Würzburg - Prof. Wilhelm Wagenfeld, Stuttgart - Prof. Dr. Martin Wagenschein, Darmstadt - Prof. Dr. Hans Walther, Göttingen - Prof. Karl Hans Walter, Nürnberg - Prof. Dr. Dr. E. Wannenmacher, Münster - Prof. Hans Warnecke, Stuttgart - Werner Warsinsky, Schriftsteller, Lünen/W. - Prof. Dr. Alfred Weber, Heidelberg - Prof. R. Wefelmeyer, Wiesbaden - Prof. D. Dr. G. Wehrung, Tübingen - Prof. Kurt Wehlte, Stuttgart - Prof. Karl Wentz, Minden/W. - Prof. Dr. Paul Wentzke, Frankfurt - Prof. Dr. Alois Wenzl, München - Prof. Dr. Wepler, Kassel - Günther Weisenborn, Schriftsteller, Hamburg - Prof. Dr. Leo Weismantel, Jungenheim/Bergstr.

- Prof. Dr. Walter Weizel, Bonn - Prof. Dr. Paul Wichmann, Hamburg - Prof. Hermann Wilhelm, Nürnberg - Prof. Günther Wilhelm, Stuttgart - Prof. Dr. Folkert Wilken, Freiburg - Dr. Fritz Wippermann, Dozent, Offenbach - Prof. Herta Maria Witzemann, Stuttgart - Prof. Dr. Karl Wörle, Ansbach - Dr. K. E. Wohlfahrt-Bottermann, Dozent, Bonn - Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen - Prof. Karl Wollermann, Braunschweig - Prof. Bernhard Wosien, Nürnberg - Prof. Dr. Georg Wünsch, Marburg - Prof. Ernst Zinsser, Hannover - Prof. Dr. Konrad Zoller, Stuttgart. —

Außerhalb dieser Liste (man ist versucht, sie den Grundstock zu einem „Handbuch der deutschen Intelligenz" zu nennen) — in verschiedenen Zusammenhängen genannt — werden unter zahlreichen anderen noch die folgenden Persönlichkeiten und Vereinigungen von den „Freiheitsrettern" „zum Abschuß freigegeben":

Die Politiker Arno Behrisch, MdB, Helmut Kalbitzer, MdB, Herbert Wehner, MdB, Helene Wessel, MdB; Karl Graf von Westphalen; die Professoren Nikolaus Koch (Dortmund), Linus Pauling, Nobelpreisträger, Schottlaender (Berlin);

die Geistlichen Heintzeler, Stuttgart, Oberkirchenrat D. Kloppenburg, Pfarrer Johannes Oberhoff, Bremen, Dr. Herbert Werner, Stuttgart;

die Schriftsteller Stefan Andres, Heinrich Böll, Erich Kuby, Hans Werner Richter, Johannes Weidenheim;

die Publizisten und Redakteure Walter von Cube, Walter Dirks, Dieter Großherr, Walter Maria Guggenheimer, Jesco von Puttkamer, Kurt Pringsheim, Hermann Rauschning, Carl August Weber;

die Publikationen „Frankfurter Rundschau", „Süddeutsche Zeitung", „Vorwärts", die „Blätter für deutsche und internationale Politik" und die Studentenzeitungen „konkret" und „argument"; unter den zahlreichen Organisationen, die den „Freiheitsrettern" Sorge bereiten, rangiert der „Verband deutscher Studenten" mit an vorderster Stelle, aber auch der „Bund der deutschen katholischen Jugend" erscheint ihnen nicht mehr koscher.

Die ganze Kampagne, von der sich die scharf antikommunistische SPD bezeichnenderweise distanziert hat, hängt nur allzu offenkundig mit den Bestrebungen der Bundesregierung zusammen, Hindernisse, die sich ihrer Atomrüstungspolitik in den Weg stellen, ohne Wahl der Mittel niederzureißen. In Sonderheit sollen mit dieser Attacke die Einwände und Forderungen zum Verstummen gebracht werden, die aus einsichtigen Kreisen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Gläubigen beider Kirchen und von sachkundigen Militärs nachdrücklich erhoben werden. Hier wird versucht, die Aussagen maßgeblicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dadurch zu entwerten, daß man sie als Marionetten des Kommunismus hinstellt und ihnen somit die Fähigkeit zu selbständigem politischen Urteil abspricht. Doch ist es ein Irrtum, wenn man glaubt, in Abwandlung des Wortes von den ‚Dummköpfen und Verrätern' Frauen und Männer schrecken zu können, die in aller Klarheit die durch die Atomaufrüstung heraufbeschworene Existenzbedrohung unseres Volkes erkannt haben, die das Außerordentliche dieser Situation bewegt und die deshalb auch zu außerordentlichem Eintreten für Demokratie und Sicherheit entschlossen sind.

Der Tatbestand liegt klar auf der Hand: Das Rotbuch will nicht zur Klärung politischer Meinungsverschiedenheiten beitragen, sondern alle diejenigen ächten, die sich in Pflicht genommen wissen vom unwiderlegbaren Gebot, daß Politik heute nur noch sinnvoll ist, wenn sie vom Frieden als Axiom ausgeht. Wenn es über das Rotbuch hinaus noch eines weiteren Beweises für die Militanz des „Komitees" bedurft hätte — im Falle jener Heidelberger Professoren,

die in Leipzig (selbstverständlich nicht marxistische) Fachvorlesungen hielten, wurde er geliefert: auch für sie hatte das „Komitee" nur Schmähworte übrig (womit es sich besonders kraß als antidemokratisch zu erkennen gab).

Die beste Verteidigung aller dieser Männer und Frauen wird die geschichtliche Entwicklung sein. Sie brauchen das Urteil der Zukunft nicht zu fürchten. Wir können es uns hier deshalb ersparen, ihre sittlichen und politischen Beweggründe noch einmal ausführlich darzulegen. Doch sei auf einen anderen Aufsatz in der gleichen Nummer dieser Zeitschrift hingewiesen: Gerhard Gollwitzer, „Die Selbstentblößung der ‚Moralischen Aufrüstung'"; vor allem die dort zitierten Worte eines Nehru, eines Gebser, Hermann Rauschnings und Präsident Eisenhowers sollten auch dem letzten Zweifler klarmachen, daß wir es nicht mit einer „Verschwörung gegen die Freiheit", sondern mit einer Verschwörung gegen den Frieden zu tun haben, der — als Voraussetzung zu jener — höher stehen muß als sie.

Im Mittelpunkt: die Intelligenz

Was im Rotbuch an Aufhellung wirklicher kommunistischer Subversion enthalten sein mag (was aber auch erst dann ins rechte Lot käme, wenn es zur erheblich gefährlicheren neonazistischen Subversion in Parallele gebracht würde), dient nur dazu, den Hauptzweck zu verbrämen: die Gegner der — ohnehin schon gescheiterten — „Politik der Stärke" und der Atomrüstung mit Tiefschlägen k. o. zu setzen. Noch mehr: damit, daß die stark zunehmenden bürgerlichen Oppositionskräfte mit den Kommunisten in einem Atem genannt, in eine Front gestellt und als auf das gleiche politische Ziel hin wirkend abgestempelt werden, soll ihre Diffamierung die letzte Würze erhalten und das Gewicht eines Scherbengerichts annehmen.

Einem derart niederträchtigen Anliegen kann nur eine Methode gerecht werden: die jammervolle, nur geistigen Rowdies angemessene Reduzierung unserer vielschichtigen inneren Verhältnisse auf die brutale Formel: Wer nicht bedingungslos Ja schreit zur Politik unserer gegenwärtigen Regierung, ist entweder jetzt schon ein Handlanger Moskaus, oder er läuft Gefahr, es morgen zu werden. Diffizilere Formulierungen dessen, um was es diesen traurigen „Freiheitsrettern" letzten Endes geht, sind hier nicht am Platze; man muß sie als das entlarven, was sie sind: Söldlinge der Regierungspartei.

Ein führendes Mitglieder dieser Partei (Innenminister Schröder) hat einmal in einem ähnlichen Zusammenhang verächtlich von der „sogenannten Intelligenz" gesprochen — und auch unseren „Freiheitsrettern" bereitet die Intelligenz (hier „die Intellektuellen" genannt) den größten Kummer. Im innersten Zielfeld der Kampagne stehen die Intellektuellen; an den Intellektuellen lassen die „Freiheitsretter" ihre ganze Wut aus; an ihrer Behandlung der Intellektuellen geben sie sich aber auch in besonderem Maße als zähe, mehr oder weniger stille Anhänger jener Zeit zu erkennen, als das Wort „Intellektueller" in Deutschland ein Schimpf- und Schmähwort war: auch sie wollen es wieder zu einem solchen machen. Wenn sie schreiben: „Die ‚Front der Intellektuellen' erweist sich gegenüber der kommunistischen Infiltration als in hohem Maße anfällig", dann gibt es kaum noch einen Zweifel über ihren Standort: sie wollen ein Deutschland, in dem die Intellektuellen das Maul zu halten haben — genau wie im Dritten Reich.

Welche Art von Ressentiment dabei in ihnen lodert, erweist sich beispielsweise an ihrer Sicht der Verhältnisse in unserer Presse: „Die Lizenzierung der Presseorgane z. B. im süddeutschen Raum", heißt es auf Seite 39, „erfolgte 1945 durch Beauftragte der amerikanischen Militärregierung, die sich aus den linksgerichteten Kreisen um den amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau jun.

rekrutierten oder ihnen nahestanden. Die Folge war, daß hauptsächlich jene deutschen Verleger und Chefredakteure Lizenzen erhielten, die nachweisen konnten, daß sie links standen."

Abgesehen davon, daß das einfach nicht stimmt: Nun wissen wir also, warum die „kommunistische Infiltration" solche Fortschritte gemacht hat und weiterhin macht: weil unsere ahnungslosen Besatzungsmächte nach der totalen Niederlage, die Hitlers totaler Krieg unserem Volk eingebrockt hatte, die links-, anstatt die rechts stehenden „Verleger und Chefredakteure" an den Drücker ließen! Hätten die Alliierten statt dessen diese Posten gleich mit bewährten Männern aus der Reichspresse- und Reichsschrifttumskammer besetzt, stünde es heute besser um unsere Freiheit! Was wäre uns an „intellektueller Zersetzung" nicht alles erspart geblieben, wenn man zum Beispiel den Redakteur des Rotbuchs an die Spitze der „Süddeutschen Zeitung" gesetzt hätte!

Der nächste Absatz wird dann womöglich noch deutlicher: „Die maßgebende Schicht des deutschen Journalismus nach 1945 setzte sich hauptsächlich aus Personen zusammen, die entweder im Westen oder im Osten in der alliierten Propaganda (Unterstreichung im Original, d. V.) tätig gewesen wären . . ."

Mit anderen Worten: Aus Vaterlandsverrätern. Aus ehrvergessenen Lumpen (mit anderen Worten: aus „Intellektuellen"), die es gewagt hatten, aus der Emigration (ob sie in diese wohl mutwillig gegangen waren?) das deutsche Volk über die wahre Größe seines Führers aufzuklären. Hätten die saublöden Alliierten statt dessen . . . (siehe oben).

Diese schamlosen Stellen finden wir unter der Überschrift: „Antifa-Propagandisten in Schlüsselstellungen". Freilich: „Fa"-Propagandisten wären besser gewesen. Nun, was nicht ist, kann ja noch werden.

Natürlich sind das bei weitem nicht die einzigen Worte, die nur darauf ausgehen, anfällige Landsleute davon zu überzeugen, daß unser Geistesleben der Entartung preisgegeben ist, seit die „Völkischen" nicht mehr am Schaltwerk sitzen. Dabei wird hier ein besonders durchsichtiger Trick in Anwendung gebracht: man bringt die Verkrampfungen, Geschmacklosigkeiten, Schwächen, Entgleisungen unserer Literatur, Journalistik, Kunst und so weiter weder mit der Impotenz des Spätbürgertums noch mit dem alles korrumpierenden Profit-Evangelium in Zusammenhang, sondern schiebt sie kurzerhand ebenfalls der „kommunistischen Infiltration" in die Schuhe. Die Kommunisten sind eben nicht nur die Urheber der jüngsten antisemitischen Exzesse gewesen, sondern sie haben sich auch die abstrakte Malerei und das ganze Zeugs da, das sich „moderne Kunst" nennt, ausgedacht, um es uns als „Kulturbolschewismus" unter die Haut zu spritzen, damit wir kirre werden und unsere Freiheit nicht länger verteidigen wollen.

Wer das Rotbuch „Verschwörung gegen die Freiheit" bis zur Hälfte gelesen hat, würde sich nicht mehr wundern, wenn dann plötzlich da stünde: Auch auf Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ist in Zukunft besser aufzupassen, denn auch seine Marktwirtschaft ist letzten Endes eine raffinierte kommunistische Infiltration — zu dem Zweck, unsere Menschen mit Wohlstand zu benebeln und so ihre Kampfmoral zu untergraben, — oder wenn es hieße, ein Theodor Oberländer sei im Grunde von den Atomgegnern und Antifaschisten in die Regierung eingeschmuggelt worden, um diese zu korrumpieren.

Die Tatsache, daß „zahllose" Intellektuelle „immer wieder" ihre Namen auf Unterschriftenlisten gegen die Atomrüstung, für Verhandlungen usw. setzen, finden die „Freiheitsretter" „bestürzend". Meinen denn alle diese verstockten, reuelosen, unbußfertigen ewigen Krieger, die von Deutschlands Schuld nichts mehr hören wollen, die deutsche Intelligenz müsse sich nach den bitteren politischen

Erfahrungen eines ganzen Jahrhunderts trotz allem auch jetzt wieder stumm verhalten, obwohl die Dinge soweit gediehen sind, daß man geradezu Wetten darüber abschließen könnte, daß die Atomrüstungs-Politik (und mit ihr die Politik Konrad Adenauers) entweder geändert werden oder zur Katastrophe führen muß? Hatten sie gedacht, wir würden e w i g schweigen? Die Zeit des Elfenbeinturms, ihr Herren, ist vorbei, für immer. Es gibt, Gott sei Dank, Männer und Frauen bei uns genug, und es wird immer mehr geben, denen es allmählich sehr viel ausmacht, daß es im letzten halben Jahrhundert unter zentraler Beteiligung Deutschlands zwei W e l t k r i e g e gegeben hat und womöglich wegen Deutschlands noch einen dritten geben soll! Sie alle „kommunistisch infiltriert" zu nennen, ist nicht nur Betrug am Volk, sondern auch vergeblich: Was nicht stimmt, wird dadurch nicht wahrer, daß eine Clique von übriggebliebenen Nazis und Nutznießern des Kalten Krieges es immer wieder und immer hemmungsloser behauptet.

Nach Ansicht des „Komitees" stecken „die Kommunisten" aber nicht nur hinter allen diesen Resolutionen, sondern auch hinter dem Gegenteil: Daß nicht längst noch weit mehr Unterschriften gegen die Atomrüstung usw. zustandegekommen sind, liegt nicht, wie wir immer geglaubt haben, daran, daß viele Intellektuelle immer noch zögern oder gar meinen, die Bonner Politik sei wohl doch das Richtige, sondern daran, daß der Mann im ZK der SED, der alle diese Dinge lenkt, zuweilen, wie das bei uns Deutschen nun einmal so ist, mit anderen Abteilungsleitern Kompetenzstreitigkeiten hat (denn schließlich will jeder mal infiltrieren), und „das führt immer wieder zu Auseinandersetzungen, die sehr oft nur durch die Parteikontrollkommission beigelegt werden können. Dieser Umstand trägt viel dazu bei, daß die ‚Kulturarbeit' in der Bundesrepublik in vielen Fällen nicht so erfolgreich ist, wie sie es nach ihrer organisatorischen Anlage und der Naivität westdeutscher Intellektueller sein könnte."

Hier wird, wie man sieht, das durchaus ernst gemeinte Rotbuch zur psychopathischen Medisance. Hier sind nicht mehr klar denkende Gegner am Werk, kritisch analysierende und scharf, aber vernünftig urteilende Köpfe, sondern Sektierer, Nachtwandler. Sie hören die Flöhe husten und das Gras wachsen, und wo immer sich was immer regt, zucken sie zusammen: Hat es da nicht eben wieder infiltriert? Martialisch erheben sie ihre Stimmen — und machen sich letzten Endes doch nur lächerlich. Ihre rein allergische Reaktion auf das Wort „Kommunismus" ist kindisch. Sie leiden am Kommunisten-Komplex; das geht so weit, daß ihre Ablehnung des Koexistenz-Gedankens sich auch auf kulturelle, sportliche, ja sogar touristische Kontakte erstreckt. Wenn es nach ihnen ginge, wäre unsere Pflicht dies:

Sich abriegeln, einigeln, keine Entwicklung im Osten zur Kenntnis nehmen, rüsten, stark und immer stärker machen, zusehen, ob der Kommunismus nicht vielleicht doch von selbst zusammenbricht, und tut er das nicht: Losschlagen!

Während alle Welt sich Gedanken darüber macht, wie man es einrichten soll, daß man mit „den Kommunisten" zusammenleben kann (weil man das muß), verlangen sie von der Bevölkerung unseres Landes, sie solle sich zusammenschließen zu einem Chor, der wie e i n Mann die Hemisphäre erfüllt mit dem Gezeter: „Nein!!!" — so lange, bis uns selber das Trommelfell davon platzt!

Hierzu sagen nun w i r : Nein! Und mit uns Millionen in aller Welt. E i s e n h o w e r , M c M i l l a n , N e h r u oder auch ein K r u p p : alle diese markanten Vertreter des Gedankens der Koexistenz, der Entspannung, der Abrüstung, des friedlichen Wettbewerbs und der Einsicht, daß Koexistenz die einzige Alternative zum Krieg geworden ist —: sie alle bestärken uns nicht nur in unserer Überzeugung, auf dem rechten Weg zu sein, sondern bestätigen uns auch unsere täglich wachsende Majorität.

Hingegen wird die Basis der Kalten Krieger schmaler von Tag zu Tag. Das ist — solange wir unsere Demokratie bewahren können — nicht anders möglich, wenn man näher hinsieht, welche Freiheit unsere „Freiheitsretter" offenbar meinen: „ ... nur ihre eigene" („Die Zeit", Hamburg). So wird die Entwicklung allmählich über sie hinweg zur Tagesordnung schreiten — mit jenem Kopfschütteln, das der „Vorwärts" am 1. April von sich gab: „Panoptikum, Panoptikum!"

Kurt Hirsch

Kabale und Haß in Schleswig-Holstein

„Der Fürst sprach vom Geheimenrat — Gesandtschaften — außerordentlichen Gnaden. Eine herrliche Aussicht dehnt sich vor dir. — Die ebene Straße zunächst nach dem Throne — zum Throne selbst ..."

Friedrich von Schiller
„Kabale und Liebe"

„... läßt erkennen, daß der Benjamin unter den westdeutschen Regierungschefs in den vergangenen zehn Jahren seinem Parteivorsitzenden Adenauer an politischer Aktivität in nichts nachstand. Genau wie der Kanzler hat auch Hassel seit seinem Eintritt in die politische Arena kaum eine Gelegenheit ausgelassen, zu allgemein interessierenden und politisch aktuellen Fragen Stellung zu nehmen."

„Süddeutsche Zeitung"
vom 5. 3. 1960

Nach Ansicht aller ernst zu nehmenden Pädagogen und Psychologen kann man lausbubenhafte Ausschreitungen und kriminelle Handlungen von Halbwüchsigen — oder, um ein Modewort zu gebrauchen — von Halbstarken nur dann be- oder verurteilen, wenn man die Kinderstube, d. h., das Milieu und die Umstände berücksichtigt, in denen sie aufgewachsen sind, und die schlechten Einflüsse in Betracht zieht, denen sie in ihrer Kindheit ausgesetzt waren. Sorgfältige Statistiken haben ergeben, daß in den meisten Fällen direkte oder indirekte Kriegs- und Nachkriegserscheinungen als Anlaß der Halbstarken-Kriminalität zu gelten haben.

Warum sollte man nicht auch bei politisch Halbstarken den verständnisvollen Weg der Erforschung des Milieus, d. h., in diesem Falle der politischen Landschaft Schleswig-Holsteins, beschreiten?

Das vor 1933 zu Preußen gehörende und heute das Land Schleswig-Holstein bildende Gebiet zählte schon in der Zeit der Weimarer Republik zu den Hochburgen der NSDAP. Der Durchschnitt der rechtsradikalen Stimmen lag seit den zweiten Wahlen im Jahre 1924 immer um einige Prozent höher als im Reichsdurchschnitt.

Im Jahre 1945 befand sich in Schleswig-Holstein eine große Anzahl noch nicht aufgelöster Wehrmachtslazarette. Die Soldaten verblieben nach der Kapitulation, oft unter kümmerlichen Lebensbedingungen, im Lande. Zu ihnen gesellte sich noch eine große Anzahl von Flüchtlingen, die bestrebt waren, im Osten der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu entgehen und im Westen die Gefangenschaft der Alliierten so lange zu vermeiden, wie dies möglich war. Mit Hilfe dieser wirtschaftlich entwurzelten und politisch nach wie vor nationalsozialistisch orientierten Kreise gelang es in dem in diesem Bundesland gegründeten „Block der

Heimatvertriebenen und Entrechteten BHE" — einer Partei der skrupellosen und demagogischen Rechtsfahrer — bei den Landtagswahlen am 9. Juli 1950 306 800 Wähler und damit 23,4 % der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen und mit 15 Abgeordneten in den Landtag einzuziehen. Auf Grund dieser Stärke stellte der BHE in dem damaligen, unter Führung des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Bartram stehenden Kabinetts, u. a. den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister. Es war dies der ehemalige SS-Hauptsturmführer Waldemar Kraft.

Die nach der Landtagswahl des Juli 1950 zustande gekommene Regierungskoalition der Bürgerblockparteien ist deshalb bemerkenswert, weil der BHE den Wahlkampf gegen die Politik der Bonner Bundesregierung geführt und gewonnen hatte, und weil es:

„in Schleswig-Holstein wiederum den vereinten Kräften der bürgerlichen Parteien und der Flüchtlingspartei BHE gelang, die Sozialdemokraten aus der Landesregierung zu verjagen, worüber Adenauer, des Stimmenverhältnisses im Bonner Bundesrat wegen, sehr erfreut war." (Nr. 1)

Es ist für die Erforschung der politischen Kinderstube von Hassel's wichtig, festzustellen, daß die CDU dieses Bundeslandes schon im Jahre 1950 bezüglich ihrer Bündnispolitik mit rechtsradikalen Kreisen sich nicht als besonders zimperlich erwies.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter ging auf Grund der gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit reibungslos vor sich. Dr. Bartram war ebenfalls Mitglied der NSDAP gewesen. Mit der den meisten schleswig-holsteinischen CDU-Politikern bezüglich rechtsradikalen Angelegenheiten eigenen Unbekümmertheit begründete Dr. Bartram — ein Parteifreund und Vorgänger von Hassels — in einem der „New York Times" gewährten Interview die Notwendigkeit seines Beitritts zur NSDAP und brachte damit zum Ausdruck, wie wenig er als führender CDU-Politiker bereit ist, aus den Fehlern und seiner Mitverantwortung für das Geschehene die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Er erklärte, daß

„es während der elfjährigen Naziherrschaft bloß eine Partei gegeben hat und es sehr schwer gewesen ist, abseits zu stehen. Im Krieg war die Zugehörigkeit zu ihr eine Frage der Vaterlandsliebe und des Kampfes fürs Vaterland." (Nr. 2)

Selbstverständlich war die unter der Führung zweier nicht dazugelernt habender ehemaliger Nationalsozialisten stehende Landesregierung bestrebt, ehemalige Gesinnungsfreunde wieder in Amt und Würden zu bringen. So wurde — um nur ein Beispiel zu nennen — von der Regierung Bartram am 1. November 1950 Dr. Max Timm zum Regierungsdirektor im Arbeitsministerium ernannt. Loyalerweise muß vorausgeschickt werden, daß der Genannte, was die Arbeitsvermittlung und den Arbeitseinsatz betrifft, über mannigfaltige Erfahrungen verfügte. Dr. Timm, der selbstverständlich Mitglied der NSDAP und SA war — dies schien beinahe als Voraussetzung für den höheren Dienst in Schleswig-Holstein angesehen zu werden — bekleidete im Dritten Reich im Reichsarbeitsministerium die Stelle des Leiters der berüchtigten Abteilung für Arbeitseinsatz, deren Chef, Gauleiter Fritz Sauckel, in Nürnberg zum Tode verurteilt worden war. Dieser Abteilung oblag die Verschleppung von Millionen Ausländern nach Deutschland, von denen Zehntausende in den Konzentrationslagern umgekommen sind. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und dessen französische Bruderorganisation „Force Ouvrière" hatten gegen die Berufung Dr. Timms protestiert, aber die Regierung Bartram-Kraft war nicht gewillt, sich durch irgendwelche Proteste von ihrem rechtsorientierten, restaurativen Weg abbringen zu lassen. Zu diesem restaura-

tiven Weg gehörte es auch, daß sich die CDU — in der Herr von Hassel schon damals eine nicht unbedeutende Rolle spielte — immer wieder mit rechtsradikalen Gruppen und Parteien verbündete, um mit diesen gemeinsam die SPD zu bekämpfen. So schloß die CDU im Mai 1951 anläßlich der Gemeindewahlen in den Städten Kiel, Husum und Einfeld Wahlbündnisse mit der unter der Führung Hedlers stehenden Deutschen Reichs-Partei. In Lübeck ging die CDU ein Wahlbündnis mit der SRP Remers ein. Selbst als die Parteifreunde von Hassels und Bartrams in Bonn schon beim Verfassungsgericht Klage gegen die neonazistische „Sozialistische Reichs-Partei" eingereicht hatten, sah sich die Schleswig-Holsteinische CDU nicht in der Lage, ihre politischen Intimitäten — von einem Flirt kann man hier gar nicht mehr sprechen — mit dieser eindeutig rechtsradikalen Partei aufzugeben. Dieser politisch bunt gebräunten Liste hatte sich des weiteren der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband, ein Verband der Kriegsbeschädigten, die Haus- und Grundbesitzervereine und schließlich der Stahlhelm mit Frauenbund Königin Luise angeschlossen. Eine der Bundesregierung durchaus positiv gegenüberstehende Zeitschrift schrieb über die Situation in Schleswig-Holstein:

„Der ‚Deutsche Block' (Meißner, Richard Etzel, Martin) dehnte sich von Bayern nach Hamburg und Schleswig-Holstein aus und hat in Lübeck einen Wahlerfolg, zu dem sogar die CDU beitrug. Er arbeitet mit einem Saalschutz in schwarzen Hosen und erstrebt den parteilosen Volksstaat. Die Sprache ist rein nationalsozialistisch. Beziehungen bestehen zum BHE, aus dem Martin kam, und zu den Soldatenbünden...

Schließlich ein Wort über die Unterminierung der größeren Parteien. Davon ist nicht einmal die CDU ganz frei, besonders in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo sie Bündnisse mit der SRP, dem Deutschen Block etc. nicht verschmähte. In Schleswig-Holstein machte der Ministerpräsident der Massenstimmung Konzessionen in der Auswahl der Mitarbeiter." (Nr. 3)

Die Kampfparole der Justiz in Schleswig-Holstein: Sozialdemokraten raus!

„Dr. Kurt Schumacher erklärte, das Urteil von Neumünster sei ein Fanal für die deutsche Öffentlichkeit und die Welt. Nach 1945 seien in Deutschland zwar schon ähnliche Urteile gefällt worden ... doch habe das Urteil von Neumünster das deutsche Volk in seiner Gesamtheit endlich hellhörig gemacht ... daß die Justiz bereits in der Weimarer Republik zu einem Teil mitverantwortlich für die Zerstörung des Staates gewesen sei. Hedler, der als Erbschleicher der Demokratie bezeichnet werden müsse, stamme aus deutschnationalen Kreisen, genau wie seine Richter, denn auch Landgerichtsrat Paulick habe früher der Deutschnationalen Partei angehört ...

... daß es nicht dazu kommen dürfe, daß im Nachkriegsdeutschland dasselbe Justiztheater wie bei dem Ebert-Prozeß in Magdeburg durchgeführt werde. Es sei unmöglich, daß die Assistenten des Nazismus heute wieder in der Justiz tätig seien. Man müsse für diese Entwicklung zu einem großen Teil die Besatzungsmächte verantwortlich machen, die 1945 die belasteten Richter wieder in ihre Positionen eingesetzt hätten." (Nr. 4)

Bei der Betrachtung des in Schleswig-Holstein herrschenden politischen Klimas kann man die verschiedenen Behörden und vor allem die Justiz nicht außer acht lassen.

Am 31. Januar 1950 begann in Neumünster der Prozeß gegen Wolfgang Hedler. Der staatsanwaltschaftlichen Anklage hatten sich 17 der angegriffenen Persönlichkeiten, darunter Dr. Kurt Schumacher und der Sohn des nach dem 20. Juli hingerichteten Leipziger Oberbürgermeisters Goerdeler, angeschlossen. Den Vorsitz führte der Präsident der Strafkammer IV, Landgerichtsrat Dr. Paulick. Von den drei Richtern, aus denen sich das Kollegium zusammensetzte, waren zwei frühere Parteigenossen Hedlers in der NSDAP gewesen. Der Hauptbelastungszeuge, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fischer, wurde vom Gericht als befangen abgelehnt. Als Entlastungszeugen fungierten die Partei-

freunde Hedlers. Der Staatsanwalt beantragte, „wegen erwiesener Schuld in vier Anklagepunkten" Hedler zu zehn Monaten Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht, in dem die NSDAP-Mitglieder über die Mehrheit verfügten, sprach Hedler „aus Mangel an Beweisen" frei. Gegen diesen Freispruch kam es in allen Städten der Bundesrepublik zu Demonstrationen und Protestaktionen. Dr. Kurt Schumacher gab im Anschluß an diese Verhandlung, die einer Rehabilitierung des Dritten Reiches gleichkam, die oben zitierte Erklärung ab.

Doch gibt es im Sinne der unverbesserlichen Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein nicht nur einen so „guten" Richter wie Dr. Paulick in Neumünster, sondern es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daran zu erinnern, wieviele Richter, die im Namen des Unrechtsstaates nationalsozialistisches Recht sprachen und Schreckensurteile verkündeten, sich heute wieder in Amt und Würden befinden:

F l e n s b u r g :
Dr. R o g g e , Landesgerichtsrat und Richter am Sondergericht in Kiel;
H e u t e : Landgerichtsdirektor in Flensburg;
J a a g e r , Staatsanwalt am Sondergericht und Ankläger am Volksgerichtshof in Wien;
H e u t e : Staatsanwalt in Flensburg;
K i e l :
Dr. H ü c k s t ä d t , Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Landgerichtsdirektor in Kiel;
M e y n e n , Landesgerichtsrat beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Oberlandesgerichtsrat in Kiel;
P i n g e l , Staatsanwalt beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Staatsanwalt beim Oberlandesgericht in Kiel;
Dr. R e h b o c k , Kammergerichtsrat und Richter beim Sondergericht Berlin;
H e u t e : Landgerichtsdirektor in Kiel;
F ü r s e n , Amtsgerichtsrat und Ankläger beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Landgerichtsdirektor in Kiel;
L a n g e n b u s c h , Staatsanwalt beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Staatsanwalt in Kiel;
L ü b e c k :
G r u h l , Amtsgerichtsrat beim Sondergericht in Kiel;
H e u t e : Amtsgerichtsrat in Lübeck;
S c h l e s w i g :
Dr. K o r n h u b e r , Landesgerichtsdirektor beim Sondergericht Königsberg;
H e u t e : Oberlandesgerichtsrat in Schleswig;
T h o m s e n , Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Oberlandesgerichtsrat in Schleswig;
B a d S e g e b e r g :
Dr. M ü n t i n g a , Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Kiel;
H e u t e : Oberamtsrichter in Bad Segeberg.

Wir wollen die Möglichkeit, daß einer oder der andere Richter bestrebt war, sich im Rahmen der nationalsozialistischen Gesetzgebung anständig zu verhalten und die Gesetze zugunsten der Angeklagten auszulegen, durchaus nicht ausschließen. Aber gerade im Interesse dieser Richter und im Interesse der gesamten bundesdeutschen Justiz wäre es notwendig, sich die hierfür notwendigen Unterlagen zu beschaffen und dies zu untersuchen. Zum Unterschied von anderen Bundesländern ist dies bis heute in Schleswig-Holstein nicht geschehen.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht dem nationalsozialistischen Polizeirat A n t o n 8400 DM für

bei den „Kapitulationswirren" verlorenen Hausrat zusprach? Ursprünglich hatte Anton 18 000 DM gefordert, weil ihm bei der Beschlagnahme seiner Wohnung Einrichtungsgegenstände für diese Summe abhandengekommen seien. 1942 war er ausgebombt worden, aber drei Jahre später hatte er bereits wieder so wertvollen Hausrat angesammelt. — „In unserer Position war es ein Leichtes" (Nr. 5) erklärte Frau Anton.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß die VIII. Spruchkammer des Oberversicherungsamtes Schleswig im Juni 1953 der Witwe des Massenmörders Heydrich eine Witwen- und Waisenrente rückwirkend ab 1. Dezember 1950 des Bundesversorgungsgesetzes zusprach, da das Attentat als „unmittelbare Kriegseinwirkung im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes anzusehen sei". In der Berufungsverhandlung im August 1958 wurde dieses Urteil von dem Landessozialgericht, dem Dr. Buresch vorsteht — einer der Mitwisser der Identität Dr. Sawades — bestätigt und zwar mit der Begründung, „Heydrich sei in Erfüllung seiner soldatischen Pflicht gefallen". So erhielt Frau Heydrich rund 1000 DM monatlich ausbezahlt.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß die Strafkammer in Flensburg eine gerichtliche Voruntersuchung gegen den NS-Staatssekretär und ehemaligen Geschäftsführenden Reichsjustizminister, Professor Schlegelberger, abgelehnt hatte und dies mit der Begründung, „daß Schlegelberger bereits im Nürnberger Juristenprozeß 1946 wegen der gleichen Beschuldigung verurteilt worden sei" (Nr. 6). Der Genannte bezieht seit 1950 — dem Zeitpunkt der vorzeitigen Entlassung aus der Haft — über das Pensionsamt der Kieler Landesregierung eine monatliche Pension von 2894,08 DM, d. h., er erhielt allein bis April 1959 rund 200 000 DM ausbezahlt.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß der ehemalige Oberreichsanwalt beim Volksgericht, Dr. Ernst Lautz, nach seiner frühzeitigen Entlassung aus der Haft bis Dezember 1952 bereitwilligst sein „Ruhegeld als Generalstaatsanwalt" in der Höhe von 1496 DM ausbezahlt erhielt? Schweren Herzens entschlossen sich die Behörden von Schleswig-Holstein Ende des Jahres 1952, nach den Bestimmungen des 131er Gesetzes, die Pension auf „nur" 1048 DM zu reduzieren. Erst im April 1958 konnte sich die Bundesdisziplinarkammer entschließen, das Ruhegeld, das Herr Lautz bezogen hatte und das über 150 000 DM betrug, auf „eine monatliche Unterhaltsbeihilfe von 786 DM" herabzusetzen. Damit hatte ihm die Kammer alle Beamtenrechte aberkannt. Da Lautz jedoch dagegen Berufung einlegte, bezahlte ihm inzwischen das Pensionsamt Kiel bereitwilligst seine Pension als Generalstaatsanwalt in der schon erwähnten Höhe von 1048 DM weiter.

Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, daß sich bei den maßgebenden Männern der Justizverwaltung in Schleswig-Holstein die Kampfparole: „Sozialdemokraten? — raus" größter Beliebtheit erfreut. Unter diesem Titel setzte sich der SPD-Pressedienst mit den Verhältnissen in diesem Lande auseinander und schrieb u. a.:

„Die in leichtfertigster Weise heraufbeschworene Justizkrise in Schleswig-Holstein ist noch nicht beigelegt. Im Gegenteil! Nach ihrer parlamentarischen, für die Verantwortlichen höchst peinlichen Behandlung im Kieler Landtag wird sie als zersetzendes Geschwür am deutschen Justizkörper weiterwuchern. Die Schlußsitzung des im Juli 1950 gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtags hat zwar die wirklichen Gründe für ihr Entstehen bloßgelegt, aber sie sind nicht beseitigt worden. Durch die politisch bestimmten, willkürlichen Eingriffe bei höchsten Organen der Rechtspflege wurde nicht nur die deutsche Justiz in eine schwere Krise gestürzt. Darüber hinaus ist die eigentliche Ursache des ganzen Vorganges dazu angetan, das ganze Gefüge der heutigen Bundesrepublik ernstlich zu ge-

fährden. Denn gleichermaßen die deutsche Sozialdemokratie wie alle Anhänger der rechtsstaatlichen Demokratie haben sich nunmehr mit den Konsequenzen jener in Schleswig-Holstein brutal durchexerzierten Formel „Sozialdemokraten oder ihre Wähler sind in Staatsstellungen von besonderer Wichtigkeit unerwünscht!" auseinanderzusetzen.

Es steht fest, daß ein der CDU nicht beigetretener Generalstaatsanwalt, der jedoch nie anderweitig parteipolitisch hervorgetreten ist und der allein nur weiß, ob er der SPD in der einsamen Wahlkabine seine Stimme gegeben hat, einfach nicht in die politische Landschaft, wie sie sich ein CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident namens L ü b k e vorstellt, hineinpaßt.

Obgleich „der bisherige Generalstaatsanwalt sich bei vielen von uns einer großen Wertschätzung erfreute" (so der CDU-Abgeordnete Rechtsanwalt S c h o o f), obgleich dieser Dr. M a n n z e n als besonders qualifizierter Jurist wie untadeliger Mensch überall, wo man ihn kennt, unumstritten ist, mußte er einem parteipolitisch profilierteren, zu Lübke in engster politischer und persönlicher Beziehung stehenden Beamten weichen. Ausgerechnet dieser Dr. V o s s hatte in einer zurückliegenden Unterredung mit dem zuständigen Minister S c h ä f e r erklärt, sein Generalstaatsanwalt Dr. Mannzen könne sich nicht durchsetzen. Er sei den Oberstaatsanwälten gegenüber „zu weich". Aber er, Voss, als der von Lübke seit langem „designierte" Nachfolger, werde schon „die neue Form einer strafferen Zusammenarbeit" schaffen. Nur müsse gleichzeitig noch eine andere Vorbedingung erfüllt werden: um „in die Staatsanwaltschaften einen lebendigen Zug zu bringen", um „aufzulockern" und die neue große Linie zu erreichen, müßten sämtliche Oberstaatsanwälte des Landes Schleswig-Holstein auf einen Schlag und binnen 24 Stunden versetzt werden!

Außer Dr. Mannzen wird noch dem Kieler Oberstaatsanwalt Dr. T h a m m die Herrn Lübke und seinem engeren Kreis so verdammenswert erscheinende Möglichkeit nachgesagt, er sei Wähler der SPD. Zwar ein tüchtiger Beamter und sauberer Mensch, aber „hinweg mit ihm, er wählt wahrscheinlich die SPD!".

Diese Methode ist nichts anderes als der Tarnvorhang, hinter dem die Treueverpflichtung eines Rechtsstaats auch seinen sozialdemokratischen Bevölkerungsteilen gegenüber zu Grabe getragen wird. Es bleibt kein anderer Schluß übrig. Gegen diese Tendenz müssen alle aufrichtig demokratischen Kräfte mit allen Mitteln angehen." (Nr. 7)

. . . und so beschloß Kai Uwe von Hassel, Politiker zu werden

„Zwingen muß man dich, dein Glück zu erkennen. Wo zehn andere mit allen Anstrengungen nicht hinaufklimmen, wirst du spielend, im Schlafe gehoben . . .
Ich habe es durchgesetzt beim Fürsten. Du wirst die Uniform ausziehen und in das Ministerium eintreten. . ."

Friedrich von S c h i l l e r
„Kabale und Liebe"

1945 kam der . . . Kriegsoffizier und Leutnant d. R. Kai Uwe von Hassel aus englischer Kriegsgefangenschaft aus Norditalien zurück. . .

Lübke, der Landrat des Kreises, machte Hassel 1945 zum Leiter der Schlichtungsstelle für Wohnungssachen für den Landkreis Flensburg . . . 1946 trat er der Christlich-Demokratischen Union bei. Und dann hat ihn Lübke systematisch gefördert. Nacheinander wurde Hassel Bürgermeister, Bürgervorsteher, Kreistagsabgeordneter, Landtags- und schließlich 1953 Bundestagsabgeordneter . . .

Als Hassel 1954 zum Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein gewählt wurde und aus dem Bundestag ausschied, — die Ministerpräsidentschaft war der Posten, den der am Ende seiner Tage todkranke Lübke für seinen Nachfolger „aufgespart" hatte . . ."
Walter H e n k e l „Bonner Köpfe" (Nr. 8)

Als Herr von Hassel im Jahre 1946 „beschloß, Politiker zu werden", um „wieder hochzukommen", ließ er sich „vom rechten Flügel der CDU emportragen", denn nach seiner Ansicht war und ist „die CDU eine Rechtspartei". (Nr. 9)

Es wäre naiv und primitiv, Herrn von Hassel einen Vorwurf daraus machen zu wollen, daß er politischen Ehrgeiz besitzt und unter den Regierungschefs der Länder, was die Lebensjahre anbelangt, der jüngste ist.

Einen Vorwurf kann und muß man ihm dagegen daraus machen, daß er seine, weltpolitisch betrachtet, kalte Kriegs-Politik mit der gefährlichen Starrheit eines Greises fortzusetzen bestrebt ist und daß sich in dieser Hinsicht der Altersunterschied zwischen ihm und Bundeskanzler Dr. Adenauer keineswegs auswirkt. Über von Hassels politischen Werdegang schrieb das sicherlich gut informierte Zentralorgan der SPD u. a.:

„Das Merkmal des Verstandes des Herrn von Hassel scheint allerdings in seinem ausgesprochenen Haßkomplex gegen die Sozialdemokratie gesehen zu werden. Er, der im ehemaligen Deutsch-Ostafrika als Sohn eines Hauptmannes der Schutztruppe geboren wurde, kann als Prototyp all der auslands- und inlandsdeutschen Sozialistenfresser gelten.

Er wurde Lübkes engster Vertrauter und eifrigster Inspirator seiner gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gerichteten Politik. Alle Gesetze und Maßnahmen der Regierung Lübke, deren Zweck es war, einer weiteren Heranführung der Arbeiterschaft an den Staat entgegenzuwirken, fanden in von Hassel den lautesten Befürworter. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten bedeutet einen verschärften Kurs gegen die Sozialdemokratie und eine weitere Ausschaltung der breiten Volksschichten von der Mitverantwortung. Man nennt das heutzutage autoritäre Demokratie. Von Hassel und seinem Flensburger Kreis sind bereits die ersten Tiefschläge gegen demokratisches, parlamentarisches Brauchtum gelungen. Um seine Ministerpräsidentenschaft auch der holsteinischen CDU schmackhaft zu machen, wurde der größten Partei, der SPD, das bisher für selbstverständlich gehaltene Amt des Parlamentspräsidenten genommen. Sämtliche Vorsitzenden der Landtagsausschüsse sollen nur noch von den Koalitionsparteien gestellt werden. Auf der gleichen antidemokratischen Linie liegt der Plan, die Gemeindeordnung des Landes einzig zu dem Zweck zu ändern, um die Wahl eines Sozialdemokraten zum Nachfolger des verstorbenen Kieler Oberbürgermeisters Andreas G a y k zu verhindern ...

Im nächsten Jahr wird Schleswig-Holstein in Herrn von Hassel den Bundesratspräsidenten und damit den dritthöchsten Repräsentanten der Bundesrepublik stellen. Und das bei der heutigen demokratischen Substanz in Schleswig-Holstein! Wieviel demokratische Substanz hat eigentlich noch die Bundesrepublik?" (Nr. 10)

Diese Sätze wurden im Jahre 1954 geschrieben. Seitdem hat sich vieles zum Guten des Herrn von Hassel und damit zum Schlechten der Demokratie geändert. Wir überlassen es der Urteilsfähigkeit unserer Leser, die Frage zu beantworten, über „wieviel demokratische Substanz" die Bundesrepublik eigentlich noch verfügt.

Kabale und Haß! Das ist die Politik der Landesregierung von Schleswig-Holstein, der Kai Uwe von Hassel seit Jahren, und schon ehe er Ministerpräsident war, seinen persönlichen Stempel aufdrückt. Das ist die gegen die Gewerkschaften gerichtete Politik; das ist die Politik, die die SPD vom Mitregieren im Lande ausschließt; das ist die Politik, die dazu führt, daß man sich mit Nationalsozialisten verbündet, um zu verhindern, daß Sozialdemokraten Bürgermeisterposten bekleiden!

Wenn man den Lebensweg von Hassels, seine Geburt in Deutsch-Ostafrika bis zu der im Jahre 1935 erfolgten Rückkehr nach Tanganjika und seiner nach 1945 entfalteten politischen Tätigkeit verfolgt, dann darf man wohl auch vermuten, daß Herr von Hassel zu jenen Leuten in der Bundesrepublik zählt, die den in Südafrika angewandten Maßnahmen gegen die Farbigen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Es ist die Methode der Nilpferdpeitsche, die in geistiger Hinsicht in Schleswig-Holstein ihre tagtägliche Anwendung findet.

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann . . .

„Mäßige dich, armer alter Mann, sie werden wiederkommen. Sie werden ihr Vaterland wiedersehen... Das weiß der Himmel! Das werden sie! — Noch am Stadttor drehten sie sich um und schrien: „Gott mit Euch, Weib und Kinder! — Es lebe unser Landesvater — am Jüngsten Gericht sind wir wieder da!"
Friedrich von Schiller
„Kabale und Liebe"

„Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel bestätigte in Kiel, daß er bei seiner Forderung für die Verstärkung der Nato-Truppen im nördlichsten Bundesland an Einheiten des amerikanischen „Marine-Corps" denke. Das „US-Marine-Corps" ist ein Eliteverband von Freiwilligen. ... hierfür meinte er, kämen die „Ledernacken" in Frage. Unter diesem Namen ist das Marine-Corps in den USA bekannt." (Nr. 11)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann. Doch zu seinen engsten Beratern zählt der Amtschef der Landeskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Kracht. Dieser war NS-Oberbürgermeister der Stadt Flensburg. In der Chronik dieser Stadt schrieb er u. a.:

„So sah Flensburg im Juli 1934 die Reichs- und Gauleiter in seinen Mauern versammelt und konnte bei dieser Gelegenheit die Reichsminister Heß und Dr. Goebbels begrüßen."

Selbst CDU-Abgeordnete vertreten die Meinung, „daß Kracht einen allzu großen Einfluß (im konservativen Sinne) auf den jungen Ministerpräsidenten habe". (Nr. 12)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann. Doch er ist „Protégé und Freund" (Nr. 13), und zwar schon zu einer Zeit, als er noch Landtagsabgeordneter war, eines Hans Wilhelm Scheidt, der 1950 „bezahlter Kreissekretär einer der Bonner Regierungsparteien geworden" (Nr. 14) ist. Von 1945 bis 1950 nannte er sich noch diskret „von Gordon", bis er die Zeit für so reif hielt, daß schwerbelastete Nationalsozialisten ihr Pseudonym lüften konnten. Seine politische Visitenkarte lautet: Schon vor 1933 trat er der NSDAP und der SA bei. Er war Orts- und Bezirksleiter, Kreisleiter, Reichsredner, Reichshauptamtsleiter. Doch seine große Zeit begann 1938. Der Westberliner Bürgermeister Willy Brandt schreibt in seinem Buch über den leitenden Drahtzieher des Quisling-Putsches in Norwegen, Hans Wilhelm Scheidt:

„Quisling und Hargelin lieferten nun laufend Berichte, die den deutschen Stellen in den Kram paßten. Sie strichen dafür beträchtliche finanzielle Zuwendungen ein. Quisling selbst, mit dem Amtsleiter H. W. Scheidt als „Verbindungsführer" Rosenbergs in Oslo konspirierte, drängte und schrieb Ende März an den „Führer", daß jede weitere Verzögerung ein ernstes Risiko bedeute ..." (Nr. 15)

Hans Wilhelm Scheidt war ein führender Mann in der rechtsradikalen „Gemeinschaft der Kriegsgeneration", die in Schleswig-Holstein bestrebt war, als Nachfolgeorganisation der verbotenen SRP zu wirken, und sich dann formell auflöste, als ihre Funktionäre in den bürgerlichen Regierungsparteien des Landes den ihnen zustehenden Platz und das ihnen entsprechende Betätigungsfeld gefunden hatten. Nicht mit Unrecht erklärte der seinerzeitige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Kiel, Andreas Gayk:

„Die gegnerische revolutionäre Taktik von heute besteht darin, zunächst die demokratischen Parteien und von ihnen aus den Staat zu erobern. In der „Gemeinschaft der Kriegsgeneration" und in der „Kieler Gemeinschaft", im Einrücken namhafter ehemaliger aktiver Nationalsozialisten in Führerstellungen bürgerlicher Parteien unseres Landes, sehen wir bemerkenswerte Symptome dieser Entwicklung." (Nr. 16)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann. Nur wandte er sich schon als Landtagsabgeordneter in so aggressiver Form gegen die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein, daß sich selbst eine katholische Jugendzeitung zu der folgenden

Feststellung genötigt sah: „Als Landtagsabgeordneter war er führend an der parlamentarischen Ausschaltung der neudänischen SSW beteiligt" (Nr. 17) und sich Bundeskanzler Dr. Adenauer veranlaßt fühlte, da er außenpolitische Komplikationen befürchtete, von Hassel wegen „der dänischen Minderheitsfrage, die in Kiel etwas forsch betrieben worden sei", zu sagen, „in der Bundesrepublik gebe es nur einen Bundeskanzler" (Nr. 18).

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, nur hielt er es für richtig, den NS-Dichter Hans Grimm nach einer der literarisch getarnten NS-Kundgebungen „in der Nähe von Flensburg" als Gast in seine Wohnung einzuladen (Nr. 19). — Jenen Hans Grimm, über dessen Vortragstournee eine in Osnabrück erscheinende Tageszeitung schrieb:

„Hans Grimm aber, inzwischen 80 Jahre alt geworden, geht auf Vortragsreisen und verliest mit brüchiger Stimme selbstverfaßte Manuskripte, die trotz der Versicherung, daß sie es nicht seien, eine Rechtfertigung der hitlerischen Ideologie darstellen. Hitler ist für den Lippoldsberger Dichter nur „angeblich" ein Verbrecher und alle, die ihn „mit falschem Gerede und Geschrei verdammen, sind blind und stur". Gewisse Zahlen (gemeint sind die Konzentrationslager) bezeichnet Grimm als „lügenhafte Übertreibung des internationalen Judentums". Grimm: „Das unentwegte Verdammen Hitlers, die Suche nach Nazis und das lügenhafte Schlechtmachen der Deutschen in aller Welt und untereinander haben an der Wirklichkeit, wie sie nach 1945 offenbar wurde, (so heißt das Thema des Vortrages) nichts ändern können. Die ungelösten Fragen Hitlers liegen heute genau so wieder vor uns wie damals. Die Menschheit steht vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte; denn der unkontrollierte Geschlechtstrieb ist eine größere Gefahr als die Atombombe. Wir sind heute dem drohenden Verhängnis nähergerückt denn je..."

Grimm belegt seine Ausführungen mit den Statistiken bekannter Bevölkerungswissenschaftler und mit deren Zitaten. Über Bevölkerungswissenschaft läßt sich reden. Aber über Hitler läßt sich eben nicht mehr reden, auch dann nicht, wenn „er selbst ja die Katastrophe vorausgesehen hat..." (Nr. 20)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, nur duldete er in seinem Lande neonazistische Kundgebungen, wie z. B. das „Treffen der ehemaligen Internierten und Entnazifizierungsgeschädigten Schleswig-Holsteins und Hamburgs" in Gadeland bei Neumünster, und setzte die Polizei gegen die Demonstranten ein, die, der Aufforderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Folge leistend, gegen diese neonazistische Provokation demonstrierten. Er duldet des weiteren, daß bei dieser Kundgebung einer der Redner, und zwar Professor Koellreutter, „die aktiven Gegner des Nationalsozialismus als Saboteure des zweiten Weltkrieges" bezeichnete und des weiteren erklärte:

„Die Bundesregierung setze sich über Recht und Verfassung hinweg. Die ehemaligen Nationalsozialisten forderten eine materielle Wiedergutmachung und die Beseitigung jeglicher politischer Diffamierung. Wenn auch heute mit Genugtuung festgestellt werden könne, daß die deutschen Richter berechtigte Schadenersatzansprüche der ehemaligen Nationalsozialisten immer stärker anerkennten, so genüge eine solche Einzelrechtssprechung jedoch keineswegs. Es müsse eine generelle gesetzliche Regelung gefordert werden." (Nr. 21)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch fühlte sich der Landesvorsitzende der „Vereinigung der Entnazifizierten" in Schleswig-Holstein, Ernst Hansen, zu folgendem Lob gegenüber der Justiz in Schleswig-Holstein veranlaßt:

„Der Kreis der Entnazifizierten und ehemaligen Internierten sei den Juristen zu Dank verpflichtet, die seit 1952 in den verschiedensten Senaten wirkliches Recht gesprochen haben. So habe das Landesverwaltungsgericht in Schleswig-Holstein im Gegensatz zum Oberverwaltungsgericht in Lüneburg für Recht erkannt, daß Gestapo-Beamte, die nicht in der Exekutive tätig waren, volle Beamtenrechte haben." (Nr. 22)

Dem fügte er hinzu, „wir haben das Glück, in Schleswig-Holstein im Verfassungsschutzamt Männer zu haben, die mit uns interniert waren" und erklärte des weiteren, daß diese „mit der Vereinigung vertrauensvoll zusammenarbeiteten".

Hierzu erklärte der Leiter des Amtes, Regierungsdirektor Dr. Kieschke, daß einer seiner beiden Sekretäre „eine Zeitlang als Verbindungsmann zwischen dem Amt und der Vereinigung tätig gewesen ist". (Nr. 23)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch ist es in Schleswig-Holstein möglich, daß in Lübeck auf einer „Großkundgebung" des „Deutschen Block" der Redner in dem wegen Überfüllung geschlossenen Saal erklärt, ohne daß dagegen eingeschritten wurde:

„Wenn wir die Macht im Ein-Parteien-Staat übernehmen, dann wird diejenigen, die sich gegen uns stellen, der tödliche Bannstrahl treffen...

Während Sie, meine Kameraden, für Deutschland kämpften, kämpfte Ollenhauer auch. Aber aus England gegen Deutschland...

Verbrennungsöfen in den Konzentrationslagern sind von NS-Inhaftierten nach 1945 gebaut worden...

Wir gedenken des durch Feindeshand abgetretenen deutschen Landes Österreich...

... die dreckigen Lizenzparteien mit ihren schmutzigen Geldern ..." (Nr. 24)

Es ist doch sehr wohl anzunehmen, daß zumindest die Polizeibehörden von Lübeck über diese rednerischen Exzesse informiert waren, denn bei dem „Gedenken" an Österreich erhoben sich nicht nur die Versammlungsleiter, sondern mit ihnen auch „die anwesenden Polizeibeamten" (Nr. 25).

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch ist es nicht zuletzt seiner Politik zuzuschreiben, daß in Schleswig-Holstein — außer den Regierungsparteien — nach einer Mitteilung des Verfassungsschutzamtes „20 rechtsradikale Gruppen" (Nr. 26) tätig sind.

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch in seiner Regierung amtierte als Sozialminister Hans Adolf Asbach. Dieser trat im April 1933 der NSDAP bei und war von 1939 bis 1943 Abteilungsleiter der „Deutschen Arbeitsfront" in Stettin und außerdem Kreishauptmann im „Generalgouvernement". Minister Asbach zeichnete sich während seiner Tätigkeit durch besonders aggressive, im nationalsozialistischen Stil gehaltene Propagandareden aus. So erklärte er z. B. die im Jahre 1957 durch die Zusammenarbeit des deutschen und polnischen Roten Kreuzes erfolgte Umsiedlung von Volksdeutschen nach der Bundesrepublik als eine „neue Austreibungswelle, die unter dem Deckmantel der Familienzusammenführung vollzogen werde" (Nr. 27). Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß Herr Asbach bestrebt war, „eine beträchtliche Zahl ehemaliger SS-Angehöriger um sich" (Nr. 28) zu scharen. Doch aus der Koalitionsregierung von Hassel ist Asbach im Oktober 1957 nicht wegen seiner rechtsradikalen Exzesse, sondern auf Grund parteiinterner Auseinandersetzungen im BHE ausgetreten.

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch lehnt er „jede Art von Pazifismus" ab und bezeichnet diesen als die nach seiner Ansicht „einzige und wahre Kriegsgefahr" (Nr. 29). Weil dem nach Ansicht von Hassel so ist, müssen dieser Schlamm-Logik zur Folge alle jene, die den Frieden wollen, die pazifistische Kriegsgefahr bekämpfen und rüsten, rüsten und nochmals rüsten. Um diese durch eine Politik der Entspannung drohende „Kriegsgefahr" wirksam bekämpfen zu können, verlangt Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel „eine wesentliche Verstärkung der NATO-Luft- und Landstreitkräfte in Schleswig-Holstein" (Nr. 30). Im Zuge der Bekämpfung dieser „Kriegsgefahr" erklärte Ministerpräsident von Hassel, „daß die Landesregierung alles getan habe und weiter tun werde, um die Aufstellung von Verbänden im Lande zu beschleunigen". Dem fügte er diskreterweise hinzu: „Um nicht noch mehr Unruhe zu schaffen, wolle er sich heute jedoch nicht zur etwa notwendigen Verstärkung der militärischen Kräfte in Schleswig-Holstein äußern" (Nr. 31).

Daß es sich bei diesen und anderen Äußerungen von Hassel's nicht um irgendwelche politische Spähtruppunternehmen eines Einzelgängers des Kal-

ten Krieges handelt, ist schon daraus zu erkennen, daß sich der Befehlshaber des Wehrbereichs I — in dessen Bereich sich Hamburg und Schleswig-Holstein befinden —, Konteradmiral R o g g e , bei einem internen Gespräch mit Journalisten Mitte Januar d. J., bei dem diesen nahegelegt wurde, nichts darüber zu berichten, sehr viel weniger diskret, aber dafür um so eindeutiger und ausführlicher über die nach seiner Ansicht wichtige „Verstärkung der militärischen Kräfte in Schleswig-Holstein äußerte". Er sprach über die Notwendigkeit, eine Formation aufzustellen, die wie die „Freiwillige Feuerwehr dasteht". Diese Organisation wird aus psychologischen Gründen nicht als Volkssturm, sondern als „Landeswehr" bezeichnet. Man ist sorgfältigst bemüht, die unangenehmen Erinnerungen an den Volkssturm zu vermeiden. Deshalb sollen für den Aufbau dieser milizartigen Formation in Schleswig-Holstein auch die Parteien und die Gewerkschaften gewonnen werden. Der Zweck dieser „Landwehr" mit einer überparteilichen Maskerade, die vorerst „im Raume Hamburg und Schleswig-Holstein" aufgebaut werden soll, ist es, die NATO-Truppen zu entlasten, um „im Falle eines Krieges" kriegswichtige Objekte zu schützen, wie z. B. den Hamburger Hafen.

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, der nur die pazifistische Kriegsgefahr zu bekämpfen wünscht, und deshalb hat er auch die Frage, ob er bei seinem Ruf nach amerikanischer Verstärkung an Raketeneinheiten gedacht hat, ausweichend beantwortet. In eindeutiger Weise wird hingegen diese Frage auf der Hamburger Stülcken-Werft beantwortet. Dort baut man Zerstörer mit Raketenabschuß-Einrichtung, die an der Ostseeküste stationiert werden sollen. Kürzlich verlangte der Befehlshaber der bundesdeutschen Marinestreitkräfte, Admiral R u g e , in einem Gespräch mit dem Springer-Auslandsdienst, „die deutsche Marine müsse mit raketentragenden Kriegsschiffen ausgerüstet werden", und konkretisierte dieses Verlangen mit folgenden Worten:

„Bei den Raketenträgern denke ich an fregattenähnliche Fahrzeuge von 5000—6000 Tonnen Größe mit nur wenigen Geschützen mit einem Kaliber von etwa zehn Zentimetern. Am Heck müßten diese Schiffe starke Raketen-Batterien mit den modernsten Waffen amerikanischer Bauart haben." (Nr. 32)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, und sicherlich ist die Tatsache, daß auf einer Hamburger Werft an Zerstörern mit Raketenabschuß-Einrichtungen gearbeitet wird; daß Herr von Hassel die Frage, ob er an Raketeneinheiten bei der von ihm geforderten Verstärkung denke, ausweichend beantwortet und wenige Wochen später der Chef der bundesdeutschen Marine die raketentragenden Schiffe verlangt, nur ein „Zufall".

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann und versichert, daß sich die von ihm geforderte „Feuerwehr", d. h., die schon erwähnte, milizartige Formation, nicht gegen die „parlamentarische Opposition" wenden werde. Nur wird an der Spitze dieser Miliz als Chef der Landesregierung jener Herr von Hassel stehen, der seit Jahren mit Erfolg bestrebt ist, die SPD von der Mitarbeit in der Landesregierung und in den Gemeindestuben auszuschalten, und sich mit rechtsradikalen Kreisen verbündet, um dieses ihm erstrebenswerte Ziel zu erreichen; der gegen „oppositionelle und pseudointellektuelle Publizisten" ein neues „Reichs-Pressegesetz" (Nr. 33) fordert; der Minister O b e r l ä n d e r „verteidigt" (Nr. 34) und der den Widerstand „gegen die neue Krankenversicherungsrefom als ein Zeichen der Maßlosigkeit" (Nr. 35) bezeichnet.

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch ist er Ministerpräsident jenes Landes, in dem nach Meinung des Justizministers L e v e r e n z „seit Jahren" Beamte wußten, „daß Dr. Sawade nicht der ursprüngliche Namen" H e y d e ' s war; das als der restaurative Naturschutzpark rechtsradikaler Umtriebe in der Bundesrepublik gelten kann; in dem der Leiter des Verfassungs-

schutzamtes, Ministerialrat Gerhard K i e s c h k e , dessen Sekretär nach seinen eigenen Angaben als Verbindungsmann zu einer neonazistischen Organisation, wie den „Entnazifizierten" fungiert, im Jahre 1960 nach einer disziplinaren Voruntersuchung „abgelöst" wurde; in dem in einer Festschrift, die an junge Menschen verteilt wurde, die Weimarer Republik beschimpft und das Dritte Reich verherrlicht wird und in der es u. a. hieß:

„Der Reichstag war eine jammervolle Klamaukbude... Mit einem Schlage verschwanden die politischen Parteien und die langersehnte Einheit des deutschen Volkes wurde Wirklichkeit... Es traten wieder geordnete Verhältnisse ein, und danach hatte man sich so sehr gesehnt... Besondere Leistungen ... wurden durch das SA-Sportabzeichen anerkannt und es galt als Ehrensache, das Abzeichen zu besitzen. Die Turn- und Sportverbände fügten sich gern in den neuen Staatsaufbau ein... Ganz Europa sollte einmal unter der Hakenkreuzflagge vereint werden. Die hochpolitischen Ziele fanden aber keine Gegenliebe bei unseren Nachbarn. Eines Tages geschah es. Die Schüsse auf Polen lösten den zweiten Weltkrieg aus. (Nr. 36)

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, aber im Landtag von Schleswig-Holstein fungiert als Direktor ein Mann namens V ö l p e l , der von 1934 bis 1945 der SS angehörte, „von 1943 bis 1944 in der deutschen Verwaltung unter dem Reichskommissar T e r b o v e n in Norwegen" (Nr. 37) tätig war und dieser stellte ein „kleineres Übel" dar, da für diese Funktion auch ein Mann vorgeschlagen war, „der in Deutschlands dunkelsten Jahren Referent bei Rudolf H e ß , dem Stellvertreter Hitlers, gewesen ist" (Nr. 38).

Herr von Hassel ist ein ehrenwerter Mann, doch da er jede Art von „Pazifismus" ablehnt und darin die „einzige Kriegsgefahr" sieht, ist er bestrebt, eine politische Linie zu verfolgen, die als das Gegenteil einer der Entspannung dienenden Politik zu betrachten ist. Und deshalb wünscht er die Verstärkung der Marineeinheiten und deren Ausrüstung mit Raketen; die Aufstellung von volkssturmähnlichen Einheiten, die als Modell für die gesamte Bundesrepublik gedacht sind; die Ausarbeitung von Evakuierungsplänen, nach denen

„im Ernstfall die Bewohner der in die „Gefahrenklasse I" eingestuften Gebiete über besondere Fluchtstraßen in weniger gefährdete Regionen geleitet werden sollen. Dafür ist ein „ziviler Fluchtstromleitdienst" vorgesehen... Zu den betroffenen Zonen gehören die Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg sowie das Zonengrenzgebiet und ein Streifen beiderseits des Nord-Ostsee-Kanals.

Mit der Bundeswehr, die für den Ernstfall „militärische Bewegungsstraßen" braucht, die nicht durch die Evakuierung verstopft werden dürfen, sind Gespräche über eine Koordinierung bereits im Gange. An den Evakuierten-Straßen sollen besondere Depots für Verpflegung, Bekleidung und ärztliche Versorgung angelegt werden." (Nr. 39)

Deshalb wünscht und fördert er die Durchführung aller militärischen, außenpolitischen und innenpolitischen Maßnahmen, die eine nach seiner Ansicht gefährliche und schädliche Entspannung verhindern. Das heißt, all das, was ein Mann wie William S c h l a m m , der den Krieg und seine Schrecken nur theoretisch kennt und der mit Hilfe der von der Bundesregierung unterstützten Organisationen in Versammlungen hysterisch fordert, man dürfe auch vor dem Krieg nicht zurückschrecken, und zur gleichen Zeit beweist und versichert, daß Sowjetrußland an einem Krieg nicht interessiert sei — wird all das in Schleswig-Holstein mit Ruhe und Bedacht praktiziert?

Diktaturen und Kriege fallen nicht vom wolkenlosen Himmel, sondern sie werden — speziell in unserer Zeit bewußt oder unbewußt — von großen und kleinen Schlamm-Kämpfern geistig, organisatorisch und militärisch vorbereitet. Dieses Wissen zu vermitteln und zu verbreiten, dazu sollen nicht zuletzt diese Ausführungen dienen.

Quellenangabe:

1) „Remers Trojanische Pferde" — Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Bonn
2) zitiert nach „Remers Trojanische Pferde"
3) Hans Jaeger „Neofaschismus in Deutschland" — „Deutsche Rundschau" v. Febr. 1953
4) „Neuer Vorwärts" vom 24. Februar 1950
5) „Neue Ruhr-Zeitung" vom 19. Oktober 1956
6) „Frankfurter Rundschau" vom 1. Mai 1959
7) „SPD-Pressedienst" vom 14. August 1954
8) „Frankfurter Allgemeine" vom 25. Juli 1955
9) „Neuer Vorwärts" vom 22. Oktober 1954
10) „Neuer Vorwärts" vom 22. Oktober 1954
11) „Der Mittag" vom 24. März 1960
12) „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst" vom 20. Mai 1957
13) „Feinde der Demokratie" — Herausgegeben vom DGB Niedersachsen Nr. 2/1953
14) „Feinde der Demokratie" — Herausgegeben vom DGB Niedersachsen Nr. 2/1953
15) Willy Brandt „Norwegens Freiheitskampf 1940—1945"
16) „Feinde der Demokratie" — Herausgegeben vom DGB Niedersachsen Nr. 2/1953
17) „Michael" vom 24. Oktober 1954
18) „Frankfurter Allgemeine" vom 25. Juli 1955
19) „Hamburger Brief" Nr. 10 vom 18. November 1955
20) „Neue Tagespost" vom 3. Juni 1955
21) „Frankfurter Allgemeine" vom 13. Juni 1955
22) „Parlamentarisch-Politischer Pressedienst" vom 27. Mai 1955
23) „Frankfurter Allgemeine" vom 4. Juni 1955
24) „Politik und Wirtschaft" vom 1. Oktober 1958
25) „Politik und Wirtschaft" vom 1. Oktober 1958
26) „Feinde der Demokratie" — Herausgegeben vom DGB Niedersachsen Nr. 5/6/1954
27) „Frankfurter Rundschau" vom 19. Februar 1957
28) „Süddeutsche Zeitung" vom 23. Oktober 1957
29) „Die Welt" vom 24. Februar 1960
30) „Süddeutsche Zeitung" vom 8. Januar 1960
31) „Lübecker Nachrichten" vom 28. Februar 1960
32) „Die Welt" vom 16. April 1960
33) „Vorwärts" vom 18. Dezember 1959
34) „Stuttgarter Zeitung" vom 25. Februar 1960
35) „Hamburger Echo" vom 12. Februar 1960
36) „Frankfurter Allgemeine" vom 12. April 1960
37) „Süddeutsche Zeitung" vom 14. Dezember 1959
38) „Hamburger Echo" vom 9. Dezember 1959
39) „Der Mittag" vom 6. April 1960

Berichtigung

In der Beilage zu Heft Nr. 1/1960 „Vom ‚Gnadentod' des Dritten Reiches zur restaurativen Einschläferung in der Bundesrepublik" berichtete der Verfasser u. a. auch unter Bezugnahme auf einen in der „Frankfurter Rundschau" erschienenen Artikel über ein Gespräch, das zwischen Professor Dr. Reinwein und Ministerpräsident von Hassel stattfand. Der Inhalt dieses Gespräches wurde von dem als Zeugen vernommenen Professor Dr. Reinwein vor der III. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt/M. als nichtzutreffend bezeichnet und deshalb von der Redaktion der „Frankfurter Rundschau" am 6. 2. 1960 — nach Erscheinen unseres Berichtes — zurückgenommen. Ebenfalls nicht aufrechterhalten wurde auf Grund des mangelnden Erinnerungsvermögens verschiedener Zeugen von der FR die Behauptung, Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel und Kultusminister Edo Osterloh wäre es bekannt gewesen, daß sich unter dem Namen Dr. Sawade in Wirklichkeit Professor Heyde verberge.

Aus diesen Gründen sehen wir uns genötigt, einem von der Pressestelle der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung an uns gerichteten Brief Rechnung zu tragen und die von uns aus der „Frankfurter Rundschau" wiedergegebenen Feststellungen zu widerrufen.

D. Verf.

Zur Berichtigung

Abgesehen davon, daß sich erstaunlicherweise verschiedene Zeugen an verschiedene sehr wesentliche und konkrete Äußerungen nicht mehr erinnern konnten, seien uns in diesem Zusammenhang noch einige Fragen gestattet:

Es wurde nicht widerlegt, daß Heyde und der Leiter der Gesundheitsabteilung im Schleswig-Holsteinischen Innenministerium und des Sonderamtes für Gesundheitswesen, Hans H e i g l , gemeinsam im Internierungslager Gadeland in Schleswig-Holstein waren. Die Frage, wer damals von heute prominenten Politikern und Beamten in Schleswig-Holstein ebenfalls mit Heyde gemeinsam sich im Internierungslager befand, blieb bis heute unbeantwortet. Es muß daran erinnert werden, daß zeitweilig der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung drei Minister angehörten, die alle auf Grund ihrer nationalsozialistischen Vorbelastung einige Zeit in Gadeland verbrachten. Sollte diesen vielen Politikern und Beamten, die mit Heyde gemeinsam in Gadeland waren, der gleiche Heyde, der in der „Lageruniversität" Vorträge hielt, als Dr. Sawade vollkommen unbekannt gewesen sein? Ist die Annahme nicht vielmehr berechtigt, daß die Verbindungen, über die Heyde aus der NS-Zeit verfügte, und die Freundschaften, die er in Gadeland Gelegenheit zu schließen hatte, ihm beim Untertauchen in Schleswig-Holstein und beim Wiederauftauchen als Dr. Sawade sehr nützlich und behilflich waren?

Bis zum heutigen Tage wurde die Feststellung des Frankfurter Rechtsanwalts Dr. S c h i n d l e r , sein Klient Dr. Heyde „sei von einem bestimmten Schleswig-Holsteinischen Personenkreis, den er noch nicht näher kennzeichnen wollte, gebeten worden, als Gutachter tätig zu werden", und „Heyde habe sich um diese Tätigkeit nicht beworben", nicht ernsthaft widerlegt. Dr. Schindler erklärte weiter, Heyde „habe damals den Eindruck gewinnen müssen, etwaige gerichtliche Schritte gegen ihn wegen seiner Vergangenheit als Euthanasiearzt würden ihm durch die Fürsprache eben jenes Personenkreises erspart bleiben".

In Punkt 6 der obenerwähnten Berichtigung heißt es wörtlich:

„Auf Seite 26 wird unter Berufung auf eine Meldung des SPD-Pressedienstes vom 5. 1. 1960 behauptet, der Flensburger Oberstaatsanwalt habe die Ermittlungen wegen der antisemitischen Schmierereien auf Pellworm im November 1959 einstellen lassen, weil „für deren Verfolgung kein öffentliches Interesse vorliegt". Auch diese Behauptung ist unwahr, wie durch ein sofortiges Dementi des Justizministeriums klargestellt wurde. Die Ermittlungen wurden eingestellt, weil sie zunächst zu keinem Ergebnis geführt hatten."

Da wir glauben, annehmen zu dürfen, daß der „Rheinische Merkur" in Schleswig-Holstein noch nicht als ein kommunistisch unterwandertes Blatt gilt, gestatten wir uns, mit seiner Hilfe diesen Punkt zu beantworten. Das genannte Blatt schrieb

am 8. J a n u a r 1 9 6 0 :

„Laut „Welt" vom 5. Januar wurden auf der Nordseeinsel Pellworm in der Nacht vom 9. auf 10. November 1959 — also gewissermaßen zum Jubiläum der „Kristallnacht" von 1938 — antisemitische Schmierereien festgestellt.

Zuständig für die Aufklärung und Verfolgung ist die Staatsanwaltschaft in Flensburg. Ein Staatsanwalt begab sich denn auch an den Tatort — und stellte dann alsbald das Verfahren ein. Begründung: „Kein öffentliches Interesse" an der Strafverfolgung. Uns scheint dieser an der Aufklärung antisemitischer Schandtaten desinteressierte Flensburger Staatsanwalt ein interessanter

am 15. J a n u a r 1 9 6 0 :

„Der Justizminister von Schleswig-Holstein sandte dem „Rheinischen Merkur" zu der in der letzten Ausgabe veröffentlichten Glosse „Interessanter Staatsanwalt" ein Schreiben, in dem es heißt:

„Ich darf darauf hinweisen, daß das erwähnte Verfahren eingestellt worden war, weil trotz umfangreicher Ermittlungen der Täter nicht festgestellt werden konnte." Wir nehmen von dieser Mitteilung Notiz und geben sie auch gerne an unsere Leser weiter. Allerdings nicht, ohne unserem Erstaunen darüber Ausdruck zu verleihen, daß die zuständigen Behörden des Landes Schleswig-Holstein so rasch die Flinte ins

Rechtsdiener zu sein. Es besteht höchstes öffentliches Interesse daran, daß in einer Untersuchung aufgehellt wird, welche Motive für seine „pflichtgemäße" Ermessensentscheidung bei der Verweigerung des öffentlichen Interesses in obigem Fall maßgebend gewesen sind, zumal aus Flensburg nun schon mehrfach — so bei der Untersuchung gegen den SS-General und BHE-Abgeordneten Reinefarth und im Fall Heyde alias Sawade — einigermaßen überraschende Verfahrungseinstellungen praktiziert worden sind.

Vermutlich ist dabei die gleiche Motivlage gegeben wie bei jenem Flensburger Staatsanwalt, der im Fall Heyde alias Sawade Ende November 1959 die Untersuchung über die amtliche Begünstigung Heydes im selben Moment einstellte, als der Verdacht sich verstärkte, daß der inzwischen amtsenthobene Präsident des Landessozialgerichts von Schleswig-Holstein, Dr. Buresch, nicht der einzige schweigende Mitwisser von Sawades Identität mit dem Euthanasie-Experten Professor Heyde gewesen seine konnte." P. W. W.

Korn geworfen haben. Am 9. November 1959, also sozusagen zum 21. Jahrestag der Reichskristallnacht, wurden auf der Nordseeinsel Pellworm antisemitische Schmierereien festgestellt. Der Staatsanwalt in Flensburg hat schon wenige Wochen später das Verfahren eingestellt, und zwar nicht, wie wir hier erfahren, mit der Begründung „Kein öffentliches Interesse", sondern weil Täter nicht festgestellt werden konnten. Ob man, wenn man die Ermittlungen etwas länger ausgedehnt hätte, nicht vielleicht doch einen Täter hätte finden können? Pellworm ist nicht gerade ein großstädtisches oder undurchsichtiges Gelände, auf dem sich ein immerhin doch in der Öffentlichkeit agierender Täter so leicht verkrümeln könnte.

Wir finden die vom Justizministerium verkündete Begründung für die Einstellung des Verfahrens nicht weniger bedenklich, als die von der Presse ursprünglich berichtete. Wenn unsere Behörden in solchen Fällen nicht länger und gründlicher ermitteln, werden wir die Welt kaum davon überzeugen können, daß es uns mit der Aufklärung solcher Schandtaten wirklich ernst ist."

Horst Markgraf

Die Paras von Bad Boll

Zu den bedeutendsten Interpreten des „christlichen Abendlandes" gehört heute nicht zuletzt auch der Direktor der Evangelischen Akademie in Bad Boll D. Dr. Eberhard Müller. Ihm und dem Theologieprofessor Helmut Thielicke schreibt man nicht zu Unrecht die Urheberschaft des Gedankens der Evangelischen Akademien zugute. Vergleicht man jedoch die Denkschrift des jetzt in Hamburg lehrenden Professors Thielicke aus dem Jahre 1944 etwa mit dem Programm der zu einem Mammutbetrieb angewachsenen Evangelischen Akademie seines Freundes D. Dr. Eberhard Müller in Bad Boll, wird eine Diskrepanz offenbar, die sich nur schlecht mit den Ideen des Jahres 1944 vereinbaren läßt. Damals war das Ende des dutzendjährigen Reiches abzusehen, und die Kirche rüstete sich zu dem großen Schuldbekenntnis von 1945. Ein neuer Anfang sollte gemacht werden, die letzten unglücklichen Erfahrungen der Zwangsehe von Thron und Altar waren dazu ausschlaggebend. Vor dem Hintergrund der Barmer Bekenntnissynode bot sich eine Möglichkeit ungeahnten Ausmaßes. Damals gehörte auch Prof. Thielicke zu der Schar der Einsichtsvollen, das alte Bündnis nun endgültig aufzukündigen, das mit dem Machtanspruch der Nationalsozialisten auf alle Bereiche des Lebens letztlich zu einer völligen Entmündigung der offiziellen Landeskirchen geführt hatte.

Das Wort der Berliner Bekenntnissynode vom 31. Juli 1945 sollte der Markstein sein: „In der Geschichte unseres Volkes ist ein Wendepunkt eingetreten", hieß es damals. „In diesem Augenblick sieht die Bekenntnissynode auf den Kampf, der hinter ihr liegt, zurück und bittet Gott, daß er uns in Kirche und Volk Erkenntnis und Bereitschaft zu gründlicher Umkehr und Erneuerung schenken möchte . . . Die amtliche Kirche hat sich gegenüber dem Angriff des totalen Staates und seiner Weltanschauung weithin als blind und taub erwiesen. Ihre Haltung ist so zum Verrat an der Kirche geworden. Die Pfarrer und Gemeindeglieder, die dem Kampf ausgewichen sind, müssen sich dem Vorwurf stellen, daß ihr Versagen ein Verhängnis und eine Schuld gegenüber unserer Kirche und unserem Volk gewesen ist . . ."

Einen wesentlichen Beitrag zur Erneuerung der Kirche und einer Neubesinnung auf ihre Grundlagen sollten damals die Evangelischen Akademien leisten. Das Kirchenvolk, weithin ebenfalls dem Rausch der nationalistischen Idee erlegen, sollte auf dem Boden der Akademien eine Stätte des Gesprächs finden, in Freimut und Offenheit die Vergangenheit zu bewältigen. Diese Aufgabe der Akademien wurde gleichsam als Besinnung auf den volksmissionarischen Auftrag der Kirche verstanden, als ein Vorhof des Tempels nach dem Bild des Alten Testamentes.

Als einer der vorzüglichsten Organisatoren für diese Aufgabe erwies sich bald der inzwischen auch zum Ehrendoktor der Theologie der Universität Tübingen avancierte Dr. Eberhard Müller. Es gelang ihm, für die Idee der Evangelischen Akademien in fast allen Landeskirchen einen breiten Resonanzboden zu gewinnen und die Art und Weise der an den Akademien zu leistenden Arbeit zu bestimmen. Heute hat fast jede Landeskirche eine eigene Akademie. Meist gelten sie als landeskirchliche Einrichtungen, die auch der Regie der Kirchenleitungen unterstehen und von landeskirchlich besoldeten Pfarrern geleitet werden. Es ist sicher nicht übertrieben, daß sie in ihrer Mehrzahl einen guten Ruf haben, zumal die Kirche auf dem Boden der Akademien bereit ist, sich in Frage und Antwort ihren oft fremdgewordenen Gliedern zu stellen.

Wenn man von einer Erklärung des Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Prof. D. Dr. Joachim B e c k m a n n, ausgehen wollte, noch nie in ihrer Geschichte hätte die Kirche in Deutschland eine so umfassende Unabhängigkeit von staatlichem Zwang gekannt als seit dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, inbegriffen aller Einflüsse etwa auf Kirchenordnungen und Gesetze, so hätte von den Evangelischen Akademien, vom volksmissionarischen Standpunkt und dem Auftrag der Kirche schlechthin, ein bedeutender Dienst in und an der Verkündigung der Evangelischen Botschaft geschehen können. Die Mehrheit der Akademien hat diesen, vom Neuen Testament vorgezeichneten Weg auch mutig und trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten beschritten, ja, teilweise ist die Idee der Akademien sogar zu einem Exportartikel geworden, der bis nach Tokio und Kapstadt gelangt ist.

Dieser Entwicklung wäre vom rechten Verständnis der Heiligen Schrift nichts hinzuzufügen gewesen, wenn nicht, ja wenn nicht die Akademie in Bad Boll, getrieben von dem Managergeist ihres Direktors D. Dr. Eberhard Müller, einen Weg eingeschlagen hätte, der diese Akademie nicht nur von der württembergischen Landeskirche, sondern sogar mehr als einen Fußbreit von der Mitte der Heiligen Schrift wegführte.

Während die anderen Akademien nur von einer Handvoll Theologen und wissenschaftlichen Assistenten geleitet werden, ist in Bad Boll, der Residenz von D. Dr. Eberhard Müller, eine ganze Stadt entstanden, in der nach übereinstimmenden Meinungen annähernd 150 (i. W. einhundertundfünfzig) Mitarbeiter der

Akademie ein Tätigkeitsfeld gefunden haben. Dieser Stab ist ausreichend, die Vielfalt der Aufgaben etwa einer landeskirchlichen Verwaltung zu erledigen. Kein Wunder also, wenn die ganze Sache dem zuständigen Oberkirchenrat allmählich über den Kopf wachsen würde, zumal die von Eberhard Müller geleitete Akademie auch hinsichtlich ihrer Finanzierung der Kirche entglitten ist. So spricht man dann immer offener von den „Paras aus Bad Boll", der „Müllerschen Nebenkirche", den von der Akademie in Bad Boll gebildeten „Paragemeinden". H. Schomerus (in „Die Mitarbeit", Juli 1958) spricht von einer „Superaktionszentrale" mit dem „Zwang zur Expansion" von Machtbereichen; W. Matthes, ein gewiß unverdächtiger Zeuge aus Loccum, sagt, die größte der Akademien (sprich: Bad Boll) mache die „Manipulation zum Arbeitsprinzip". In einem Aufsatz in der schon erwähnten Zeitschrift „Die Mitarbeit" spricht er sogar ganz offen von einem „geistlichen Funktionärstum" ohne kirchlichen Auftrag.

Daß es heute schwer für eine Kirchenleitung ist, sich von einem Mann zu trennen, der der wohlwollenden Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers gewiß ist, steht außer Frage. Es steht aber in Frage, ob es das evangelische Kirchenvolk, dem immer wieder die Unabhängigkeit der Kirche von CDU und Staat versichert wird, auf die Dauer die Finanzierung einer unter evangelischem (und damit wohl kirchlichem?) Vorzeichen arbeitenden Akademie aus kirchenfremden Mitteln verantworten kann? Und das gerade heute, wo immer wieder die unmittelbare Verantwortung des Laien für die Kirche betont wird.

Warum aber gerade D. Dr. Eberhard Müller, der im Kreis der Akademieleiter als der „große Manager" bezeichnet wird, in den Genuß gewaltiger Geldsummen für die von ihm geleitete „Superaktionszentrale" kommt, ist ein offenes Geheimnis. Ganz zufällig hängt diese Verbindung sicher nicht mit dem alten Noah (1. Mose 7 ff.) zusammen, den sowohl der eingangs genannte Prof. Helmut Thielicke als auch D. Dr. Eberhard Müller in die — Atomdebatte hineinzogen. Mangels passender neutestamentlicher Schriftstellen und in Anbetracht der unhaltbar gewordenen Lutherschrift von den „Kriegsleuten in seeligem Stande", haben die Urväter der Akademiearbeit das erste Buch Mose bemüht. In die heutige Zeit übertragen, sieht der Bad Boller Akademiedirektor etwa folgende Parabel: Es könnte ja sein, daß Gott beschlossen habe, einen Teil der Menschheit zu vernichten (1. Mose 6). Die Aufgabe der Regenwolke fiele dann heute den Massenvernichtungsmitteln zu, also könnte es wider Gottes Willen sein, dem Wettrüsten etwa durch Kriegsdienstverweigerung der Christen oder ihrem Eintreten gegen die Verwendung von Atombomben Einhalt zu gebieten. Woher allerdings dieser „Noahitische Bund der Neuzeit" seine gegenwärtige Berechtigung habe, kann der ehemalige Wehrmachtspfarrer D. Dr. Eberhard Müller jedoch nicht sagen. Es wäre dann wohl nötig, und das ist die einzig mögliche Alternative, ihn selbst, D. Dr. Eberhard Müller, in prophetischem Auftrag zu verstehen.

Diese Parabel vom „Noahitischen Bund" findet natürlich in Theologenkreisen heftigen Widerspruch. Für derartige Gespräche hat der Akademiedirektor aus Bad Boll ganz praktische Thesen, die sich ganz unzweideutig mit dem politischen Programm der Bundesregierung decken. In dem Protokoll der Studientagung des Herausgeberkreises der „Zeitschrift für Evangelische Ethik" über das Thema „Staat und Staatsbürger" vom 17. bis 19. März 1959 in Mülheim-Uhlenhorst sind diese Thesen sicherlich auch heute noch nachzulesen. Nach einer heftigen Kritik an dem von Helmut Thielicke und Eberhard Müller interpretierten „Noahitischen Bund" wichen beide auf das tagespolitische Nebengleis aus und sprachen von Zweckmäßigkeit, Abschreckung und vom eventuell notwendigen Gleichge-

wicht der Atommächte und letztlich — von der Unzuständigkeit der Kirchen für politische Fragen, „da die Kirchen die gesamte politische Problematik nicht erkennen können". Dabei mutet es merkwürdig an, daß Prof. Thielicke selbst zum Herausgeberkreis der „Zeitschrift für Evangelische Ethik" gehört, mit dem auch Prof. Wolfgang Schweitzer liiert ist, der in seinem viel beachteten Buch „Freiheit zum Leben" (Verlagsgemeinschaft Burckhardthaus- und Kreuzverlag GmbH) auf Seite 226 schreibt: „Unabhängig davon, ob das politisch klug ist oder nicht, müssen die Christen den Einsatz nuklearer Waffen bedingungslos ablehnen."

Wäre das alles nicht mehr als eine theologische Diskussion, eine Neubesinnung über die christliche Ethik, könnte man die Dinge reifen lassen, bis sie zu einer gültigen Aussage der offiziellen Kirchengremien geführt hätten. Die von H. Schomerus mit dem Titel „Superaktionszentrale" bedachte Akademie in Bad Boll nimmt jedoch die Entscheidung vorweg. Vorwiegend mit CDU-staatlichen Mitteln gefördert, ist hier mit einem ungewöhnlich großen Mitarbeiterstab eine Zentrale entstanden, die mehr und mehr ihre Arbeit nicht mit, sondern neben den Kirchengemeinden weitertreibt.

Aus der ganzen Bundesrepublik hat inzwischen Direktor Müller „geeignete" Pfarrer, Soziologen, Volkswirtschaftler und Publizisten in Bad Boll zusammengezogen, deren politischer Standort in oder unmittelbar neben der CDU zu suchen ist. Politische Aktionen dieser Art aber, gerade vor dem Hintergrund der Schuldbekenntnisse der Berliner Bekenntnissynode vom 31. Juli 1945 und der Stuttgarter Erklärung vom 19. Oktober 1945 wirken beunruhigend. Das sollte — bei aller brüderlichen Liebe — einmal deutlich gesagt werden. Gerade auch deshalb, weil sich so viele Akademien in Deutschland bemühen, einen anderen Weg zu gehen, der in enger Verbindung mit den Kirchenleitungen ausschließlich auf die Verkündigung des Wortes Gottes ausgerichtet ist. Nimmt es da wunder, wenn die in der DDR erscheinende evangelische Monatsschrift „Glaube und Gewissen" (Heft 4/1959) von einer „Einengung" des Teilnehmerkreises der Akademien „im Sinne des Adenauerschen Ständestaates" spricht und von einer „politisch-moralischen Stärkung des Bonner Regimes"?

Walter Moré, Westberlin

Zur Berlin-Frage

Es dürfte wohl keinen Zweifel mehr geben, daß auf der bevorstehenden Gipfelkonferenz die Berlin-Frage getrennt von den übrigen Fragen behandelt werden wird. Wir haben es in den vergangenen Monaten erlebt, daß westdeutsche und westberliner Politiker sich immer wieder gegen eine solche Behandlung gewehrt haben. Und sie haben sich auch gegen jede Änderung des heutigen Status gesträubt, indem sie behaupteten, dies könne nur eine Verschlechterung für Westberlin bedeuten und käme einer Kapitulation gleich, die dann die Kapitulation der Bundesrepublik, ja des ganzen Westens nach sich ziehen werde.

Zum Schluß versuchte der Bundeskanzler noch eine Volksabstimmung vorzuschlagen, durch die sich Westberlin selbständig für den jetzigen Status entscheiden

sollte. Diesem Plan jedoch versagte sich der Berliner Senat, als es klar wurde, daß die westlichen Alliierten selbst nichts von einem derartigen Plan wissen wollten.

Wie soll man die Haltung der westdeutschen, aber auch der westberliner Politiker, die sie bis vor kurzem an den Tag legten, deuten? Sie läßt sich nur so deuten, daß sie sich von dem Gesetz, nach dem sie angetreten, nur schwer oder gar nicht mehr trennen können. Dieses Gesetz war der kalte Krieg zwischen Ost und West. Der kalte Krieg schloß immer das Risiko des heißen in sich ein. Inzwischen hat man in Amerika wie in Rußland erkannt, daß dieser Weg nicht länger fortgesetzt werden kann, daß der kalte Krieg durch den Wettstreit der beiden Systeme, vor allem in Asien und Afrika, abgelöst werden muß. Deutsche Politiker stemmen sich dagegen, solange es irgend geht. Aber des Bundeskanzlers Starrsinn erregt selbst bei den westlichen Verbündeten Ärger und ist keineswegs geeignet, Deutschlands Stellung auf der Gipfelkonferenz zu verbessern, sondern nur zu verschlechtern.

Die westdeutschen Politiker haben Angst vor dem, was auf sie zukommt und möchten sich einreden, daß sich eigentlich gar nichts geändert habe und man so fortfahren könne wie bisher. Sie wollen nicht die Bilanz ihrens Versagens ziehen. Bisher war ihnen nie etwas anderes eingefallen, als den Unfrieden auf dieser Welt für ihre eigenen Zwecke auszunutzen. Dieser Opportunismus hat sich gerächt. Heute wären sie bei einer Beendigung oder auch nur Abschwächung des kalten Krieges zu einer eigenen konstruktiven Politik gezwungen, zu der sie sich nicht fähig fühlen.

Gerade der Vorschlag einer Volksabstimmung in Berlin muß den Verdacht bei den westlichen Alliierten bestärkt haben, daß die westdeutsche Politik darauf hinzielt, die Gegensätze von neuem zu verschärfen und die Verbündeten selbst gegen ihren Willen in Konflikte hineinzuziehen, die an sich nur die Deutschen angehen. Hat doch der Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Presseklub ganz offen erklärt, daß eine Volksabstimmung selbst ohne Zustimmung der westlichen Alliierten hätte durchgeführt werden können und daß dann die Berlin-Frage für die Konferenz erledigt gewesen wäre.

Es ist ein Widerspruch in sich, im Namen der Selbstbestimmung eine Volksbefragung über den gegenwärtigen Status durchführen zu wollen und gleichzeitig die Aufrechterhaltung des Besatzungsregimes zu fordern. Sehen wir einmal davon ab, daß der Begriff der Selbstbestimmung im heutigen Völkerrecht durchaus nicht eindeutig ist. Geben wir ihm einmal den polemischen Sinn, der ihm von den Politikern offenbar beigelegt wird: Das Recht eines Volkes oder einer Bevölkerungsgruppe, innen- und außenpolitisch unabhängige Entscheidungen zu treffen. So wird selbstverständlich durch eine Volksabstimmung gerade das Besatzungsregime in Frage gestellt, wie sie auch ausfallen möge.

Die westlichen Alliierten, die USA und Großbritannien sind kraft eigenen Rechtes in Berlin, und zwar mittels eines völkerrechtlichen Vertrages, den sie mit der Sowjetunion bereits am 12. September 1944 über die gemeinsame Besetzung und Verwaltung Gesamtberlins geschlossen haben. Zu den drei Besatzungsmächten trat später noch Frankreich.

Demgemäß hat auch nie ein Zweifel daran bestanden, daß Berlin einen Sonderstatus hat. Allerdings setzte dieser Sonderstatus die Einheit Deutschlands voraus, die ja nach dem Potsdamer Abkommen erhalten bleiben sollte. Heute ist das Besatzungsregime sowohl im Westen wie im Osten Deutschlands durch die Konstituierung von Staaten abgelöst worden. Und es wird deswegen Zeit, daß auch der Status von Berlin auf eine neue völkerrechtliche Grundlage durch Vereinbarungen der vier Alliierten gestellt wird.

Man kann die Berliner Frage unmöglich dadurch lösen, daß man die weitere Eingliederung Westberlins in die BRD bzw. Ostberlins in die DDR betreibt. Auch das war ein Widerspruch, daß man auf der einen Seite die Verantwortlichkeit der vier Mächte einschließlich der Sowjetunion für Berlin und damit den Sonderstatus betonte, auf der anderen Seite aber immer wieder davon sprach, daß Westberlin ein Teil der Bundesrepublik sei. Daß Westberlin wie ein Land der Bundesrepublik behandelt wurde, beruhte lediglich auf einem sich durch die Spaltung herausbildenden Gewohnheitsrecht. In Artikel 23 des Bonner Grundgesetzes heißt es nicht, daß Westberlin ein Land der Bundesrepublik sei, sondern nur, das Grundgesetz solle auch in Groß-Berlin gelten. Auch ist in der Präambel des Grundgesetzes Berlin als Land neben den anderen Ländern nicht genannt. Die drei Hohen Kommissare machten zu Artikel 23 durch Schreiben vom 12. Mai 1949 noch den bekannten Vorbehalt, daß Berlin nicht stimmberechtigt in Bundestag und Bundesrat sei und auch nicht vom Bund regiert (govern) werde. Noch heute ist es — theorethisch — möglich, daß westberliner Gesetze durch den Einspruch der Kommandanten zu Fall gebracht werden. Natürlich würde auch ein Gesetz über Volksbefragung der — stillschweigenden — Zustimmung der westlichen Alliierten in Westberlin bedürfen. Aber für dieses Gesetz würde es sogar noch einer Verfassungsänderung bedürfen, zu der erst recht die Genehmigung erteilt werden müßte. Denn die Berliner Verfassung sieht nur ein aus dem Volk selbst hervorgehendes Volksbegehren und einen Volksentscheid vor, nicht hingegen eine an die Diktaturen unangenehm erinnernde Volksbefragung. Es berührt eigenartig, daß der Senat beteuerte, er werde schnellstens die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Volksbefragung schaffen, daß wir aber andrerseits schon seit 10 Jahren vergeblich auf ein Ausführungsgesetz zu dem betreffenden Artikel der Verfassung über das Volksbegehren warten.

In gleicher Weise wie Westberlin nimmt auch Ostberlin — darauf ist in diesem Zusammenhang großer Wert zu legen — immer noch eine Sonderstellung ein, die den Sonderstatus von Gesamtberlin berücksichtigt. Das Verhältnis zur DDR ist ähnlich wie dasjenige Westberlins zur Bundesrepublik. Wir wollen uns auch daran erinnern, daß in Ostberlin die SPD, in Westberlin die SED nach wie vor als Parteien zugelassen sind.

Das ist die rechtliche Lage, von der man bei einer Neuregelung des Berliner Status ausgehen muß. Welche politischen Folgerungen sollen wir ziehen?

Für jeden Ehrlichen und Klarblickenden dürfte es feststehen, daß eine schnelle politische Lösung der deutschen Frage in absehbarer Zeit ausgeschlossen ist. Was sollen wir nun tun? Ich denke, wir sollten versuchen, aus der Berlin-Krise für uns, nein für Deutschland, für die „Wiedervereinigung" — heute sagt man besser „Vereinigung" — das Beste zu machen.

Warum treten wir nicht selbst mit Vorschlägen hervor? Alle, nicht zum wenigsten Amerika, warten schon seit langem darauf. Bonn sagt zu allem nur nein und erweckt den Eindruck, als fürchte es nichts mehr als eine Einigung, die immer nur ein Kompromiß sein kann. Weder zur Wiedervereinigung noch zur Berlin-Frage hat man in den letzten Monaten irgendetwas Neues von Bonn gehört. Trotz allem ist in Berlin die Spaltung noch nicht so tief wie zwischen dem westlichen und östlichen Teilstaat. Berlin hat immer noch einen Sonderstatus. Heute kann man sagen, daß dieser Sonderstatus das letzte Symbol deutscher Einheit ist. Nur von hier aus, nur von Gesamtberlin als einem Modellfall kann die „Wiedervereinigung" ihren Anfang nehmen. Aus dem gleichen Grunde ist aber auch jede Neuregelung immer nur eine Übergangslösung. Und eine solche Übergangslösung kann nur ein Kompromiß sein, der dem Sicherheitsbedürfnis aller Beteiligten soweit wie möglich gerecht wird.

Anläßlich der Berliner Konferenz im Jahre 1954 habe ich im Kreis meiner politischen Freunde Folgendes vorgeschlagen, und ich habe diesen Vorschlag unmittelbar nach dem Ausbruch der letzten berliner Krise im Jahre 1958 erneuert:

1. Gesamtberlin, d. h. die drei Westsektoren und der Ostsektor, wird den Vereinten Nationen unterstellt.

2. Die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Gesamtberlins und seiner Zufahrtswege wird durch die bisherigen Kontrollmächte garantiert.

3. Die Besatzungsstreitkräfte der bisherigen Kontrollmächte werden durch internationale Polizeikräfte, die den Vereinten Nationen unterstehen, abgelöst.

Inzwischen hat man auch von Amerika Stimmen gehört, wie diejenige des Senators M a n s f i e l d , die dasselbe besagen. Schließlich kann ja auch niemand mehr an einem neuen Vertrag interessiert sein als gerade Amerika. Der jetzige Zustand ist eine immer neue Quelle der Unruhe und Unsicherheit. Nur wer Unruhe wünscht, kann diesen Zustand verlängern wollen. Der freie Zugang der westlichen Allierten beruhte ebenso wie das Verhältnis Westberlins zum Bund auf Gewohnheitsrecht und bot deshalb immer neue Reibungsflächen. Eine ausdrückliche und im einzelnen festgelegte Garantie wäre gerade für den Westen von großem Nutzen. Was kümmert es andrerseits deutsche Regierungen, auf welche Weise die Alliierten unter sich das Recht der Zufahrt für ihre Truppen oder Vertretungen regeln, zumal doch die Westberliner und Westdeutschen schon lange an den Zonengrenzen von der östlichen Volkspolizei kontrolliert werden und niemand mehr etwas dagegen einwendet? Natürlich würden die westlichen Alliierten bei der oben vorgeschlagenen Regelung zwar keine Kommandanten mehr, wohl aber diplomatische Vertretungen in Berlin unterhalten. Man könnte auch Kontingente der früheren Besatzungsmächte in die Polizeitruppen eingliedern.

Eine Trennung von der Bundesrepublik, wie wohl manche befürchten, würde die Regelung nicht bedeuten. Das bisherige Regierungs- und Verwaltungssystem bliebe, ebenso wie im Ostsektor, bis zur endgültigen Vereinigung der Stadt zunächst bestehen. Wohl aber könnte die bisherige Abhängigkeit von der Bundesrepublik, die für beide Teile nur drückend ist, allmählich beseitigt werden. Westberlin hat zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, aber um welchen Preis? Auch das war ein Widerspruch, daß man Westberlin zur Festung der Freiheit erklärte, gleichzeitig aber von der Geschäftswelt verlangte, daß sie sich für Berlin interessiert. Welcher Geschäftsmann nimmt schon ohne weiteres das Risiko der vordersten Linie auf sich? Es kann nicht geleugnet werden, daß die gefährdete Lage der Stadt oft zu üblen Erpressungen benutzt wurde, wie sie überhaupt zum Tummelplatz aller möglichen Abenteurer, Glücksritter, Agenten, Schieber und sonstigen dunklen Existenzen geworden ist.

Eine Internationalisierung der Stadt würde das Vertrauen der privaten Wirtschaft zu Berlin überhaupt erst begründen, während man es heute forcieren muß. Es wäre dann nicht mehr nötig, daß vorwiegend die öffentliche Hand mit ihrem bürokratischen Apparat Westberlin bewirtschaftet. Freilich wird auch Gesamtberlin zunächst der Hilfe bedürfen. Diese könnte mit einer internationalen Anleihe gewährt werden. Dann würde Westberlin der Krücken der einseitigen politischen Subventionen, Kredite und Steuervergünstigungen ledig. Die gesamtberliner Leistungsbilanz ist früher einmal positiv gewesen, obwohl Berlin an Gütern mehr einführte als ausführte. Entscheidend waren die Dienstleistungen, die mit Berlins zentraler Bedeutung zusammenhingen. Eine Internationalisierung der Stadt könnte seine zentrale Bedeutung wiederherstellen, auch ohne daß es zunächst Hauptstadt Deutschlands würde. Sicher würde der Ost-West-Handel sich ausweiten und Berlin einer seiner wichtigsten Märkte werden.

Auch innenpolitisch würde die Neuregelung heilsam sein. Heute haben wir in

Westberlin eine große Koalition der CDU und SPD. Eine Opposition gibt es im Parlament überhaupt nicht mehr, seitdem bei der letzten Wahl sogar die FDP durch ein erklügeltes Wahlsystem ausgeschaltet wurde. Ein solches System kann einer Demokratie auf die Dauer nicht bekommen. Es bedarf der offenen Kritik, wenn eine Demokratie nicht stagnieren oder gar versumpfen soll. Wenn alle Schwierigkeiten „intern bereinigt" werden, nur um äußerlich ein Bild der Einigkeit zu bieten, so untergräbt man damit unweigerlich die öffentliche Moral, ohne die man sich gerade dem Osten gegenüber am allerwenigsten behaupten kann. Man möchte hoffen, daß es eines Tages in Westberlin nicht mehr nur Außenpolitik, sondern auch wieder echte Innenpolitik geben wird.

Berlin muß das werden, was es einmal war, eine internationale Stadt, in der sich die Geister begegnen und anspornen und eine wirkliche Auseinandersetzung möglich ist anstelle der Propaganda, mit der man sich heute gegenseitig anschreit. Dann wird man es vielleicht auch wieder lernen, daß wir als Volk ein Volk der Mitte sind und unsere Aufgabe darum nur in der Vermittlung bestehen kann.

Dr. Elsa Hennings

Indien und China

Das moderne Indien und das neue China sind Resultate der gesamt-asiatischen Unabhängigkeits-Bewegung. Sie hat über eine Milliarde Menschen von der Herrschaft des weißen Mannes befreit und ihm den Anspruch auf ihre Rohstoffe und billigen Arbeitskräfte entzogen. In der politischen Arena bemüht man sich, die verschiedenen Wege Indiens und Chinas zur Lösung ihrer Probleme als einen Kampf um Ideologien hinzustellen, in welchem man wie bei einer Sportveranstaltung seinen Favoriten durch Doping und aufmunterndes Lärmen zum Sieg zu verhelfen versucht. Den Asiaten aber geht es nicht um ein Spiel mit Regierungs- und Gesellschaftsformen, sondern um das wirksamste Mittel, Hunger und Armut zu bezwingen. Die treibende Kraft ist der Bauer, der unberührt von politischen Egoismen eine Neuordnung der Verhältnisse im Dorf, eine Bodenreform verlangt. Anderthalb Milliarden Menschen leiden Hunger; er ist ein Weltproblem, an dessen Lösung sich viele Wissenschaftler beteiligen. Vor allem sind es Soziologen, Nationalökonomen, Mediziner, Pädagogen u. a., die, sei es als Mitglieder von UNO-Organisationen, so ECAFE (Wirtschaftskommission der UNO für Asien), FAO (Ernährung- und Landwirtschaftskommission), WHO (Weltgesundheits-Organisation) und andere, oder als Beauftragte von Universitäten und von privaten Gruppen wie der Ford- und der Rockefeller-Foundation, der National Planning Association in Washington, des Institute of Pacific Relations usw. ihre an Ort und Stelle gesammelten Erfahrungen in Expertisen veröffentlichen.

Infolge der phänomenalen Ergebnisse des chinesischen Experiments ist natürlich in den Berichten die Gegenüberstellung mit Indien ein Hauptthema geworden. Vergleichende Analysen weithin bekannter Fachleute liegen vor von René Dumont, Professor an der Ecole Nationale Suprème d'Agronomie zu Paris, von dem Pariser Nationalökonomen Professor Charles Bettelheim, der an der indischen Wirtschaftsplanung mitwirkte, von dem amerikanischen Soziologen Professor Sweezy, dem Schweizer Professor Fritz Wahlen und vielen

anderen; in keiner jedoch wird ein Zweifel daran gelassen, daß China seinen südlichen Nachbarn weit überflügelt habe. In einem Bericht der National Planning Association vom August 1959 werden Chinas Fortschritte „überwältigend" genannt; das den Volkskommunen innewohnende „dramatische Programm der industriellen Dezentralisierung" sei das „radikalste wirtschaftliche und soziale Organisationsprogramm, das je von einem großen Land, und dazu noch kurzfristig, unternommen wurde". Sweezy bemerkt, daß nach Aussage amerikanischer Indien-Experten „die wirtschaftliche Entwicklung vergleichsweise überwältigend günstig für China ist, sowohl im Hinblick auf die tatsächliche Leistung wie auf das Potential des weiteren Wachstums". Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß die beiden Länder, trotz vieler Ähnlichkeiten in ihrer sozial-ökonomischen Struktur einen sehr ungleichen Start hatten.

Indien war 1947 mit Dominion-Statut unabhängig geworden; abgesehen von der Umsiedlungs-Tragödie zwischen ihm und Pakistan waren das Land und seine Wirtschaft völlig intakt geblieben. Die Briten hatten ihnen ein ausgedehntes Bahnnetz, doppelt so groß wie das Chinas, hinterlassen; außerdem verfügte Indien über das größte durch Flüsse, Kanäle, Brunnen, Staubecken usw. bewässerte Areal der Erde. Es besaß ferner eine ganze Reihe gut entwickelter See- und Binnenhäfen, die den Krieg unbeschädigt überstanden hatten. Chinas Revolution aber endete im Jahre 1949 nach vierzehnjährigem Kampf gegen die japanischen Eindringlinge und anschließend dem vierjährigen verheerenden Bürgerkrieg inmitten totaler Zerstörung seiner ökonomischen Grundlagen. Sein Neubeginn konnte erst 1953, d. h. nach der Rekonstruktion einsetzen; doch nur drei Jahre hatte China gebraucht um (1956) seinen letzten Arbeitslosen unterzubringen — die UdSSR schaffte es infolge fortgesetzter feindlicher Invasionen erst in dreizehn Jahren — und leidet seitdem am anderen Extrem, dem steigenden Mangel an Arbeitskräften. Indien hingegen zählt heute schätzungsweise fünfzehn Millionen Arbeitslose in den Städten und das Mehrfache auf dem Lande. Damit verbindet sich eine erschreckende Not- und Berufsbettelei, und der Hunger, den man in China 1958 endgültig besiegte, ist nach wie vor Indiens eigentliche Lebenssituation.

Es wäre freilich zu simpel ausgedrückt, wollte man sagen, die gegensätzliche Entwicklung der beiden Staaten sei ausschließlich auf die Verschiedenheit ihrer Wirtschafts-Systeme zurückzuführen. Es kommt vielmehr auch auf die Beschaffenheit der Menschen an, die sie handhaben. Es ist nicht gleichgültig, ob sie Sand ins Getriebe streuen oder Maschinen verbessern helfen. Für die Chinesen war der Schritt zum Sozialismus — die Verwirklichung des Kommunismus liegt noch in unbestimmter Ferne! — verhältnismäßig einfach, weil er materiell den Bedürfnissen ihres Landes entsprach und ihre Religion nicht tangierte, welche im Ahnenkult und dem diesseitsbetonten Konfuzianismus besteht; er fragt nicht nach einem „System", sondern nach der moralischen Qualität der Regierenden. Das sozial und demokratisch gedachte, an den USA orientierte Kuomintang-System Chiang Kai-sheks, des Methodisten und einstigen Börsenagenten aus der verrufenen Stadt Shanghai, war schon früh dem Zweifel an der Redlichkeit seiner Funktionäre ausgesetzt, und das zu Recht, weil es sich als Sumpf von Korruption, Verbrechen und geldschweren ausländischen Wühlern entpuppte. Im Hinblick auf die Mentalität der Chinesen mußte es für alle Zukunft seine abschreckende Wirkung behalten. Seit Jahrtausenden sind Erscheinungen wie Korruption, Verbrechenshäufung und Unterdrückung — untrügliche Symptome des Verfalls eines Regimes — für die Chinesen das Signal gewesen, ihr Recht auf Revolution in die Tat umzusetzen; denn Konfuzius lehrte sie, daß die Obrigkeit einzig durch ihr sittliches Vorbild zum Herrschen legitimiert sei; entarte sie,

brauche man ihr nicht mehr zu gehorchen. Deshalb war Chiang Kai-shek bereits lange vor seiner Flucht nach Taiwan politisch ein toter Mann.

Die überlegene Moral der Chinesen wurde von Voltaire in die Worte gefaßt: „Sie haben eine vollkommene Sittenlehre entwickelt, und das ist die oberste der Wissenschaften". Leibniz, einer der größten Deutschen, verlangte, man solle nicht Missionare nach China senden, sondern sich Missionare aus China verschreiben, die uns Wege und Ziele ihrer Naturtheologie zu lehren hätten. Auch die überall bekannte Vertragstreue der Chinesen wurzelt in ihrer Moral. Bei dem einst über die sogenannten „Hong"-Kaufleute betriebenen internationalen China-Handel wurden selbst Millionengeschäfte durch bloßen Handschlag besiegelt und vorbildlich abgewickelt. Kein Wunder daher, daß die Chinesen beim Andringen neuzeitlicher Erkenntnisse das dem Konfuzianismus aufgestülpte Gestrüpp des Geister- und Dämonenglaubens als eine Verhöhnung ihrer Redlichkeit empfinden lernten. Denn die Wassergeister konnten keinen Brückenbau, keinen Stausee, keine Kanalisierung vollenden oder verhindern, die Erdgeister keine Kohleförderung und keine Deichbefestigung; Saat und Ernte gehorchten besser dem erkennbaren Naturvorgängen verpflichteten Menschengeist als den Horoskopen, Räucherungen und Opferungen der Priester. Die Unfähigkeit, ja, der Schwachsinn der Geister wurde so schlagend unter Beweis gestellt, daß sich meistens nur noch alte Leute an sie klammern. Schließlich aber verlautete auch von Protesten der Ahnen nichts mehr, wenn ihre den Feldbau behindernden Hügelgräber eingeebnet oder beim Reservoir-Bau vor der Überflutung ausgehoben und verlegt wurden.

Das moderne Indien mit einer Fläche von 3,29 Millionen qkm und 400 Millionen Einwohnern ist auf anderen Grundlagen als das neue China erwachsen. Zwar beläuft sich der Anteil der Landbevölkerung in beiden Staaten wie anderswo in Asien auf rund 80 %, in beiden stand die Mehrzahl der Bauern im Pächter- und Halbpächter-Verhältnis zu einem Latifundienbesitz, oder sie waren tagelöhnernde Landarbeiter, und in beiden schwankte die Belastung durch Naturalabgaben zwischen 50 und 70 %; Verschuldung, Auswucherung und Elend waren ebenfalls gleich, aber schon Bodenbeschaffenheit und Klima sind recht verschieden. Das chinesische Gebiet reicht im wesentlichen von der gemäßigten bis in die kalte Zone und nur im Süden mit einem Zipfel in die Subtropen hinein. Indien anderseits, ein Monsunland, wird vom Tropenklima beherrscht, das schon an sich die Arbeitsintensität vermindert, dazu aber gesellt sich der am Hinduismus haftende und vom Kastensystem gepflegte Standpunkt, daß Arbeit deklassiere. Die in unbeschreiblicher Armut dahinvegetierenden Landleute sind oft dermaßen unterernährt, daß ihnen die physische Kraft und, sofern sie im Pachtverhältnis stehen und wie die meisten überschuldet sind, auch die Lust fehlt, dem Boden abzuringen, was er hergeben könnte. Indien war mit seiner Bewaldung ebenso verständnislos umgegangen wie China, sein Holzeinschlag hatte ihm aber noch 14 % des Waldbestandes gelassen gegen nur 8 % in China. Sandwüsten besitzt Indien im Gegensatz zu China nicht; die Wüste Tharr ist Steppenwüste und leichter zu reaktivieren als die Gobi, in welche die Chinesen bereits ziemlich weit vorgerückt sind.

Auf dem Wege über die beschwerlichen Pässe des Himalaja wurde seit unvordenklichen Zeiten ein reger Waren- und Kulturaustausch unterhalten. Aus Indien kamen hauptsächlich Gewürze und Elfenbein, aus China Porzellan, Papier und Seide; beide tauschten Produkte ihrer hochentwickelten Handwerkskunst aus. Von Indien aus verbreitete sich im 13. Jahrhundert in China der Buddhismus; es war eine Auswanderung aus seinem Ursprungsland, wo er kaum noch eine Rolle spielt. Sie wurde übernommen von dem im Brahmanismus vorgebildeten Hin-

duismus, der heute verbreitetsten Religion Indiens. Er zeichnet sich aus durch einen unpersönlichen Obergott, zahlreiche Sondergottheiten, die Seelenwanderung und das Kastenwesen. Bei der Seelenwanderung handelt es sich um den Glauben, daß jedes Lebewesen sofort nach seinem Tode wiedergeboren werde; von seinem Verhalten im Leben hänge Form und Art des in der Wiedergeburt erlangten Daseins ab. Die zur Strafe oder zur Läuterung in verschiedene Seinsgestalten eingekörperte Seele findet am Ende ihre Erlösung in der Körperlosigkeit. Der Nicht-Inder fühlt sich vom Hinduismus verwirrt, denn Name, Eigenschaften und Wirkung der verschiedenen Gottheiten wechseln von Kaste zu Kaste, von Provinz zu Provinz, von Sprachgebiet zu Sprachgebiet. Wesentlich ist, daß der Hindu aus seiner Religion die Regeln für sein sittliches Verhalten zieht. Was er Gutes oder Böses tut, wird ihm für seine Wiedergeburt angerechnet.

Der Hinduismus kennt keine organisierte Priester-Hierarchie; die einzelnen Priester wirken frei und sind keinem Oberhaupt verpflichtet. Vierzig Prozent der indischen Bevölkerung bekennen sich zum Hinduismus. Außerdem gibt es noch eine starke Gruppe von Mohammedanern — man spricht von zehn Prozent —, sowie die Jains, die Sikhs, die Parsen, wenige Buddhisten, zahlreiche Juden und viele Christen. Da die Mehrzahl der Christen aus Hindus niedrigster Kaste und Kastenlosen besteht, wird ihr Ansehen durch diesen Zuwachs nicht gehoben. Wie es damit schon früher aussah, berichtet uns der als deutscher Missionar in Indien tätig gewesene Theologe Bartholomäus Ziegenbalg (1683—1719): „Die Heiden haben von dem gottlosen Lebenswandel der Christen eine ungemeyne Abscheu, also, dass sie meynen, es sey kein ärger und böser Volk in der Welt anzutreffen als die Christen, daher sie auch offtmalen gefraget, ob sie denn in Europa eyn eben solches böses Leben führten denn hier in Ostasien." Die gewohnten Spannungen zwischen Hindus und Mohammedanern blieben auch nach der Teilung des Landes bestehen; denn die Mohammedaner sind Fleischesser geblieben und können nicht umhin, von den heilig gehaltenen Kühen und Rindern zu schlachten, während der Hindu kein Tier tötet, um nicht eine Wiedergeburt zu töten. Daher muß ihnen jeder Mohammedaner als der potentielle Mörder einer Inkarnation gelten.

Das Kastenwesen ist eine Sonderform des Geburtsstandes. Ursprünglich beschränkte sich ihre Zahl auf vier, heute schätzt man sie auf dreitausend. Jede Kaste überläßt sich ihrer eigenen Auffassung vom Hinduismus unter gleichzeitiger Aufspaltung in eine unübersehbare Menge von Unterkasten. Sie stellen heute zwar im allgemeinen bloße Berufsgruppen dar, mußten sich aber zwangsläufig in gesellschaftliche Rangordnungen gliedern und eine sich gegen die andere abgrenzen. Man heiratet, speist, vergnügt sich, arbeitet nur innerhalb der eigenen Kaste. Eine Verletzung der Kastenordnung hat Ausstoßung im Gefolge. Wer keiner Kaste angehört, zählt zu den sogenannten „Unberührbaren", von denen sich der gläubige Hindu aus Angst vor magischer „Befleckung" fernhält. Die eine Klasse verunreinigt durch direkte Berührung, eine andere durch Annäherung; das Gesichtsfeld der höchsten Kasten muß ganz von ihnen freigehalten werden, und sogar ihr Schatten verursacht kultische Verunreinigung. Früher gab es bestimmte Gesetzesbestimmungen gegen sie, und wenn auch inzwischen deren Aufhebung erfolgte, so bestehen sie faktisch unverändert weiter. In seinem Reisebericht über „Indiens stille Revolution" schildert Hunck noch 1959 eine typische Begebenheit: Ein als Laufbursche in einem Privatunternehmen beschäftigter Unberührbarer, der lesen und schreiben, sowie gut englisch sprechen konnte, hatte um Verwendung in der Registratur gebeten. Die Angestellten der ganzen Abteilung wehrten sich jedoch gegen eine solche Zumutung, indem sie geschlossen in den Streik traten. Der Bursche mußte entlassen werden.

Diese Unberührbaren, von denen es zwischen fünfzig und sechzig Millionen gibt, sind die Elendesten der Elenden; wir haben keinen Vergleichspunkt für die Verachtung und Erniedrigung, der man sie lebenslang aussetzt; sie ist jeder Ethik entblößt. Versuche, sie irgendwo als Kleinbauern anzusiedeln, sind an ihrer Hilflosigkeit und Ängstlichkeit beim Hinüberwechseln in ungewohnte Verhältnisse gescheitert. Täglich verhungern Hunderte und Aberhunderte; ihre auf Straßen und an Wegen liegenden Leichen werden frühmorgens wie Schutt aufgelesen und ladungsweise abgefahren. Da aber die indische Verfassung ihnen das Wahlrecht zugestanden hat, können sie vermöge ihrer Zahl vielleicht mit Hilfe des Wahlzettels doch eines Tages eine Wende in ihrem Los herbeiführen. Befremdend ist das Zusammenspiel der vom Hinduismus vertretenen Toleranz mit der Brandmarkung vieler Millionen, der Heiligung von Tieren mit der Grausamkeit gegen Menschen. Ebenso befremdend sind das Nebeneinander von krassem Materialismus und ausgesprochenem Spiritualismus, von Händlergeist und dem Streben nach Entkörperlichung; befremdend ist der Einklang des Gebots der Gewaltlosigkeit mit der bei Polizei und Militär verblüffend rasch in die Tat umgesetzten Schießfreudigkeit, die, nennen wir nur die Vorgänge um Haiderabad, Kaschmir, Kerala und West-Bengalen, viel Blut hat fließen lassen, genau wie bei den nicht abreißenden Hungerrevolten. Mag sein, daß auch die Schüsse an der chinesischen Grenze darauf zurückzuführen sind.

Über die in sich selbst ruhende Gesellschaft des asiatischen Subkontinents war die britische Kolonialherrschaft hereingebrochen. Sie schuf einen Großgrundbesitz unter britischen Rechtsnormen, die den kleinen Bauern um seinen angestammten Rechtsschutz brachten und ihn schließlich ruinierten. Der Verwestlichung des Rechts folgte die Verwestlichung des Intellekts durch britische Schulen und Universitäten. Zugleich wurden die unzähligen Dialekte und selbständigen indischen Sprachen durch die englische Sprache überbrückt und so das Denken der Ober- und Mittelschichten mit einem Anteil von 5 % an der Gesamtbevölkerung in englische Bahnen gelenkt. G a n d h i berichtet in seinen Lebenserinnerungen, sein Ideal als Student sei der englische Gentleman gewesen, nur daß er Whisky trank und Beefsteak aß, erschien ihm inakzeptabel. N e h r u, dessen Vater der Prototyp des korrekten englischen Juristen war, hat ebenfalls eine Synthese von Ost und West vollzogen. Er bejaht den britischen Parlamentarismus und den rein weltlichen Staat; auch sein Verlangen nach einer asiatischen Monroe-Doktrin verrät westliche Züge. Andererseits folgt er der Gewaltlosigkeit Gandhis und seinem Spinnkult und zeigt in seinem Buch „The Discovery of India", wie lebendig in ihm die große indische Vergangenheit ist. Trotzdem erscheint es fraglich, ob die Art eines solchen Zusammenwachsens ohne Bruch erfolgt ist, und wahrscheinlich nennt man ihn nicht ganz zu Unrecht einen „Wanderer zwischen den Welten". Für das Land als Ganzes ist nicht die dünne Schicht verwestlichter Städter entscheidend, welche heute noch die soziale Entwicklung Indiens bestimmt, sondern die riesengroße Landbevölkerung, die kaum jemals ein fremder Hauch gestreift hat, sowie das Heer der städtischen und ländlichen Arbeitslosen.

Die indische Unabhängigkeitsbewegung war geführt worden vom „Kongreß", einer Organisation, in welcher die verschiedenartigsten politischen und sozialen Richtungen vertreten waren, darunter solche mit großen Namen wie Gandhi, Nehru Vater und Sohn, P a t e l usw. Ungeachtet ihrer oft gegensätzlichen Anschauungen und Interessen hatten sie sich der einen gemeinsam verfolgten Aufgabe, der Befreiung des Landes von der britischen Kolonialherrschaft, verschrieben. In dem Augenblick jedoch, da sie erfüllt war, stand die Kämpfergemeinschaft sozusagen im leeren Raum, denn sie hatte über den Forderungen des Tages versäumt, genau und wohlberechnet in die Zukunft hineinzuzielen. Da aber der Kon-

greß die einzige organisierte Partei war, wurde vorwiegend aus ihren Reihen auch die Regierung gebildet, ohne daß die Beteiligten eine klare Vorstellung über die Gestaltung des neuen Staates hatten, in dessen Gebiet sich 552 Fürsten teilten. Ihre Verlegenheit wird schon darin offenbar, daß man nach Auswechslung einiger Persönlichkeiten unbedenklich in den noch funktionierenden Verwaltungsapparat der Briten einstieg. Die einst so opferwilligen alten Kämpfer sicherten sich hohe Stellungen in der Regierung und der Wirtschaft. Sie waren saturiert, und ihr revolutionärer Schwung versandete in vulgärem Materialismus, der sich, ähnlich wie weiland bei den chinesischen Kuomintang, mit Eigennutz, Nepotismus und unbeschreiblicher Korruption verband zum Schaden für den Ruf der Kongreß-Partei. In den Wahlen von 1952 konnte sie aber trotz ihres gesunkenen Ansehens den Sieg erringen.

Die Massen waren enttäuscht vom Ausbleiben des nach der Befreiung erwarteten Goldenen Zeitalters und stellten resignierend fest, daß so ziemlich alles beim alten geblieben war, außer der sehenswürdigen Prachtentfaltung der Fürsten. Um dem aus vielen Einzelherrschaften bestehenden Land die gesamtstaatliche Einheit zu sichern, hatten die Fürsten, wenn auch nicht immer ganz freiwillig, die Hoheitsrechte über ihre Gebiete an die neue Zentralregierung abgetreten. Ihre Entschädigung erfolgte in Form von lebenslänglichen Apanagen, deren Höhe sich nach Umfang und Ertrag ihrer Territorien richtete. Gemessen an der Armut des Landes handelt es sich um enorme Beträge, um Trinkgelder freilich nur im Vergleich zu ihren einstigen Bezügen. Der ehemalige Herrscher von Haiderabad beispielsweise, der erst nach einer fünftägigen blutigen Polizeiaktion freiwillig seine Hoheitsrechte aufgegeben hatte, erhält jährlich fünf Millionen Rupien. Waren aber die Fürsten mit wenigen Ausnahmen schon vorher eifrige Verteidiger der britischen Herrschaft gewesen, so dürfte die Beschneidung ihrer Rechte und Würden sowie der Verlust ihrer einträglichen Privilegien sie dem neuen Indien kaum geneigter gemacht haben. Wenn trotzdem viele von ihnen im diplomatischen Dienst, in einflußreichen Stellen der Verwaltung und vor allem in der Armee ein Betätigungsfeld gefunden haben, so mögen sie dort vielleicht in der Hoffnung auf eine Schwäche der Zentralregierung ihre eigene Zeit abwarten wollen. Solange jedoch erweisen sie sich als willkommene Stütze des rechten Flügels der Kongreß-Partei, wenn es darum geht, den Regierungskurs an seine eigenen Interessen zu binden.

Indien hat sich unter seinem westdemokratischen System für eine „mixed economy" entschieden, in der es 1) staatliche Betriebe, 2) private Betriebe, 3) ko-operative Unternehmen gibt. In staatlicher Regie stehen heute erst 10 % der Unternehmen, hauptsächlich der Schwerindustrie; der Höchststand soll 20 % nicht überschreiten, so daß der privatwirtschaftlichen Initiative ein erheblicher Spielraum verbleibt, allerdings weniger für den westlichen Export. Seinen ersten Fünfjahresplan (1952/56) mit verhältnismäßig bescheidenen Zielen konnte Indien teils voll- teils übererfüllen. Er war ein ermutigender Auftakt und begann wieder etwas Hoffnung zu wecken. Die hohen Getreideimporte, die den schwindenden Devisenbestand stark belasten, mußten freilich laufend fortgesetzt werden. Der zweite, zu doppeltem Umfang hinaufgeschraubte Fünfjahresplan (1957/62) hingegen steht unter einem weniger günstigen Stern. Zunächst war gleich im ersten Jahr infolge des ausgebliebenen Monsunregens die Getreideernte ungünstig ausgefallen, so daß durch erweiterte Importe die Devisenreserven zusätzlich in Anspruch genommen werden mußten. Hier hat sich aber auch gezeigt, mit welcher Gleichgültigkeit die Bauern den ausgedehnten und besonders im ersten Plan mit gewaltigen Kosten erbauten Wasserspeichern gegenüberstehen. Entweder lassen sie während der Regenzeit den Abfluß geöffnet, oder sie bauen keine Neben-

kanäle zu ihren Feldern, oder die Eindeichung der Reisfelder ist so niedrig, daß vom Monsunregen nur wenig Wasser darin festgehalten wird. Doch wie will man stumpf gewordenen Analphabeten den Mechanismus von Bewässerungsanlagen verständlich machen?

Ferner litten verschiedene Industriezweige unter Importbeschränkungen. Warenmängel führten dazu, daß zum Beispiel etliche hunderttausend Paar Schuhe von den Bestellern zurückgewiesen wurden; und nachdem der chinesische Export im Osten an Boden gewonnen hat, stellten sich Schwierigkeiten im Absatz von Baumwollgeweben und Strickwaren ein. 1957/58 mußten Lebensmittel im Werte von 2,78 Milliarden Rupien eingeführt und die Aufwendungen zur Planerfüllung von 48 auf 45 Milliarden Rupien herabgesetzt werden; tatsächlich ist aber infolge des starken Preisauftriebs im Lande die Reduzierung wesentlich höher. Der Ertrag der Reis- und Weizenernte fiel von 28,3 Millionen Tonnen im Jahre 1953/54 auf 24,8 Millionen Tonnen im Jahr 1958. Der Aufbau der wichtigsten industriellen Großobjekte konnte nur mit Hilfe von Steuererhöhungen und umfangreichen Auslandskrediten fortgesetzt werden. Damit ist der Abbau der Devisenbestände jedoch nicht abgeschlossen, sondern nur zeitweilig unterbrochen worden. Schuldentilgung und Zinsendienst beginnen bereits eine wachsende Rolle zu spielen, so daß sich die ausländischen Wirtschaftshilfen wie Bleigewichte an Indiens Entwicklung hängen. Wenig vertrauenerweckend ist ferner die Höhe der Ausgaben für militärische Zwecke, die jetzt bereits 35 % des Gesamtetats ausmachen und weiter anwachsen sollen. Diese Aufrüstung kann für die Wirtschaft zu einer ernsten Gefahr werden, weil sie ihr unentbehrliche Investitionsmittel entzieht. Das dreimal so große China kam 1958 mit knapp 16 % aus und geht 1959/60 bei zahlenmäßig gleichbleibenden Aufwendungen, doch stark gestiegenem Gesamtetat auf 8 % herunter; die siebenmal so große UdSSR begnügt sich mit 13 %.

Die Kongreßpartei hatte nach der Befreiung eine Agrar-Reform in ihr Programm aufgenommen, das die Aufhebung der Feudalwirtschaften unter voller Kompensation vorsah. Sie war jedoch nach einem kurzen Anlauf praktisch steckengeblieben; ein die Natural- und Pachtzinsen beschränkendes Gesetz blieb toter Buchstabe, oder es kam nur dem Grundherrn zugute. Die Zentralregierung kann wenig an den Dingen ändern, weil es ihr in den meisten Fällen an ausreichender Exekutivgewalt fehlt. Bei den im Verlauf der Reformversuche geschaffenen Landstellen handelt es sich fast durchweg um Zwergwirtschaften von sehr fragwürdiger Rentabilität; die auf sie entfallenden, direkt an den Staat zu leistenden hohen Steuern tragen kaum zur Steigerung der Arbeitsfreude und damit der Produktion bei, auf die es doch gerade ankommen sollte. Dumont bemerkt dazu in seiner äußerst kritischen Studie: „Ich verbrachte den vergangenen Winter in Indien, um den Community Development Plan zu studieren. Die Atmosphäre glich der einer halben Hungersnot. Die Lebensmittelpreise steigen; bei dem Versuch sie zu stabilisieren verschwanden die Waren überhaupt aus dem Markt. Calcutta hatte besonders schwer zu leiden und erlebte im August/September 1959 Hungeraufstände, und das, obwohl 1958 ein gutes Monsunjahr mit Rekordernten gewesen ist. Dennoch kostete das Kilo Weizen im Februar eine Rupie! Wie ist das zu erklären?"

Ende April 1959 veröffentlichten dreizehn bekannte USA-Indien-Experten der Ford Foundation einen Bericht, in welchem sie ausführen, daß das Ernährungsproblem wie eine Kriegsoperation behandelt und der Landwirtschaft im laufenden Plan die Priorität vor dem industriellen Aufbau eingeräumt werden müsse. „Wie die Ford-Experten", fährt Dumont fort, „halte ich die gegenwärtige Situation für tragisch. Aber ein Preisgeben der Industrialisierung wird daran nichts

ändern. Um vernünftig zu planen, müssen wir zuerst untersuchen, was eigentlich schiefgegangen ist." Ein in Paris von Bettelheim geleitetes Experten-Kollegium rechnete unter die zahlreichen Ursachen der katastrophalen Lage der indischen Landwirtschaft noch folgendes: Es sei eine aus Sentimentalität geborene Illusion, daß die alten Produktionsbedingungen auf dem Dorf erhalten bleiben müßten und man die Bauern auf primitivste Art Seide spinnen und Garn aufspulen lasse, statt sie zur Verbesserung der Agrarwirtschafts-Methoden anzuhalten. Natürlich hätten sie daran wenig Interesse, solange ihnen das Land nicht gehört und ihre Arbeit gesellschaftlich als ehrenrührig gelte. Von eigener Initiative hätten nur andere den Nutzen. Die staatlichen Versuche, der landwirtschaftlichen Produktion durch den Einsatz moderner Maschinen einen Auftrieb zu geben, seien nach Vergeudung von Hunderten von Millionen fast alle gescheitert, weil es unter den rückständigen Bedingungen nicht gelungen sei, die Bauern aus ihrer Lethargie herauszureißen. Die seit der Befreiung entfachte „Grow More Food"-Kampagne hat, anders als ähnliche Massenbewegungen in China, so gut wie keine Resonanz bei den indischen Bauern gefunden.

In der Tat ist es schlecht bestellt um eine nationale Volkswirtschaft, in der es eine nur konsumierende und eine nur produzierende Schicht gibt, schlechter aber noch, wenn einem hohen Bildungsstand der nur Konsumierenden ein achtzig- bis fast hundertprozentiges Analphabetentum der Produzierenden gegenübersteht. Bei uns konnte noch um die Jahrhundertwende der deutschnationale Reichstagsabgeordnete v. Oldenburg-Januschau eine Verbesserung der Volksbildung mit den Worten ablehnen: „Zwei Ochsen vor dem Pflug und einer dahinter, das gibt die beste Furche". Heute hätte er mit dem menschenfreundlichen Grundsatz längst Konkurs anmelden müssen. Denn angesichts der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung auf allen Gebieten der Ökonomie, nicht etwa nur der Landwirtschaft, kommt es auf einen, den unerhört gestiegenen Ansprüchen angepaßten Bildungsstand gerade der Produzierenden an, wenn nennenswerte Erfolge erzielt werden sollen. In China und Indien war bei ihrer Befreiung das Analphabetentum ungefähr gleich hoch: fast hundert Propent auf dem Lande und in abgelegeneren Gebieten, in den Städten um achtzig Prozent. Indien war in der glücklichen Lage, von den Briten ein modernes Schulsystem aller Stufen und Grade übernehmen zu können, das es für seine verwestlichten Schichten ohne Eingriffe beibehalten konnte. Trotzdem wurden 1957 die Primärschulen von nur 27 Millionen, die Oberschulen von 9,5 Millionen Schülern, Universitäten, Colleges und höhere Fachschulen von 900 000 Studenten besucht. Infolge der Vernachlässigung aller technischen Fächer gab es 1957 nicht mehr als 9 778 Studenten an Ingenieurschulen und Techniken. An vielen Stellen ist das Niveau stark zurückgegangen und an einigen Universitäten die Disziplin zusammengebrochen. Trotz der niedrigen Zahlen gibt es viele brotlose Akademiker, vor allem in der Sechsmillionenstadt Calcutta.

Den Chinesen war es gelungen, bis 1959 die Zahl der Werktätigen in Stadt und Land, die unter 1500 Schriftzeichen beherrschen und noch als Analphabeten gelten, auf ganze sieben Prozent herabzudrücken; von der städtischen Bevölkerung Indiens aber können noch immer nicht mehr als 30 % lesen und schreiben, während sich auf dem Lande, die Musterdörfer ausgenommen, nur wenig geändert hat. Eine Ausnahme bildet der Staat Kerala mit nur fünfzig Prozent Analphabeten. Im ersten Fünfjahresplan war vorgesehen, daß 40 % aller Kinder eine Primärschule besuchen sollten, der zweite setzte die Zahl auf 60 % fest. Das Ziel wurde nicht erreicht, weil es an Lehrern und an Schulen fehlte und — vielleicht? — auch am Eifer. China zählte 1959 1) 810 000 Vollstudenten an Universitäten und technischen Hochschulen, 2) 12 900 000 Schüler an Oberschulen und höheren Spe-

zialschulen, 3) 90 Millionen Primärschüler und 4) 10 Millionen Freizeitschüler an höheren Schulen und Colleges. Für 1960 steigern sich die Zahlen zu 1) um 280 000, zu 2) um 5 400 000, zu 3) um 21 Millionen, zu 4) um 2 800 000. Die besonderen Freizeitschulen höherer Grade der Volkskommunen sind in diesen Zahlen nicht enthalten, ebenso nicht die extra eingeplanten 104 000 Studenten für landwirtschaftliche Hochschulen und Techniken. Das Niveau wird von Fachleuten überall als sehr hoch angegeben; es herrsche in Dorf und Stadt ein fanatischer Lerneifer, da man begriffen habe, daß man in der modernen Welt nicht mit dem Schwert, sondern mit einem gut funktionierenden Hirn den Sieg erringt.

Aber als sei dem jungen indischen Staat noch nicht genug an schwer zu bewältigenden Problemen in die Wiege gelegt worden, hat er sich auch noch mit einem wahren Sprachenbabel auseinanderzusetzen. In China war es nur eben am Rande aufgetaucht, denn seine zahlreichen nationalen Gruppen mit ihrem Anteil von rund fünf Prozent an der Gesamtbevölkerung würden gar nicht auf den Gedanken gekommen sein, die Erhebung einer ihrer Sprachen zur Nationalsprache zu verlangen. Die Zusammenlegung der vielen Fürstentümer Indiens zu fünfzehn Staaten, drei Territorien und dem Bundesdistrikt Delhi jedoch hat dem Land nicht zugleich auch die „Zusammenlegung" von 151 selbständigen Sprachen — die vierhundert Dialekte nicht gerechnet — eingebracht, so daß Indien noch keineswegs als geschlossener Volkskörper angesprochen werden kann. Der einzelne fühlt sich nicht in erster Linie als Inder, sondern eher einer Kaste, einer Religion, einem Sprachgebiet zugehörig. Es gibt daher noch keinen indischen Gemeinschaftssinn, ja nicht einmal das Streben danach. Die englische Sprache hatte ihr Gutes, und man beugte sich ihr, solange der Nimbus von etwas Göttlichem die weißen Herren umgab. Seit dieser indes hinter ihrem „Allzumenschlichen" entschwunden war, fing man außerhalb der anglophilen Kreise an, den Gebrauch ihrer Sprache als demütigend zu empfinden.

Nach Gandhis Überzeugung muß, damit ein Land zur Nation werde, seine Sprache im Volk wurzeln. Ein im Jahre 1949 vom Parlament ergangener Sprachenentscheid hat nun das von nur 23 Prozent der Bevölkerung gesprochene „Hindi" gewählt, welches nach fünfzehn Übergangsjahren, das ist 1964, als alleinige Landessprache eingeführt werden soll. Mittlerweile aber hat sich der Streit mit anderen Sprachgebieten schon manchmal bedenklich scharf geäußert, so daß am Horizont die Frage steht, ob sich bei verstärkten wirtschaftlichen oder politischen Zwangslagen nicht an der Sprachenfrage eines Tages eine Staatenfrage entzünden könnte. Man argumentiert gern, daß die 23 % Hindi Sprechenden nicht den übrigen 77 % ihre Sprache einfach aufdrängen dürften, besonders nicht den 20 % Urdu Nordindiens, obwohl es dem Hindi verwandt und heute die Hauptsprache Pakistans ist. Auch das südindische Gebiet der dravidischen Sprachen mit 22,8 % hat sich mit energischen Protesten gemeldet. Hinter dem Hindi steht freilich auch Nehru, der ebenso wie Gandhi die Notwendigkeit einer einheitlichen Landessprache betont, weil erst sie eine Gewähr dafür gebe, daß Indien zusammenhalte und alle seine Teile zu einem einheitlichen Ganzen werden.

Es würde indes auf eine Verzerrung der indischen Verhältnisse hinauslaufen, wollte man die Entwicklung des Landes ausschließlich an den Erfolgen der Chinesen messen. Es ist nämlich seit 1947 doch schon mancherlei Erwähnenswertes geschaffen worden: Gruben wurden erschlossen, Kraftwerke, große Stauanlagen, der neue Hafen von Kandla und eine Flugzeugproduktion aufgebaut. Am Transportnetz, der Ölerzeugung, der Post und Nachrichtenübermittlung usw. wird emsig gearbeitet; Fabriken sind entstanden für Düngemittel, Werkzeugmaschinen, Transformatoren, Kabel, Kraftwagen. Im Bau befinden sich drei große Stahlwerke, die eine Jahresproduktion von sechs Millionen Tonnen versprechen. Viel Beachtung

ist dem Gesundheitswesen geschenkt worden, besonders der Bekämpfung von Seuchen, ebenso dem städtischen Wohnungsbau, und in manche Dörfer hat man allerlei Annehmlichkeiten gebracht. Doch was meint der Fachmann gerade hierzu? Dumont zum Beispiel schreibt über die Dörfer: „Im ersten Dorf, das ich im Punjab besuchte — ein Paradedorf offenbar —, hatten die Straßen Ziegelpflaster, aber keinen Rinnstein; Brunnen waren gebaut worden, einer für jede Kaste, doch mit viel zu großen Ausgüssen, und dadurch hat man den Zement vertan, der dann für Rinnsteine fehlte. Zu einer Rutsche im Kinderpark war Stahl verwandt worden, der für zum Verzweifeln dringliche landwirtschaftliche Maschinen und Pflugscharen benötigt wird. Komfort hat offenbar Vorrang vor der Produktion. Indien versucht ein Wohlfahrtsstaat zu werden, bevor es dazu tragfähige Grundlagen schuf."

Da die Stahlwerke, Stauseen, die neuen Dörfer und anderes sich in der Weite des Landes verlieren, wirken sie weniger imponierend als das, was die Massen, die weder Zeitung, noch Radio, noch Fernsehen kennen, die vom Marxismus oder überhaupt von Ideologien keine Ahnung haben, auf mysteriöse Weise über Chinas Aufbau in Erfahrung zu bringen wissen. Von gut unterrichteten Indien-Reisenden, die ihre Landeskenntnisse nicht dem Händeschütteln mit der Prominenz oder dem Blick vom Diplomatensessel aus verdanken, sondern die unter das Volk, unter die Bauern, weitab von den großen Städten gegangen sind, um zu lernen, ob und wie sie der Weltlauf beschäftigt, kann man bemerkenswerte Dinge hören. Überall im Lande gehen kindlich vereinfachende Gerüchte um über die Erfolge in China, wo man den Boden der unersättlichen Grundherren unter die Bauern aufgeteilt habe, wo die Ernten dem Ackerbauer gehörten, wo Wucherer und Steuer-Erpresser verschwunden seien, und wo es keine knurrenden Mägen mehr gebe. Erbitterung herrsche über die Amerikaner und andere „weiße Teufel", welche die Bodenreform in Süd-Korea und Süd-Vietnam verhindert hätten und es auch in Indien versuchten. „Mit fast brüderlicher Hingabe verfolgen sie die Nachrichten aus China", heißt es zum Beispiel bei Herbert T i c h y , und „ich hörte in ihren drängenden Fragen mehr als nur eine Begierde nach sachlichem Wissen; ich merkte eine fast persönliche Sorge und einen persönlichen Stolz, wenn über China gesprochen wurde, das man nicht nach sachlichen, sondern nach gefühlsbetonten Werten maß. Noch liefen die Gedanken der Bauern in den Bahnen, die von den Göttern und den Großgrundbesitzern vorgezeichnet worden waren, aber gleichzeitig nehmen sie ihren Hunger und ihre Armut nicht länger als unabwendbares Schicksal hin, gegen das man nicht rebellieren dürfe . . . Die Vergangenheit ließ sich nicht plötzlich abschütteln, aber ihr Rücken strafft sich, und manchmal sehen sie fast aus, als wären sie bereit zu kämpfen . . . Unter dem zeitlosen Alltag regt sich leise eine neue und seltsame Unruhe."

Die unter dem Titel „The New India" erscheinenden offiziellen Rechenschaftsberichte der indischen Regierung sind immer ziemlich optimistisch gehalten, aber nach den Experten-Berichten liegt über Indien ein grauer und kein rosiger Schleier. Im Pariser Kolloquium wurde unumwunden von einem Scheitern des indischen Experiments gesprochen. Es habe scheitern müssen, weil die Vorbedingung einer Entwicklung der asiatischen Agrarländer, nämlich eine politische und soziale Umwandlung der Landwirtschaft, unerfüllt geblieben sei. Zwölf Jahre habe man geglaubt, Indien werde das klassische Beispiel für einen gewaltlosen Übergang in eine neue Zeit abgeben; der Glaube habe getrogen, und die Enttäuschung könne ein Unglück für das Land werden. Dumont fügt hinzu: „Die Haupthindernisse beruhen in der Tat nicht auf naturgegebenen Ursachen, sondern auf menschlichem Versagen. Die durch L o r d C o r n w a l l i s 1793 geschaffenen Großgrundbesitzer im Osten und Süden Indiens haben im Land nichts investiert, sie wurden reine

Parasiten. Der unveränderliche Kasten-Status schließt buchstäblich jede Aussicht auf ein Vorwärtskommen durch harte Arbeit aus, sie gilt als herabwürdigend. Es ist respektabler, überhaupt nichts zu tun, als die Landwirtschaft zu überwachen, vom Ackern überhaupt nicht zu reden. Ohne eine echte Agrarreform ist bei den Bauern kein Interesse für intensive Arbeit zu erwecken."

Obwohl man geneigt sein mag, das Verdikt der Experten anzuzweifeln, legt der Vergleich mit China doch einen ähnlichen Schluß nahe. Weitere Indizien lassen sogar den Verdacht aufkeimen, daß zu erwartende innenpolitische Schwierigkeiten auf das Gleis der Außenpolitik geschoben werden sollten. Hier ein paar Daten, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben scheinen: Am 14. Juli 1959 beantragte Indien, die Aufnahme der VR China als gleichberechtigtes Mitglied auf die Tagesordnung der am 15. September beginnenden Vollversammlung der UNO zu setzen; am 17. Juli wurde vom tibetanischen Landesparlament in Lhasa einstimmig die Aufhebung der Sklaverei beschlossen; am 30. Juli faßte das Zentral-Parlament in Neu-Delhi unter Verfassungsbruch den Beschluß, die rechtmäßig gewählte kommunistische Regierung des Unions-Staates Kerala abzusetzen; um die gleiche Zeit ging im Union-Staat West-Bengalen die Polizei unter rücksichtsloser Anwendung von Waffengewalt gegen Hunger-Demonstrationen vor, und am 6. August begannen wie aus blauem Himmel verantwortliche Politiker im Zentral-Parlament die VR China wegen angeblicher Grenzverletzungen mit ungewöhnlicher Schärfe der Aggression gegen Indien zu beschuldigen. Massendemonstrationen vor der chinesischen Botschaft, eine Presse-Kampagne — die man nur als pöbelhaft bezeichnen kann — das alles ist nach zweitausend Jahren freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Indien und China nicht ohne weiteres zu begreifen.

Wir wollen uns zuerst an das von Nehru Jahr für Jahr wiederholte Wort erinnern, daß die UNO ohne eine Teilnahme Chinas den ihr obliegenden Aufgaben nicht gerecht werden könne, und uns ferner erinnern, daß der rechte Flügel der Kongreß-Partei nicht viel im Sinn hat mit Nehrus Streben nach sozialer Gerechtigkeit, seinem „socialist pattern of society"; weniger noch wissen sie sich mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz zu befreunden, am wenigsten jedoch mit seiner Neutralitäts-Politik. Die Gruppe nähert sich darin auffallend den Vorstellungen des „Westens", besonders der USA, die im Vertrauen auf die Wirksamkeit ihres Embargos und des „contain China"-Hemmschuhs mit Jahrzehnten für die initiierende Aufbauarbeit Chinas gerechnet hatten, in denen Indien mit seinem vorwiegend privatwirtschaftlichen System zu einem Vorbild für die erwachenden Völker in aller Welt hätte werden können, und nun nach den Expertenberichten das Gegenteil erwarten durften. Wie sehr Indiens Neutralität den USA gegen den Strich geht, lehrte jetzt ihre Presse abermals. Man konnte dort Sätze lesen wie: „Nehru has at last been overtaken by the Nemesis of his neutralist attitude", und ergänzend in der Zeitung „World-Telegram and Sun" sogar, daß, wenn Indien die Notwendigkeit der Abkehr von der Neutralität, „this fact of modern political life" begriffen habe, „the whole free world may benefit."

Allein, man wollte es nicht bei gedruckten Ratschlägen bewenden lassen und schickte Ajub K h a n , den Selbstherrscher Pakistans, nach Neu-Delhi, um Nehru zum „modern political life" zu bekehren und ihn „im Interesse der Sicherheit Indiens" zum Beitritt in den SEATO-Pakt zu bewegen. Sehr zum Verdruß verschiedener Kongreß-Mitglieder verlief seine Mission erfolglos, aber man wagt heute noch nicht, die integre Persönlichkeit Nehrus direkt anzugreifen. Als man ihn 1958 aus gleichen Gründen mattzusetzen versuchte, schob man Antikorruption und Inflations-Gefahr vor; für seine Zurückhaltung im indo-chinesischen Grenzstreit hingegen erkor man Krishna M e n o n zum Prügelknaben. Nehru äußerte

zwar offen seinen Unwillen über die Vorfälle an der Grenze, für die er China verantwortlich hält, und erhob keinen Einspruch gegen die Mobilisierung der Armee; doch der Versuch, den Kalten Kriegern in aller Welt vor dem Besuch Chrustschows in den USA ein bündiges Argument gegen Koexistenz und Neutralität zu liefern, schlug fehl. Die hemmungslose Attacke gegen China sollte freilich nicht nur diese Dinge, sondern mit derselben Klappe noch weitere Fliegen schlagen: Man wünschte wieder eine Erhöhung der Mittel für militärische Zwecke, diesmal unter der Begründung einer Aggression Chinas, während früher die Aggressionsgefahr aus Pakistan, aus Kaschmir, die kommunistische Aufstandsgefahr in Kerala, die Hungerrevolten oder gewaltsame Auseinandersetzungen mit unzufriedenen Sprachgebieten dafür herhalten mußten.

Es ist übrigens nicht ganz von der Hand zu weisen, daß man mit der Befeindung Chinas den USA gefällig sein wollte, um sie der Hergabe weiterer Entwicklungshilfen in harten Dollars geneigt zu machen, und schließlich durfte man durch den „Aggressions"-Lärm erwarten, die in West-Bengalen auf Hungernde abgegebenen Schüsse, sowie den Verfassungsbruch in Kerala zu übertönen. Hören wir aber, was Mrs. Anne L. Strong, eine amerikanische Schriftstellerin und Journalistin, die China seit längerer Zeit kreuz und quer durchreist und viele scharfsinnige Berichte über ihre Erfahrungen veröffentlicht hat, uns über die ganze Angelegenheit zu sagen weiß. Im Juli und August 1959 befand sie sich in Tibet, wo sie die Feiern anläßlich der Sklavenbefreiung erlebte und dabei von den indischen Feindseligkeiten gegen China erfuhr. Sie schreibt: „Was hat China eigentlich verbrochen, daß man es plötzlich so schmäht? fragte ich mich. China, stellte ich nach einiger Überlegung fest, hat eines getan in diesem Gebiet: es hat die tibetanischen Sklaven befreit, die sich sofort in Bauernverbänden vereinigten und unter Freudenausbrüchen von einem bis zum andern Ende des Landes an die Arbeit auf ihren Feldern gingen. Sollte etwa zwischen dem zeitlichen Zusammentreffen der Sklavenbefreiung mit den indischen Beschuldigungen gegen China wegen der Vorfälle an der Grenze ein innerer Zusammenhang bestehen?"

„Indien war stets bestrebt gewesen, sich in Distanz von China zu halten, damit nicht die indischen Bauern durch den Ruf ‚the land to the tiller' und ‚free bread' aus ihrer Lethargie aufgerüttelt würden. Es suchte sich deshalb mit dem großen, dünn besiedelten tibetanischen Sklavenstaat eine Pufferzone gegen das Übergreifen der chinesischen Revolution zu schaffen. Schon 1950/51 bemühte sich Indien, die chinesische Befreiungs-Armee von Tibet fernzuhalten; als das aber mißlang, und als seit der Sklavengesetzgebung die Jubelgesänge der Befreiten vom Himalaja herüberhallten, fand Indien es geraten, durch einen physischen und emotionalen Sturm im Grenzgebiet das Tor zu Revolutionen zuzuknallen. Mir ging das von Washington erhobene ‚contain China'-Kreuzzugsgeschrei bei der Tibet-Rebellion im März 1959 durch den Kopf, das damals von Indien begierig aufgegriffen und seit dem 6. August mit Macht wiederholt wurde. Drei Wochen später fielen die ersten Schüsse, die andern am 21. Oktober. Die beiderseitigen Berichte darüber widersprechen einander; der Westen glaubt Indien, Chinas Ansicht hingegen wird nicht einmal erwähnt. Mir selber jedoch erscheinen die chinesischen Angaben glaubwürdiger, weil ich einiges über den moralischen Standard der Befreiungs-Armee kenne, und weil ich weiß, daß Washington Milliarden dafür ausgibt, um ‚around the rim of Asia' Unruhe zu stiften; sie wird einigen politischen Gruppen Indiens wegen ihrer Forderung nach Waffen von Nutzen sein und es ihnen damit leichter machen, die Kommunisten bei den kommenden Wahlen im Jahre 1962 zu schlagen und vielleicht sogar eine Diktatur gegen Nehru zu errichten. Doch das sind nur meine persönlichen Vermutungen, denn beweisen lassen sie sich nicht."

Keinem Staat kann das Recht streitig gemacht werden, im Interesse der Erhaltung seiner Ordnung den Ausstrahlungen einer Revolution im Nachbarland entgegenzuwirken, folglich auch dem bürgerlichen Indien nicht seine Abwehr kommunistischen Ideenguts aus China. Daß sich Indien jedoch in seinen Mitteln vergriffen hat, wurde ihm an den Ergebnissen der am 1. Februar 1960 in Kerala, von bürgerlicher Seite fast ausschließlich unter Losungen gegen China durchgeführten Neuwahlen wahrhaft exemplarisch vor Augen geführt. Gewiß erlitten die Kommunisten, äußerlich gesehen, eine schwere Niederlage, da ihre Mandate von 65 auf 31 zurückgingen und sie in der Regierung nicht mehr vertreten sind. Dieses Resultat beruht indes nicht auf einem Niedergang des Kommunismus, sondern auf einer eigentümlichen Wahl-Arithmetik. Das tatsächliche Kräfteverhältnis hingegen zeigt sich bei der Betrachtung des auf die Kommunisten entfallenden Stimmenanteils. Er stieg nämlich von 35,28 % im Jahre 1957 auf jetzt 43 %, und das, obwohl Kerala die Hochburg des militanten Katholizismus in Indien ist und man die Wähler u. a. durch Drohungen mit Entzug der für dieses Notstandsgebiet lebenswichtigen, in Reiszuteilungen usw. bestehenden Hilfen unter Druck gesetzt hatte. Den bürgerlichen Parteien Keralas hat das Wahlergebnis eine Bewährungsfrist von zwei Jahren bis zu den all-indischen Wahlen geschenkt.

Indien hatte nach den Vorfällen seine Devisenreserven mit ausländischem Beistand wieder auffüllen können. Dumont aber meint: „Indien verläßt sich viel zu sehr auf Hilfe von außen; sie kann aber niemals an die Stelle eigener Anstrengungen treten. Aber auf die Dauer kann Indien ohne Entwicklung vermutlich nicht überleben . . . China wird uns bald zwingen, mit dem Studium dieser Probleme ganz von vorn zu beginnen. Werden wir es nachdrücklich und rechtzeitig tun können?"

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufforderung zum Angriffskrieg

William S. Schlamm reist weiter durch die Bundesrepublik. Er schmäht nicht nur seinen Präsidenten Eisenhower als einen billigen Friedensfürsten, der den atomaren Krieg für undenkbar erklärt, er betet auch — nach seinen eigenen Worten — für die deutsche Nation, die in der akuten Gefahr stehe, auf der Gipfelkonferenz verkauft zu werden. Dagegen empfiehlt er konsequente weitere Aufrüstung und eine Politik der Stärke, die es den verbündeten Mächten, USA und Bundesrepublik, erlaube, ernsthafte ultimative Forderungen an die Sowjetmacht zu stellen.

Über die schon sehr deutlichen Empfehlungen in den letzten Kapiteln seines Buches hinaus, hat er bei seinem 34. Auftritt, in Wuppertal am 6. April, brutal offen erklärt, wenn die Sowjetmacht auf ein solch' ernsthaftes Ultimatum nicht hinter ihre Westgrenzen zurückgehe, müsse eben marschiert werden. Von Verteidigung und Präventivkrieg ist keine Rede mehr. Er fordert jetzt zum Angriffskrieg auf. Den Deutschen mutet er zu, die Spitze eines aggressiven Stoßkeils zu bilden. Das Harakiri und die Totalkatastrophe für die deutsche Nation kümmern ihn nicht.

Es bleibt kein Zweifel übrig, daß William S. Schlamm entgegen dem Grundgesetz zum Angriffskrieg auffordert. Bundes- und Landesminister sollten jetzt Gelegenheit nehmen,

sich eingehender um ihn zu kümmern. Sie stehen dabei unter einem unbestreitbaren Verfassungsgebot. D. Red.

Im nachfolgenden einige Pressezitate:

1)

„Es wäre Lumperei", schrie er in Velbert, „die Gewaltanwendung gegen Hitler zu bejahen und sie gegen Chrustschow zu verneinen."
(Süddeutsche Zeitung vom 9. April 1960).

2)

„Weicht der Russe, konfrontiert mit unserer Befreiungsentschlossenheit, nicht zurück, dann — dann müssen wir, nach Jahren der Vorbereitung, marschieren. Das Wort von der Befreiung kann keine faule, zynische Stimmung sein. Es gibt Dinge im Leben, die wichtiger sind als der Friede."
(Wörtliches Zitat aus der Rede von William Schlamm am 6. April in Wuppertal. Siehe aus „Deutsche Woche" vom 13. April 1960 — Streitgespräch Kuby-Schlamm).

3)

„Der Westen muß entschlossen sein, die vom Kommunismus eroberten Gebiete zu befreien, die Sowjetunion in ihre Grenzen von 1938 zurückzuwerfen und auch bereit sein, für dieses Ziel der Befreiung zu den Waffen, zum Angriffskrieg, zum „Befreiungskrieg", wie Schlamm es nennt, zu greifen . . ."
(„Die Welt" vom 8. April 1960)

4)

„Wir wollen mehr als Schmerzlosigkeit, wir wollen Freiheit, die Freiheit des Westens. Ich bin entschlossen, die russischen Truppen hinauszudrängen bis hinter die Grenzen von 1937. Ich kann keine Daten nennen, aber ich bin entschlossen, es geht um unsere Lebensentscheidung: Bleiben wir bei unserer Überschätzung des Physischen, oder haben wir einen Begriff vom Menschen und vom menschlichen Schicksal, der über das Physische hinausgeht? Und wollen wir den verteidigen gegen den Kommunismus? Es geht um das Überleben unserer Zivilisation. Der Mensch ist geboren, um zu wählen, um richtig zu wählen. Wählen Sie richtig!"
(Deutsche Woche vom 13. April 1960).

Der Wortlaut des Kommuniqués nach den Gesprächen Chruschtschows mit de Gaulle

„Auf Einladung des Präsidenten der Französischen Republik, General de Gaulle, hielt sich der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Herr Nikita Sergewitsch Chrustschow, vom 23. März bis zum 3. April 1960 in Frankreich auf. In seiner Begleitung befanden sich folgende Herren: der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, A. N. Kosygin, Außenminister A. A. Gromyko, der Präsident der Staatskommission für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland des Ministerrates der UdSSR, G. A. Schukow, der Chef des Generaldirektoriums für die Nutzung von Atomenergie beim Ministerrat der UdSSR, W. S. Jemeljanow, die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Nationalitätenrates des Obersten Sowjets der UdSSR, Frau O. I. Iwaschtschenko, das Mitglied der Akademie des sowjetischen Gesundheitsministeriums, A. Markow, und der sowjetische Botschafter in Frankreich, S. A. Winogradow.

Während ihres Staatsbesuches unternahmen Herr Chrustschow und seine Begleitung eine Rundreise durch Frankreich, die ihnen einen Einblick in verschiedene französische Industrieunternehmen, wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen vermittelte sowie Gelegenheit zu Zusammenkünften mit Vertretern der verschiedenen Schichten der französischen Bevölkerung gestattete.

In Paris und Rambouillet führten Staatspräsident de Gaulle und Ministerpräsident Chrustschow Besprechungen, an denen zeitweise auch Ministerpräsident Debré, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion, Kosygin, sowie die Außenminister Couve de Murville und Gromyko teilnahmen. Die sowjetischen Regierungsmitglieder Kosygin und Gromyko sind auch mit Finanzminister Baumgartner und Couve de

Murville zusammengetroffen und haben mit ihnen gewisse Aspekte der französisch-sowjetischen Beziehungen geprüft.

Die Besprechungen erstreckten sich auf die anstehenden internationalen Fragen im Lichte der kommenden Gipfelkonferenz zwischen den Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sowie auf die Entwicklung der französisch-sowjetischen Beziehungen.

Beide Seiten stellten fest, daß die Pflege der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit sowie Bemühungen um ein besseres gegenseitiges Verstehen zu einer Minderung der internationalen Spannung und der Festigung des Friedens in Europa und der Welt beitragen würden.

General de Gaulle und Herr N. S. Chrustschow führten einen Meinungsaustausch über das Abrüstungsproblem. Sie bekräftigten, daß die Abrüstung das wichtigste und dringlichste Problem unserer Zeit ist. Sie gaben dem Wunsch Ausdruck, daß die gegenwärtigen Zehnmächteverhandlungen in Genf zu einer gewissen Übereinstimmung in Punkten der Frage der allgemeinen und umfassenden Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle führen mögen.

Der Präsident der Französischen Republik und der Vorsitzende des Ministerrates der Sowjetunion erörterten auch die Möglichkeiten für eine Lösung auf Deutschland bezüglicher Fragen einschließlich der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Berlinfrage. Beide Seiten legten in umfassender Weise ihre Standpunkte dar. General de Gaulle und N. S. Chrustschow kamen zu der Auffassung, daß eine schrittweise Regelung dieser Fragen auf der Basis von Übereinkünften auf dem Verhandlungswege von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung und Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt sein würde.

Im Verlauf der Besprechungen haben beide Seiten das Problem der Konsolidierung des Friedens in Europa untersucht, der sie besonderes Gewicht beimessen. Sie haben dabei die Überzeugung ausgedrückt, daß die Stärkung der europäischen Sicherheit im Interesse beider Staaten wie auch der übrigen Völker Europas läge.

General de Gaulle und Herr Chrustschow haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die französisch-sowjetischen Handelsbeziehungen im Laufe der letzten Jahre eine günstige Entwicklung zum Nutzen beider Länder genommen haben. Die merkliche Zunahme des Handels zwischen der UdSSR und Frankreich ist in erheblichem Maße durch den Abschluß und die zufriedenstellende Durchführung langfristiger Abkommen gefördert worden.

General de Gaulle und Herr Chrustschow halten es im beiderseitigen Interesse für möglich und auch für zweckmäßig, für die kommenden Jahre eine wesentliche Intensivierung des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern ins Auge zu fassen. Dieser Zielsetzung würde der Abschluß eines Handelsabkommens auf längere Sicht entsprechen. Das gegenwärtige Abkommen wurde für die Zeit von 1960 bis 1962 abgeschlossen, es sind darin die beiderseitigen Ein- und Ausfuhren bis zum Ende des nächsten Jahres genau vorgesehen.

Es wurde vereinbart, daß im Laufe des Jahres 1960 Sachverständige zusammentreten und über den Güterverkehr nicht nur für 1962, das letzte Jahr des zur Zeit laufenden Vertrages, sondern darüber hinaus für die nächsten drei Jahre verhandeln sollen. Auf diese Weise kann, vom Ende des laufenden Jahres an gerechnet, der gegenseitige Warenverkehr für die nächsten fünf Jahre, also einschließlich des Jahres 1965, überblickt werden.

Es wurde festgestellt, daß die Intensivierung des beiderseitigen Warenverkehrs in starkem Maße von der Vielseitigkeit seiner Gestaltung abhängen werde. In diesem Zusammenhang würden Marktforschung in beiden Ländern unter jeweils voller Mitwirkung der staatlichen Behörden zu einem Erfolg der in Aussicht genommenen Verhandlungen beitragen. Auf diese Weise ließe sich der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern im Verlaufe der kommenden Jahre erheblich verstärken. General de Gaulle und Herr N. S. Chrustschow bekundeten ihre Absicht, auch auf den Gebieten der wissenschaftlichen Forschung und der friedlichen Nutzung der Atomenergie verstärkten Austausch zu pflegen.

Im Verlaufe ihrer Gespräche haben General de Gaulle und N. S. Chrustschow festgestellt, daß persönliche Kontakte die Herstellung und Vertiefung des Vertrauens und gegenseitigen Verstehens zwischen den führenden Staatsmännern gestatten und dadurch in wirksamster Weise dazu beitragen, wünschenswerte Fortschritte auf dem Gebiet der

Einigkeit und des von den Völkern heiß ersehnten Weltfriedens zu machen. Mit Befriedigung sehen sie der Gelegenheit entgegen, ihre Gespräche zusammen mit Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan auf der kommenden Gipfelkonferenz fortzusetzen, die durch das Nachlassen der internationalen Spannungen ermöglicht wurde. Die beiden Regierungen hoffen, daß die Ergebnisse der Gipfelkonferenz ein weiteres Nachlassen der internationalen Spannung im Gefolge haben werden.

Der Präsident der Französischen Republik und der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR wurden sich darüber einig, daß die anstehenden internationalen Fragen friedlich auf dem Verhandlungswege und nicht unter Anwendung von Gewalt gelöst werden müssen. Chrustschow hat General de Gaulle zu einem offiziellen Besuch der Sowjetunion eingeladen. Der Präsident der Französischen Republik hat die Einladung mit Vergnügen angenommen. Der Zeitpunkt des Besuches wird auf diplomatischem Wege festgelegt werden."

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. April 1960.

Auszug aus der Rede Chruschtschows vor der Pariser Handelskammer am 24. März 1960

Die Hauptprinzipien der Politik der friedlichen Koexistenz wurden vom Begründer des Sowjetstaates, Wladimir Iljitsch L e n i n , aufgestellt. Lenin hat, mit aller Entschiedenheit die Politik der Friedensliebe verkündend, stets die Notwendigkeit und die außerordentliche Bedeutung friedlicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen Sowjetrußland und den kapitalistischen Ländern betont. Er sagte: „Man kann zwar darüber . . . streiten, kann sich zanken, kann in verschiedenen Kombinationen auseinandergehen, es ist sogar durchaus wahrscheinlich, daß es zu einem Auseinandergehen kommen wird —, aber zu guter Letzt wird sich doch diese grundlegende wirtschaftliche Notwendigkeit selbst ihren Weg bahnen."

Wir setzen unentwegt die Politik des großen Begründers des Sowjetstaates fort und werden sie auch weiterhin fortsetzen.

Friedliche Koexistenz ist heutzutage schon nicht mehr nur eine politische Doktrin, nicht nur das außenpolitische Programm eines Staates oder einer Staatengruppe. Beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt und bei dem Stand, den die militärische Technik jetzt erreicht hat, ist friedliche Koexistenz eine reale Tatsache geworden und zugleich eine gebieterische Notwendigkeit für alle Staaten, vorausgesetzt natürlich, daß nicht bewußt darauf ausgegangen wird, die Menschheit in den Abgrund eines atomaren Weltkrieges zu stürzen.

Keine Kriege mehr

Auf der Genfer Abrüstungskonferenz hat der polnische Delegierte heute darüber Spekulationen angestellt, wie die Welt nach der Verwirklichung des sowjetischen Abrüstungsplans aussehen würde. Er meinte, wenn dieser Plan verwirklicht würde, gäbe es keine Waffen und daher auch keine Kriege mehr, so daß die von den Westmächten geforderten internationalen Polizeistreitkräfte für die Erhaltung des Friedens gar nicht mehr nötig wären. Die Vereinten Nationen seien vollkommen genügend ausgerüstet, um nach der Abrüstung die Erhaltung des Friedens zu gewährleisten.

Neue Zürcher Zeitung vom 2. April 1960

Verständigung der Atommächte

. . . Der Gegenvorschlag, zu dem Washington jetzt bereit ist, deckt sich weitgehend mit englischen Gedanken und unterscheidet sich von dem Vorschlag der Russen nur in Einzelheiten. Senator H u m p h r e y hat einen fast mit dem neuen englischen Abrüstungsplan identischen Vorschlag schon vor einem halben Jahr gemacht. Jetzt haben sich ihn die Sowjets zu eigen gemacht, indem sie, wie man in Washington anerkennt, dem Westen mehr als auf halben Wege entgegengekommen sind. Zum erstenmal seit anderthalb Jahrzehnten öffnet sich für die Menschheit der Ausblik auf eine Verständigung der Weltatommächte, dem nuklearen Wettrüsten Einhalt zu gebieten. . . . Die Sowjets haben die folgenden Zugeständnisse angeboten, die eine Ablehnung wieder zunichte machen würde: Sie sind bereit, westliche Inspektoren in die Sowjetunion hineinzulassen. . . . Sie schließen

sich der westlichen Trennung in kontrollierbare und unkontrollierbare Versuche an, schlagen nur für erstere einen Verbotsvertrag vor und wünschen für die letztere Kategorie eine freiwillige Enthaltung von Tests für mindestens vier bis fünf Jahre. . . . Eine neue Tatsache der Weltpolitik ist entstanden: Man glaubt in Washington, daß die Sowjetunion ernstlich den Vertrag will, und man ist übereingekommen, in ihm mehr Nutzen als Schaden für sich selbst zu sehen.

Die Welt vom 28. März 1960

Zweimal Adenauer

Am 4. April 1960 — kurz nach der Rückkehr von seiner „Kleinen Weltreise" — sagte Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Deutschen Fernsehen:

„Ich kann Ihnen nur das eine sagen, meine Damen und meine Herren, daß ich mit diesen Besprechungen außerordentlich zufrieden gewesen bin, sowohl mit der Besprechung mit Präsident Eisenhower wie mit Staatssekretär Herter, aber auch mit den Besprechungen mit den maßgebenden Politikern der beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten, mit denen ich sämtlich, von New York angefangen bis nach San Franzisco, gesprochen habe. Ich war sehr befriedigt von allem, und gerade vor der Gipfelkonferenz, die ja, wie Sie wissen, am 16. Mai in Paris beginnt, schien es mir sehr notwendig zu sein, unsere Meinung noch einmal in den Hauptpunkten klarzulegen, die Meinung der Vereinigten Staaten zu hören und feststellen zu können, daß wir eben in allen diesen Sachen einig waren".

Entsprechend diesen Worten des Bundeskanzlers war anzunehmen, daß zwischen ihm und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Am 12. April 1960 erklärte der Bundeskanzler vor Mitgliedern des Presseclubs in Bonn:

„Die Weltlage ist außerordentlich ernst und schwankend",

und als Ergebnis seiner kürzlichen Amerika- und Japan-Reise betonte derselbe Kanzler wiederholt, daß die Welt Deutschland für diese schwankende und gefährliche Situation verantwortlich mache.

Dr. Adenauer meinte dann im Zusammenhang mit dem Moskau-Besuch Macmillans und dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow in den USA, man müsse mit einer entscheidenden Wende in der ganzen Weltpolitik rechnen, und es hätten sich Änderungen bereits abgezeichnet. Ob sie (die Änderungen) zu unserem Vorteil oder zu unserem Nachteil seien, lasse sich heute noch nicht sicher sagen.

Was ist nun richtig? Die Erklärung des Bundeskanzlers vom 4. April oder jene vom 12. April 1960?

SPD-Pressedienst vom 13. April 1960

Verständigung darf nicht sein

Die Außenpolitik Konrad Adenauers beruht auf der Vorstellung und der Annahme, daß es keine Verständigung zwischen West und Ost, zwischen der Freien Welt und dem Sowjetimperium geben kann und geben darf. Sie bestreitet die Möglichkeit sinnvoller Verhandlungen mit der Sowjetunion, sie sieht darin schon im Grunde eine Kapitulation vor dem Osten. Deshalb müssen die Begegnungen der führenden Staatsmänner des Westens mit Chrustschow dem Bundeskanzler gefährlich erscheinen. Zu seinem eigenen Schaden, aber auch zum Schaden der ganzen deutschen Sache, hat Adenauer damit eine Lage herbeigeführt, in der die Haltung der Bundesregierung als ein Hindernis für die allgemein gewünschte Entspannung angesehen wird.

Hier liegt die eine Ursache dafür, daß man, wie der Kanzler mit Recht bedauerte, in der Welt heute Deutschland als die Hauptursache für den anhaltenden Unfrieden in Europa ansieht. Es ist nicht die Haltung der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, die sich wie alle anderen Völker nach Frieden und Wohlstand sehnt, die im Ausland kritisiert wird, sondern es sind jene Zielsetzungen der Bonner Politik, die darauf schließen lassen, daß die Bundesregierung nicht gewillt ist, die Folgen des verlorenen

Krieges auf sich zu nehmen. Der Vorrang, den die Bundesregierung — zugegebenermaßen auf Drängen der Westmächte — der Wiederbewaffnung Westdeutschlands gegeben hat, wirkt sich verhängnisvoll aus.

Frankfurter Rundschau vom 14. April 1960

Nehru warnt vor deutschem Militarismus

Der indische Ministerpräsident N e h r u äußerte am Dienstag die Überzeugung, daß die Deutschland-Frage das wichtigste Thema auf der Gipfelkonferenz zwischen Ost und West im Mai sein werde. Der indische Regierungschef, der vor dem Indischen Rat für internationale Beziehungen sprach, warnte vor einer Wiederbelebung des deutschen Militarismus, den er als eine Gefahr für den Weltfrieden bezeichnete. Nehru sagte, zahlreiche europäische Staaten hätten Deutschlands Rolle in zwei Weltkriegen noch nicht vergessen. Die Freunde des deutschen Volkes fragten sich ängstlich, ob sich die Geschichte wiederholen werde.

Stuttgarter Zeitung vom 7. April 1960

SED-Deutschlandplan

In einem Offenen Brief Walter U l b r i c h t s „An die westdeutschen Arbeiter" legte das SED-Zentralkomitee zu Ostern einen sogenannten „Deutschlandplan des Volkes" vor, der sofort in Bonn und Berlin abgelehnt wurde. Vier Wochen vor Beginn der Gipfelkonferenz in Paris wird die westdeutsche Arbeiterschaft in dem Plan aufgefordert, das politische System in der Bundesrepublik zu ändern und so eine Verständigung mit der DDR zu erzwingen. Der SED-Plan enthält die schon bekannten Vorschläge Pankows für eine „deutsche Konföderation", einen „gesamtdeutschen paritätisch zusammengesetzten Ausschuß", gemeinsame Beratungen über einen Friedensvertrag und den Verzicht „beider deutscher Staaten" auf Atomrüstung und Anlage von Raketenbasen.

Für das deutsche Volk, so heißt es in dem vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" veröffentlichten Plan, gebe es nur drei Alternativen: Krieg, Vertiefung der Spaltung Deutschlands oder Verständigung. Diese dritte Alternative sei der „nationale Kompromiß" und damit „das A und O der friedlichen Wiedervereinigung der deutschen Nation". Der Kompromiß sei deshalb notwendig, weil die Bürger in der DDR „längst und endgültig über ihre staatliche und gesellschaftliche Ordnung entschieden" und keine Einmischung von seiten der Bundesrepublik duldeten.

Über die Ordnung im Bundesgebiet sollte, so heißt es, die Bevölkerung Westdeutschlands nach eigenem Ermessen entscheiden. Die beiden gesellschaftlichen Systeme könnten dann in „friedlicher Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten" miteinander wetteifern. Die SED versichert dabei, sie werde alles tun, um „durch die Entfaltung des Sozialismus in der DDR den Beweis zu erbringen, daß das ganze deutsche Volk in Frieden, Wohlstand und Glück leben" könne. Der „Sieg des Sozialismus" in der DDR werde auch den „nationalen Kompromiß" erleichtern.

Zur Berlin-Frage spricht der SED-Plan von einer möglichen Zwischenlösung. Die Bedingungen der SED hierfür sind, „daß West-Berlin nicht mehr als Basis für Sabotage, Störtätigkeit, Kriegsprovokationen und sonstige Formen des Kampfes gegen die DDR, die Sowjetunion und andere sozialistische Länder mißbraucht werden kann". Diese Lösung müsse „auch die stufenweise Verminderung der militärischen Kräfte und die schrittweise Aufhebung des Besatzungsstatuts umfassen".

Der SED-Plan wendet sich scharf gegen den Vorschlag einer Volksabstimmung in West-Berlin und droht mit der Möglichkeit einer Abstimmung über das Schicksal West-Berlins in der DDR. „Wenn schon abgestimmt werden soll, dann könnte die ganze Bevölkerung der DDR, zu deren Territorium West-Berlin gehört, mit viel mehr Recht über die Lösung der West-Berlin-Frage abstimmen.

Die Bundesregierung wird erneut beschuldigt, die gewaltsame Eroberung der DDR zu planen, auf alle Fälle aber die Spaltung Deutschlands verewigen zu wollen. Der SPD wird vorgeworfen, sie habe durch das Zurückziehen ihres Deutschland-Planes Bundeskanzler A d e n a u e r „das Feld überlassen".

Abschließend wird der Plan als „nationaler Kompromiß" bezeichnet. Durch ihn solle „trotz der Verschiedenheit der Gesellschaftsordnungen in einer deutschen Konföderation die maximale Annäherung der beiden deutschen Staaten und ihre friedliche Zusammenarbeit zur Überwindung der Spaltung gesichert werden . . ."

Frankfurter Rundschau vom 19. April 1960

Selbstbestimmung — ein neues Schlagwort

Das überparteiliche, unter seinem geschäftsführenden Präsidenten Dr. W. W. Schütz äußerst aktive Kuratorium „Unteilbares Deutschland" hat nach Fühlungnahme mit den politischen Parteien eine groß angelegte „Aktion Selbstbestimmung" beschlossen. Anfangs Mai soll eine Versammlungswoge durch ganz Westdeutschland rollen und erst am 17. Juni (Erinnerungstag an den sowjetzonalen Volksaufstand) auslaufen. Gewaltige Massenkundgebungen sollen über die ganze Zeitdauer hinweg immer wieder Höhepunkte schaffen. Das Hauptstück wird die Demonstration auf dem Hohen Meißner bei Eschwege am Zonengrenzfluß Werra mit einer Rede des Bundespräsidenten Dr. h. c. Heinrich Lübke sein. Der neue Präsident begibt sich mehr und mehr auf das heiße Pflaster der Politik, wobei das Thema der Wiedervereinigung Deutschlands durchaus im Vordergrund steht. (Notabene: diese Eskapaden des Präsidenten machen der Regierungspartei nicht geringe Sorgen, weil befürchtet wird, Lübke könne sich auch einmal Themen wählen, mit denen er unliebsames internationales Aufsehen hervorruft, sei es mit Meinungen, die vom Regierungsstandpunkt abweichen, oder sei es durch Äußerungen, die Diskussionen auslösen.)

Das Schlagwort von der Selbstbestimmung ist allerdings nicht neu. Adenauer selbst hat es aufgebracht, und wenn es seither auch zum Gemeingut der öffentlichen Diskussion geworden ist, so bleibt es doch notwendig, den Adenauer'schen Beweggründen für die Wahl dieses Schlagwortes nachzugehen. Denn der Bundeskanzler prägt neue Slogans, Begriffe und politische Formeln nicht ohne Grund, besser: nicht ohne Notwendigkeit, mag diese nun in der Sache selbst stecken oder nur den Zweck haben, die Bevölkerung davon abzulenken, daß die Adenauer'sche Außenpolitik in eine Sackgasse geraten ist.

Diese Außenpolitik beruhte bis in die jüngste Zeit auf der These, man werde die Wiedervereinigung Deutschlands mit geringsten Abstrichen an Freiheit, Souveränität und internationaler Handlungsfähigkeit am schnellsten und sichersten dann erreichen, wenn die Bundesrepublik sich dem Westen anschließe und dieser sich zu einer starken Bastion entwickle, daß die Sowjetunion keine Aussicht mehr habe, sie wirksam zu überrumpeln und zu zerschlagen. Mit anderen Worten: Adenauer erwartete von der westlichen „Politik der Stärke" eine relativ schnell in die Erscheinung tretende politische und militärische Überlegenheit der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft. In diesem Stadium, so kalkulierte er, werde es dann leicht sein, die Sowjetunion zur Preisgabe der Sowjetzone und zu einem Friedensvertrag zu bestimmen, der westlichen Vorstellungen entspreche, dem gesamtdeutschen Staat also vor allem das Recht gebe, in der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu bleiben, mit der Konsequenz (über die freilich nie gesprochen wurde), dann auch in der Nato wichtige Führungspositionen einzunehmen.

Diese Konzeption ist nie Realität geworden, und es besteht auch nur wenig Aussicht, sie in absehbarer Zeit doch noch zu schaffen. Zur Zeit ist eher die Sowjetunion als der Westen militärisch überlegen. Die sicherste Garantie für den relativen Friedenszustand, der seit 1945 besteht, ist nicht die westliche Stärke, sondern der Umstand, daß die Sowjetunion sich aus inneren Motiven (Hebung des Lebensstandards der russischen Bevölkerung, Weiterentwicklung der modernen Kriegsmittel) einen Krieg nicht leisten kann. Die schwache Position des Westens, der immer noch erheblich durch nationale Sonderinteressen aufgespalten, zersplittert und entsprechend geschwächt ist, hat die amerikanisch-westdeutsche These von einer „Politik der Stärke" ad absurdum geführt. Die wichtigsten Staaten, nämlich Amerika und Großbritannien, haben sie aufgegeben, ohne bis jetzt zu gültigen Vorstellungen über die Zementierung der westlichen Gemeinschaft gelangt zu sein. Das bedeutet vor allem, daß an Stelle einer weit vorausschauenden Konzeption für die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion ein Lavieren getreten ist, das Suchen nach Lösungen, die eigentlich keine sind, weil sie lediglich den Zweck haben, mit provisorischen Regelungen den Zeitraum der eigenen Schwäche mit all ihren Verlegenheiten und

Fatalitäten zu überbrücken. Mit anderen Worten: der Westen braucht Zeit, um neue Formeln für seine Einheit, seine Festigkeit und seine Stärke zu finden, anzuwenden und praktisch wirksam zu machen.

Unter solchen Umständen kann Adenauer nicht länger mit seinen Thesen von der „Politik der Stärke" operieren. Niemand nimmt sie ihm länger ab. Andererseits ist auch die politische Opposition in Westdeutschland mit ihren Thesen von der direkten Verständigung zwischen Bonn und Moskau in eine Sackgasse geraten, da Chrustschow und Smirnow alle Hoffnungen auf die Wiedervereinigung durch westdeutsches Wohlverhalten zerstört haben. Deshalb ist jetzt in allen politischen Lagern die Aussichtslosigkeit der Wiedervereinigung erkannt worden, zum erstenmal so kraß, daß nicht länger an Illusionen festgehalten wird. Für Adenauer, den verantwortlichen Führer der westdeutschen Außenpolitik, und für den Mann, der am längsten an der „Politik der Stärke" festgehalten hat (erst die Unterredung mit Eisenhower scheint ihn zu einer neuen Taktik veranlaßt zu haben), ist die Situation weit schlimmer als für die Opposition, zumal er nicht wissen kann, welche Regelungen für Berlin und Deutschland auf der Gipfelkonferenz zustandekommen, genauer: was für Konzessionen die Westmächte auf sich nehmen werden. Jedenfalls muß Adenauer einen Rückschlag einkalkulieren. Das ist der eigentliche Grund, weshalb er nun — neben der Abrüstung — auf die These von der Selbstbestimmung abgeschwenkt ist. Es ist eine passive These, das Verlangen eines Staatsmannes und eines Volkes nämlich, das, anders als bisher, nun erkennt, daß es in der Frage der Wiedervereinigung auf lange Zeit hinaus keine aktive Rolle mehr spielen kann.

Nur im Kuratorium „Unteilbares Deutschland" braucht man sich nicht um neue Thesen zu bemühen. Schon seit langem hat sein Geschäftsführer, Dr. W. W. Schütz erklärt, man könne für die Wiedervereinigung zur Zeit nicht viel mehr tun, als dies: die Forderung als solche am Leben zu erhalten und sie besonders der heranwachsenden Jugend unzerstörbar einzupflanzen.

Luzerner Neueste Nachrichten vom 5. April 1960.

Gomulka über Deutschlands Ostgrenze

Der polnische Parteichef Wladislaw Gomulka schreibt in der jüngsten Ausgabe der amerikanischen Vierteljahreszeitschrift Foreign Affairs, jeder Versuch zur Revision der Oder-Neiße-Grenze werde automatisch zum Kriege führen. Ein großer Teil des 16 Seiten langen Artikels behandelt die angebliche Aggressivität der Bundesrepublik. Ein klarer Beweis hierfür sei die Forderung nach einer Revision der deutschen Ostgrenzen. „Polen fordert, daß die Westmächte unzweideutig erklären, daß die polnisch-deutsche Grenze an der Oder und Neiße in einem zukünftigen Friedensvertrag sanktioniert wird." Gomulka sprach sich für Friedensverträge mit beiden Teilen Deutschlands aus, in denen ihnen die ihnen zustehenden Souveränitätsrechte zugebilligt, die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands bekräftigt, der Besitz atomarer und anderer Massenvernichtungswaffen verboten und „andere unerläßliche Bedingungen für die friedliche Entwicklung Deutschlands" niedergelegt werden sollen. Eine Wiedervereinigung Deutschlands ist nach Gomulkas Ansicht zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen.

Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1960.

Die afrikanisch-asiatische Konferenz in Conakry

Am dritten Tag der afrikanisch-asiatischen Konferenz in Conakry schlug der Delegierte Kameruns, Hossend Neradа, die Bildung eines „afrikanisch-asiatischen gemeinsamen Marktes" vor, um die „Ausbeutung der afrikanisch-asiatischen Wirtschaft durch den Imperialismus" zu verhindern.

In der Plenarsitzung beschuldigte der Delegierte Nordvietnams, Ton Quang Phiet, Vizepräsident der Nationalversammlung von Hanoi, die Vereinigten Staaten, sie bedrohten den Frieden in Südostasien. Er verurteilte die südvietnamesische Regierung, „die unsere Mitbürger im Süden in grausamer Weise martert", und beschuldigte die Amerikaner, Südvietnam im Widerspruch zu den Genfer Abkommen als Militärbasis zu benützen.

Der Delegierte des Panafrikanischen Kongresses, Abdullah Diallo, verurteilte seinerseits „die von Frankreich gewissen afrikanischen Ländern gewährte sogenannte Un-

abhängigkeit". Der tunesische Vertreter Sahbani trat für eine afrikanisch-asiatische Einheit ein, die gegen niemanden gerichtet sei, sondern es im Gegenteil ermöglichen würde, den Gegensatz zwischen den beiden großen Blöcken zu überbrücken.

Der Chef der chinesischen Delegation, Liao Tscheng-tschik, feierte das algerische Volk und „die algerische Nationale Befreiungsarmee, deren Sieg den französischen Imperialismus in Afrika für immer begraben wird". Die Chinesische Volksrepublik unterstütze auch „den Kampf Kenyas und Südafrikas gegen den britischen Imperialismus". Liao kündigte an, daß am 17. April in Peking eine „Chinesisch-afrikanische Freundschaftsgesellschaft" gegründet werden solle, und schloß mit der Versicherung: „Die 650 Millionen Chinesen werden immer an der Seite der afrikanisch-asiatischen Völker bei ihrem Marsch zum Endsieg stehen."

Neue Zürcher Zeitung vom 17. April 1960.

Milliarden für Rüstungskäufe

Als Drehscheibe des Bundeshaushalts erfreut sich der Verteidigungsetat jedes Jahr aufs neue besonderer Aufmerksamkeit sowohl im Parlament wie in der Öffentlichkeit. Jahrelang hat der Verteidigungsminister maßgeblich zur Errichtung des „Juliusturms" beigetragen. Der ist zerronnen. Seit zwei Jahren aber wächst Franz-Josef Strauß in den ihm vom Parlament geschneiderten Etat-Rock hinein. Dem fortschreitenden Aufbau der Bundeswehr entsprechend verlangt der Minister auch wachsende Beträge: zur Freude der Verbündeten, zum Ärger nicht nur der Opposition ... Neuerdings sind es die hohen, hundertprozentigen Vorauszahlungen des Verteidigungsressorts auf Beschaffungskäufe in den Vereinigten Staaten, die die Gemüter erhitzen ... Die Bundesrepublik hat bis zum 1. April 1959 insgesamt 4,66 Mrd. DM an Anzahlungen ins Ausland geleistet. Weitere 2 Mrd. DM an Anzahlungen ins Ausland geleistet. Weitere 2 Mrd. DM an Vorauszahlungen flossen im Rechnungsjahr 1959 ab, auf die inzwischen Lieferungen im Werte von 1,5 Mrd. DM eingegangen sind ... Hinzu kommt, daß das Geld auf diese Weise dem Zugriff ausgabefreudiger Parlamentarier entzogen ist, die später kaum in der Lage wären, den wachsenden Bedarf zeitgerecht zu decken ... Die Bundesbank ermutigt den Verteidigungs- und Finanzminister, so weiterzumachen.

Deutsche Zeitung vom 5. April 1960.

Britische Parlamentarier in Ostberlin

Von der Gruppe britischer Parlamentarier, die nach dem deutsch-englischen Gespräch in Königswinter Berlin besuchten und hier vom Regierenden Bürgermeister Brandt zu einem Gedankenaustausch empfangen wurden, hat sich der konservative Lord Hinchingbrooke abgesondert und sich erneut für die Propaganda des DDR-Regimes gewinnen lassen. Unlängst hatte er sich für die diplomatische Anerkennung der DDR durch Großbritannien ausgesprochen und als Sofortmaßnahme die Errichtung eines ostdeutschen Handelskonsulats in London befürwortet. Mit einer solchen Forderung war er auch im ostdeutschen Fernsehen aufgetreten. Hinchingbrooke wurde nun am Mittwoch vom kommunistischen Außenminister Bolz empfangen; er hat ein Ostberliner Aufnahmeheim für Übersiedler aus Westdeutschland besucht und will nach einem Gespräch beim Rektor der Ostberliner Universität auch eine „polytechnische Oberschule" besichtigen.

Neue Zürcher Zeitung vom 2. April 1960.

Caux und Koexistenz

Eine Botschaft aus Bonn eigener Art flatterte dieser Tage „allen Haushaltungen" der Bundesrepublik ins Haus. Eine Botschaft der Bonner Zweigstelle der „Moralischen Aufrüstung".

Was Kenner und Freunde der „Moralischen Aufrüstung" schon lange vermutet oder befürchtet hatten, und wofür das Auftreten Theodor Oberländers, des vieldiskutierten Vertriebenenministers Adenauers, und die Huldigungen an die Adresse Adenauers und de Gaulles auf die „Gipfelkonferenz" der „Moralischen Aufrüstung" in Caux im vergangenen Jahr deutliche Hinweise waren, findet in dieser Botschaft der „Moralischen

Aufrüstung", diesem „Manifest", wie die Verfasser es nennen, ihre betrübliche Bestätigung: Frank Buchmann, der vierundachtzigjährige Vater sowohl der Oxford-Bewegung wie der „Moralischen Aufrüstung", hat beschlossen, Politiker zu werden.

Damit ist nichts gesagt gegen die Notwendigkeit einer Erneuerung unserer Politik und unserer Moral durch geistige Mittel. Eine Reform an Haupt und Gliedern, eine Umkehr, Wiedergeburt, oder wie immer man es nennen mag, unserer politischen Sitten und Gebräuche, täte uns in der Tat bitter not. Aber der geistige, sittliche, moralische, religiöse Erneuerer verdirbt alles, wenn er die Absicht erkennen läßt. Ja, er verdirbt es bereits, wenn er eine Absicht hat.

Aus Caux, dem europäischen Hauptquartier der „Moralischen Aufrüstung", stammt das schöne Wort: „Du bist so weit von Gott entfernt wie von Deinem ärgsten Feind!" Wenn das stimmt, und wir meinen, daß es stimmt, dann sind die Verfasser der Broschüre „Ideologie und Koexistenz", die uns zeigen möchten, wie man mit Gottes Hilfe Chrustschow besiegt, so weit von Gott entfernt wie von Chrustschow. Und das ist sehr weit.

Gösta von Uexkull in der Züricher Zeitung „Die Tat", Nr. 101, 1960.

Wer ist Pankow?

Wie der Bonner „Parlamentarisch-Politische Pressedienst" am 9. März berichtete, wurde kürzlich im Zusammenhang mit den Bonner Versuchen, die antisemitischen Schmierereien in Westdeutschland der DDR in die Schuhe zu schieben, zahlreichen Lehrlingen des ersten und zweiten Lehrjahrs (zwischen 15 und 17 Jahren) die Frage vorgelegt: „Was bedeutet ‚Pankow'?" (So bezeichnet die Adenauer-Propaganda in dümmlicher Weise die Regierung der DDR.) Was kam als Antwort? Aus drei verschiedenen Klassen lagen 79 vor. Ein Drittel der Lehrlinge wußte überhaupt nichts zu antworten, ein Drittel antwortete entsprechend der Bonner Sprachregelung.

„Das letzte Drittel", so schrieb der „Parlamentarische-Politische Pressedienst", „gab u. a. folgende Antworten:

1. Pankow war seit Mitte 40 einer der größten Staatsmänner der Sowjetunion;
2. ... nennt man die polnische Regierung, die von Moskau geleitet wird;
3. ... nennen sich Leute, die unter sowjetischem Schutz stehen;
4. ... ist die Hauptstadt der sogenannten DDR;
5. ... ist einer der Staatsmänner der SU;
6. ... ist in der sogenannten DDR ein Staatsmann;
7. ... heißen Agenten, die für Chrustschow in der Bundesrepublik arbeiten;
8. ... ist der zweite Regierende in der sogenannten DDR nach Ulbricht;
9. ... ist ein russisches Wort. Wie es heißt, weiß ich nicht;
10. ... ist der sowjetische Propagandachef;
11. ... wird die Regierung der UdSSR genannt;
12. ... ist der Regierungschef der sogenannten DDR;
13. ... nennt sich der Zusammenschluß der Ostblockstaaten;
14. ... ist der sowjetische Gesandte in Berlin;
15. ... ist in der Sowjetzone ein General;
16. ... ist ein Politiker. Er regiert in Rumänien und ist ein Untertan von Chrustschow.
17. ... ist ein russischer General;
18. ... ist ein Agent aus der Zone, der die Schmierereien unter sich hat;
19. ... ist der Regierende in der Ostzone;
20. ... ist vielleicht ein ostdeutscher General, Politiker oder ‚Held der Arbeit'."

Man kann zu diesem Erfolg der „Staatsbürgerkunde" gratulieren, denn die Verdummung der Staatsbürger gehört zum System des Militarismus. Das ist an der Sache, die zum Lachen ist, das Traurige.

Neues Deutschland, Ostberlin.

Keine politischen Gefangenen mehr in der Sowjetunion

Der Generalstaatsanwalt der Sowjetunion, Rudenko, erklärte in der Zeitschrift „Sowjetstaat und Recht", daß in der Sowjetunion niemand mehr wegen politischer Straftaten im Gefängnis sei.

Westfälische Rundschau vom 19. April 1960.

Worüber Militärpfarrer nicht sprechen dürfen . . .

Der neue Militär-Dekan für den Wehrbereich III, Wilhelm von Zittwitz, ist gestern von Militärbischof Kunst in sein Amt eingeführt worden. Kunst sagte bei dieser Gelegenheit, Militärpfarrer hätten nicht die Aufgabe, mit den Soldaten über die atomare Bewaffnung oder den Weltfrieden zu diskutieren.

Kölner Stadtanzeiger vom 6. April 1960.

Gegen Kriegsverherrlichung

Reihen von knallig-bunten Heften, wo zu Wasser, zu Lande und in der Luft die farbenfreudigsten Schlachten ausgefochten werden, erobern immer mehr die Zeitungskioske an den Straßenecken. Der harmlose Schund von Wildwest, Prinz Eisenherz und Tarzan, ist längst ins Hintertreffen geraten. Jetzt „erzählt der Landser". Es ist schaurig, was dabei auf die heranwachsende Jugend losgelassen wird, und schon längst ein öffentliches Ärgernis. Die Jugendbehörde Hamburg hat den Kampf gegen dieses gemeingefährliche Schrifttum aufgenommen. Sie hat bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften den Antrag gestellt, diesen kriegsverherrlichenden Schund auf den Index der Bundesprüfstelle zu setzen. Diese Kriegsgroschenhefte erscheinen in einer Auflage von 10 bis 15 Millionen und sind damit eine große Gefahr für die Jugend. Wir begrüßen diese Initiative Hamburgs und wünschen ihr einen vollen Erfolg. Dann wäre diese Schmutzliteratur wenigstens aus dem Bild unserer Straßen verschwunden, und mancher käme wohl nie in Versuchung, nach diesem Gift zu greifen. wi

Einigkeit, Zeitung der Gewerkschaft NGG, vom 15. April 1960.

Richter

Es geht nicht an, ehemalige Blutrichter oder Staatsanwälte, die um jeden Preis Köpfe rollen lassen wollten, in der Justiz des demokratischen Rechtsstaates zu beschäftigen. Die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die eine Grundlage für rechtsstaatliches Vorgehen geben, sind daher vordringlich. Hierzu gehört insbesondere das Richtergesetz.

Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland vom 22. April 1960.

Einfluß auf die Jugend an Bonner Hochschulen

In Bonn soll im Juli dieses Jahres der Kongreß der „Internationalen Union der wissenschaftlichen Psychologen" stattfinden. Der Vorsitzende der Bonner Organisation dieser Internationalen Union, der Ordinarius für Psychologie, Prof. Dr. Friedrich Sander, hat plötzlich aus „Gesundheitsrücksichten" seinen Rücktritt von der Leitung der Union erklärt.

Eine Berner Professorin für angewandte Psychologie gab soeben der Presse davon Kenntnis, daß sie vor einiger Zeit ihre hervorragendsten Kollegen in Frankreich, England, Holland, Vereinigten Staaten und Brasilien mit einem Aufsatz bekannt gemacht hat, den Prof. Dr. Sander 1937 veröffentlichte. In dieser Arbeit schrieb Prof. Dr. Sander u. a. folgende Sätze:

„Die Ausschaltung des parasitisch wuchernden Judentums hat ihre tiefe ethische Berechtigung in diesem Willen zur reinen Gestalt des deutschen Wesens."

„Die deutsche Psychologie der Gegenwart und die nationalsozialistische Weltanschauung — beide sind ausgerichtet auf das gleiche Ziel."

„Adolf Hitler, unser Führer, selbst ein genialer Psychologe von Gottes Gnaden, weist in seinem Kampfbuch immer wieder hin auf die psychologischen Voraussetzungen politischen Tuns."

In der Schweiz fragt man sich, wieso ein so belasteter Universitätslehrer 1960 schon wieder an einer deutschen Hochschule lehren darf und auf die Jugend Einfluß zu nehmen in der Lage ist. Wieso mußte erst von ausländischen Gelehrten ein Druck ausgeübt werden, um Prof. Dr. Sander zu einem an sich selbstverständlichen Schritt zu bewegen.

SPD-Pressedienst vom 8. April 1960.

Gesamtdeutsche Dichterlesung in Leipzig

In einer Dichterstunde, die das Institut für deutsche Literaturgeschichte an der Leipziger Karl-Marx-Universität veranstaltete, haben Lyriker aus beiden Teilen Deutschlands und aus der Schweiz aus ihren Werken gelesen. Die Veranstaltung bildete den Auftakt für ein

„gesamtdeutsches wissenschaftliches Symposion über Fragen der deutschen Gegenwartslyrik". Die österreichische, in Zürich lebende Dichterin Ingeborg Bachmann las Gedichte aus dem Band „Die gestundete Zeit", Hans Magnus Enzensberger, Frankfurt am Main, las Ausschnitte aus seinem Band „Die Verteidigung der Lämmer gegen die Wölfe".

Stuttgarter Nachrichten vom 1. April 1960.

Sendungsbewußtsein

Das sowjetische Regierungsorgan „Iswestija" schreibt am Dienstag unter der Überschrift „Wenn Haß den Verstand trübt", die Sowjetunion habe die deutsche Protestnote wegen ihres „verleumderischen Charakters" zurückgegeben. Die Note sei in einer „unerträglichen Sprache" abgefaßt gewesen ... Es hat auch keinen Sinn, die darin enthaltene Argumentation zu widerlegen, denn, streng genommen, ist das keine Argumentation, sondern ein Katalog der verschiedensten Hirngespinste, der plumpe Versuch, die eigene Schuld auf einen anderen abzuwälzen." In Bonn stellte man sich entrüstet, wenn die Politik der Bundesregierung mit der Politik Hitlers verglichen werde. „Aber was ist der Unterschied zwischen den häufigen Bonner Behauptungen über die von Gott Deutschland übertragene besondere Mission ‚zur Verteidigung des Westens vor der Gefahr aus dem Osten' und ähnlicher Erklärungen Hitlers?"

Die Welt vom 13. April 1960.

Kinder müssen Eid ablegen

Kinder, die im Senat des amerikanischen Bundesstaates Georgia als Boten beschäftigt sind und den Senatoren ihren Kaffee oder ihre Zeitungen bringen, müssen von nun an einen Eid ablegen. Sie sollen unter anderem beschwören, daß sie nicht Mitglied der Kommunistischen Partei sind. Die meisten Kinder, die etwa achtzehn Mark in der Woche verdienen, sind nicht einmal zehn Jahre alt.

Die Welt vom 19. Februar 1960.

Syngmann Rhee ruft nach Atomwaffen

Der südkoreanische Präsident Syngman Rhee sprach die Hoffnung aus, daß die USA seinem Land Atomwaffen zur Verfügung stellen würden.

Deutsche Zeitung vom 28. März 1960.

Wieder ein Opfer der Hiroshima-Bombe

Das Krankenhaus für die Atombombenopfer von Hiroshima teilte am Sonntag mit, daß am Freitag die Frau eines Rechtsanwaltes an den Folgen der Strahlungsschäden starb, die sie 1945 nach dem Abwurf der Atombombe auf die Stadt erlitten hatte. Die Frau lag seit Ende vergangenen Monats im Hospital. Sie ist das zwölfte Opfer der Atombombe in diesem Jahr.

Die Welt vom 19. April 1960.

Befürworter einer radikalen Vertriebenenpolitik

Als Befürworter einer radikalen Vertriebenenpolitik traten am Wochenende in Bonn der aus dem Baltikum stammende Abgeordnete Baron Manteuffel-Szoege sowie der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Gille (BHE), auf ... Manteuffel-Szoege vertrat die Ansicht, der Rechtsstandpunkt allein nutze nichts. Er sagte: „Es kommt darauf an, Macht zu schaffen. Wir müssen möglichst stark sein und unseren Gegnern unbequem werden."

Die Welt vom 11. April 1960.

Unser schwarzer Freitag

Noch nie in seiner kurzen Geschichte hat der Deutsche Bundestag einen unwürdigeren, feigeren und politisch kurzsichtigeren Kuhhandel mit dem Namen aller Parteien gedeckt als gestern, diesem „schwarzen Freitag" der deutschen Nachkriegspolitik. Klänge es nicht so bitter, wahrlich, man wäre geneigt, dem über die Bühne gegangenen parlamentarischen

Satyrspiel jene Note auszustellen, die die Gegner des demokratischen Staates gemeinhin dem Parlamentarismus geben: das Zeugnis der Ideenlosigkeit, der Unfähigkeit zu einem nur zu notwendigen politischen Entschluß, des Mangels an Mut zur Entscheidung und Verantwortung, der billigen Flucht in die Ohnmacht. Der Kuhhandel um den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer, der vom Donnerstagmittag an bis zum Mittag des gestrigen Freitags die „Kommissionen" der großen Parteien einträchtig zu Verhandlungen zusammengeführt hatte, zeitigte genau das Resultat, das von allen Möglichkeiten das billigste und bequemste war: nämlich n i c h t s. Nach wie vor heißt der Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer, auch wenn er, wie schamhaft — als ein Bestandteil des Kuhhandels — mitgeteilt wird, nun in Urlaub gehe bis zu jenem 5. Mai, an dem mit der zweiten und dritten Lesung des Etats des Vertriebenenministeriums der Fall aufs neue aufgerollt werden soll. Nichts ist geschehen, auch wenn, wie man hört, die SPD die Zusage erhalten hat, daß Oberländer nicht mehr auf seinen so stur verteidigten Sessel zurückkehren werde; die pure Zusage also, die die bislang so lautstarken Sozialdemokraten bewogen hat, auf eine Klärung der Angelegenheit mir nichts dir nichts offenkundig zu verzichten. Nichts geschieht, da versichert worden sein soll, daß bis dahin die Vorwürfe gegen Oberländer „bereinigt" seien; als könnte man eine Frage der politischen Moral, die unser ganzes Volk berührt, auf eine Weise beantworten, wie einst bei der seligen k. u. k. Verwaltung in einem fernen Kronlande mancher Vorgang aus der Welt geschafft wurde, nämlich durch „Erledigung von selbst".

Stuttgarter Zeitung vom 9. April 1960.

Seebohm ruft nach Unruhe

Verkehrsminister S e e b o h m hat auf einer Tagung zum zehnjährigen Bestehen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der sudetendeutschen Landsmannschaft in Bonn die Delegierten aufgefordert, in vorderster Front für die Freiheit in Osteuropa zu kämpfen. Die Sudetendeutschen müßten immer wieder unter ihren „satten Mitbürgern" Unruhe erzeugen und ihnen durch ihr Beispiel vorleben, daß ihnen die Forderung auf Heimatrecht mehr bedeute als ein „noch größeres Schnitzel".

Deutsche Zeitung

Schockierende Rede

Zur jüngsten Rede des Bundesministers Seebohm schreibt das britische Labour-Blatt Daily Herald: „Dr. S e e b o h m hat eine schockierende Rede gehalten. Er wünscht, daß drei Millionen vertriebene Sudetendeutsche, die Leute, deretwegen H i t l e r Streit anfang, in die Tschechoslowakei zurückgehen und dort für Selbstverwaltung eintreten. Wir sind wieder am Ausgangspunkt angelangt. Der wahnsinnige deutsche Traum der Wiedererlangung von Hitlers verlorenen Ostgebieten bleibt eine Bedrohung. Je eher Deutschland offiziell die Nachkriegsgrenzen akzeptiert, desto besser wird dies für den Weltfrieden sein. Minister wie Dr. Seebohm, die Unheil aufrühren, sollten entlassen werden."

Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1960.

FDP fordert Rücktritt Seebohms

Die FDP hat in ihrem Zentralorgan „Das freie Wort" den Rücktritt von Bundesverkehrsminister S e e b o h m gefordert. Zur Begründung wird angeführt, daß Seebohm nicht in der Lage sei, die verkehrspolitische Misere in der Bundesrepublik durch vernünftige und zielstrebigeMaßnahmen zu beheben. Mit Rücktrittsdrohungen und mit der Mißachtung des Parlaments und seiner Ausschüsse lasse sich keine Verkehrspolitik machen. Aber auch die Sonntagsreden des Verkehrspolitikers Seebohm seien nachgerade dazu angetan, sein weiteres Verbleiben im Kabinett als eine fortgesetzte Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik im Ausland anzusehen. Die überaus ernste außenpolitische Situation, in der sich die Bundesrepublik am Vorabend der Gipfelkonferenz befinde, lasse es angeraten erscheinen, daß sich das Kabinett rechtzeitig von einem Mann trenne, „der nicht nur fachlich auf der ganzen Linie versagt, sondern der darüber hinaus auch noch durch seine teutonischen Kraftsprüche das internationale Ansehen der deutschen Regierung fortgesetzt auf das schwerste diskreditiert hat".

Stuttgarter Zeitung vom 14. April 1960.

Nachtrag zum Artikel von Ernest Waldteufel

Eine Zuwendung von 5000,— DM aus Mitteln des Bundespresseamtes hat nach vorliegenden Informationen der Holländer Joop Zwart erhalten, der als Sekretär des inzwischen aufgelösten sogenannten „Internationalen Lemberg-Ausschusses" figurierte. Der Ausschuß sollte Bundesvertriebenenminister Oberländer von den Vorwürfen im Zusammenhang mit den Judenmorden in Lemberg im Jahre 1941 entlasten.

Zwart soll dieses Geld Mitte Dezember 1959 bei einer dem Bundespresseamt vom Verein „Rettet die Freiheit" benannten Westdeutschen Bank abgehoben haben. Eine Gutsage für Zwart hatte der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses dieses Vereins, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Barzel, geleistet ... Die Verbindung zwischen Zwart und dem Bundespresseamt hatte der Verein „Rettet die Freiheit" geknüpft ...

Frankfurter Rundschau vom 26. April 1960

25

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Achim von Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Dr. Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand - Hans Henny Jahnn † - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Dr. Ing. Jan Friedrich Tönnies - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM. zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.